

**NIEDERLANDE-STUDIEN**

**Band [53]**

# **Radikalismus und politische Reformen**

**Beiträge zur deutschen und  
niederländischen Geschichte  
in den 1970er Jahren**

**Duco Hellema  
Friso Wielenga  
Markus Wilp  
(Hrsg.)**



**WAXMANN**

# Niederlande-Studien

herausgegeben von  
Loek Geeraedts, Lut Missinne und Friso Wielenga

Band 53



Waxmann 2012  
Münster / New York / München / Berlin

Duco Hellema, Friso Wielenga,  
Markus Wilp (Hrsg.)

# Radikalismus und politische Reformen

Beiträge zur deutschen und  
niederländischen Geschichte  
in den 1970er Jahren



Waxmann 2012  
Münster / New York / München / Berlin

## Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Eine elektronische Version dieses Buches ist dank der Unterstützung von Bibliotheken, die mit Knowledge Unlatched zusammenarbeiten, frei verfügbar. Die Open-Access-Ausgabe wurde im vorliegenden Fall ermöglicht durch den Fachinformationsdienst Benelux / Low Countries Studies der Universitäts- und Landesbibliothek Münster mit Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Mehr Informationen: [www.knowledgeunlatched.org](http://www.knowledgeunlatched.org), [www.fid-benelux.de](http://www.fid-benelux.de)

Gefördert durch



ISSN 1436-3836

Print-ISBN 978-3-8309-2751-8

E-Book-ISBN 978-3-8309-7751-3

<https://doi.org/10.31244/9783830977513>

Waxmann Verlag, Münster 2012

[www.waxmann.com](http://www.waxmann.com)

[info@waxmann.com](mailto:info@waxmann.com)

Umschlaggestaltung: Pleßmann Kommunikationsdesign, Ascheberg

Umschlagbild: Die sozialdemokratischen Politiker Joop den Uyl (PvdA) und Willy Brandt (SPD) im Gespräch. Nationaal Archief/ Spaarnestad Photo/Anefo/Hans Peters. Siegel der Generalstaaten der Niederlande aus dem Jahre 1578. Es zeigt einen gekrönten Löwen mit Schwert und Pfeilbündel, das die 17 Provinzen der Niederlande vereint nach der Pazifikation von Gent (1576) symbolisiert.

Aus: Zannekin-nieuwsbrief 1/89, S. 5.

Dieses Werk ist unter der Lizenz CC BY-NC-SA veröffentlicht

Namensnennung – Nicht-kommerziell –

Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>



# Inhalt

Duco Hellema, Friso Wielenga und Markus Wilp <i>Einleitung: die 1970er Jahre in den Niederlanden und in der Bundesrepublik</i> .....	7
Duco Hellema <i>Die langen 1970er Jahre – eine globale Perspektive</i> .....	15
Bernd Faulenbach <i>Zur sozial-liberalen Ära in der Bundesrepublik: Fundamentalpolitisierung und staatliches Handeln in einer Zeit des Umbruchs</i> .....	33
Frans Becker <i>Das Kabinett den Uyl (1973–1977) als Höhe- und Wendepunkt der 1970er Jahre</i> .....	55
Gerrit Voerman und Paul Lucardie <i>Der lange Weg zu GroenLinks. Vier kleine linke Parteien und die Entstehung der niederländischen Grünen 1989/90</i> .....	81
Kees van Paridon <i>Zwischen Unentschlossenheit und Tatkraft: Wirtschaftsentwicklungen und -politiken im Vergleich</i> .....	107
Daniel Schmidt <i>In Freiräumen leben. Hausbesetzungen und Hausbesetzer in der Bundesrepublik Deutschland (1970–1982)</i> .....	131
Maarten van Riel <i>Eine Welle politischer Gewalt: über Linksradikalismus und Linksterrorismus in den Niederlanden</i> .....	151
Beatrice de Graaf <i>Der Kampf gegen den Terror: die Niederlande und Deutschland im Vergleich</i> .....	169
Jacco Pekelder <i>Das abschreckende „Modell Deutschland“ Niederländische Deutschlandbilder in den 1970er Jahren</i> .....	193
Autorinnen und Autoren.....	213



## Einleitung: die 1970er Jahre in den Niederlanden und in der Bundesrepublik\*

Die 1970er Jahre finden unter Historikern immer mehr Beachtung: Es ist inzwischen innerhalb kurzer Zeit eine umfangreiche und sehr heterogene Zahl an Büchern und Artikeln erschienen, die sich mit dieser Periode befassen.<sup>1</sup> Die Forscher gelangen dabei zu sehr unterschiedlichen Urteilen. Zunächst wurden die 1970er Jahre oftmals als langweilig und konservativ abgetan, besonders im Vergleich zu den optimistischen und aufständischen 1960er Jahren. Die 1960er Jahre, so schrieb der niederländische Historiker Hans Righart 1995, seien von einem rebellischen Optimismus beherrscht gewesen. Aber „nach dieser strahlenden *Fata Morgana* gab es in den siebziger und achtziger Jahren eine niederschmetternde Atmosphäre des *business as usual*: Krise, Arbeitslosigkeit, nukleare Bedrohung – alles Mögliche war an der Macht, außer der Phantasie.“<sup>2</sup> Die jüngere Literatur hat derartige Urteile korrigiert. Es scheint so zu sein, dass die den 1960er Jahren zugeschriebene Rebellion in den 1970er Jahren in vielerlei Hinsicht sogar weiter verbreitet war als im vorhergehenden Jahrzehnt. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens traten Bewegungen in den Vordergrund, die für Veränderung, mehr Mitbestimmung, Gleichheit und Emanzipation plädierten.<sup>3</sup> Dabei handelte es sich um ein in allen westlichen Ländern weit verbreitetes Phänomen. So zeichneten sich die 1970er Jahre in den Vereinigten Staaten nach Meinung von Meg Jacobs und Julian Zelizer beispielsweise durch „continuation, expansion and widespread embrace, both at the grass roots and among policy-makers, of New Deal and Great Society liberalism“ aus.<sup>4</sup>

Das kann *mutatis mutandis* auch über Westeuropa gesagt werden. In allen westeuropäischen Ländern blühte Ende der 1960er Jahre der Gewerkschaftsaktivismus auf. Dabei stellten die Gewerkschaften häufig auffallend übereinstimmende Forderungen, wie Einkommensnivellierung und Verbesserung der Sozialleistungen, der Gewerkschaftsrechte und nicht zuletzt der Mitbestimmung.<sup>5</sup> Überdies gab es überall in Westeuropa eine Welle des Frauenaktivismus, der

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt durch Annegret Klinzmann, M.A.

1 Siehe den Beitrag von Duco Hellema zu diesem Band.

2 H. RIGHART, *De eindeloze jaren zestig. De geschiedenis van een generatieconflict*, Amsterdam/Antwerpen 1995, S. 266.

3 Siehe z.B.: D. BERGER, *Introduction: Exploding Limits in the 1970s*, in: ders. (Hrsg.), *The Hidden 1970s. Histories of Radicalism*, New Brunswick/New Jersey/London 2010, S. 1–21.

4 M. JACOBS/J. ZELIZER, *Comment: Swinging Too Far to the Left*, in: *Journal of Contemporary History* 43 (2008) 4, S. 690. Diese Ausgabe der Zeitschrift war ausschließlich den 1970er Jahren gewidmet.

5 Vgl. D. SASSOON, *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century*, New York 1996, S. 357 ff.

sich auf Fragen wie Abtreibung, familienrechtliche Themen wie Ehescheidung sowie gleiche Bezahlung richtete.<sup>6</sup> Es traten auch andere Emanzipationsbewegungen an die Öffentlichkeit, wie die Homosexuellenbewegung, ethnische Interessen- oder Jugendorganisationen, und an den Universitäten herrschte Unruhe. Bewohner- und Mieterkomitees und nicht zuletzt Hausbesetzer machten die Wohnraumbeschaffung zu einer politisch aufgeladenen Frage. Auch die Umwelt wurde zu einem immer wichtigeren Thema. Und damit sind Themen wie die „Dritte Welt“, Vietnam, Südafrika und die Palästinenser noch gar nicht zur Sprache gekommen.<sup>7</sup>

Die 1970er Jahre waren jedoch auch eine Ära der Gegensätze. Neben aller Rebellion und nicht zuletzt in Reaktion auf diese, entstanden in allen westlichen Ländern auch starke konservative Gegenbewegungen. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Wirtschaftskrise führte dies oftmals zu scharfen politischen Konfrontationen und Meinungsverschiedenheiten zwischen der Linken und der Rechten, was zuweilen eine gewisse politische „Nostalgie“ evozieren kann: „Damals ging es in der Politik noch um etwas.“<sup>8</sup> Es gibt noch einen zweiten Grund, diese Jahre nicht bloß als vermeintlich „rot“ zu betrachten. Um 1980 schwächten sich die linken Bewegungen ab, während die konservativen Parteien mit frischem Elan in den Vordergrund traten. Damit scheinen die 1970er Jahre eine faszinierende Übergangsphase von den Jahren des Wiederaufbaus der Nachkriegszeit zu den härteren, auch durch wirtschaftliche Rezession geprägten 1980er Jahren zu bilden. Während die Institutionen und Praktiken der Periode des Wiederaufbaus in den 1970er Jahren anfangs vor allem von linken Parteien, Organisationen und Bewegungen kritisiert und angegriffen wurden, waren es Anfang der 1980er Jahre schließlich die konservativen Parteien, die die politische und sozioökonomische Agenda festlegen sollten.

Im vorliegenden Band gilt das Interesse den „roten“ 1970er Jahren. Dabei geht es nicht nur um linksradikale und terroristische Kampfformationen, denen in der Literatur über jene Jahre häufig viel Aufmerksamkeit zuteil wird. Wie Bernd Faulenbach in seinem Beitrag zu diesem Band zu Recht anmerkt, waren in den Jahren 1973/74 in fast allen westeuropäischen Ländern sozialdemokratische Parteien an der Macht, wenn auch oftmals in einer Koalition mit Parteien aus der

---

6 Vgl. I.C. MEIJER, *Het persoonlijke wordt politiek. Feministische bewustwording in Nederland, 1965–1980*, Amsterdam 1996; G. NOTZ, *Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 123–148. Diese Ausgabe des *Archiv für Sozialgeschichte* ist größtenteils den 1970er Jahren gewidmet.

7 Vgl. Für die Niederlande A. VERBEY, *Tien rode jaren. Links radicalisme in Nederland 1970–1980*, Amsterdam 2005. In Bezug auf Westdeutschland sei beispielsweise auf die im Jahr 2004 erschienenen Artikel in der Zeitschrift *Archiv für Sozialgeschichte* hingewiesen. Zu den Entwicklungen in Frankreich siehe: H. HATZFELD, *Faire de la Politique autrement. Les expériences inachevées des années 1970*, Rennes 2005. Informationen zu Italien finden sich beispielsweise in: P. GINSBORG, *A History of Contemporary Italy. Society and Politics 1943–1988*, London 1990, S. 298–406.

8 Vgl. I. VAN DEN BROEK, *Heimwee naar de politiek. De herinneringen aan het kabinet-den Uyl*, Amsterdam 2002.



politischen Mitte. Die in ganz Westeuropa wahrnehmbare Welle des politischen und sozialen Aktivismus sowie die dominante Rolle der Sozialdemokratie sind Gründe dafür, warum sich ein komparativer Blick auf diese Periode aufdrängt. Das geschieht im vorliegenden Band, indem die Entwicklungen in den Niederlanden und in der Bundesrepublik miteinander verglichen werden.

Dennoch bietet der Band keinen erschöpfenden politischen und politisch-kulturellen Vergleich. Wie bereits angemerkt, entstand in Reaktion auf das dominante „rote“ politische Klima eine konservative Gegenbewegung: In den Niederlanden wurde die konservativ-liberale *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) stärker als je zuvor, und die anfangs zurückgedrängten Christdemokraten formierten sich in konservativer Richtung neu im *Christen-Democratisch Appèl* (CDA). In der Bundesrepublik wurde die Regierung Schmidt bei den Wahlen des Jahres 1976 fast abgewählt: Die CDU/CSU verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit.<sup>9</sup> Diese Entwicklungen finden in diesem Band keine Beachtung. Gleiches gilt – mit Ausnahme des Beitrags von Daniel Schmidt über Hausbesetzungen und Hausbesetzer in der Bundesrepublik – auch für das weite Feld der sozialen Bewegungen, die in 1970er Jahren einen starken Aufschwung erlebten.

Sowohl für die Niederlande als auch für die Bundesrepublik stellten die 1970er Jahre eine aufreibende Zeit dar. In beiden Ländern gab es – wie auch andernorts in Westeuropa – eine auffällige Welle des oftmals links ausgerichteten, von Studenten, Frauenorganisationen, Hausbesetzern und Friedensaktivisten getragenen Aktivismus. Tatsächlich schien es so, als gerieten alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens unter zunehmenden politischen Druck. Dabei kam es oft zu harten Konflikten. Überdies traten in dieser Periode in beiden Ländern ambitionierte und reformwillige Koalitionen an, in der Bundesrepublik im Jahr 1969 unter der Führung der SPD und in den Niederlanden 1973 unter Führung der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA). Die Sozialdemokraten in beiden Ländern betrachteten sich in dieser Periode als die ausschlaggebende politische Kraft, die mit Elan die Reformwünsche der späten 1960er Jahre in die Tat umsetzte. Allerdings gab es dabei unterschiedliche Phasen: In dem Augenblick, in dem in den Niederlanden das Kabinett den Uyl mit großen Plänen antrat, war in der Bundesrepublik der Reformelan bereits auf dem Rückzug. Diese Veränderung des politischen Klimas wurde in Deutschland auch durch den Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt im Jahr 1974 sichtbar.

Natürlich gibt es zwischen den beiden Ländern noch mehr Unterschiede. Manche sind die Folge einer völlig unterschiedlichen politisch-kulturellen Tradition und – allgemeiner – des unterschiedlichen Verlaufs, den die Geschichte in beiden Ländern genommen hat. Betrachtet man die politische Geschichte der Niederlande im 19. und 20. Jahrhundert, dann fällt auf, dass die Demokratisierung sich hier allmählich, ohne Zäsuren und plötzliche Brüche, entwickelt. In der politischen Geschichte Deutschlands gab es hingegen zahlreiche Systembrüche,

---

9 Siehe hierzu: M. LIVI/D. SCHMIDT/M. STURM (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt a.M./New York 2010.

bei denen vor allem die Jahre von 1933 bis 1945 in der politischen Kultur der Bundesrepublik tiefe Spuren hinterließen. Natürlich war auch in den Niederlanden die politische Entwicklung der Nachkriegszeit von den Erfahrungen der Besatzungszeit der Jahre von 1940 bis 1945 geprägt, aber im Vergleich zu Deutschland waren die historischen Schatten in den Niederlanden weniger problematisch.

Ein zweiter großer Unterschied, ebenfalls eine Folge des Zweiten Weltkriegs, war die Tatsache, dass Deutschland eine geteilte Nation und die Bundesrepublik im Kalten Krieg ein „Frontstaat“ war. Die in den frühen 1950er Jahren noch besetzte Bundesrepublik, der man mit Misstrauen begegnete, entwickelte sich in der westlichen Zusammenarbeit zu einem vertrauenswürdigen Bündnispartner von beträchtlichem internationalem Gewicht. Vor allem unter Helmut Schmidt wurde die Bundesrepublik zu einem einflussreichen Partner in Europa und in den euro-atlantischen Beziehungen. Die Niederlande hatten hingegen zwar einen in Relation zu ihrer Größe recht großen Einfluss, sie waren jedoch verglichen mit der Bundesrepublik nicht mehr als ein kleines Land mit geringer Weisungsbefugnis. Auch die außenpolitischen Debatten nahmen in den Niederlanden und Deutschland zum Teil einen unterschiedlichen Verlauf. Gewiss, es entstand in beiden Ländern ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine starke Friedensbewegung und – daran gekoppelt – in linken Kreisen eine kritische Haltung gegenüber der NATO, aber die außenpolitischen Diskussionen fielen in der Bundesrepublik, bedingt durch die Lage zwischen Ost und West und das daraus erwachsende starke Bewusstsein, ein „Frontstaat“ zu sein, oftmals viel kontroverser aus als in den Niederlanden.

Zum Dritten wurden zwar beide Länder in den 1970er Jahren mit Terroranschlägen konfrontiert und erlebten beide die Problematik, dass mehr Sicherheit zu weniger Freiheit führen kann, aber die Unterschiede waren hier doch größer als die Übereinstimmungen. Der Terror der Roten Armee Fraktion (RAF) war ein Irrweg der Außerparlamentarischen Opposition (APO) der 1960er Jahre und muss vor dem spezifisch deutschen innenpolitischen und historischen Hintergrund erklärt werden. Er richtete sich gegen die Demokratie und den liberalen Rechtsstaat und zielte darauf ab, das politische System der Bundesrepublik zu unterminieren. In den Niederlanden sorgten die Aktionen der *Rode Jeugd* und der *Rode Hulp* für einige Unruhe, aber der tatsächlich bedrohliche Terror, mit dem die Niederlande in den 1970er Jahren konfrontiert wurden, hatte einen völlig anderen Hintergrund. Die von Molukkern verübten Zugentführungen und Geiselnahmen hatten ihre Wurzeln in der kolonialen Vergangenheit der Niederlande und sollten das Ziel einer eigenen Republik der Molukken im indonesischen Archipel näher rücken lassen. Es ist nicht verwunderlich, dass nicht zuletzt durch diese grundlegend unterschiedlichen Hintergründe der terroristischen Gewalt in beiden Ländern auch die jeweiligen Reaktionen voneinander abwichen.

Trotz der beträchtlichen Unterschiede zwischen den Niederlanden und Deutschland sind die Parallelen groß genug für einen sinnvollen Vergleich: Wie in vielen anderen westlichen Ländern beherrschte das Reformstreben das politische Geschehen. Vergleichbar sind überdies die Folgen der in den 1970er Jahren

auftretenden wirtschaftlichen Stagnation. Diese wurden vor allem gegen Ende des Jahrzehnts immer schwerer beherrschbar, was dazu führte, dass der frühere Reformelan stark geschwächt wurde. Im Jahr 1982 traten in beiden Ländern christdemokratisch-liberale Regierungen an, die sich zum Ziel setzten, die wirtschaftlichen Probleme auf resolute, neoliberale oder monetaristische Art und Weise anzupacken. Auch in dieser Hinsicht verliefen die Entwicklungen in Westdeutschland und in den Niederlanden parallel.

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund bildet ein international vergleichender Überblick über die 1970er Jahre den Auftakt zum vorliegenden Band. Duco Hellema präsentiert in seinem Beitrag verschiedene Perspektiven, aus denen diese Jahre in der Historiographie behandelt werden: als „rotes Jahrzehnt“, als Periode „des Individualismus und der Desintegration“ und als Wegbereiterin für die „neoliberale Revolution“, die sich in den 1980er Jahren durchsetzen sollte. Damit schafft er einen Rahmen, der über einen deutsch-niederländischen Vergleich hinausgeht und der unterstreicht, dass weitere vergleichende Untersuchungen wünschenswert sind. Bernd Faulenbach analysiert anschließend die sozialliberale Periode in der Bundesrepublik (1969–1982), periodisiert diese genauer und betont die entscheidende Bedeutung dieser Jahre in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In seinem Überblick über die „langen 1970er Jahre“ in den Niederlanden legt Frans Becker den Schwerpunkt auf das Kabinett den Uyl (1973–1977) und widmet sich dabei ausführlich dem programmatischen Einfluss des Ministerpräsidenten selbst. Wie auch in der Bundesrepublik blieb die Zahl der strukturellen Reformen in den Niederlanden klein, aber Becker verdeutlicht zugleich, dass in politisch-kultureller Hinsicht neue Wege eingeschlagen wurden und dass man auf sozioökonomischem Gebiet nicht nur an die Grenzen der sozialen Sicherheit stieß, sondern auch an die des keynesianischen Lenkungsgedankens. So sehr die *Partij van de Arbeid* (PvdA) Mitte der 1970er Jahre als große Partei auch die politische Bühne beherrschte, war doch auch damals die Bedeutung kleinerer politischer Parteien, die von der niedrigen Sperrklausel profitieren konnten, für die politische Landschaft der Niederlande charakteristisch. Es ist nicht verwunderlich, dass das politische Spektrum in den 1970er Jahren vor allem auf der linken Seite des Parteienspektrums in Bewegung war – Gerrit Voerman behandelt in seinem Beitrag die entsprechenden Entwicklungen bei „*klein links*“, wie die verschiedenen kleineren linken Gruppierungen in den Niederlanden häufig zusammenfassend genannt wurden, bevor sie 1990 in der Partei *GroenLinks* aufgingen.

Für das Verständnis der 1970er Jahre ist ein Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik beider Länder von großer Bedeutung. Kees van Paridon illustriert, wie sehr die Niederlande und die Bundesrepublik von der Wirtschaftsrezession getroffen wurden, die sich ab den frühen 1970er Jahren nicht zuletzt unter dem Einfluss der Ölkrise (1973) manifestierte. Wirtschaftliche Stagnation, zunehmende Arbeitslosigkeit, wachsende Staatsverschuldung und hohe Inflation traten in beiden Ländern in Erscheinung, und beide Regierungen mussten feststellen, dass die antizyklische Konjunkturpolitik keinen Ausweg aus der Krise bot. Während in den Niederlanden eine adäquate Krisen-

politik ausblieb, erholte sich die Bundesrepublik rasch, was in erheblichem Maße zu dem internationalen politischen Gewicht beitrug, das Bonn in jenen Jahren unter Helmut Schmidt erlangte.

Charakteristisch für die „roten“ 1970er Jahre waren der gesellschaftliche Protest und die Entwicklung neuer politischer Aktionsformen. Daniel Schmidt illustriert diese Entwicklung anhand der Geschichte der Hausbesetzungen und Hausbesetzer in Hamburg. Obgleich Hausbesetzungen in den Niederlanden und Deutschland zuweilen auch in harte Konfrontationen mit dem Staat ausarteten, muss die Hausbesetzerbewegung doch von der linksterroristischen Gewalt getrennt werden, die vor allem die Bundesrepublik in jenen Jahren prägte. Es wurde hier bereits deutlich, dass die Niederlande von dieser Gewalt weit weniger betroffen waren, aber es gab sie – wie Maarten van Riel in seinem Beitrag zu diesem Band erläutert – doch. Es zeigt sich dabei allerdings, dass die politische Gewalt stets von sehr kleinen Gruppierungen ausging, die kaum politischen Einfluss erlangen konnten. Anders verhielt es sich mit den gewalttätigen Aktionen der molukkischen Jugendlichen in den Jahren 1975–1978. Beatrice de Graaf vergleicht die Reaktionen der niederländischen Politik und Gesellschaft auf diese terroristische Herausforderung mit denen in der Bundesrepublik auf den Terrorismus der RAF. Trotz der verschiedenen Hintergründe der politisch motivierten Gewalt und der unterschiedlichen Sicherheitsstrategien bietet sie damit einen Vergleich, der zum besseren Verständnis der Reaktionen in beiden Ländern beiträgt. Überdies wird deutlich, dass die deutsche Antiterror-Politik in den Niederlanden in der Regel kritisch beurteilt wurde. Dieses Thema steht anschließend in Jacco Pekelders Beitrag über die niederländischen Deutschlandbilder in den 1970er Jahren im Mittelpunkt. In seinem Artikel verdeutlicht er, dass es bezüglich der Nachbarn im Osten vor allem auf Seiten der Linken ein äußerst sensibles Wahrnehmungsmuster gab. In der linken Presse dominierte ein kritisches Deutschlandbild, und einige Meinungsmacher sahen die Bundesrepublik sogar auf dem Weg hin zu einem Polizeistaat. Auch auf politischer Ebene wirkte sich ein solches Wahrnehmungsmuster aus. So wurde Helmut Kohl, zu dieser Zeit Oppositionsführer im Bundestag, in einer aufsehenerregenden ZDF-Sendung von einem niederländischen Publikum mit all dem konfrontiert, was „dem Niederländer“ bei dem Gedanken an Deutschland in den Kopf kam: Berufsverbote, Bespitzelung, Polizeistaat usw. So übertrieben und unsinnig solche Assoziationen auch waren – das Unbehagen über die Entwicklungen in Deutschland fand in jenen Jahren in den Niederlanden weite Verbreitung, und auch aus der politischen Mitte waren regelmäßig besorgte Kommentare zu hören.

Der vorliegende Band enthält eine Reihe von Beiträgen, die auf der von den Herausgebern organisierten Konferenz mit dem Titel *„Reformen, neue soziale Bewegungen und Polarisierung. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich“* im November 2009 in Münster präsentiert wurden. Inzwischen ist aus dieser Konferenz das international vergleichende Projekt *„Consigning the 1970s to History. A Global Perspective“* entstanden, an dem Institute der Universitäten in Utrecht, Leiden, Boston und Münster beteiligt sind und das unter anderem von der *Nederlandse Organisatie voor Wetenschappelijke Onderzoek* (NWO, nieder-

ländische Organisation für wissenschaftliche Forschung) finanziert wird. Dieser Band ist die erste Publikation aus diesem Projekt, in den kommenden Jahren sollen weitere Veröffentlichungen – unter anderem über westlichen Radikalismus und die Dritte Welt, internationale Entspannung und innenpolitisches Klima in Ost und West und schließlich über den Aufschwung des Neoliberalismus – erscheinen.

Münster und Utrecht im April 2012

Duco Hellema, Friso Wielenga und Markus Wilp



## Die langen 1970er Jahre – eine globale Perspektive\*

Die 1970er Jahre erfreuen sich eines stark wachsenden wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses. Es kristallisiert sich immer mehr heraus, dass diese Periode in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts eine faszinierende und bemerkenswerte Wendezeit darstellt, die für die Entwicklungen in den darauf folgenden Jahrzehnten von großer Bedeutung ist – und das nicht nur für den Westen, sondern auch für andere Teile der Welt. Dies hat in den vergangenen Jahren in allen westlichen Ländern zu einer Reihe von Publikationen geführt.<sup>1</sup>

Die 1970er Jahre rufen heftige Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen hervor. Das hat verschiedene Ursachen. Für viele stellen sie die Zeit des linken Terrorismus und des Linksradikalismus dar. Bis zum heutigen Tage führen die politischen Erlebnisse der 68er-Generation zu emotionalen Debatten, wie sich unter anderem bei der weltweiten Aufregung über Joschka Fischer und dessen Vergangenheit als Anführer einer linksradikalen Frankfurter Putzgruppe gezeigt hat.<sup>2</sup> Aber die Emotionen kommen auch von anderen Seiten. Für manche sind die 1970er Jahre die Periode, in der die Neue Rechte ihren Angriff auf den Sozialstaat und den New Deal startete – eine Periode, so das Urteil des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Paul Krugman, die zu einer nie dagewesenen Vergrößerung der sozioökonomischen Unterschiede und Gegensätze in der amerikanischen Gesellschaft führte.<sup>3</sup>

### Bild I: das rote Jahrzehnt

Es fällt auf, dass die 1970er Jahre auch in der akademischen Literatur sehr unterschiedliche und sogar kontrastierende Bilder heraufbeschwören. In der wachsenden Masse der Publikationen könnte man hinsichtlich dieser Periode drei „Bilder“ unterscheiden. Für manche handelt es sich vor allem um „*het rode decennium*“, das „*rote Jahrzehnt*“, „*the Radical Decade*“ – also um eine Zeit, in

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt durch Annegret Klinzmann, M.A.

1 Vgl. beispielsweise: A. VERBIJ, *Tien rode jaren. Links radicalisme in Nederland 1970–1980*, Amsterdam 2003; B. BAILEY/D. FARBER (Hrsg.), *America in the Seventies*, Lawrence 2004; B.J. SCHULMAN/J.E. ZELIZER, *Rightward Bound. Making America Conservative in the 1970s*, Cambridge 2008; P. CHASSAIGNE, *Les années 1970. Fin d'un monde et origine de notre modernité*, Paris 2008; K.H. JARAUSCH (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

2 Zur „Fischer-Affäre“ siehe vor allem: P. BERMAN, *Power and the Idealists, or, the Passion of Joschka Fischer and its Aftermath*, New York 2005; D. HELLEMA, *Joschka Fischer. „Ich bin immer noch ein Linker“*, in: F. BOTERMAN/W. MELCHING (Hrsg.), *Het wonder van de Bondsrepubliek in 20 portretten*, Amsterdam 2009, S. 223–237.

3 Vgl. P. KRUGMAN, *The Conscience of a Liberal*, New York 2009.

der linke Bewegungen und Parteien dominierten. Dabei richtet sich die Aufmerksamkeit oftmals besonders auf den Linksradikalismus und Linksterrorismus sowie die dazugehörigen Konfrontationen mit der staatlichen Autorität. Aber die 1970er Jahre waren nicht nur eine Periode des Radikalismus und der Gewalttätigkeit: Auch die traditionellen linken Parteien, sowohl die sozialdemokratischen als auch die kommunistischen, konnten sich überall in Westeuropa eines Zustroms neuer, oftmals junger Mitglieder erfreuen. Dieser linksradikale, kommunistische und sozialistische Aufschwung ging mit einer Welle des Interesses an der – nicht zuletzt auch klassischen – marxistischen Theoriebildung einher.

Dreißig Jahre danach, am Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts, besteht vor allem ein großes Interesse an den gewalttätigen Ausdrucksformen des Linksradikalismus jener Jahre. Es sind in Deutschland inzwischen Dutzende von Büchern über die Rote Armee Fraktion (RAF) und andere linksradikale Kampfformationen erschienen, die der westdeutschen Gesellschaft in den 1970er Jahren einen Schrecken einflößten.<sup>4</sup> Mit Blick auf Deutschland haben sich Andreas Baader und Ulrike Meinhof zu wichtigen Ikonen der 1970er Jahre gemausert. Aber der politische, und besonders der linke Terrorismus ist gewiss kein ausschließlich deutsches Phänomen. Er trat in unterschiedlichen Erscheinungsformen überall in der westlichen Welt auf: Die italienischen Roten Brigaden, die *Irish Republican Army* (IRA), die französische *Action Directe*, der amerikanische *Weather Underground* und die kanadische *Front de Libération de Québec* (FLQ) seien hier als bekannte Beispiele genannt.<sup>5</sup> Auch die gewalttätigen Aktionen der niederländischen Molukker fanden in den 1970er Jahren statt.

Verschiedene Autoren bezeichnen den Terrorismus der 1970er Jahre als links, sozialistisch oder sozialrevolutionär.<sup>6</sup> Ungeachtet der Frage, ob dies nun in jeglicher Hinsicht das richtige Etikett ist (kann man die IRA als sozialrevolutionär bezeichnen?), führt der Linksterrorismus besonders in Deutschland noch immer zu heftigen Debatten. Manche Autoren, wie Gerd Koenen, sind der Ansicht, dass der linke Terrorismus integraler Bestandteil und Produkt der linken „68er“-

---

4 Es handelt sich um Bücher über die RAF und andere Kampfformationen, über verschiedene Mitglieder der RAF, über bestimmte Aktionen, über die Strafverfolgung der Terroristen sowie über die Opfer der Gewalt. Die Autoren sind Akademiker, Journalisten und unmittelbar Betroffene. Historiker haben sich – ebenso wie andernorts – lange Zeit abseits gehalten. Das ambitionierteste Übersichtswerk über den deutschen Terrorismus und über vergleichbare Bewegungen an anderen Orten der Welt ist: W. KRAUSHAAR (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, 2 Bde., Hamburg 2006. Ein gut lesbares Buch über die RAF-Geschichte bietet: S. AUST, *Der-Baader-Meinhof-Komplex*, 2. Auflage, München 1998.

5 Eine Übersicht bietet: J. VARON, *Bringing the War Home. The Weather Underground, the Red Army Faction, and Revolutionary Violence in the Sixties and Seventies*, Berkeley/Los Angeles/London 2004.

6 So ist David Rapoport der Ansicht, man könne in der modernen Geschichte verschiedene Terroriswellen unterscheiden. Die Welle der 1970er Jahre charakterisiert er als „sozialrevolutionär“. Siehe hierzu: D. RAPOPORT, *The Four Waves of Terrorism*, in: A.K. CRONEN/J. LUDS (Hrsg.), *Attacking terrorism. Elements of a good Strategy*, Washington 2004, S. 46–73.



Bewegung gewesen sei, die insgesamt keine großen Stücke auf parlamentarische Demokratie und liberale Rechtsordnung gehalten habe.<sup>7</sup> Andere, wie beispielsweise Ingrid Gilcher-Holthey, nehmen die „68er“ in Schutz und beurteilen den Terrorismus eher als Fehlentwicklung einer Bewegung, die hauptsächlich als demokratisch und emanzipatorisch bezeichnet werden könne und die überdies letztlich zu einer Liberalisierung und „Normalisierung“ der westdeutschen Gesellschaft beigetragen habe.<sup>8</sup>

Auch unter niederländischen Forschern nimmt das Interesse am linken Radikalismus und Terrorismus der 1970er Jahre zu. Der Wissenschaftsjournalist Antoine Verbij veröffentlichte den Band *Tien rode jaren*, in dem er einen Überblick über die linksradikalen Parteien und Gruppierungen bietet, die damals in den Niederlanden existierten.<sup>9</sup> Der Utrechter Historiker Jacco Pekelder schrieb ein Buch über die Sympathie, die es in den Niederlanden für die westdeutsche RAF gab.<sup>10</sup> Zudem erschien im Jahr 2009 ein Buch über die linksradikale *Rood Verzetfront* (Rote Widerstandsfront).<sup>11</sup> Solche Veröffentlichungen schlagen zuweilen emotional hohe Wellen, und ähnlich wie in Deutschland fühlen sich manche Kommentatoren veranlasst, noch einmal ihre Entrüstung über alle Entgleisungen auszudrücken, die es im „roten Jahrzehnt“ gegeben habe.<sup>12</sup>

Linker Radikalismus und Terrorismus tun der historiografischen Reputation der 1970er Jahre nicht gut. Sie scheinen auf den ersten Blick nahtlos in das Bild einer traurigen Periode zu passen, in der die Fortschrittsideale der vorangegangenen Jahrzehnte in sozialer Malaise und Individualismus untergingen (hierzu später mehr), was zu verzweifelten und über das Ziel hinausschießenden Versuchen beitrug, das politische Blatt zu wenden. Manche haben allerdings – und dies aus guten Gründen – angeführt, dass man sich bei der Betrachtung des „roten Jahrzehnts“ nicht ausschließlich auf den linken Radikalismus und Terrorismus beschränken dürfe. Die 1970er Jahre seien doch in Westdeutschland, wie beispielsweise der deutsche Historiker Bernd Faulenbach meint, vor allem auch ein „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ gewesen.<sup>13</sup> Diese Beobachtung scheint nicht

7 Vgl. G. KOENEN, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 2002. Der provokante deutsche Historiker Götz Aly geht in dieser Hinsicht am weitesten und assoziiert die Auffassungen der „68er“-Generation mit denen der Nationalsozialisten: G. ALY, *Unser Kampf. 1968*, Frankfurt a.M. 2008.

8 Vgl. I. GILCHER-HOLTEY, *Die 68er Bewegung. Deutschland–Westeuropa–USA*, 2. Auflage, München 2005.

9 Vgl. VERBIJ, *Tien rode jaren*.

10 Vgl. J. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland, 1970–1980*, Amsterdam 2007.

11 Vgl. P. MOUSSAULT/J. LUST (Hrsg.), *Rood Verzetfront. Aanzetten tot stadsguerilla in Nederland – een reconstructie*, Breda 2009.

12 Vgl. beispielsweise: R. HARTMAN, *Veel malligheid, soms gevaarlijke waanzin*, in: *Historisch Nieuwsblad*, Februar 2008, S. 58–64.

13 Siehe hierzu den Text von Bernd Faulenbach in diesem Sammelband sowie: ders., *Die Siebzigerjahre – ein Sozialdemokratisches Jahrzehnt*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 1–39.

nur auf Westdeutschland zuzutreffen, denn Mitte der 1970er Jahre waren die sozialdemokratischen Parteien in einer Reihe von westeuropäischen Ländern an der Macht: Westdeutschland, Österreich, Großbritannien, Belgien und auch in den Niederlanden, wo das viel besprochene Reformkabinett den Uyl regierte, das aus einer Koalition progressiver Parteien (der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA), der pazifistisch-progressiven *Politieke Partij Radicalen* (PPR) und der linksliberalen *Democraten66* (D66)), mit der katholischen *Katholieke Volkspartij* (KVP) und der protestantischen *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) bestand.<sup>14</sup>

Den Blickwinkel noch etwas erweiternd könnte man diese sozialdemokratischen Regierungen – und auch den Linksradikalismus – als Produkte eines weit verbreiteten progressiven Reformstrebens betrachten, das besonders in der ersten Hälfte der 1970er Jahre in den westlichen Ländern vorherrschte.<sup>15</sup> Verschiedene Gruppen und Bewegungen betraten die politische Arena, forderten Aufmerksamkeit für Missstände und Benachteiligungen, drängten auf Mitbestimmung und Partizipation und forderten vom Staat Maßnahmen. Autoren, die sich mit den „roten 1970er Jahren“ beschäftigt haben, sind der Ansicht, dass auch in den Niederlanden ein solcher reformerischer Geist geherrscht habe. So schreibt Pekelder, dass die „kulturelle Revolution“ der 1960er Jahre in den 1970er Jahren „bis in alle Regionen des Landes und in alle Glieder der Gesellschaft vordrang.“ Das „linke Aktionswesen“ habe damit seinen Höhepunkt erreicht.<sup>16</sup> Verbij geht in *Tien rode jaren* in ähnlicher Weise davon aus, dass in den Niederlanden damals „ein linker, progressiver Konsens herrschte.“<sup>17</sup>

Diese reformerische Atmosphäre ist auch Gegenstand der Forschung gewesen. So sind in den vergangenen Jahren unter anderem Publikationen über das niederländische Gesundheitswesen und nicht zuletzt über Wandlungen im Bereich der Psychiatrie erschienen.<sup>18</sup> Auch zu anderen für die 1970er Jahre charakteristischen Reformbewegungen, wie *Dolle Mina* (und allgemeiner die Frauenbewegung) und der *Vereniging van Dienstplichtige Militairen* (Vereinigung der Wehrpflichtigen, VVDM), liegen inzwischen Publikationen vor.<sup>19</sup> In den institu-

---

14 Siehe hierzu – neben dem Text von Becker in diesem Sammelband – vor allem: P. BOOTSMA/W. BREEDVELD, *De verbeelding aan de macht. Het Kabinet-den Uyl 1973–1977*, Den Haag 1999 und A. BLEICH, *Joop den Uyl, 1919–1987. Dromer en doordouwer*, Amsterdam 2008.

15 Vgl. D. HELLEMA, *Das Ende des Fortschritts. Die Niederlande und die siebziger Jahre*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 18 (2007), S. 85–103.

16 Vgl. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF*, S. 87.

17 VERBIJ, *Tien rode jaren*, S. 13.

18 Vgl. unter anderem: E. TONKENS, *Het zelfontplooiingsregime. De actualiteit van Dennendal en de jaren zestig*, Amsterdam 1999. Der Titel dieses Buches ist im Übrigen irreführend, weil Tonkens zu der Schlussfolgerung gelangt, die Reformbestrebungen in der Psychiatrie hätten vor allem in der ersten Hälfte der 1970er Jahre ihren Höhepunkt erlebt. Siehe zu diesem Thema auch: G. BLOK, *Baas in eigen brein. Antipsychiatrie in Nederland, 1965–1985*, Amsterdam 2004.

19 Vgl. I.C. MEIJER, *Het persoonlijke wordt politiek. Feministische bewustwording in Nederland, 1965–1980*, Amsterdam 1996; J. VAN DER MEULEN/N.-J. NUIJ, „Onge-

tionalisierten Kirchen herrschte ebenfalls ein Geist der Veränderung, der sich unter anderem 1970 in der Gründung des *Instituut Kerk en Wereld* (Institut Kirche und Welt), im 1967 ins Leben gerufenen *Interkerkelijk Vredesberaad* (Interkirchlicher Friedensrat, IKV) und in verschiedenen Initiativen zugunsten von Organisationen und Aktivitäten in Ländern der Dritten Welt äußerte.<sup>20</sup> Die Kirchen sollten sich, wie Willem Aantjes (der Anführer der protestantisch-christlichen *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) und kurzzeitige Fraktionsvorsitzende des in den 1970er Jahren ins Leben gerufenen *Christen-Democratisch Appèl* (CDA)) es formulierte, vor allem mit „makro-ethischen“ Problemen wie Frieden, Abrüstung und der Armut in der Dritten Welt beschäftigen.<sup>21</sup>

So präsentieren sich die 1970er Jahre, und hier vor allem die erste Hälfte des Jahrzehnts, trotz aller wirtschaftlicher Probleme als eine reformorientierte Ära. Dies kam nicht nur in der Entstehung von allerlei linksradikalen Gruppierungen zum Ausdruck, sondern auch in den für jene Jahre charakteristischen sozialdemokratischen Ambitionen. Überdies führte die Reformfreude der 1970er Jahre in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen zu einem manchmal von weiten Kreisen der Gesellschaft unterstützten Ruf nach Veränderung, Mitsprache und mehr Demokratie. Der reformerische Geist erreichte im Übrigen nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die politischen Parteien im Zentrum. In dieser Hinsicht ist es gut, sich daran zu erinnern, dass verschiedene progressive („am stärksten linksorientierte“) Kabinette der 1970er Jahre, wie beispielsweise jene in den Niederlanden und der Bundesrepublik, auch auf der Zustimmung und Mitarbeit konfessioneller und liberaler Parteien beruhten – wengleich diese Zustimmung schon bald auch Gegenkräfte heraufbeschwor.

## Bild II: Individualismus und Desintegration

Verschiedene Autoren bezeichnen die 1970er Jahre vor allem als das „*Ich-Zeitalter*“ bzw. „*the Me Decade*“ – als eine Periode der sozialen und politischen Malaise sowie der kulturellen Oberflächlichkeit; eine Periode, in der ein nahezu narzisstischer Individualismus aufkam. Dieses Bild der 1970er Jahre setzt gerade den Verlust des politischen Engagements und des politischen Aktivismus voraus, die im Bild I besonders hervorgehoben werden. Von dieser zweiten Perspektive aus betrachtet, stehen die 1970er Jahre oftmals den 1960er Jahren gegenüber und zeichnen sich durch eine Art sozialer Desintegration aus. Dieser Sichtweise zufolge fand der Fortschrittsglaube, der die vorhergehenden Jahrzehnte beherrscht

---

*looflijk maar waar“*. *De triomf van de langharige soldaat*, in: J. HOFFENAAR/J. VAN DER MEULEN/R. DE WINTER (Hrsg.), *Confrontatie en ontspanning. Maatschappij en krijgsmacht in de Koude Oorlog 1966–1989*, Den Haag 2004, S. 100–117.

20 Siehe beispielsweise: N. MEGENS/H. REIDING, *Bewegen binnen smalle marges. Pax Christi Nederland, 1965–1990*, Nimwegen/Utrecht 1999; B. DE GRAAF, *Over de Muur. De DDR, de Nederlandse kerken en de vredesbeweging*, Amsterdam 2004.

21 Vgl. R. BOUWMAN, *De val van een bergredenaar. Het politieke leven van Willem Aantjes*, Amsterdam 2002, S. 238.

hatte, bereits früh in den 1970er Jahren ein Ende. Dies verstörte die westlichen Gesellschaften. Der Historiker Andreas Killen spricht bezüglich der Vereinigten Staaten sogar von einem kollektiven amerikanischen „nervous breakdown“<sup>22</sup>.

Der amerikanische Autor Tom Wolfe wies bereits 1976 auf zwei seiner Auffassung zufolge wichtige Entwicklungen hin, die die vorhergehenden Jahre charakterisiert hatten: Die Schwächung der traditionellen sozialen Strukturen, die sich unter anderem in der zunehmenden Zahl der Ehescheidungen und Singles äußerte („*the Me Decade*“), und die Wiederentdeckung von Spiritualität und Glauben („*the Third Great Awakening*“), die unter anderem mit dem Vormarsch neuer, oftmals radikaler religiöser Bewegungen einhergehe.<sup>23</sup> Der Historiker Christopher Lasch bezeichnete die 1970er Jahre im Gegensatz zum rationalistischen Fortschrittsglauben und den eher kollektivistischen Idealen der vorhergehenden Jahrzehnte ebenfalls schon früh als „narzisstisch“ und auf Individualismus und Selbstentfaltung ausgerichtet.<sup>24</sup>

An die Beobachtungen von Wolfe und Lasch anknüpfend, erkennen manche in den Vereinigten Staaten auch die Entstehung radikalerer Ausdrucksformen von Unsicherheit und Egozentrismus. Die 1970er Jahre erscheinen als Jahre der Konfusion, Verrücktheit und Paranoia. Das ist der Ausgangspunkt des Bandes *America in the Seventies*, in dem eine Zeit behandelt wird, die in den Augen der Herausgeber eine Periode von „*uncertainty*“, „*malaise*“, „*anxieties*“, „*contradictory impulses*“ und anderen sozialen und kulturellen Schwierigkeiten darstellte.<sup>25</sup> Auch der konservative amerikanische Autor David Frum beschreibt die 1970er Jahre, die er im Übrigen als ein viel wichtigeres Jahrzehnt als die 1960er Jahre bewertet, als eine Periode der Enttäuschung, der Konfusion und des Misstrauens (besonders mit Blick auf Politik und Staat), in der sich viele in Reaktion auf die gesellschaftlichen Probleme zu Narzissmus und gleichzeitig – viel stärker als in den 1960er Jahren – zu sexueller Zügellosigkeit (mit allen ihren Folgen) hinreißen ließen.<sup>26</sup> Der amerikanische Terrorismus der 1970er Jahre – der des *Weather Underground* und der *Symbionese Liberation Army* (SLA) – kann ebenfalls als Ausdruck dieser Paranoia und Verrücktheit gedeutet werden.<sup>27</sup>

Diese Betrachtungen der 1970er Jahre – insbesondere die irrationalen Entgleisungen, die soziale Malaise und Unsicherheit, die Flucht in narzisstischen Hedonismus, in Spiritualität sowie in religiöse Vertiefung und konservatives Ressentiment – sind hauptsächlich amerikanischen Ursprungs. Möglicherweise spielten sie in Westeuropa eine weniger wichtige Rolle. Dennoch betont ein kürzlich er-

22 A. KILLEN, *1973 Nervous Breakdown. Watergate, Warhol, and the Birth of Post-Sixties America*, New York 2006.

23 Der berühmte Artikel *The Me Decade and the Third Great Awakening* findet sich in: T. WOLFE, *Mauve Gloves and Madmen, Clutter and Vine*, New York 1976.

24 Vgl. C. LASCH, *The Culture of Narcism. American Life in an Age of Diminishing Expectations*, New York 1979.

25 Vgl. BAILEY/FARBER (Hrsg.), *America in the Seventies*, S. 1–8.

26 Vgl. D. FRUM, *The Seventies. The Decade that brought you Modern Life (for better or worse)*, New York 2000.

27 Siehe zum Beispiel: KILLEN, *1973 Nervous Breakdown*.

schienenes französisches Buch über *Les années 1970* die gleichen Phänomene: sexuellen Hedonismus, Individualismus, moralische Krise, Ungewissheit, Unsicherheit.<sup>28</sup> Auch Turner beschreibt Großbritannien – insbesondere in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre – als eine Gesellschaft, die sich in einem Zustand der Krise, des Chaos und der Auflösung befunden habe.<sup>29</sup>

Es ist auch hinsichtlich der Niederlande und Deutschlands faszinierend, die 1970er Jahre aus dieser Perspektive zu beurteilen – der Perspektive des zurückgehenden politischen Engagements und des Aufkommens einer teils konservativen, teils individualistischen „anti-politischen“ Gegenbewegung, die begann, sich gegenüber dem vorherrschenden reformerischen, womöglich „kollektivistischen“, „politisch korrekten“ Geist abzusetzen. Schuyt und Taverne sind der Ansicht, in den Niederlanden habe auf kulturellem Gebiet „ein Prozess der Massenindividualisierung [stattgefunden], in dem sehr viele Individuen, besonders junge Menschen, eine eigene Lebensweise wählen wollen und können, die immer weniger an feste moralische, soziale und geographische Grenzen und feste Gebote gebunden ist.“<sup>30</sup> Auch das Phänomen des „*Third Great Awakening*“ war in den Niederlanden sichtbar. Die 1970er Jahre waren schließlich die Ära von Bhagwan, Hare Krishna und transzendentaler Meditation, und nicht zuletzt die Ära, in der der *Evangelische Omroep* (Evangelischer Rundfunk, EO) entstand. Die meisten dieser Bewegungen spielten bei der Mobilisierung der konservativen Gegenkräfte in der politischen Arena keine bewusste Rolle, aber der EO versuchte sehr wohl, zum Kampf gegen die Legalisierung der Abtreibung und gegen andere vermeintliche Anzeichen des moralischen Verfalls beizutragen.

In der öffentlichen Meinung der Niederlande gab es in den 1970er Jahren überdies eine stete Zunahme liberaler und konservativer Auffassungen. Das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, eine gerechtere Gesellschaft zu verwirklichen, nahm im Lauf des Jahrzehnts ab.<sup>31</sup> Auch die Wertschätzung für Mitspracherecht und Mitbestimmung verringerte sich. Dieser Trend wurde durch das beständige Wachstum der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (Volkspartei für Freiheit und Demokratie, VVD) – sowohl hinsichtlich der Mitglieder- als auch der Stimmzahl – bestätigt. Mit dem jugendlichen, 1972 angetretenen Hans Wiegel an der Spitze führte die VVD in den 1970er Jahren einen erfolgreichen Wahlkampf gegen die „Gängelei“ seitens des Staates.<sup>32</sup>

Wiegel appellierte erfolgreich an das wachsende Unbehagen, das in der niederländischen Gesellschaft gärte und auch der Aufstieg des CDA-Anführers und

28 Vgl. CHASSAIGNE, *Les années 1970*.

29 Vgl. A.W. TURNER, *Crisis? What Crisis? Britain in the 1970s*, London 2008, passim.

30 K. SCHUYT/A. TAVERNE, *1950. Welvaart in zwart-wit*, Den Haag 2000, S. 530–531.

31 Vgl. W. UITERHOEVE u.a. (Hrsg.), *De staat van Nederland: Nederland en zijn bewoners. De opmerkelijke feiten en hun samenhang*, Nimwegen 1990, S. 13–15 und C.P. MIDDENDORP, *Ideology in Dutch Politics. The Democratic System Reconsidered, 1975–1985*, Assen/Maastricht 1991, S. 143 ff.

32 Siehe hierzu unter anderem: P.G.C. VAN SCHIE, *Rode vlammen en blauw bluswater. VVD-positionering tegenover de PvdA tussen 1971 en 1982*, in: ders. (Hrsg.), *Tussen polarisatie en paars. De 100-jarige verhouding tussen liberalen en socialisten in Nederland*, Kampen 1995.

Premierministers Dries van Agt (1977–1982) beruhte zum Teil auf der Mobilisierung solcher antireformerischer, konservativer und „antipolitischer“ Sentimente. Van Agt hatte ein gutes Gespür für diese Stimmungen in der niederländischen Gesellschaft. Er sollte sich im Laufe seiner Zeit als Minister im Kabinett den Uyl und vor allem bei den Wahlen des Jahres 1977 als ein Mann präsentieren, der eigentlich mit großem Widerwillen am politischen Betrieb in Den Haag teilnahm. Viel lieber mischte er sich nach eigener Aussage unter Volk oder unternahm eine Fahrradtour. Er ließ deutlich erkennen, dass er insbesondere nichts für die radikale Verbissenheit übrig habe, die er seinem Widersacher, dem PvdA-Führer Joop den Uyl, zuschrieb. Die Menschen – und auch die Politiker – seien doch nur Sandkörner auf dem Strand der Ewigkeit. Sein gegen „Den Haag“, die PvdA und den Uyl gerichteter Wahlkampf füllte 1977 überall die Säle.<sup>33</sup>

Auch in Bezug auf Westdeutschland gibt es klare Anzeichen dafür, dass, wie Frank Bösch meint, „eine stark konservative Grundstruktur in der Gesellschaft und der Christdemokratie“ bestehen blieb. Überdies gelang es der Christlich Demokratischen Union (CDU), sich zu erneuern und gegenüber der regierenden sozialliberalen Koalition eine schlagkräftige sozioökonomische Alternative zu entwickeln. Wie in den Niederlanden spielten auch hier der Widerstand gegen die sozialliberalen Reformpläne mit Blick auf Abtreibung und Familienrecht sowie Fragen der „inneren Sicherheit“ bei der Mobilisierung einer neuen christdemokratischen Anhängerschaft eine wichtige Rolle.<sup>34</sup> Auch Axel Schildt ist der Ansicht, dass „die konservative Rekonstruktion bereits Mitte der 1970er Jahre eine kräftige Belebung erfuhr.“<sup>35</sup> In diesem Zusammenhang ist der Hinweis angebracht, dass die christdemokratischen Parteien CDU/CSU bei den Bundestagswahlen des Jahres 1976 das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte erzielten: Mit 48,6 Prozent der Stimmen hätten sie um Haaresbreite eine Mehrheit erlangt, die die Fortführung der Koalition aus SPD und FDP unmöglich gemacht hätte.

### Bild III: die neoliberale Revolution

Das dritte Bild ist das der neoliberalen Revolution. Es geht hier um eine Sichtweise hinsichtlich der 1970er Jahre, die an das Bild II anknüpft, die aber dennoch auf einer völlig anderen Perspektive als der des sozialen Verfalls, der Egozentrik und der „Antipolitik“ basiert. Das Bild der neoliberalen Revolution geht von der Wiederherstellung der politisch-ökonomischen Rationalität, von einer notwendigen Revision der ineffektiv gewordenen sozioökonomischen Instru-

33 Vgl. J. VAN MERRIËNBOER/P. BOOTSMA/P. VAN GRIENSVEN, *Van Agt Biografie. Tour de Force*, Amsterdam 2008, vor allem S. 235 ff.

34 Vgl. F. BÖSCH, *Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren*, in: JARAUSCH (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht?*, S. 297 ff.

35 Vgl. A. SCHILDT, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. *Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 449–481.

mente und der politischen Ausgangspunkte aus der Periode des Wiederaufbaus sowie von Wachstum und Wohlstand aus. Aus der Asche des stagnierenden, keynesianisch gelenkten, kollektivistischen und stärker disziplinierten „Golden Age“ erhob sich, wie verschiedene Autoren suggerieren, im Laufe der 1970er Jahre ein in sozialer Hinsicht flexiblerer, individualisierter und auf Konsummaximierung ausgerichteter Kapitalismus.

In unterschiedlichen Texten findet sich die Ansicht, dass in den 1970er Jahren eine Ära zu Ende gegangen sei – auch wenn die Meinungen über die Frage, welche Ära dies gewesen sein soll, auseinander gehen. Manche glauben, dass die Wirtschaftskrisen jener Jahre das Ende der Jahrzehnte des Wiederaufbaus, des Wachstums und des Wohlstands einläuteten, das Ende der Jahre des „Nachkriegsbooms“, des „Golden Age“ oder „les trente glorieuses“ des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts.<sup>36</sup> Andere sehen die Beendigung eines viel länger vorherrschenden Trends: Im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts habe das durch staatliche Lenkung stimulierte Wirtschaftswachstum eingesetzt und der Ausbau des Sozialstaats begonnen – nun, rund einhundert Jahre später, habe diese Ära ihr Ende gefunden.<sup>37</sup>

In diesem Zusammenhang wird zur Erklärung des oben genannten Umschlags in der Entwicklung des westlichen Kapitalismus oftmals auf die Ölkrise der Jahre 1973–1974 hingewiesen – auch wenn die meisten Autoren der Ansicht sind, dass die ökonomischen Probleme, die nach 1973 auftraten, auch strukturellere, langfristige Ursachen hatten. Das industrielle Wachstum stagnierte im Westen schließlich bereits seit längerem, und die wirtschaftlichen Erträge waren rückläufig. Es schien sich inzwischen eine „dritte industrielle Revolution“ zu vollziehen, die den Übergang zu einem „post-industriellen“, „post-fordistischen“ oder sogar „post-modernen“ Kapitalismus markierte, der von neuen Technologien, neuen industriellen Sektoren und durch ein weiteres Wachstum des Dienstleistungssektors beherrscht wurde. Neben den für den post-industriellen Kapitalismus charakteristischen flexibleren sozialen Beziehungen sollte auch die sich durchsetzende Globalisierung eine wichtige Ursache dafür sein, dass die übliche keynesianische Lenkung und die daran gekoppelte korporatistische Ordnung immer ineffektiver wurden.<sup>38</sup>

Verschiedene Übersichten über die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts beurteilen die 1970er Jahre in ähnlicher Weise, wobei die Bilder II und III zuweilen kombiniert werden. So schreibt der englische Historiker Eric Hobsbawm in *The Age of Extremes*, dass das „Golden Age“ zu Beginn des Jahrzehnts zu Ende gegangen sei – jene Periode des Wachstums, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Die Rezession der Jahre 1973–1974

---

36 Vgl. K.H. JARAUSCH, *Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart*, in: ders. (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht?*, S. 10 ff.

37 Siehe beispielsweise: J.L. VAN ZANDEN, *Een klein land in de 20<sup>e</sup> eeuw. Economische geschiedenis van Nederland 1914–1995*, Utrecht 1997, S. 242–248.

38 Siehe beispielsweise: K. SCHUYT/E. TAVERNE, *1950. Prosperity and Welfare. Dutch Culture in a European Perspective IV*, Assen 2004, S. 19–20 und S. 50 ff.

habe eine Phase des wirtschaftlichen Abstiegs, der zunehmenden Instabilität und einer wachsenden gesellschaftlichen Unruhe eingeleitet.<sup>39</sup> Mark Mazower folgt in seinem Buch *Dark Continent* dem Urteil Hobsbawms. Ihm zufolge verblasste der in Westeuropa in der vorhergehenden Periode herrschende wirtschaftliche Optimismus, geriet der Sozialpakt zunehmend unter Druck, triumphierten Liberalismus und Individualismus.<sup>40</sup> Tony Judt beurteilt die 1970er Jahre in *Postwar* auf ähnliche Weise als eine Ära, in der die optimistischen Perspektiven der 1960er Jahre untergingen.<sup>41</sup> „Around the globe, the 1970s witnessed declining faith in government programs“, urteilt auch der amerikanische Autor Bruce Schulman.<sup>42</sup>

Ein verglichen mit dem „Golden Age“ orthodoxer Liberalismus erlebte ein auffälliges politisches Comeback. Das Funktionieren des kapitalistischen Markts sollte nach Ansicht der Anhänger des so genannten Neoliberalismus so wenig wie möglich durch staatliche Interventionen behindert werden. Dafür wurden verschiedene Argumente angeführt: Die Staatslenkung sei ineffektiv und sinnlos geworden und stehe der Privatinitiative im Weg, die Zunahme der Staatsverschuldung müsse gezügelt werden und die vorhandenen Erwartungen und Wünsche könnten die westlichen Gesellschaften – so die damalige Befürchtung einiger Kommentatoren – nicht zuletzt vor dem Hintergrund unvermeidlicher Einsparungen „unregierbar“ machen.<sup>43</sup> Die parlamentarische Demokratie drohe sogar, unter diesem zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Druck zusammenzubrechen.<sup>44</sup>

Dieses dritte Bild der 1970er Jahre findet sich in der deutschen und niederländischen Literatur wieder, aber es zieht einige Fragen nach sich. Verschiedene niederländische Autoren, wie Herman de Liagre Böhl, scheinen davon auszugehen, dass sich die neoliberale Antwort eigentlich und notwendigerweise aus der wirtschaftlichen Stagnation und Malaise ergab, der Ohnmacht des keynesianischen Staates, das Blatt zu wenden, sowie aus dem nicht zuletzt durch die zunehmende Arbeitslosigkeit rasch anwachsenden Staatsdefizit.<sup>45</sup> Einige Autoren des in Deutschland erschienen Buches *Das Ende der Zuversicht?* folgern al-

---

39 Vgl. E. HOBSBAWM, *The Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, 2. Auflage, London 1997, S. 403 ff.

40 Vgl. M. MAZOWER, *Dark Continent: Europe's Twentieth Century*, London 1998, S. 356 ff.

41 Vgl. T. JUDT, *Postwar. A History of Europe since 1945*, London 2005, S. 477.

42 B. SCHULMAN, *The Seventies. The Great Shift in American Culture, Society, and Politics*, Cambridge 2002, S. XV.

43 Vgl. G. METZLER, *Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?*, in: JARAUSCH, (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht?*, S. 243–260.

44 Auch in den Niederlanden kamen in den 1970er Jahren solche Vorstellungen auf. Siehe beispielsweise: H. DAUDT/E. VAN DER WOLK (Hrsg.), *Bedreigde democratie. Parlementaire democratie en overheidsbemoedien in de economie*, Assen/Amsterdam 1978.

45 Vgl. H. DE LIAGRE BÖHL, *Consensus en polarisatie. Spanning in de verzorgingsstaat, 1945–1990*, in: R. Aerts u.a. (Hrsg.), *Land van kleine gebaren. Een politieke geschiedenis van Nederland, 1780–1990*, 2. Auflage, Nimwegen 2001, S. 319.



lerdings, dass die 1970er Jahre, zumindest in Westdeutschland, eher durch eine durch verschiedene Umstände blockierte Anpassung an die neuen Verhältnisse gekennzeichnet waren. Die Gewerkschaften und andere Interessenverbände, aber auch die zögernde und ambivalente SPD, wurden aus dieser Perspektive heraus vor allem als Hindernisse betrachtet, die die notwendige Anwendung der neoliberalen Antwort noch eine Zeitlang aufhielten. Der politische Kampf (oder „die Politik“) ist aus dieser Perspektive insgesamt ein nahezu konservativer Faktor, der die notwendige Anpassung der westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft noch einige Jahre lang blockiert hat.<sup>46</sup>

Andere Autoren jedoch, vor allem amerikanische, betonen besonders den politischen Kampf, der gerade der neoliberalen und neokonservativen Revolution zugrunde lag.<sup>47</sup> Die Tatsache, dass die Neoliberalen Recht behielten, war keinesfalls selbstverständlich, sondern die Folge von Willensbildung und Machtkampf. Verschiedene amerikanische Untersuchungen betrachten die 1970er Jahre als eine Periode der neoliberalen und neokonservativen Mobilisierung, die schließlich 1980 zum Wahlsieg Ronald Reagans und zu einer langen Zeit neoliberaler und neokonservativer Hegemonie führen sollte. Während der 1970er Jahre rückten verschiedene neoliberale, orthodox-christliche und konservative Bewegungen, konservative Interessenverbände, „one-issue“-Bewegungen (wie die Anti-Abtreibungsbewegung) sowie gegen den Staat gerichtete Initiativen (im weiteren Sinne als sogenannte „*tax-revolt*“ bezeichnet) mit neuem Elan in den Vordergrund.

## Die langen 1970er Jahre

Diese drei Bilder – das rote Jahrzehnt, Individualisierung und soziale Desintegration sowie Krise und neoliberale Revolution – scheinen einander auf den ersten Blick zu widersprechen. Sie sind in allen Debatten über die deutschen und die niederländischen 1970er Jahre deutlich zu erkennen, auch wenn die Diskussionen über die Beurteilung dieser Zeit in den Niederlanden erheblich weniger heftig sind als in Deutschland. Es erscheint trotz aller Unterschiede doch möglich, einen Zusammenhang zwischen den drei hier unterschiedenen Bildern der 1970er Jahre herzustellen – insbesondere dann, wenn wir davon ausgehen, dass diese Jahre eine Ära einschneidender politischer und sozioökonomischer Veränderungen waren.

Dies führt zu der Frage, um welche Periode es hier genau geht. Der vorliegende Beitrag plädiert für eine Betrachtungsweise, die von den „langen 1970er Jahren“ ausgeht – das heißt von einer längeren, durch gesellschaftliche Protestbe-

---

46 In diesem Kontext spricht Konrad Jarausch sogar von „Traditionalisten“ und „rückwärtsgerichteten Strategien“, die von inzwischen überholten keynesianischen Auffassungen über die Möglichkeiten des Staates ausgingen, die Wirtschaftsrezession umzukehren. Siehe: JARAUSCH, *Verkannter Strukturwandel*, S. 19–20.

47 Zur neoliberalen und -konservativen Offensive in den Vereinigten Staaten siehe vor allem: SCHULMAN/ZELIZER, *Rightward Bound*.

wegungen, politische Verwirrung und Krisen gekennzeichneten Periode, die 1966–1967 einsetzte und Anfang der 1980er Jahre auslief. Es sind Jahre, in denen die Muster, Erwartungen und zum Teil auch die Institutionen des „Golden Age“ sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen und kulturellen Gründen in die Diskussion gerieten und zum Teil auch in die Brüche gingen. Jahre, die schließlich in eine neue, neoliberale, teils auch konservative und stärker individualisierte politische und gesellschaftliche Ordnung mündeten.

Eine solche Zeiteinteilung relativiert die Bedeutung der 1960er Jahre als eine Ära der Rebellion und Veränderung. Das erscheint nahezu als ein ernsthaftes historiographisches Sakrileg. Es ist allerdings wichtig darauf hinzuweisen, dass die Rebellion, die den 1960er Jahren oftmals zugeschrieben wird, in den meisten westlichen Ländern tatsächlich erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts einsetzte – zumindest, wenn es um die massiven Anzeichen politischer Proteste und Rebellion geht. Die „kurzen 1960er Jahre“, vom Ende der 1950er Jahre bis ungefähr 1967, waren vielmehr eine Periode zunehmender Modernisierung, zunehmenden Wohlstands und zunehmender politischer und kultureller Erneuerung. Der von manchen Autoren verwendete Gegensatz zwischen den aufständischen und fröhlichen 1960er Jahren einerseits und den individualisierten, konservativen und düsteren 1970er Jahren andererseits existiert demnach nicht. In den meisten westlichen Ländern brachen die massiven Äußerungen von Rebellion und Reformfreude erst in den Jahren 1966–1967 aus. In seiner Geschichte über das Italien der Nachkriegszeit geht Paul Ginsborg beispielsweise davon aus, dass die Periode der „collective action“ erst 1968 einsetzte.<sup>48</sup> Solche Beobachtungen kann man auch im Falle der Niederlande machen, auch wenn die Veränderungen dort – zumindest in Amsterdam – relativ früh begannen. Die ersten politischen Großdemonstrationen und Massenaktionen fanden bereits im Jahr 1966 statt – dem Jahr der Hochzeit von Beatrix und Claus, der Amsterdamer Bauarbeiterunruhen und der ersten großen Vietnamdemonstrationen. Die Frauenbewegung *Dolle Mina*, die Soldatengewerkschaft VVDM und die Aktionen im Zusammenhang mit der Abtreibungsklinik Bloemenhove sind jedoch allesamt Phänomene aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre.<sup>49</sup>

Wann endete diese lange Phase der Reformfreudigkeit? In der gesamten westlichen Welt begann sich das politische Klima in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu verändern. Das Vertrauen in die Möglichkeiten staatlich gelenkter gesellschaftlicher Reformen nahm allmählich ab, auch wenn der Umschwung nicht so abrupt eintrat, wie es in einigen der oben erwähnten Untersuchungen, die den Wendepunkt bereits im Jahr 1973 sehen, dargestellt wird. Mitte der 1970er Jahre waren in einer Reihe westeuropäischer Länder schließlich noch progressive Regierungen an der Macht, die zunächst einmal „keynesianisch“ auf die ökonomische Rezession reagierten. Darüber hinaus war unter anderem bei den Gewerkschaften, aber auch bei anderen gesellschaftlichen Organisationen, der Wider-

---

48 Vgl. P. GINSBORG, *A History of Contemporary Italy. Society and Politics 1943–1988*, London 1990, S. 298 ff.

49 Vgl. HELLEMA, *Das Ende des Fortschritts*.

stand gegen Einsparungen und neoliberale Richtungsänderungen anfangs noch stark. Für Westdeutschland und die Niederlande ist es das Nächstliegende, die langen 1970er Jahre 1982 enden zu lassen, als in beiden Ländern tatkräftige, von Christdemokraten dominierte Regierungen unter der Führung von Helmut Kohl bzw. Ruud Lubbers an die Macht kamen.

Die langen 1970er Jahre waren nicht bloß eine rote Ära. Von Anfang an entstanden, zunächst zum Teil unterschwellig, auch anti-reformistische Gegenbewegungen. So gibt es eine beträchtliche Zahl an Publikationen beispielsweise über den amerikanischen „*Right Turn*“ oder den Aufstieg der „*Hard Right*“. Solche anti-reformistischen Gegenbewegungen genießen, zumindest mit Blick auf die Niederlande, noch nicht viel Aufmerksamkeit – aber es gibt allen Anlass dazu, dies zu ändern. Die niederländische konservativ-liberale VVD war die einzige Partei, die während der gesamten 1970er Jahre wuchs. Sowohl in den Niederlanden als auch in Westdeutschland gelang es besonders den christdemokratischen Parteien, sich zu erneuern, um Anfang der 1980er Jahre wieder für längere Zeit das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Ebenso wie in den Vereinigten Staaten spielten dabei Themen wie die öffentliche Sicherheit, Familienpolitik, Abtreibung und die Bevormundung durch den Staat eine wichtige Rolle. Die Geschichte dieser Gesundung der Konservativen verdient es zweifellos, niedergeschrieben zu werden.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die konservative Gegenbewegung bzw. die konservativen Gegenbewegungen bereits seit Mitte der 1970er Jahre dominant waren. Der reformerische Geist war noch nicht verschwunden, was in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zu einer gewissen politischen Sackgasse beitrug. Das war nicht nur in Westdeutschland und den Niederlanden, sondern auch in vielen anderen westlichen Ländern der Fall. Vor allem in dieser Phase drohten diese manchen Kommentatoren zufolge „unregierbar“ zu werden. Auch in den Niederlanden zeigt sich bis Ende der 1970er Jahre – nicht zuletzt im CDA – noch eine Neigung, die reformerischen Bewegungen, die Gewerkschaften und die Auffassungen der *Partij van de Arbeid* zu berücksichtigen. Die 1970er Jahre waren, wie man auch im CDA vermutete, noch nicht vorbei, was in christdemokratischen Kreisen zu einer bis Anfang der 1980er Jahre andauernden Unsicherheit und Ambivalenz führte, die in einer unschlüssigen Sparpolitik und im Zaudern auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik zum Ausdruck kam.

Die zweite Hälfte der 1970er Jahre war sowohl in den Niederlanden als auch in Westdeutschland eher eine Periode des Stillstands und der politischen Blockaden zwischen der Linken und der Rechten. Das führte Mitte des Jahrzehnts in Westdeutschland zu einer Phase des „Reformstaus“, wie liberale Kommentatoren es bisweilen bezeichnet haben.<sup>50</sup> Auch die Niederlande durchliefen eine ähnliche Entwicklung: 1977 kam (trotz der starken Zugewinne der *Partij van de Arbeid* bei der Wahl in diesem Jahr) eine Koalition aus CDA und VVD unter der

---

50 Vgl. K.H. JARAUSCH, *Zwischen „Reformstau“ und „Sozialabbau“*. Anmerkungen zur Globalisierungsdebatte in Deutschland, 1973–2003, in: ders. (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht?* S. 332 ff.

Führung von Dries van Agt an die Macht. Einige Historiker sehen hier einen wichtigen Wendepunkt. Aber es gelang dem Kabinett van Agt nicht, echte ökonomische „Kursänderungen“ zu verwirklichen. Das Sparprogramm *Bestek '81* (*Konzept '81*) wurde kaum mit Leben gefüllt. Das Kabinett war auch nicht in der Lage, den NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 durchzusetzen. Erst 1982 kam – ebenso wie in Westdeutschland – eine Mitte-Rechts-Regierung an die Macht, die auf tatkräftigere Art und Weise eine neue ökonomische, soziale und auch außenpolitische Agenda durchführen sollte.

## In der übrigen westlichen Welt

Nicht nur in West-, sondern auch in Südeuropa wehten „*the winds of change*“. Das war im Portugal der Nelkenrevolution der Fall, aber auch in Spanien und Griechenland. In einer politischen Atmosphäre, die große Ähnlichkeit mit der in West- und Nordeuropa aufwies, schienen sich Mitte der 1970er Jahre auch in Italien große politische Veränderungen zu vollziehen. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1975 erzielte die *Partito Comunista d'Italia* (PCI) 33 Prozent der Stimmen; die linken Parteien kamen gemeinsam auf 47 Prozent. Die christdemokratische *Democrazia Cristiana* (DC) blieb mit Mühe und Not die größte Partei – die verbesserte parlamentarische Zusammenarbeit zwischen DC und PCI führte in den Jahren 1976–1978 dennoch zu einigen progressiven Reformen, wie beispielsweise der Legalisierung der Abtreibung.<sup>51</sup> Vor dem Hintergrund schwieriger politischer und ökonomischer Umstände änderten sich gegen Ende der 1970er Jahre dann die Umsetzungsmöglichkeiten für Reformen entscheidend.

Es gab westeuropäische Länder, die im Laufe der 1970er Jahre hinsichtlich der oben geschilderten Entwicklungen auf den ersten Blick Ausnahmen darstellten. Anfang der 1970er Jahre war in Großbritannien eine konservative Regierung unter der Führung von Edward Heath an der Macht. Hierzu muss man allerdings anmerken, dass das Kabinett stark unter dem Druck der Gewerkschaften und anderer Akteure stand. Überdies kehrte die *Labour Party* 1974 wieder auf die Regierungsbank zurück. Die große Wende in den politischen Verhältnissen Großbritanniens vollzog sich erst 1979, als Margaret Thatcher zur Premierministerin gewählt wurde – was unter anderem eine Folge der allgemeinen Atmosphäre der Malaise, der sozialen Polarisierung und der politischen Ohnmacht war, die während des „*Winter of Discontent*“ geherrscht hatte. Es sollte im Übrigen noch einige Jahre dauern, bis Thatcher wirklich tiefgreifende soziale und ökonomische Kursänderungen durchsetzen konnte. Das war vor allem während ihrer zweiten Amtszeit der Fall.

Auch Frankreich scheint nicht in das oben geschilderte Muster zu passen. Während der gesamten 1970er Jahre war die Linke schließlich nicht an der Regierung beteiligt. Dennoch kam 1972 eine *Union de la Gauche* zustande, die aus

---

51 Siehe hierzu: GINSBORG, *A History of Contemporary Italy*, S. 387–395.

der sozialistischen, der kommunistischen und der radikalen Partei bestand. Es wurde ein *Programme Commun* aufgestellt, das den französischen Wählern – ganz im Einklang mit dem Zeitgeist – Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen sowie eine Demokratisierung der französischen Gesellschaft in Aussicht stellte. Bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1974 konnte Valérie Giscard d’Estaing den linken Kandidaten François Mitterrand jedoch mit einer knappen Mehrheit von 50,81 zu 49,19 Prozent schlagen. Unter der Regierung von Giscard d’Estaing wurden Veränderungen durchgeführt, die an die Entwicklungen anknüpften, die sich an anderen Orten Westeuropas vollzogen, wie die Senkung des Wahlalters und die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. 1981 wurde Mitterrand dann doch noch zum Präsidenten gewählt, aber die Verhältnisse waren inzwischen ganz anders als 1974, und aus den Reformplänen, die er gehegt hatte, sollte dann auch nicht viel werden.

Die Vereinigten Staaten sind ebenfalls ein komplizierter Fall. Die Präsidentschaft Nixons (1969–1974) kann als ein erster und entscheidender Durchbruch der „*New Right*“ betrachtet werden, der in Amerika folglich früher als in Westeuropa stattfand. Dennoch kann Nixons Politik nicht einfach als ein Beispiel für den später so dominanten Neoliberalismus abgetan werden. „In some ways, Nixon did seem like the last interventionist liberal“, meint Schulman.<sup>52</sup> Überdies war dieser Präsident für die Entspannung und die Annäherung an die kommunistischen Staaten verantwortlich. Die zweite Hälfte der 1970er Jahre stellte auch für die Vereinigten Staaten eine Zeit der Blockaden dar, in der sich progressive und konservative Kräfte gegenseitig im Gleichgewicht hielten, wie der zuweilen grimmige Kampf zwischen radikalen und konservativen Frauenorganisationen über die inhaltliche Gestaltung des „*International Women’s Year*“ im Jahr 1977 zeigte.<sup>53</sup> Carters politische Zweifel sowie die Zerrissenheit in seiner Regierung illustrierten diese Situation besonders deutlich. Auch in den Vereinigten Staaten fand sowohl in der Innen- als auch der Außenpolitik um 1980 – dem letzten Jahr der Präsidentschaft Carters und natürlich vor allem nach dem Amtsantritt Ronald Reagans – eine Wende statt.<sup>54</sup>

## Verschiebungen in der Weltpolitik

Die meisten Bücher über die 1970er Jahre sind auf der Grundlage einer oftmals begrenzt-nationalen Perspektive geschrieben worden. Das ist merkwürdig, weil die Entwicklungen in den westlichen Ländern große Übereinstimmungen untereinander aufwiesen. Die wirtschaftlichen Entwicklungen liefen parallel, überall zeigten sich vergleichbare reformfreundige Bewegungen. Konflikte zwischen Reformern und Konservativen spitzten sich darüber hinaus oftmals auf die gleichen

52 SCHULMAN, *The seventies*, S. 25.

53 Siehe hierzu: M.J. SPRUILL, *Gender and America’s Right Turn*, in: SCHULMAN/ZELIZER (Hrsg.), *Rightward Bound*, S. 71–89.

54 Vgl. unter anderem: J. PATTERSON, *Restless Giant. The United States from Watergate to Bush vs. Gore*, Oxford 2005, S. 108 ff.

Themen (wie Vietnam, Frauenrechte und Mitbestimmung) zu. Auch die Schwächung der Linken und die Auferstehung der konservativen Parteien verliefen größtenteils parallel. Alleine dies sollte bereits ein Grund für eine globalere Perspektive sein. Überdies vollzogen sich im Verlaufe der langen 1970er Jahre weltweit Entwicklungen, die sich in allen Gesellschaften auswirkten. Dies galt nicht nur für die Bewegungen in der Weltwirtschaft, sondern auch für die weltpolitischen Verhältnisse. So verlief die Entspannung zwischen Ost und West in den langen 1970er Jahren weitgehend parallel zu der Welle der Reformfreudigkeit in den westlichen Ländern. Das könnte man durch einen Hinweis darauf erklären, dass es eine wichtige Zielsetzung der reformerischen Bewegungen und Parteien des Westens (nicht zuletzt auch der sozialdemokratischen Regierungen der 1970er Jahre) war, eine Verringerung der Spannungen zwischen Ost und West zu erreichen. Die internationale Entspannung führte ihrerseits dazu, dass die politische Atmosphäre im Westen lockerer wurde. Gegen Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre verlief das Ende der Entspannung ungefähr parallel zum Amtsantritt konservativer und neoliberaler Regierungen in verschiedenen westlichen Ländern.

Die langen 1970er Jahre waren auch bezüglich der Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden eine wichtige Periode. Es kam in einer Reihe von nichtwestlichen Ländern zu revolutionären Umstürzen, die oftmals in äußerst rigorose, auf einschneidende Reformen von Wirtschaft und Gesellschaft abzielende sozialistische Experimente mündeten. Diese revolutionären Regimes, die in vielen Fällen (wenn auch nach einigem Zögern) von Moskau unterstützt wurden, versuchten, sich mit Hilfe von Verstaatlichungen und staatlichen Eingriffen dem Einfluss des Westens zu entziehen und eine weitreichende Form der Autarkie zu schaffen.<sup>55</sup> Forrest Colburn zählt ungefähr zwölf solcher Revolutionen; andere kommen bei einem Überblick über die langen 1970er Jahre sogar auf etwa fünfzehn Fälle.<sup>56</sup>

Die Revolutionen in der Dritten Welt und nicht zuletzt die Kriege und die Gewalt, die mit diesen einhergingen, spielten dann auch bei der politischen Radikalisierung, die sich in den 1960er und 1970er Jahren in den westlichen Ländern vollzog, eine wichtige Rolle. Das wichtigste Beispiel hierfür war natürlich Vietnam. So waren die Kriege in der nicht westlichen Welt für die linksradikalen terroristischen Bewegungen dann auch ein entscheidendes Argument für den Einsatz von Gewalt – schließlich gingen die Amerikaner doch in viel größerem

---

55 Siehe hierzu besonders: O.A. WESTAD, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2007.

56 Vgl. F.D. COLBURN, *The Vogue of Revolution in poor Countries*, Princeton 1994, S. 8. Zum Thema siehe auch: J.W. YOUNG/J. KENT, *International Relations Since 1945. A Global History*, Oxford 2004, S. 398. Nennen kann man hier: Afghanistan, Angola, Benin, Kambodscha, (möglicherweise) Chile, Kongo, Äthiopien, Grenada, Guinea-Bissau, (in gewissem Sinne) Iran, Laos, Madagaskar, Mosambik, Nicaragua, Somalia, Sudan, Vietnam, Simbabwe, Südjemen. Einige revolutionäre Experimente dauerten im Übrigen nicht lange an.

Maßstab gewaltsam vor! Der Vietnamkrieg müsse daher – so beispielsweise die Meinung der RAF – in den westlichen Metropolen fortgesetzt werden.

Aber die Revolutionen in der Dritten Welt stimulierten nicht nur den Radikalismus. Auch verschiedene westeuropäische, besonders sozialdemokratische Regierungen versuchten, die reformerischen Staaten und Bewegungen in der nicht westlichen Welt zu unterstützen. Das galt besonders für Westdeutschland, Schweden, die Niederlande und später auch für Portugal und Spanien. Der westdeutsche Bundeskanzler Willy Brandt betrachtete es als wichtige Aufgabe für Westeuropa, besonders den lateinamerikanischen Ländern zu helfen, die – oftmals gegen den Druck der Amerikaner – versuchten, ihre Wirtschaft zu reformieren. Der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme war ebenfalls der Ansicht, dass Westeuropa eine Koalition mit den reformerischen Entwicklungsländern eingehen müsse. In anderen westeuropäischen Regierungen hatte man Sympathie für die Ideen Palmes und Brandts. Das galt zweifellos auch für die niederländische Regierung den Uyl und insbesondere für den Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Jan Pronk (PvdA).

Sowohl die Entspannung als auch der nicht westliche revolutionäre Geist hatten nicht lange Bestand. Gegen Ende der 1970er und vor allem Anfang der 1980er Jahre ging die Phase der Entspannung zu Ende, und der so genannte „zweite Kalte Krieg“ setzte ein. Inzwischen nahmen die führenden westlichen Länder – und hier besonders die Vereinigten Staaten – auch eine zunehmend unwirsche und hartherzige Position gegenüber den sozialistischen und kommunistisch ausgerichteten Regimes in der nicht westlichen Welt ein. Diese offensive Haltung illustrierte einmal mehr, dass das politische Klima im Westen umgeschlagen war. Anfang der 1980er Jahre kamen in vielen westlichen Ländern konservative und neoliberal ausgerichtete Regierungen an die Macht (oder waren es bereits), die zeigten, dass sie imstande waren, die wirtschaftliche Stagnation, die sich durch die „zweite Ölkrise“ verschlimmert hatte, auf tatkräftige Art und Weise anzupacken. Auch in der internationalen Politik gingen sie dazu über, die politischen Ausgangspunkte der 1970er Jahre zu revidieren. Hierdurch wurden die sozialdemokratischen Parteien oftmals für längere Zeit auf die Oppositionsbänke geschickt – so auch in Westdeutschland und in den Niederlanden.

## Schluss

Die politischen Entwicklungen in den Niederlanden und in Westdeutschland weisen viele Übereinstimmungen auf. In beiden Ländern gab es während der langen 1970er Jahre eine Welle der Reformfreude und des Radikalismus, die allerdings von Anfang an auch konservative Gegenkräfte weckte. Dabei kamen größtenteils identische politische Themen zur Sprache, wie beispielsweise die Einkommensverbesserung für sozial Schwächere, soziale Sicherheit, Mitbestimmung, Frauenrechte, Verbesserung der Bildung oder Vietnam. Beide Länder wurden mit bürgerlichem Ungehorsam, Radikalismus und Gewalttätigkeit konfrontiert. Gegen Ende der 1970er und vor allem Anfang der 1980er Jahre wurde

der Reformgeist in beiden Ländern dann zunehmend schwächer. 1982 kam sowohl in Westdeutschland als auch in den Niederlanden eine von Christdemokraten dominierte, stärker konservativ und neoliberal ausgerichtete Regierung an die Macht. Eine Erklärung für diese Parallelen lässt sich finden, indem man auf die verschiedenen strukturellen Entwicklungen hinweist, die beide Gesellschaften auf ähnliche Weise beeinflussten: Auf die Zyklen von wirtschaftlichem Wachstum und Rezession, auf demographische Entwicklungen, auf soziale Veränderungen (wie die starke Ausweitung der Universitäten), auf die Wendungen im Ost-West-Verhältnis sowie auf ein Phänomen, das man als weltweite intellektuelle Wellenbewegung bezeichnen könnte. Das soll nicht heißen, dass die politischen Geschehnisse ausschließlich das Produkt globaler, struktureller Entwicklungen waren. Sie wurden nicht zuletzt durch die nationale Geschichte und durch die nationale politische und intellektuelle Kultur bestimmt. Es gab demnach auch Unterschiede zwischen den Niederlanden und Westdeutschland: Die nationalsozialistische Vergangenheit, die in den politischen Debatten und Konflikten Westdeutschlands eine große Rolle spielte, war in den Niederlanden kein Thema. Auch im Bereich der Ostpolitik waren die Situationen sehr unterschiedlich, was sich vor allem durch den spezifischen Status Westdeutschlands im Europa der Nachkriegszeit erklärt. Die Niederlande betrieben anders als die Bundesrepublik in den 1970er Jahren keine auffallend neue Ostpolitik.

Trotz dieser Punkte ähnelten sich die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen in den Niederlanden und Deutschland, obwohl sie sich in durch nationale Bedingungen bestimmten, unterschiedlichen Artikulationsformen ausgedrückt haben, in den 1970er Jahren auffallend. Diese Ähnlichkeiten sind ein wichtiges Argument dafür, eine internationalere und komparativere Perspektive hinsichtlich dieser faszinierenden Periode zu entwickeln.



Bernd Faulenbach

## Zur sozial-liberalen Ära in der Bundesrepublik: Fundamentalpolitisierung und staatliches Handeln in einer Zeit des Umbruchs

Die 1950er und 1960er Jahre des 20. Jahrhunderts haben in den letzten Jahrzehnten ein zunehmendes historisches Interesse gefunden. Seit einigen Jahren rücken nun auch die 1970er Jahre verstärkt in den Blick der zeithistorischen Forschung und der wissenschaftlich-publizistischen Diskussion, die damit der durch die Sperrfrist des Archivgesetzes bestimmten Öffnung der Akten folgt. Die 1970er Jahre wirken aus der Sicht der Gegenwart nah und fern zugleich. Mitten in der Epoche zwischen 1945 und 1989/90, den beiden letzten tief greifenden Epochenzäsuren, gelegen, sind viele Fragen, etwa das schwierige deutsch-deutsche Verhältnis und der Ost-West-Konflikt, mittlerweile ziemlich ferne Geschichte. Andere Aspekte, wie die wachsende Bedeutung der transnationalen Wirtschaft in den 1970er Jahren, die man als Einsetzen der Globalisierung sehen mag, wirken hingegen als Beginn der Gegenwart, gleichsam als „Schwellenzeit“ zu dieser.<sup>1</sup> Manche der damaligen Akteure leben noch und genießen beträchtliches Ansehen: Man denke an Helmut Schmidt, an Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel, an Walter Scheel, an Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl, um nur einige Namen zu nennen. Diese äußern sich keineswegs nur zur Geschichte, sondern oft auch auf der Grundlage ihrer historischen Erfahrungen zu Gegenwartsfragen. Allerdings weisen die parteipolitischen Konstellationen, ebenso wie das Parteiensystem, der kulturelle Hintergrund und vieles andere, heute deutliche Unterschiede zur damaligen Zeit auf.

Hier soll es um Spezifika einer Periode gehen, die inzwischen mehr und mehr als Zeit des „Umbruchs“ betrachtet wird.<sup>2</sup> Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael sehen gar einen „Strukturbruch, der sozialen Wandel von revolutionärer Qualität mit sich gebracht hat.“<sup>3</sup> Das Epizentrum des Wandels wird dabei im Bereich von ökonomischen und sozialen Basisprozessen gesehen, die sich auf Gesellschaft und Kultur ausgewirkt haben. Das Thema dieses Beitrags sind die politischen Entwicklungen dieser Jahre, die durch die Betrachtung des Zusammenwirkens von politisch-staatlichem Handeln auf der einen und Politisierungs-

---

1 Vgl. M.H. GEYER, *Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 668. Siehe hierzu auch: A. DOERING-MANTEUFFEL/L. RAPHAEL, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008; T. RAITHEL/A. RÖDDER/A. WIRSCHING (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009.

2 Vgl. K.H. JARAUSCH (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

3 DOERING-MANTEUFFEL/RAPHAEL, *Nach dem Boom*, S. 10.

prozessen in der Gesellschaft auf der anderen Seite erfasst und auf neue Herausforderungen hin untersucht werden sollen. Zuvor aber ist der Begriff „sozial-liberale Ära“ zu klären und nach Phasen innerhalb der 1970er Jahre zu fragen.

### Zum Begriff „sozial-liberale Ära“

Häufig wird über die 1970er Jahre in Deutschland der Begriff „sozial-liberale Ära“ gestellt, womit auf die die Regierung tragende Koalition aus Sozialdemokraten und Freien Demokraten abgehoben wird. In der Tat ist die Koalition ein spezifisches Merkmal dieses Jahrzehnts (1969–1982) – es hat sie auf Bundesebene weder vorher noch nachher gegeben. Politikgeschichtlich lässt sich der Begriff mithin vertreten. Der Begriff „sozial-liberale Ära“<sup>4</sup> rückt die beiden Parteien SPD und FDP eng aneinander. In den ersten Jahren ist die Koalition – namentlich von prominenten Sozialdemokraten, so von Willy Brandt, dem Kanzler und SPD-Vorsitzenden – historisch überhöht worden. Dass Liberalismus und Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert überwiegend getrennte Wege gingen, erschien ihm als eine der Ursachen der deutschen Fehlentwicklung. Die Charakterisierung der Koalition als historisches Bündnis trat freilich schon seit 1973/74 zunehmend in den Hintergrund. Dies hing auch damit zusammen, dass sich die FDP, die sich 1971 mit den Freiburger Thesen selbst als „sozialliberal“ definiert hatte, mehr und mehr als bürgerliches Korrektiv zur Sozialdemokratie verstand – einer Sozialdemokratie, in der sich seit Ende der 1960er Jahre ein linker Flügel herausgebildet hatte. Die Koalition wurde nun eine Zweckgemeinschaft auf Zeit, und die Frage nach dem Vorrat an Gemeinsamkeiten wurde fortan häufiger gestellt und meist mit dem Hinweis auf die Übereinstimmungen hinsichtlich der außenpolitischen Vorstellungen (insbesondere hinsichtlich der „Ostpolitik“) beantwortet. Die finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen gingen jedoch, besonders nach der von einer zweiten Ölkrise induzierten Wirtschaftskrise nach 1980, zunehmend auseinander. Die in diesen Bereichen vorhandenen Unterschiede spielten 1982 die entscheidende Rolle beim Bruch der Koalition, den die FDP durch ihren Wechsel von der einen zur anderen Volkspartei vollzog.

Der Begriff „sozial-liberale Ära“ konkurriert in der wissenschaftlich-publizistischen Diskussion mit anderen Begriffen. Gerd Koenen spricht vom „linken Jahrzehnt“, meint damit aber die Jahre von 1967 bis 1977 mit Studentenbewegung, K-Gruppen, Trotzlisten, Jusos und nicht zuletzt RAF.<sup>5</sup> Inwieweit diese Phänomene das ganze Jahrzehnt geprägt haben, wird man fragen können. Für einen Sektor bzw. für einige Alterskohorten akademischer Jugend wird man den Begriff füllen können, auch für Teile der Kultur, selbst für die Publikationen

4 Häufig wird die Schreibweise „sozialliberal“ bevorzugt. Der hier verwandte Bindestrich („sozial-liberal“) lässt erkennen, dass es sich keineswegs um eine Koalition mit einem die ganze Zeit über gemeinsamen konsistenten Politikverständnis handelt.

5 Vgl. G. KOENEN, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.

etablierter Verlage.<sup>6</sup> Im Zeitgeist der späten 1960er und der 1970er Jahre gab es eine starke Links-Drift, die zur Herausbildung eines linken Milieus führte. Doch pauschal von einem „linken Jahrzehnt“ zu sprechen, erscheint trotzdem überzogen. Eine Gegenposition ist jüngst von einigen Münsteraner Historikern vertreten worden, die die 1970er Jahre als „schwarzes Jahrzehnt“ bezeichnet haben.<sup>7</sup> Nach der Studentenrevolte von 1968 sei der konservative Lebensstil mit traditionellen Werten wieder vertretbar gewesen, auch habe eine konservative Mobilisierung eingesetzt.

Der Verfasser dieses Beitrags hat im Hinblick auf das politische System den Begriff „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ in die Debatte geworfen – wohl wissend, dass er keineswegs – obgleich die Sozialdemokratie die dominierende Regierungspartei war – für das ganze Jahrzehnt in gleicher Weise gilt und es stets auch starke Kräfte gab, die politische Gegenpositionen einnahmen.<sup>8</sup> Manches spricht jedoch dafür, den Begriff gerade auch im europäischen Kontext für plausibel zu halten. 1974 konstatierte Olof Palme, der schwedische sozialdemokratische Ministerpräsident, die Sozialdemokratie sei die stärkste politische Kraft in Westeuropa. Die parlamentarische Position der Sozialdemokratie sei aufs Ganze gesehen „stärker als je zuvor.“<sup>9</sup> Von 15 Regierungen wurden sieben von Sozialdemokraten geführt: in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Großbritannien, Norwegen, Schweden, in den Niederlanden und in Finnland. An drei weiteren waren Sozialdemokraten beteiligt, nämlich in Italien, Irland und der Schweiz. Rein „bürgerliche“ Regierungen gab es nur in Frankreich (hier gingen die Uhren anders, erst 1981 wurde Mitterrand Staatspräsident), Belgien, Luxemburg und Dänemark. Allerdings verfügten die Sozialdemokraten nur in Österreich über eine Parlamentsmehrheit, überall sonst aber koalitierten sie mit bürgerlichen Parteien oder stellten Minderheitsregierungen, was dazu führte, dass sie auch Kompromisse mitzuverantworten hatten. Keine Frage übrigens, dass die deutschen Sozialdemokraten in der Zeit Willy Brandts, der Ende 1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale wurde, eine führende Rolle unter den europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten einnahmen.<sup>10</sup>

---

6 Siehe dazu: A. VON SALDERN, *Markt für Marx. Literaturbetrieb und Lesebewegungen in der Bundesrepublik in den Sechziger- und Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 149–180.

7 Vgl. M. LIVI (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechte*, Frankfurt a.M./New York 2010.

8 Vgl. B. FAULENBACH, *Die Siebziger Jahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 1–37. Siehe auch: Ders., *Das sozialdemokratische Jahrzehnt: Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011.

9 W. BRANDT/B. KREISKY/O. PALME, *Briefe und Gespräche 1972 bis 1975*, Frankfurt a.M./Köln 1975, S. 96 (Brief vom 29. April 1974).

10 Das Verhältnis zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien ist allerdings bislang nur unzureichend erforscht worden. Zum Verhältnis der deutschen und niederländischen Sozialdemokraten siehe jetzt: M. DRÖGEMÖLLER, *Zwei Schwestern in Europa. Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945–1990*, Berlin 2008,

## Einschnitte und Phasen während der 1970er Jahre

Auf der Ebene des politischen Systems sind die Bundestagswahlen und teilweise auch die Landtagswahlen (wegen ihrer Rückwirkung auf die Bundespolitik, insbesondere über den Bundesrat, aber auch wegen ihres Einflusses auf das politische Klima) wichtige Einschnitte. Im Herbst 1969 kam es – vorbereitet durch die Bundespräsidentenwahl im Frühjahr, die von dem neuen Bundespräsidenten in einem Interview als „ein Stück Machtwechsel“ bezeichnet wurde – zur Bildung der sozial-liberalen Koalition. Hierbei handelte es sich zweifellos um eine Weichenstellung mit beträchtlicher Tragweite für die Deutschland- und Außenpolitik (man denke an die Ostpolitik) wie für die Innenpolitik (Politik der inneren Reformen).<sup>11</sup> Die Koalition hatte allerdings nur eine knappe parlamentarische Mehrheit, die bald bröckelte, weil konservativ-nationalliberale und entschieden antikommunistische Abgeordnete aus FDP und SPD, vorrangig wegen der Ostpolitik, zur CDU/CSU übertraten und dabei ihre Mandate mitnahmen. Auch bei Landtagswahlen hatte die Koalition, vor allem wegen der Schwäche der FDP, zu kämpfen.

Das Jahr 1972 bildete politisch erneut einen Einschnitt. Nach dem Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums gegen Willy Brandt am 27. April, durch das Rainer Barzel zum Kanzler gewählt werden wollte, wurden angesichts des Patts zwischen Regierung und Opposition vorgezogene Neuwahlen nötig. Nach einem beispiellos mobilisierenden Wahlkampf, der die Wahl zu einem Plebiszit über Willy Brandt und die Neue Ostpolitik machte, gewann die Koalition diese Neuwahlen klar – die SPD erreichte das beste Wahlergebnis ihrer (bisherigen) Geschichte und die Koalition verfügte fortan über eine deutliche Mehrheit im Bundestag.<sup>12</sup> Diese große Mehrheit der Regierung im Bundestag förderte die verstärkte Flügelbildung in der SPD, hinzu kamen im Jahr 1973 mannigfache politisch-gesellschaftliche Schwierigkeiten, sodass die Guillaume-Spionage-Affäre zum Anlass für Brandts Rücktritt im Mai 1974 wurde. Helmut Schmidt, der ihm folgte, gelang es, die Politik der Koalition wieder zu stabilisieren.<sup>13</sup> Bei der Bundestagswahl 1976 konnte die Koalition unter Helmut Schmidt sich knapp gegen Helmut Kohl und die oppositionelle CDU/CSU, die den Wahlkampf unter dem ideologischen Motto „Freiheit statt Sozialismus“ geführt hatten, durchsetzen.

---

hier: S. 171 ff. Hinsichtlich der Begrifflichkeiten abschließend folgender Hinweis: Zu anderen Begriffen als „sozial-liberale Ära“ oder „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ gelangt man, wenn man nicht die Politikgeschichte, sondern die Sozial-, Kultur- oder Mentalitätsgeschichte in den Vordergrund stellt. Vgl. hierzu: JARAUSCH (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht?*. Die Beiträge dieses Bandes beziehen sich vorrangig auf die Zeit nach der Krise 1973/74.

- 11 Siehe A. BARING (in Zusammenarbeit mit M. GÖRTEMAKER), *Machtwechsel. Die Ära Brandt – Scheel*, Stuttgart 1982.
- 12 Vgl. dazu: K.-D. BRACHER/W. JÄGER/W. LINK, *Republik im Wandel, 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 54 ff.
- 13 Siehe zu Helmut Schmidt insbesondere: H. SOELL, *Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung. 1969 bis heute*, München 2008.

Die Jahre von 1976 bis 1980 waren die große Zeit des Helmut Schmidt, des meinungsführenden Weltökonom und erfolgreichen Krisenmanagers, der im Herbst 1977 auch die Herausforderung des Terrorismus souverän meisterte. Die SPD war in diesen Jahren bei den Landtagswahlen durchweg erfolgreich – auch deshalb, weil sich die CDU/CSU durch interne Auseinandersetzungen um eine erfolgreiche Strategie und um die Kanzlerkandidatur selbst schwächte. So gewann Helmut Schmidt bei der Wahl im Jahr 1980 auch klar gegen den umstrittenen Kandidaten Franz-Josef Strauß. Dieser hatte der sozial-liberalen Koalition die Mobilisierung ihrer Anhängerschaft nach einem Wahlkampf, der in seiner Härte wohl alle vorhergehenden und folgenden Wahlkämpfe übertraf, erleichtert.

Die sozial-liberale Koalition startete 1980 nach einigen Auseinandersetzungen zwischen den Partnern schwach in die neue Amtszeit. Die neuerliche Wirtschaftskrise machte der Koalition zudem bald zu schaffen. Die FDP wandte sich zunehmend neoliberalen und marktradikalen Positionen zu und entzog damit bewusst der Koalition die Basis. Die schwierige innerparteiliche Lage der SPD, die insbesondere durch die Auseinandersetzung über die Nachrüstungsfrage verschärft wurde, kam hinzu. Sie war aber nicht entscheidend für den Bruch der Koalition im Herbst 1982, der durch die FDP aus einer Mischung von parteitaktischen und wirtschaftsliberalen Motiven herbeigeführt wurde und durch Helmut Schmidts Geschick dann auch in der Öffentlichkeit überwiegend der FDP angelastet wurde. Dies war umso leichter möglich, als die FDP ihren Wahlkampf 1980 mit der Parole geführt hatte, nur sie könne die Kanzlerschaft Schmidts garantieren. Die FDP ging mit dem Koalitionswechsel jedenfalls, wie auch die folgenden Landtagswahlergebnisse zeigten, ein beträchtliches Risiko ein. Kohl proklamierte dann den Koalitionswechsel zur „geistig-moralischen Wende“ unter konservativen und neokonservativen bzw. neoliberalen Vorzeichen.<sup>14</sup>

## Der Prozess der Fundamentalpolitisierung

Kennzeichnend für die 1970er Jahre in Deutschland ist eine weiter anwachsende und dann neue Formen annehmende Fundamentalpolitisierung, durch die sich Menschen nicht nur von Politik erfasst sahen, sondern sich auch für Politik interessierten und an ihr zu partizipieren suchten.<sup>15</sup> Diese Entwicklung hatte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre verstärkt eingesetzt, wobei eine ganze Reihe an Faktoren – unter anderem das scheinbare Ende der Nachkriegszeit, der Generationenwechsel, kulturelle Veränderungen wie der Wertewandel – auf sie einwirkten. Sie hielt die ganzen 1970er Jahre an, veränderte im Lauf der Zeit allerdings ihre Formen und schwächte sich danach langsam ab. Politik rückte für einige Jahre geradezu in das Zentrum des Wollens vieler Menschen. Die Fundamental-

---

14 Siehe dazu: A. WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, Stuttgart 2006.

15 Zum Begriff „Fundamentalpolitisierung“ siehe: K. MANNHEIM, *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*, Leiden 1935; C. GRAF VON KROCKOW, *Soziale Kontrolle und autoritäre Gewalt*, München 1971.

politisierung fand ihren Ausdruck in den unterschiedlichsten Partizipationsformen, sie stiftete Sinn und beeinflusste andere Lebensbereiche.

Die Studentenbewegung der ausgehenden 1960er Jahre war teils Ausdruck der Fundamentalpolitisierung, teils ihr Katalysator. Sie war gewiss kurzzeitig Teil einer weltweiten Protestbewegung der jüngeren akademischen Generation, die sich gegen den Vietnamkrieg wandte und nach neuen Ansätzen einer linken Politik suchte. Dann entwickelte sie sich aber – ungeachtet der Adaption von Protestformen aus den USA – zunehmend zu einem sehr deutschen Phänomen.<sup>16</sup>

Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg, der 1967 bei einer Anti-Schah-Demonstration von einem Polizeikommissar namens Kurras (von dem man heute weiß, dass er auch Stasi-Spitzel war) erschossen wurde, und das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke (durch einen gegen die Studenten aufgehetzten Arbeiter am Ostersonntag des Jahres 1968) brachten eine große Schärfe und Unerbittlichkeit in die deutsche Auseinandersetzung. Diese wurden zusätzlich durch die aus linken Kreisen geförderte Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie und durch den vorherrschenden Umgang mit der NS-Zeit stimuliert. Die Beschäftigung der deutschen Gesellschaft mit diesem Thema begann keineswegs erst hier, erhielt jedoch durch die Studentenbewegung eine spezifische Wendung.<sup>17</sup> Zusammen mit Teilen der Gewerkschaften und auch der SPD wandten sich die Studenten in der außerparlamentarischen Opposition (APO) gegen die sogenannte Notstandsgesetzgebung, durch die die alliierten Vorbehaltsrechte für den Notstandsfall abgelöst werden sollten. Von den Gegnern wurde diese Gesetzgebung als Abbau von Demokratie und als Übergang zu autoritärer „fascistoider“ Herrschaft betrachtet und bekämpft. Hierbei wurden Parallelen zwischen der vorhandenen Situation und der Endphase der Weimarer Republik gesehen. Schon 1969 zerfiel die Studentenbewegung in verschiedene K-Gruppen (kommunistisch, maoistisch oder wie auch immer kommunistisch-leninistisch orientiert), Trotzlisten und eben die RAF, die seit dieser Zeit in völliger Verkennerung der Situation mit Attentaten auf amerikanische und deutsche öffentliche Einrichtungen sowie auf Repräsentanten der politischen und gesellschaftlichen Ordnung glaubte, eine revolutionäre Situation herbeiführen zu können.<sup>18</sup>

Die Fundamentalpolitisierung, die sich unter anderem in Formveränderungen der Wahlkämpfe und in hohen Wahlbeteiligungen niederschlug, kam aber auch den etablierten Parteien, insbesondere der SPD, zu Gute. Die Zahl der Parteieintritte wuchs enorm an und war um ein mehrfaches größer als der ganze K-Gruppen-Zusammenhang. Allein im Jahr 1972 traten über 100.000 Menschen, überwiegend junge Leute, in die SPD ein.<sup>19</sup> Ende des Jahrzehnts überstieg die Mit-

16 Vgl. I. GILCHER-HOLTHEY, *Die 68er Bewegung. Deutschland–Westeuropa–USA*, München 2001; N. FREI, *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008.

17 Siehe dazu die Beiträge von D. Siegfried, B.A. Rusinek, K.C. Lammers und C. Clasen in: A. SCHILDT/D. SIEGFRIED/K.C. LAMMERS (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 77–196.

18 Siehe KOENEN, *Das rote Jahrzehnt*.

19 Vgl. *Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschland 1970–72*, Bonn o.J., S. 306.

gliederzahl der Sozialdemokratie die Millionengrenze. Allerdings hatte das enorme Wachstum erhebliche Konsequenzen für die Struktur der Partei. Auf dem Parteitag in Hannover 1973 konstatierte Willy Brandt, dass zwei Drittel der Parteimitglieder erst in den letzten neun Jahren beigetreten waren, was auf eine grundlegende Veränderung der Partei, ihrer Zusammensetzung und Kultur, hinauslief.<sup>20</sup> Helga Grebing spricht deshalb retrospektiv für diese Zeit vom „Abschied von der alten Arbeiterbewegung.“<sup>21</sup> Die Arbeiter bildeten nun nur noch eine Minderheit bei den Eintritten, hoch war hingegen der Anteil der Studierenden, Jungakademiker (vornehmlich aus Lehrerberufen), überhaupt der Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Die innerparteiliche Willensbildung intensivierte sich, doch auch der Stil der Auseinandersetzung veränderte sich erheblich. Es gab erhebliche Spannungen zwischen Alt- und Neumitgliedern, die mancherorts (wie in München) jahrelang andauerten und in grotesken Formen ausgetragen wurden.<sup>22</sup> Erhebliche Flügelkämpfe waren die Folge – ein wesentlicher Faktor waren dabei die von der Studentenbewegung beeinflussten Jusos, die ihrerseits wieder über viele Jahre in drei um Einfluss kämpfende Fraktionen zerfielen. Willy Brandt sprach von „Wachstumsproblemen“ der Partei, die unverkennbar die innerparteiliche politische Kultur in Mitleidenschaft zogen.<sup>23</sup> Dass auch die Gewerkschaften einen erheblichen Wachstumsschub erlebten, sei wenigstens erwähnt. Auch dies war eine Ausformung der Fundamentalpolitisierung.<sup>24</sup>

Bemerkenswerterweise blieb die Fundamentalpolitisierung aber nicht auf die linke Seite des politischen Spektrums begrenzt. Gerade der Verlust der Macht, der den Unionsparteien schwer zu schaffen machte, und die sozial-liberale Reformpolitik trieben eher konservative Menschen der CDU zu, die zeitweilig – wie Frank Bösch gezeigt hat – vergleichbare Wachstumszahlen wie die SPD hatte.<sup>25</sup> Die CDU, die anders als die strukturell modernere CSU während der 1960er Jahre mancherorts noch ein sich auf Honoratioren stützender Kanzlerwahlverein war, modernisierte sich nun. Vorangetrieben wurde sie dabei unter anderem von Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf und Heiner Geissler. Die Reformer holten gleichsam ein Stück weit die Parteibildung der CDU nach. Die Partei wurde damit der SPD ein wenig ähnlicher – allerdings ohne eine vergleichbare Verdichtung der innerparteilichen Willensbildung und den damit verbundenen Flügel-

20 *Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973 Stadthalle Hannover*, Bd. I, Bonn o.J., S. 102 f.

21 H. GREBING, *Geschichte der Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin 2007, S. 173 ff.

22 Siehe hierzu: P. LÖSCHE/F. WALTER, *Die SPD: Klassenpartei–Volkspartei–Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1997, S. 339 ff.

23 *Protokoll des Parteitages in Hannover*, S. 102.

24 Siehe W. SCHROEDER, *Gewerkschaften als soziale Bewegung – soziale Bewegung in den Gewerkschaften in den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 243–265.

25 Vgl. F. BÖSCH, *Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren*, in: JARAUSCH (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht*, S. 296–309; Ders., *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart/München 2002.

auseinandersetzungen. Zwar blieb das katholische Milieu als Basis bedeutsam, doch stießen nun auch Bürger zur CDU, die die Politik der inneren Reformen oder die neue Ostpolitik ablehnten. Dazu passt, dass die Verbindung zwischen Vertriebenenverbänden und CDU/CSU nun enger wurde. Nicht zuletzt profitierte die Union auch vom Widerspruch gegen die Reformpolitik im Bildungsbereich. Damit aber ist die Funktion der Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition für die Fundamentalpolitisation angesprochen.

## Reformpolitik und Fundamentalpolitisation

Willy Brandt stellte seine erste Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 unter das Leitmotiv „Mehr Demokratie wagen“.<sup>26</sup> Damit griff er einerseits das Streben nach Partizipation auf, das in der Fundamentalpolitisation zum Ausdruck kam, führte andererseits aber sozialdemokratische Ziele in die Regierungspolitik ein. Zwar bildete zunächst auch das Bemühen um „Modernisierung“ und um effektivere Planungen eine wesentliche Komponente des Reformbemühens, doch war tatsächlich ein umfassender Teilhabebegriff von zentraler Bedeutung für vielfältige, allerdings nur bedingt untereinander abgestimmte Reformen, die hier nur stichwortartig angesprochen werden können.<sup>27</sup> Im politischen System wollte Brandt mehr Transparenz und mehr gesellschaftliche Teilhabe an den Willensbildungsprozessen herbeiführen – tatsächlich wurde der Politikbegriff von der traditionellen Abgehobenheit befreit, die in ihm in Deutschland noch immer mit-schwang. Was die konkreten Reformen angeht, so wurde zum Beispiel das Wahlalter gesenkt. Mit der Erweiterung der Teilhabemöglichkeit entsprach die Politik zweifellos dem Trend der Zeit.

Heftig umkämpft war der Anspruch der „Demokratisierung“ der Gesellschaft, der Teilhabe rechtlich absichern wollte.<sup>28</sup> Hierzu sollten die Stärkung der Arbeitnehmerrechte im Betriebsverfassungsgesetz, die Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung und das Hochschulrahmengesetz beitragen.<sup>29</sup> Ausweitung der Teilhabe bezog sich insbesondere auf den Bildungsbereich, den der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten ausbauen wollte. In der Tat beschleunigte sich

26 *Die Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969*, in: *Stenographische Berichte, 6. Bundestag, 5. Sitzung*, Bd. 71, S. 20–34; Vgl. dazu und zum Folgenden: P. MERSEBURGER, *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*, Stuttgart 2002; W. JÄGER/W. LINK, *Republik im Wandel, 1974–1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987.

27 Der Reformbegriff wurde dabei zunehmend inflationär gebraucht. Vgl. H. EHMKE, *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit*, Berlin 1994, S. 116.

28 Vgl. T. ELLWEIN, *Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik in den sechziger Jahren*, München 1989; FAULENBACH, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt: Von der Reform-euphorie zur neuen Unübersichtlichkeit*, S. 181 ff.

29 Umstritten war insbesondere die Demokratisierung der Hochschulen. Vgl. hierzu: D. MÜNDEL, *Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“*. *Die Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Hochschule*, in: D. GEPPERT/J. HACKE (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 169–187.



jetzt die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begonnene Expansion des Bildungswesens, die die Zahl der Abiturienten und der Hochschulabsolventen im folgenden Jahrzehnt vervielfachte. Diese Entwicklung war weniger umstritten als eine neue, an Begriffen wie Emanzipation und Konflikt orientierte Pädagogik, die in neuen Rahmenrichtlinien in Hessen und NRW ihren Niederschlag fand und auf heftigen Widerspruch stieß. Teilhabe setzte den mündigen Bürger voraus, der auch zum Leitbild der Justizreformen wurde.<sup>30</sup> Die Forderung nach Teilhabe sollte sich auch auf den Vermögensbereich durch Vermögensbildung beziehen. In diesem Bereich gelangte die sozial-liberale Koalition trotz weitergehender Ziele, die an koalitionsinternen Gegensätzen scheiterten, nicht über den Ausbau der Sparförderung hinaus. Für die Sozialdemokratie bedeutete Stärkung der Teilhabe nicht zuletzt, den Sozialstaat weiter auszubauen. In der Ära Brandt wurde dieser tatsächlich in verschiedenen Hinsichten noch einmal erheblich ausgeweitet – man denke etwa an die Rentenpolitik, die Einführung der flexiblen Altersgrenze oder den Ausbau sozialer Dienste.<sup>31</sup> Man kann für die Ära Brandt geradezu von einem letzten Entwicklungsschub beim Ausbau des Wohlfahrtsstaates sprechen.

In zahlreichen Bereichen wurden Reformen auf den Weg gebracht, nicht wenige – wie etwa eine Neugestaltung des Bodenrechtes – blieben stecken. Bedeutsam war die Weiterführung rechtspolitischer Reformen, die der Resozialisierung den Vorrang gegenüber der Sühne einräumten und im Übrigen auf den mündigen Bürger setzten. Zu heftigen Auseinandersetzungen führte die Reform des Paragraphen 218, durch die eine alte Forderung der Arbeiterbewegung aufgegriffen wurde. In dieser Frage standen sich Reformeure und neue Frauenbewegung auf der einen Seite und die Kirchen, insbesondere die katholische Kirche, auf der anderen Seite gegenüber.<sup>32</sup> Zunächst beschloss eine Bundestagsmehrheit eine Fristenlösung, die jedoch vom Bundesverfassungsgericht verworfen wurde. Schließlich verständigte man sich auf eine Indikationslösung, die Kritik auf beiden Seiten fand. Begleitet war die Neuregelung von Protesten sowohl der Anhängerinnen und Anhänger als auch der Gegnerinnen und Gegner der Reform.

Schon bald setzte Reformmüdigkeit ein. Manche Vorhaben stießen sehr rasch auf erhebliche Widerstände, weil Interessen tangiert wurden und keineswegs alle bei den Reformen gewannen. So wurden durch die Reformen eben auch Reformgegner mobilisiert – zur Politisierung trug auch dies bei. Unzufrieden waren aber häufig auch Reformbefürworter, weil ihnen die durchgeführten Maßnahmen

---

30 Vgl. G.-J. GLAEBNER/J. HOLZ/T. SCHLÜTER (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren. Versuch einer Bilanz*, Opladen 1984.

31 Vgl. H.G. HOCKERTS/W. SÜSS, *Der Wohlfahrtsstaat in einer Zeit vielfältigen Aufbruchs. Zur sozialpolitischen Bilanz der Reformära*, in: H.G. HOCKERTS (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland 1966–1974*, Baden-Baden 2006, S. 943–962.

32 Vgl. zur Reform des Paragraphen 218: J. A. BRÜCKNER, *Die Rechtspolitik der sozial-liberalen Koalition*, in: GLAEBNER/HOLZ/SCHLÜTER (Hrsg.), *Die Bundesrepublik in den siebziger Jahren*, S. 190. Siehe hierzu auch: S. PROFITTLICH, *Mehr Mündigkeit wagen. Gerhard Jahn (1927–1988). Justizreformer der sozial-liberalen Koalition*, Bonn 2010.

nicht weit genug gingen oder scheiterten. Durch die Krise 1973/74 wurde das Klima für die Reformen dann noch ungünstiger. Die Reformpolitik war eine Zeitlang durch die Fundamentalpolitisierung befördert worden. Doch partiell wurde durch diese Politik auch die Fundamentalpolitisierung kanalisiert und fruchtbar gemacht.<sup>33</sup> Allerdings war schon in dieser Phase erkennbar, dass die Fundamentalpolitisierung auch anderen Positionen zu Gute kam, wie in der Krise 1973/74 und danach offensichtlich wurde.

## Die Krise 1973/74

Eine wirkliche ökonomisch-politisch-kulturelle Zäsur waren in Deutschland die Jahre 1973/74 – auch das Jahr 1975 kann man noch als Krisenjahr betrachten. Ausgelöst wurde die Krise hauptsächlich durch den Einsatz der Ölwanne der arabischen Länder im Jom-Kippur-Krieg, der zu einer Ölverknappung führte. Die deutsche Regierung versuchte diesem Problem mit Sonntagsfahrverboten, Geschwindigkeitsbegrenzungen und anderen Maßnahmen zu begegnen. Nachhaltige Folge war vor allem eine Ölpreisexplosion mit beträchtlichen ökonomischen Konsequenzen. Der auf diese Weise hervorgerufene konjunkturelle Einbruch beendete – wie sich aus historischer Perspektive sagen lässt – den großen Nachkriegszyklus mit seinen hohen Wachstumsraten – eine Zeit, die von Eric Hobsbawm als „goldenes Zeitalter des Kapitalismus“ wie des Wohlfahrtsstaates bezeichnet worden ist.<sup>34</sup> Seitdem hat es in Deutschland nur noch kleine Zyklen mit ungleich schwächeren Wachstumsraten gegeben. Arbeitslosigkeit wurde wieder zu einem Problem, das fortan dauerhaft mit erheblichen sozialpsychologischen und politischen Wirkungen einherging. Ökonomisch schwerwiegend war auch, dass die Ölpreiskrise die Inflation anheizte. Wachstumsschwäche und Inflation fielen damit zusammen. Diese Konstellation machte staatliches Handeln mit den Mitteln des Keynesianismus, der zentral für das wirtschaftspolitische Verständnis der Sozialdemokratie geworden war, sehr schwierig.

Die Krise stimulierte in Deutschland 1973/74 erhebliche Verteilungskämpfe. Die Fluglotsen, eine kleine Spezialistengruppe in strategischer Position, führten mit ihrem Dienst nach Vorschrift einen monatelangen Kampf, der die staatliche Autorität tangierte und die Stimmung drückte. Noch gravierender war der Arbeitskampf im öffentlichen Dienst im März 1974, bei dem die Gewerkschaft ÖTV durch Streik eine Lohnerhöhung von mehr als 10% durchsetzte – gegen den Willen von Bundeskanzler Willy Brandt, dessen Autorität auf diese Weise in Frage gestellt wurde. Das Verhältnis zwischen sozialdemokratisch geführter Bundesregierung und Gewerkschaften wurde angesichts des fehlenden bzw. ge-

33 Horst Ehmke hat rückblickend konstatiert: „Reformen können weder allein von ‚oben‘ noch allein von ‚unten‘ durchgesetzt werden. Sie erfordern ein politisch-gesellschaftliches Zusammenspiel, das handlungsfähige, durch Wahlen legitimierte politische Parteien voraussetzt.“ EHMKE, *Mittendrin*, S. 170.

34 Vgl. E. HOBBSAWM, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 324 ff.

ringen Wachstums komplizierter als in den Zeiten hoher Wachstumsraten, die den Ausbau des Sozialstaates ermöglicht hatten.

Die Krise wirkte zugleich als Katalysator des Wandels. So wurde der sektorale Wandel beschleunigt, „alte“ Industrien wie die Textilindustrie, die Montanindustrien und der Schiffbau wanderten verstärkt in andere Länder ab oder gerieten unter starken Druck. Zudem wurden Rationalisierungsprozesse beschleunigt und Produktionskonzepte wie der Fordismus bald in Frage gestellt. Schwere körperliche Arbeit wurde in der Bundesrepublik weiter zurückgedrängt und die Tätigkeiten der Arbeitnehmer differenzierten sich. Zusammen mit der Veränderung des traditionellen Freizeitverhaltens hatte dies eine Schwächung des traditionellen Arbeitnehmersmilieus zur Konsequenz, was Folgen für die Arbeiterbewegung implizieren musste.<sup>35</sup>

Zu einem ständigen Thema wurde nun auch die deutsche Energiepolitik, die durch den verstärkten Einsatz von Kernenergie und den Rückgriff auf die „heimische Steinkohle“ unabhängiger vom Öl werden wollte. Verbunden damit war die – vom Club of Rome bereits aufgeworfene – Frage nach der Endlichkeit natürlicher Ressourcen und damit auch die Frage nach den Grundlagen des Industrialismus und nach seiner Vereinbarkeit mit dem Umweltschutz.<sup>36</sup> Atomkraft und Umweltschutz wurden zu neuen Konfliktthemen mit beträchtlicher Resonanz in der Gesellschaft. Gleichzeitig begann ein neuer Krisendiskurs, der das ganze Jahrzehnt anhielt.<sup>37</sup> War zuvor von links von einer Legitimationskrise des Spätkapitalismus gesprochen worden, so wurde nun von konservativer Seite die These von der „Unregierbarkeit“ westlicher Industrieländer vertreten, wobei diese unter anderem auf eine Anspruchsinflation der Gesellschaft zurückgeführt wurde.<sup>38</sup> Im intellektuellen Diskurs plädierten manche für eine „Tendenzwende“ – ein Begriff, der anfangs auch linksliberale Korrekturen der Reformpolitik umfasste, sich dann aber zunehmend mit konservativen Positionen auflud.<sup>39</sup>

35 Vgl. W. HINDRICHS u.a., *Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die Neunziger Jahre*, Essen 2000; A. DÖRING-MANTEUFFEL, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), S. 559–581.

36 Vgl. D. MEADOWS u.a. (Hrsg.), *Berichte des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972.

37 Vgl. JARAUSCH (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht?*; J. HACKE, *Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit*, in: GEPPERT/HACKE (Hrsg.), *Streit um den Staat*, S. 188–207.

38 Siehe hierzu: W. HENNIS/P. GRAF KIELMANSEGG/U. MATZ (Hrsg.), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, 2 Bde., Stuttgart 1977/79; C. OFFE, „Unregierbarkeit“. *Zur Renaissance konservativer Krisentheorien*, in: J. HABERMAS (Hrsg.), *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1979, S. 294–318; HACKE, *Der Staat in Gefahr. Zur Legitimationskrise des Spätkapitalismus* siehe: J. HABERMAS, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt a.M. 1973.

39 Im November 1974 stellte ein Kongress in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München die Frage nach einer „Tendenzwende“. Dabei referierten so unterschiedliche Leute wie Hermann Lübke („Fortschritt als Orientierungsproblem“), Gerd Albers („Umweltbewusstsein – Mode oder Umkehr?“), Golo Mann („Die alte und die neue Historie“), Hans Maier („Kunst und Zeit“), Robert Spaemann („Eman-

## Eine neue Politik des Krisenmanagements und ihre Akzeptanzprobleme

Die ökonomischen Probleme waren für Helmut Schmidts Politik seit 1974 von zentraler Bedeutung. Sie entsprachen nicht nur seinem Politikverständnis, in dem „Brot und Butter“-Themen Vorrang hatten, sondern auch der politischen Entwicklung jener Jahre mit ihren ökonomischen und finanzpolitischen Problemen.<sup>40</sup> Schmidt nahm für die Politik seines Kabinetts stets in Anspruch, die Reformpolitik, wenn auch teilweise nur in sehr kleinen Schritten, voranzutreiben – immerhin wurde die Mitbestimmung 1976 außerhalb des Montanbereichs deutlich verbessert, eine Steuerreform eingeleitet und das Programm „Humanisierung der Arbeitswelt“ engagiert weitergeführt. Sein Interesse galt jedoch in erster Linie der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Angesichts der abnehmenden Steuerungsmöglichkeiten des Nationalstaats bemühte sich Schmidt besonders um eine abgestimmte Politik der großen Industrieländer. Zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing gewann er die führenden Staatsmänner der westlichen Industrieländer für regelmäßige Weltwirtschaftsgipfel, mit denen praktisch eine neue Politikebene geschaffen wurde.<sup>41</sup> Auf ihr dominierten die großen Staaten des Westens – die kleineren europäischen Länder wurden bald insofern berücksichtigt, als der Präsident der Europäischen Kommission zu den Gesprächen eingeladen wurde. Auf den Gipfeln ging es vor allem um die Konjunktur sowie die Währungs- und die Haushaltspolitik. Es wurden jedoch auch andere wichtige Themen – wie das Ost-West-Verhältnis und Rüstungs- und Abrüstungsfragen – erörtert. Da Helmut Schmidt bei den Beratungen eine Schlüsselrolle spielte, kann man sagen, dass es neben der Ostpolitik die Weltwirtschaftspolitik war, durch die die Deutschen als selbständiger Faktor in die internationale Politik zurückkehrten. Politik veränderte sich in diesen Jahren im Übrigen nicht nur durch die verstärkte Partizipation der Bürger, sondern auch durch ihre Ökonomisierung und Internationalisierung, die die nur über die Nationalstaaten wirksamen Teilhabechancen der Menschen am politischen Handeln in den einzelnen Ländern teilweise wieder reduzierte.

Die Rahmenbedingungen für Politik veränderten sich, doch waren nationale Konsequenzen zu ziehen.<sup>42</sup> Da die keynesianische Politik mit Sonderprogram-

---

zipation – ein Erziehungsziel?“) und Ralf Dahrendorf („Zukunft der Freiheit“). Die Texte sind veröffentlicht in: C. GRAF PODEWILS (Hrsg.), *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik*, Stuttgart 1975. Vgl. hierzu: H. MAIER, *Fortschrittsoptimismus oder Kulturpessimismus? Die Bundesrepublik in den 70er und 80er Jahren*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 56 (2008), S. 1–17.

40 Man darf es sich allerdings im Hinblick auf Schmidts Politikverständnis, das philosophisch durchaus reflektiert war, nicht zu leicht machen – vgl. hierzu: H. ALBRECHT, „Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken“. *Helmut Schmidt und die Philosophie*, Bremen 2009.

41 Vgl. J. VON KARCZEWSKI, „Weltwirtschaft ist unser Schicksal“. *Helmut Schmidt und die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel*, Bonn 2008.

42 Siehe hierzu den Beitrag von Kees van Paridon in diesem Band.

men sich angesichts struktureller Probleme nur noch bedingt fortsetzen ließ, räumte Schmidt der Haushaltskonsolidierung zeitweilig Vorrang ein, was gezielte Programme, die strukturpolitische Effekte erzielen sollten, nicht ausschloss. Allerdings gab Schmidt beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn im Jahr 1978 dann doch dem Begehren der anderen Staaten nach, die Bundesrepublik durch zusätzliche Haushaltsmittel als Konjunkturlokomotive einzusetzen, was die Verschuldung vergrößerte.<sup>43</sup> Insgesamt verfolgte die deutsche Politik eine mittlere Linie, die solide Haushaltspolitik mit gezielten wirtschaftspolitischen Impulsen zu kombinieren versuchte. Politisch bedeutsam war, dass die Haushaltskonsolidierungsbemühungen nicht am Sozialetat vorbeigehen konnten. Obgleich die Einschnitte sehr moderat waren, führten sie zu Protesten bei den Gewerkschaften, die die Bundesregierung vergeblich zu neuen Konjunkturprogrammen drängten. Angesichts der durch die vorhergehende Wachstumsperiode geprägten Erwartungen führte die veränderte Politik zu Akzeptanzproblemen. Das bisherige sozialdemokratische Politikmodell musste korrigiert werden, was bei der Anhängerschaft der Sozialdemokratie beträchtlichen Missmut hervorrief.

## Die Neuen Sozialen Bewegungen und die RAF als Herausforderungen der Politik

Der Sozialdemokratie gelang es in den Jahren von 1969 bis 1973 einen Teil der Fundamentalpolitisierung mit der Reformpolitik in Beziehung zu setzen: Viele junge Leute traten in die SPD ein. Doch erwies sich die Reformpolitik als wesentlich schwieriger als gedacht – erst recht gilt dies für die Strategie der systemüberwindenden Reformen, die die Jusos propagierten. So verflog die Reformeuphorie bald und die Wirtschaftskrise begrenzte die Spielräume weiter. Dies ist der Hintergrund dafür, dass sich neue Formen der Fundamentalpolitisierung entwickelten. Neben den schon vorher vorhandenen K-Gruppen, in denen ein Teil der Studentenbewegung weiterlebte, entwickelten sich – teilweise unter Beteiligung von Mitgliedern dieser Gruppen – Alternativbewegungen, die häufig bei lebensweltlichen Fragen ansetzten.<sup>44</sup> Vielerorts entstanden Bürgerinitiativen gegen Verkehrsprojekte, den Autobahnbau, die Erweiterung von Flughäfen usw., die sich untereinander vernetzten. Ökologische Fragen erhielten ein neues Gewicht, eine Umweltbewegung begann sich zu entwickeln. Kristallisationskern für die Herausbildung einer Alternativbewegung war aber vor allem der Bau von Atomkraftwerken, der Bürger entsprechender lokaler Umfelder mobilisierte. Die Fragen nach den Gefahren und Folgen der Atomkraftwerke, nicht zuletzt die un-

---

43 Vgl. VON KARCZEWSKI, „Weltwirtschaft ist unser Schicksal“, S. 385 ff.; JÄGER/LINK, *Republik im Wandel, 1974–1982*.

44 Zu den Alternativbewegungen, die bislang von der zeithistorischen Forschung noch nicht sehr intensiv zum Thema gemacht worden sind, siehe: R. ROTH/D. RUCHT (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M. 1987; G. LANGGUTH, *Protestbewegung. Entwicklung–Niedergang–Renaissance. Die neue Linke seit 1969*, Köln 1983.

gelöste Entsorgungsfrage, ließen sich bald nicht mehr beiseiteschieben. Die Anti-AKW-Bewegung wurde somit seit 1975 ein politischer Faktor.<sup>45</sup>

Ein anderer Ansatzpunkt für eine Protest- und Alternativbewegung war die Immobilienspekulation, die ganze Stadtteile völlig veränderte und dabei zeitweilig beachtliche Leerstände zur Folge hatte. In einigen Großstädten bildeten sich Hausbesetzerszenen heraus, die leerstehende Wohnungen illegal bezogen und diese dann – teilweise mit Gewaltmitteln – verteidigten.<sup>46</sup> Auch hier hat das partielle Scheitern der Reformpolitik, die Boden- und Immobilienspekulation zu begrenzen, die Entstehung der Hausbesetzerbewegung begünstigt.

Mit den Anliegen der Alternativbewegungen musste sich die Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene auseinandersetzen. Der Ausbau der Infrastruktur, des Verkehrswesens, auch der Neubau von Wohnungen waren Teil des Modernisierungsanspruchs der Politik, der von den etablierten Parteien – namentlich der führenden Regierungspartei, der Sozialdemokratie – erhoben und der von Wirtschaft und Gewerkschaften mitgetragen wurde. Dies machte es schwer, der Alternativbewegung entgegenzukommen – zumal deren Vorgehensweisen und Formen rechtsstaatlichen Prinzipien widersprachen und Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte beschäftigten. Immerhin versuchte die Regierungspolitik der sozial-liberalen Koalition, Umweltfragen verstärkt aufzugreifen und Großprojekte zum Ausbau der Infrastruktur mit Maßnahmen zur Ökologie zu flankieren. Man war indes parteiübergreifend zunächst nicht bereit, Projekte wie den Bau weiterer Atomkraftwerke aufzugeben. Allerdings wurden die Streitfragen zunehmend in die Sozialdemokratie hineingetragen, die damit zum Ort der Auseinandersetzung wurde. Seit 1977 versuchte die SPD, die Entscheidung zum weiteren Ausbau bzw. zum Ausstieg aus der Atomkraft offen zu halten.<sup>47</sup> Auch sonst waren Kompromisse schwierig. Versuche, zu einer Verständigung mit Hausbesetzern zu kommen, scheiterten nicht selten (beispielsweise in Berlin 1981) an beiden Konfliktparteien und der parteipolitisch-medialen Auseinandersetzung.<sup>48</sup>

Verknüpft war die Alternativbewegung mit der Neuen Frauenbewegung, die sich in den 1970er Jahren zu einer wichtigen Kraft entwickelte. Gestützt auf Selbsterfahrungsgruppen, Wohnprojekte, Frauenhäuser, Zeitschriften und Buchläden bildeten sich eine feministische Szene und eine feministische Kultur heraus, und es wurden mit einiger Militanz Frauenforderungen artikuliert.<sup>49</sup> Die

---

45 Vgl. JÄGER/LINK, *Republik im Wandel, 1974–1982*, S. 88 ff.

46 Vgl. zu diesem Thema den Beitrag von Daniel Schmidt in diesem Band. Siehe hierzu auch: H. HALLER, „Niemand hat das Recht“. *Über die Bewegung der Hausbesetzer in Berlin*, in: M. HALLER (Hrsg.), *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1981, S. 99–113.

47 Der Hamburger Parteitag der SPD beschloss 1977 eine „zwei-Optionen“-Position zur Atomkraft. Vgl. dazu: EHMKE, *Mittendrin*, S. 291 ff.

48 Vgl. H.-J. VOGEL, *Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre*, München 1996, S. 136 ff.

49 Siehe hierzu: I. LENZ (Hrsg.), *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung*, Wiesbaden 2008; G. NOTZ, *Die au-*

Neue Frauenbewegung begann eine Rolle im Hochschulwesen zu spielen und beeinflusste die Frauenorganisationen innerhalb der vorhandenen Institutionen, etwa die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Die Entwicklung von Gleichstellungsbeauftragten und Frauenhäusern wurde zunehmend mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften realisiert.

Eine besondere Rolle spielte die Friedensbewegung, in der sich die verschiedenen alternativen Bewegungen mit der Ostermarschbewegung und pazifistischen Gruppen sowie mit Teilen der traditionellen Linken – mit der DKP, mit linken Gewerkschaftern und zunehmend auch mit Sozialdemokraten – und darüber hinaus nicht zuletzt mit Christlichen Friedensinitiativen verbanden, um gegen den NATO-Doppelbeschluss zu protestieren und die zunehmend wahrscheinliche Nachrüstung zu verhindern.<sup>50</sup> Die Einschätzungen hinsichtlich der Friedensbewegung gingen in der Sozialdemokratie auseinander. Auf der einen Seite standen unter anderem Kanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Apel, auf der anderen Erhard Eppler und zunehmend auch der Parteivorsitzende Willy Brandt, der nach wie vor eine wichtige Rolle in der Partei und auch in der internationalen Politik spielte.<sup>51</sup>

Die Sozialdemokratie konnte nicht verhindern, dass sich aus den Alternativbewegungen, der Neuen Frauenbewegung und der Friedensbewegung 1980 die Partei „Die Grünen“ entwickelte.<sup>52</sup> Anders als Ende der 1960er und in den frühen 1970er Jahren entstanden in diesen Bewegungen – in denen auch K-Gruppen-Mitglieder und andere aus der Studentenbewegung stammende Gruppen agierten – Ansätze einer eigenen Kultur, die sich von der sozialdemokratischen Kultur unterschied und die ihre Integration in die SPD unmöglich machten. Über die Frage, inwieweit man versuchen solle, junge Leute aus der Ökologiebewegung für die Sozialdemokratie zu gewinnen, gab es innerhalb der Partei eine heftige Auseinandersetzung. Willy Brandt, Peter Glotz und andere plädierten dafür, auf diese jungen Leute zuzugehen. Richard Löwenthal, Herbert Wehner und die Gewerkschafter in der SPD, im Grunde auch Helmut Schmidt, artikulierten demgegenüber ihre Skepsis. Letztlich setzte sich in dieser Frage der Parteivorsitzende im Vorstand durch.<sup>53</sup>

---

*tonome Frauenbewegung der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte–Organisationsformen–politische Konzepte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 123–148.

50 Die Friedensbewegung ist bislang unzureichend aufgearbeitet. Siehe zur Diskussion seit 1989 (außer der in Anmerkung 44 genannten Literatur): R. SCHMITT, *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung*, Opladen 1990 sowie die Beiträge in der Diskussion der Enquete-Kommission des Bundestages.

51 Willy Brandt war seit Ende 1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und von 1977 bis 1983 Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission.

52 Vgl. J. RASCHKE, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993; A. WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 117 ff.

53 Die Auseinandersetzung über die Frage der Integration der Ökologiebewegung ist dokumentiert in: *Die Neue Gesellschaft* 28 (1981), S. 1.062–1.089. Vgl. dazu auch: P. GLOTZ, *Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers*, Berlin 2005, S. 206 ff.

Das Dreiparteiensystem veränderte sich mit der Entstehung der grünen Partei vor allem auf Kosten der SPD, die mit dem Spagat einerseits maßgebliche Regierungspartei zu sein und andererseits Anliegen der sozialen Bewegungen aufgreifen zu wollen, zunehmend Probleme hatte. Die Fundamentalpolitisierung, von der die Partei profitiert hatte, gefährdete nun zunehmend deren Regierungsfähigkeit und hatte eine Veränderung des Parteiensystems zur Konsequenz.

Besonderer Art war die Herausforderung durch den Terrorismus der RAF, der in der westlichen Welt nur in Italien Parallelen hatte.<sup>54</sup> In der Bundesrepublik hatte sich die RAF als eine pathologische Form der Fundamentalpolitisierung mit dem unbedingten Willen zu Aktionen am Rande der Studentenbewegung gebildet und sich bald – beeinflusst von den unter ganz anderen Umständen handelnden Stadtguerilla in Lateinamerika – radikalisiert.<sup>55</sup> Sie kooperierte mit anderen internationalen Terrororganisationen, insbesondere der Palästinenser, mit denen sie das Feindbild USA teilte. Zielscheiben ihrer Attentate waren zunehmend Einzelpersonlichkeiten an herausgehobener Stelle von Politik, Wirtschaft und Justiz. Nachdem die erste Generation der RAF von der Polizei nach und nach verhaftet worden war, avancierte deren Befreiung zum Hauptziel der RAF. Höhepunkt der Auseinandersetzung war der Herbst 1977, als der Arbeitgeberpräsident Schleyer und ein Lufthansaflugzeug entführt wurden. War der Staat bei Entführungen zunächst auf die Forderungen der Terroristen eingegangen, so reagierte er seit 1975 mit Härte: erstmals bei der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm, vor allem dann im Herbst 1977. Nachdem man zunächst auf Zeit gespielt hatte, um die Entführer zu fassen, befreite eine Spezialeinheit schließlich die Lufthansamaschine in Mogadischu. Die Terroristen beantworteten dies mit der Ermordung von Schleyer und mit dem Selbstmord der inhaftierten Führungsfiguren.

Die große Mehrheit der Bevölkerung stand bei der Auseinandersetzung hinter der Regierung, die einen großen Krisenstab unter Einschluss der Opposition bildete. Trotz dieses Vorgehens wurde das amtierende Kabinett teilweise heftig kritisiert, vor allem mit ideologischen Argumenten, die auf dessen Bildungspolitik zielten.<sup>56</sup> Die Regierung der sozial-liberalen Koalition wollte den Terrorismus mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgen – was sie von manchen Stimmen aus der Opposition unterschied – und hatte intern durchaus Probleme mit neuen Gesetzen wie dem Kontaktperrgesetz, das rechtsstaatlich nicht unbedenklich war. Es gab zwar eine RAF-Sympathisanten-Szene, doch blieb diese begrenzt. Der RAF-Terror wurde selbst von der entschiedenen Linken ganz überwiegend abgelehnt.

---

54 Siehe dazu: S. AUST, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, 2. Auflage, Hamburg 1998; U. BACKES, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991.

55 Vgl. hierzu auch: W. KRAUSHAAR (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Hamburg 2006; K. WEINHAUER, *Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 219–242.

56 Siehe hierzu zum Beispiel die Antwort des Oppositionsführers Helmut Kohl auf die Regierungserklärung vom Bundeskanzler Helmut Schmidt zur Terrorismusbekämpfung am 20. April 1977 in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 8. Wahlperiode, Bd. 101, S. 1449–1456.



Die RAF war die extremste Form der Politisierung. Sie war Ausdruck des radikalen Willens, mit terroristischen Mitteln das System zu überwinden, wobei die Zielvorstellungen äußerst unklar blieben, was Teile der Medien, insbesondere den „Spiegel“, dazu brachte, intensiv nach diesen zu suchen. Während sich mit den aus der Alternativbewegung hervorgehenden Grünen ein neuer Politikansatz herausbildete, der sich trotz zum Teil anderer Erwartungen auf längere Sicht keineswegs prinzipiell von dem der anderen Parteien unterschied, endete der Terrorismus der RAF in einer Sackgasse und wurde zu einem – vielfach aus den historischen Kontexten mehr oder weniger herausgelösten – Medienthema. Unzweifelhaft ist, dass die Politik Helmut Schmidts und der sozial-liberalen Koalition durch die erfolgreiche Auseinandersetzung mit der RAF im Herbst 1977 in den Augen breiter Bevölkerungsschichten zusätzliche Legitimation erhielt.<sup>57</sup>

## Zustimmung und Ablehnung der Ost-, West- und Friedenspolitik

Es darf nicht ausgeblendet werden, dass die 1970er Jahre für die Bundesrepublik auch eine Zeit reger außenpolitischer Aktivitäten waren. Der Frage, in welchen Verhältnissen diese Aktivitäten zu den Politisierungsprozessen und Partizipationsbestrebungen standen, ist deshalb nachzugehen. Die Neue Ostpolitik war eine wesentliche Komponente der *raison d'être* der sozial-liberalen Koalition.<sup>58</sup> Die Mehrheitsfähigkeit der Koalition geriet freilich in den frühen 1970er Jahren ins Wanken, als sie diese Politik durchzusetzen versuchte – Abgeordnete von FDP und SPD verließen ihre Fraktionen bzw. wurden abgeworben. Die Folgen, auch die Zustimmung zur Ostpolitik bei der Bundestagswahl 1972 durch eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, wurden schon angesprochen. Ostpolitik, die das Verhältnis zur DDR und damit auch die deutsche Frage einschloss, war gleichwohl in erheblichem Maße „klassische Diplomatie“ – die heiße Phase der Vertragspolitik von 1969 bis 1973 war somit dann auch eine Hochzeit der Diplomatie. Mit großem Engagement und beträchtlichem Geschick forcierte die Bundesregierung unter Willy Brandt die Ostpolitik gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen. Sie erkannte jedoch bald, dass man ohne Verständigung mit der Sowjetunion auch auf anderen Gebieten – im deutsch-deutschen Verhältnis, in der Berlin-Frage, im Verhältnis zu Polen und den anderen osteuropäischen Ländern – nicht weiterkommen würde. Erst nach Abschluss der Verhandlungen in Moskau kam man auf den anderen Feldern voran, insbesondere in der für die Deutschen

---

57 Allerdings entwickelte sich zugleich in alternativen Milieus die Vorstellung einer gewaltfreien Form der Staatlichkeit, die sich mit antistaatlichen Haltungen amalgamieren konnte.

58 Zur Neuen Ostpolitik siehe: P. BENDER, *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung*, 3. Auflage, München 1995; H. POTTHOFF, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999; H. HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung*, Stuttgart/München 2001.

wichtigen Berlin-Frage sowie in der Regelung des Verhältnisses von Bundesrepublik und DDR durch einen Grundlagenvertrag.

Die Neue Ostpolitik war jedoch nicht nur Diplomatie, ihr Fortgang wurde in der Öffentlichkeit mit großem Interesse begleitet. Dieses Interesse richtete sich insbesondere auf spektakuläre Ereignisse wie das Treffen Willy Brandts mit DDR-Ministerpräsident Stoph in Erfurt im Jahr 1970. Die Neue Ostpolitik polarisierte und mobilisierte die deutsche Gesellschaft. Dazu trug bei, dass die Brandtsche Politik ebenso moralisch wie realpolitisch begründet war. Endlich sollte der politische Illusionismus der Nachkriegszeit aufgegeben werden, der darin bestand, die Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten zu verweigern. Die „Versöhnung“ mit den Staaten im Westen sollte – ungeachtet des Systemgegensatzes, der zunehmend weniger beachtet wurde – im Osten sein Pendant finden: ein neues auf Verzicht von Gewalt basierendes Verhältnis, in dem die Normalisierung der Beziehungen Zusammenarbeit ermöglichen, längerfristig eben „Versöhnung“ herbeiführen sollte. Zugleich aber ging es um realpolitische Fragen wie die Sicherung des Verkehrs nach Berlin und der Bindungen dieser Stadt an die Bundesrepublik. Vor allem aber stand die Normalisierung des Verhältnisses mit der DDR im Vordergrund, wobei es um „menschliche Erleichterungen“, um ein geregeltes Verhältnis in fast allen Politikbereichen, letztlich aber auch um die Erhaltung der Einheit der Nation ging. Diese Politik wurde von einem Teil der Bevölkerung mit Engagement unterstützt. Auch gesellschaftliche Kräfte, beispielsweise die Gewerkschaften, die Kirchen (insbesondere die Evangelische Kirche) sowie wichtige Gruppen aus der Wissenschaft und Publizistik, trugen diese Politik mit.

Nicht minder leidenschaftlich war die Opposition der CDU/CSU, die in der neuen Politik Verzicht auf deutsche Rechtspositionen und Interessen sowie eine Unterwerfung unter den Willen der Sowjetunion und des Kommunismus sah. In der Agitation gegen die Politik näherten sich die Kritiker teilweise – wenn etwa von Verzichtspolitik und Verrat gesprochen wurde – Begriffen der nationalen Rechten aus der Weimarer Zeit an. Insbesondere Kreise, die in Kategorien des traditionellen Antikommunismus dachten, auch ein Teil der Vertriebenen, lief gegen diese Politik Sturm.<sup>59</sup> Zweifellos war die Auseinandersetzung um die Neue Ostpolitik ein Katalysator politischer Mobilisierung. Doch trotz der mit ihr verbundenen Polarisierung trugen ihre Ergebnisse wesentlich dazu bei, dass die Bundesrepublik sich selbst anerkannte und zusätzliche Legitimation erwarb. Die Bundesrepublik hörte auf, Provisorium zu sein.<sup>60</sup>

Nicht umstritten war die Westpolitik der 1970er Jahre, in der der neuen sozial-liberalen Bundesregierung ebenfalls gleich zu Beginn mit der Aufnahme Großbritanniens und anderer EFTA-Staaten in die EG ein wesentlicher Erfolg gelang. Auch in diesem Bereich setzte jedoch bald – auch verursacht durch die krisen-

---

59 Vgl. E. BAHR, *Zu meiner Zeit*, 2. Auflage, München 1996; EHMKE, *Mittendrin*, S. 144.

60 Vgl. K.-R. KORTE, *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen in der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren*, Köln 1990; WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium*.

hafte wirtschaftliche Entwicklung und währungspolitische Turbulenzen – eine Phase der Stagnation ein. Festzuhalten ist für die frühen 1970er Jahre zudem, dass die neue Regierung sich im Westen nicht zuletzt der Pflege des Verhältnisses zu den kleineren Nachbarländern widmete, was unter anderem in Staatsbesuchen des Bundespräsidenten Gustav Heinemann in den Niederlanden und anderen Nachbarländern sowie Gegenbesuchen zum Ausdruck kam.<sup>61</sup>

Der KSZE-Prozess, der durch die Ostpolitik möglich wurde, war für das Ost-West-Verhältnis, auch für das politische Klima in den Ländern, nicht zuletzt in Osteuropa, von erheblicher Bedeutung. Er bewegte im Westen aber nicht wirklich die Massen. Ähnlich war dies auch bei der Abrüstungsproblematik: Die MBFR-Verhandlungen, die zur Reduzierung konventioneller Streitkräfte führen sollten, fanden nur mäßiges Interesse. Zu einer neuen Mobilisierung führte dann der NATO-Doppelbeschluss. Die Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenwaffen durch SS-20-Raketen, denen der Westen nichts Gleichwertiges auf der europäischen Ebene entgegenzusetzen hatte, beantwortete die NATO unter wesentlicher Beteiligung des Bundeskanzlers Helmut Schmidt nicht mit der raschen Produktion und Aufstellung ähnlicher Waffen im Westen, sondern mit der Forderung nach Verhandlungen über Vereinbarungen zur Abrüstung von Mittelstreckenwaffen. Erst im Falle des Scheiterns dieser Verhandlungen sollte eine westliche Nachrüstung erfolgen. Dieser Beschluss stimulierte in großem Maße die Friedensbewegung, die die Logik des Rüstungswettkampfs und des atomaren Gleichgewichts in Frage stellte und sich deshalb gegen die Nachrüstung wandte. Gerade das Zeitfenster zwischen Doppelbeschluss und eventueller Nachrüstung wurde von der Protestbewegung, die sich keineswegs schlicht als Produkt kommunistischer Propaganda erklären lässt, zu einer Kampagne genutzt, die in riesigen Massenkundgebungen in Bonn gipfelte.<sup>62</sup> Die Proteste hatten unter anderem deshalb eine große Resonanz, weil die nukleare Abschreckungsdoktrin der Bevölkerung nur sehr bedingt vermittelbar war. Voraussetzung war jedoch die verbreitete Bereitschaft, die eigenen Forderungen und Gefühle im öffentlichen Raum zu artikulieren. Verbunden mit der Bewegung war die Herausbildung einer Protestkultur, zu der auch die Annahme apokalyptischer Untergangsszenari-

---

61 Vgl. M. DRÖGEMÖLLER, *Eine Reise in die Vergangenheit? Der Staatsbesuch von Bundespräsident Gustav Heinemann in den Niederlanden*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 14 (2003), S. 121–138; F. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und die Bundesrepublik seit 1945*, Münster 2000, S. 270 ff.

62 Zur Diskussion über den Einfluss der Sowjetunion und der SED auf die Friedensbewegung siehe: G. WETTIG, *Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 57 (2009), S. 217–259; J. MARUHN/M. WILKE (Hrsg.), *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*, München/Wien 2002; U. BARON, *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“*, Münster 2003 – dazu kritisch: H. NEHRUNG/B. ZIEMANN, *Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011), S. 81–100.

en gehörte. In der angelsächsischen Welt sprach man in diesem Zusammenhang vielfach von der *German Angst*.

Die Friedensbewegung war ausgesprochen heterogen. Eine nicht unwesentliche Rolle spielten die DKP (insbesondere beim Krefelder Appell) und andere kommunistische Gruppen, doch wäre es falsch, die Bewegung vorrangig von hierher erklären zu wollen.<sup>63</sup> Wichtige Komponenten der Friedensbewegung waren auch christliche Gruppen, vorrangig aus dem protestantischen Bereich, die Alternativbewegungen, Pazifisten, Linke Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Die westdeutsche Friedensbewegung hatte ein Pendant in der kleinen oppositionellen Friedensbewegung in der DDR, die im Gegensatz zur Friedensrhetorik der SED stand und anders als die Friedensbewegung in der Bundesrepublik den Abbau der Raketen in West *und* Ost forderte; sie wurde zum Nukleus der Oppositionsbewegung in der DDR während der 80er Jahre.

Für die Bundesrepublik bedeutete die Friedensbewegung einen Schub der Fundamentalpolitisierung, der durch die Politik der Bundesregierung und der sozial-liberalen Koalition ausgelöst wurde und zunächst nicht aufgefangen und kanalisiert werden konnte. Allerdings öffnete sich die SPD als Partei unter Führung Brandts zur Friedensbewegung hin, was nach dem Verlust der Regierungsverantwortung in der Partei nicht mehr auf Widerstand stieß. Mit großer Mehrheit lehnte nun der Kölner Parteitag 1983 die Nachrüstung ab, doch wurde diese durch die schwarz-gelbe Regierung unter Kohl und Genscher durchgesetzt.<sup>64</sup> Zwar demonstrierte die Friedensbewegung noch gegen die Dislozierung der Mittelstreckenraketen, sie verlor jedoch in der Folgezeit an Bedeutung. Der Politik gelang es auf der Basis der Nachrüstung ab 1987, die Mittelstreckenraketen – ganz jenseits der Massenbewegung – durch Verhandlungen, die nach Gorbatschows Machtantritt möglich wurden, völlig abzubauen (doppelte Nulllösung). Helmut Schmidt sieht sich seitdem – wie er vielfach erklärt hat – in seiner Politik bestätigt.<sup>65</sup>

## Schlussbemerkungen

Die 1970er Jahre bestehen aus zwei Hälften, die durch die Krisenjahre 1973/74 getrennt sind. Die Zeit von 1969 bis 1973 ist dadurch gekennzeichnet, dass die in den 1960er Jahre wachsende Fundamentalpolitisierung die Reformpolitik mit einiger Stoßkraft versah, diese jedoch auch mit divergierenden Erwartungen überlagerte. Die Fundamentalpolitisierung auf der linken Seite war so stark, dass sie eine vergleichbare Politisierung auf der rechten Seite des politischen Spektrums hervorrief. Durch die Politik der Regierung und der Opposition gelang es,

63 Vgl. FAULENBACH, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt: Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit*, S. 710 ff.

64 Vgl. WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium*, S. 79 ff.

65 Siehe dazu: TH. SOMMER, *Unser Schmidt. Der Staatsmann und der Publizist*, Hamburg 2010, S. 207 ff. – demgegenüber: R. FAERBER-HUSEMANN, *Der Querdenker. Erhard Eppler. Eine Biographie*, Bonn 2010, S. 135 ff.

einen Teil der Politisierung zu kanalisieren. Ein anderer Teil war allerdings nicht integrierbar, er blieb zunächst gleichsam außerhalb des „Systems“. Mit der Neuen Ostpolitik, doch auch mit der Reformpolitik und den hiermit einhergehenden Widerständen trug die politische Elite zugleich selbst zur Politisierung bei.

Die Krise 1973/74 führte zu einem Themenwechsel in der Politik, in der es nun in erheblichem Maße um Krisenbewältigung ging. Die Fundamentalpolitisierung nahm nun teilweise veränderte Gestalt in den Alternativbewegungen an, die ihre Ziele nicht mehr ausschließlich durch staatliches Handeln anstrebten, sondern durch gesellschaftliche Selbstorganisation. Diese blieb allerdings oftmals auf den Staat angewiesen. Vielfach verschoben sich die Themen hin zur Verhinderung von etwas – beispielsweise dem Bau weiterer Atomkraftwerke oder auch von Flughäfen und Autobahnen. War vorher der gesellschaftliche mit dem technischen Fortschritt zusammengedacht worden, so fielen sie nun auseinander. Hatte die Neue Ostpolitik die Menschen teils für, teils gegen diese Politik mobilisiert, so führte der NATO-Doppelbeschluss – dessen Ziel aus der Sicht der Bundesregierung die Reduktion eurostrategischer Waffen war, der jedoch die Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs beinhaltete – zu einer Massenmobilisierung gegen diese Politik.

Die im Vergleich zu den frühen 1970er Jahren deutlich geringere Integrationsleistung der Sozialdemokratie und der anderen Parteien gegenüber der Fundamentalpolitisierung hatte schließlich die Bildung der Partei „Die Grünen“ zur Konsequenz. Diese Entwicklung machte insbesondere der Sozialdemokratie – der führenden Regierungspartei des Jahrzehnts, die gleichzeitig mit den gesellschaftlichen Basisprozessen verbunden war – erheblich zu schaffen. Dies gehörte zu den Voraussetzungen für das Scheitern der sozial-liberalen Koalition, das wesentlich durch die Neuorientierung der FDP vor dem Hintergrund des an Bedeutung gewinnenden Neoliberalismus verursacht wurde. Die Gründung der Grünen und die Rückkehr der SPD in die Opposition, durch die die innerparteilichen Spannungen sich verminderten, trugen dann auf die Dauer zur Integration der Alternativbewegungen in die Gesellschaft und in das politische System bei, das damit zusätzlich fundiert wurde.

Manchen erscheinen die 1970er Jahre in Westdeutschland als „Intermezzo in einer strukturell konservativen Republik“ oder auch als „Vorlauf für eine bürgerliche Konsolidierung“.<sup>66</sup> Derartige Urteile verkennen die Nachhaltigkeit der Veränderungen der politischen Kultur in den späten 1960er und in den 1970er Jahren. Manches spricht für eine „Umgründung der Republik“ bzw. für eine „zweite formative Phase der Bundesrepublik“ in diesen Jahren.<sup>67</sup> Man mag diese

---

66 BÖSCH, *Die Krise als Chance*, S. 306.

67 Siehe M. GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 475 ff. (hier der Begriff „Umgründung“). Die Kennzeichnung als „zweite Gründungsperiode der Bundesrepublik“ findet sich schon vorher bei: B. FAULENBACH, *Epoche sozialdemokratischer Regierungsverantwortung*, in: I. MARBOLEK/H. POTTHOFF (Hrsg.), *Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1986–1992*, Essen 1995, S. 9. Vgl. FAULENBACH, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 267 ff.

Periode auch als eine „Wendezeit“ sehen, in der der traditionelle deutsche Politikbegriff endgültig überwunden und in der politische Teilhabe (in unterschiedlichen Formen) selbstverständlich wurde.

„Wendezeit“ waren die 1970er Jahre auch für die Deutschlandpolitik. Die Nachkriegsordnung wurde anerkannt und die Bundesrepublik verlor ihren Status als Provisorium. Gerade auf diese Weise wurde eine intensivere Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westdeutschland wieder möglich. So wurde die DDR zunehmend abhängig von der Bundesrepublik, die mehr und mehr aufhörte, Feindbild für den Osten zu sein. So bereiteten die 1970er Jahre ein Stück weit die Umwälzung der Jahre 1989/90 vor. So sind sie innen- und außenpolitisch gleichermaßen von nachhaltiger Bedeutung.

Frans Becker

## Das Kabinett den Uyl (1973–1977) als Höhe- und Wendepunkt der 1970er Jahre\*

Im Jahr 1941 erschien im *Elsevier*-Verlag eine schön illustrierte Publikation mit dem Titel *De Tachtigjarige Oorlog (Der Achtzigjährige Krieg)*. Auch der Historiker Jan Romein hatte einen Beitrag für dieses Werk verfasst, in dem es um die Historiographie des Achtzigjährigen Krieges (1568–1648) ging. Dieser Krieg legte die Grundlage für die Selbständigkeit der Republik – und stellte damit einen entscheidenden Bruch in der niederländischen Geschichte dar. „So muss“, schreibt Romein, „sich die Nation rechtzeitig erneuern – und das hat sie auch getan, im 16., dann im 17., dann im 18. und schließlich im 19. Jahrhundert, immer um die siebziger Jahre herum. Aber diese Übereinstimmung ist lediglich auffallend, eine Beweiskraft für die Zukunft hat sie nicht. Wer nun, zumindest mit der Vorbereitung der nationalen Renaissance, bis 1970 warten wollte, wäre zu spät dran. Die Mühlen der Geschichte mahlen immer schneller.“<sup>1</sup> Die Beobachtung Romeins ist äußerst bedeutsam für die Inhalte dieses Buches und des vorliegenden Beitrages, denn sie evoziert zwei wesentliche Fragen. Die erste Frage lautet: Stellen auch im zwanzigsten Jahrhundert die 70er Jahre einen Bruch in der niederländischen Geschichte dar? Anders ausgedrückt: Hat sich, trotz der schneller mahelnden Mühlen der Geschichte, die „nationale Renaissance“ doch erst in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts vollzogen? Wenn ja, dann ergibt sich als zweite Frage: Wie sah diese Erneuerung aus?

### Die „langen 1970er Jahre“

Wir sind daran gewöhnt, die 1960er Jahre – ganz in Übereinstimmung mit den internationalen Entwicklungen – als die wichtigste Umbruchsphase der Nachkriegszeit zu betrachten. *Die endlosen sechziger Jahre* lautet der Titel, den Hans Righart für sein Epos über diese Zeit gewählt hat.<sup>2</sup> 1968 ist immer noch ein wichtiges Symboljahr. Aber vieles von dem, was wir mit den 1960er Jahren assoziieren, fand – zumindest in den Niederlanden – erst in den 1970er Jahren statt. Kein Wunder also, dass Friso Wielenga daher von den „langen sechziger Jahren“ spricht.<sup>3</sup> Hier wird bevorzugt von den „langen 1970er Jahren“ gesprochen, weil die 1970er Jahre in den Niederlanden eine Zeit wichtiger Verschie-

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

1 J. ROMEIN, *Spiegel Historiael van de Tachtigjarige Oorlog*, in: J. PRESSER, *De Tachtigjarige Oorlog*, 5. Auflage, Amsterdam/Brüssel 1975, S. 49.

2 Vgl. H. RIGHART, *De eindeloze jaren zestig. Geschiedenis van een generatieconflict*, Amsterdam/Antwerpen 1995.

3 F. WIELENGA, *Nederland in de twintigste eeuw*, Amsterdam 2009, S. 236.

bungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft darstellen. Als Beginn der 1970er Jahre wird dabei das Jahr 1966 mit der Gründung der Erneuerungsbewegung *Nieuw Links* in der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA), der Entstehung der neuen Partei *Democraten66* (D66) und verschiedenen gesellschaftlichen Aufwallungen herangezogen. Das Jahr 1982 wird im Rahmen dieses Beitrags als Endpunkt der 1970er Jahre gesehen. In diesem Jahr kam das erste Kabinett unter dem Christdemokraten Ruud Lubbers zustande und eine No-Nonsense-Stimmung ging durch die Niederlande. Vor diesem Hintergrund war es dann schnell um das „linke Lebensgefühl“ geschehen. Das von 1973 bis 1977 amtierende Kabinett des Sozialdemokraten Joop den Uyl bildet den Höhe- und Wendepunkt dieser Periode, es steht daher auch im Mittelpunkt der nachfolgenden Erörterungen.

Auch dieser Zeiteinteilung haftet natürlich etwas Willkürliches an – ebenso wie der Vorstellung, die eine Ära bedeute nichts anderes als Stillstand und sei von engstirnigem Charakter, während die andere nur brodelnde Veränderung beinhalte.<sup>4</sup> Verschiedene Phänomene, die wir als charakteristisch für die Jahre der Unruhe und Veränderung betrachten, hatten ihren Ursprung in einer früheren Epoche, den oftmals als „langweilig“ betitelten 1950er Jahren. Dies gilt auch, wie der vorliegende Beitrag zeigen will, für das Kabinett den Uyl. Das politische Paradigma dieses Kabinetts beruhte zumindest zu einem wichtigen Teil auf den Ideen, die Joop den Uyl gegen Ende der 1950er Jahre und Anfang der 1960er Jahre entwickelte. Was damals aber noch hinter den Kulissen verborgen blieb, geriet in den 1970er Jahren mitten auf die Bühne, ins volle Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit.

## Ein Cocktail aus Veränderungen

Die Aufgabe, vor die uns Romeins oben angesprochene Beobachtung stellt, besteht in der Untersuchung der Frage, ob die 1970er Jahre einen Bruch in der Geschichte bedeuten, und (wenn ja) zu präzisieren, welche Veränderungen in dieser Epoche stattfinden, in welche Richtung sich die Nation also erneuert. Sind die 1970er Jahre als eine Periode zu sehen, in der sich die Niederlande besonders rasch modernisierten? Oder lassen wir uns durch die äußeren Erscheinungsformen der Veränderung Sand in die Augen streuen, und ist unter der Oberfläche doch vieles gleich geblieben? Zunächst einmal sollte man sich vor Übertreibungen hüten. Die 1960er und 1970er Jahre regen die Phantasie so stark an, dass es schnell zur Mythenbildung kommt. Manche Gegner der Veränderungen, die damals stattfanden, betrachten diese Jahre als die Ära, in der die Niederlande endgültig in Schiefelage gerieten. Umgekehrt gibt es unter Anhängern dieser Zeit recht oft die Neigung, sie zu glorifizieren: Danach sei das Vaterland nie mehr

---

4 Vgl. J.C.H. BLOM, „*De Jaren Vijftig*“ en „*De Jaren Zestig*“, in: BMGN 112 (1997), Heft 4, S. 517–528.



ganz in Ordnung gekommen.<sup>5</sup> Inzwischen sorgt der zeitliche Abstand auch für eine mentale Distanz zu den 1970er Jahren und schafft so die Möglichkeit zur Entmythologisierung und zu einer eher nüchternen Betrachtung der Zeitenwende – vorzugsweise anhand gründlicher wissenschaftlicher Forschung, ohne dabei im Übrigen die Erlebniswelt der Zeitzeugen aus den Augen zu verlieren.

Zudem sollte die Aufmerksamkeit der Komplexität dieser Periode gelten. Gewiss, eine einfache Erklärung hat den großen Vorteil der Eleganz – der *clash* der Generationen (wie bei Hans Righart) und die weichen Knie der Elite (wie bei James Kennedy) sind hierfür gute Beispiele.<sup>6</sup> Ein befriedigendes Erklärungsmodell für die Entwicklungen in den „langen 1970er Jahren“ sollte jedoch mehr Faktoren berücksichtigen, beispielsweise Entwicklungen unterschiedlicher Dauer und Geschwindigkeit in verschiedenen Zeitebenen. Die nie dagewesene Heftigkeit der Veränderungen in den Niederlanden muss aus dem Zusammentreffen von Entwicklungen völlig unterschiedlicher Dauer und Dynamik in dieser Ära erklärt werden. Strömungen, Gezeiten, Sandbänke und Sturm veränderten in kurzer Zeit die Niederlande von einem ruhigen Familienbadeort in ein aufgewühltes Laboratorium kultureller und politischer Erneuerung. Einige wichtige Grundlagen dieser Entwicklung sollen nun angesprochen werden.

Die erste relevante Veränderung beginnt in den 1870er Jahren. Fortan entsteht in den Niederlanden eine industrielle Ökonomie nach „fordistischem“ Modell, in der das industrielle (multinationale) Großunternehmen dominiert, das von Managern geleitet wird, die vor allem ein langfristiges Wachstum anstreben. Nach 1945 findet ein zweiter intensiver Industrialisierungsspurts statt. Ab den 1960er Jahren setzt jedoch infolge der neuen internationalen Wettbewerbsverhältnisse eine massive Restrukturierung der niederländischen Industrie ein. Seit den 1970er Jahren „sehen wir“, so der Wirtschaftshistoriker Jan Luiten van Zanden, „das Wachstum einer ganz anderen Wirtschaftssparte, in der kommerzielle Dienstleistung anstelle der Industrie und kleine Unternehmen anstelle von Multinationals die dynamischsten Elemente darstellen. Die ‚Revolution der Shareholders‘ bedeutete darüber hinaus, dass Manager sich viel stärker um das kurzfristige Realisieren von Gewinn kümmern mussten.“<sup>7</sup>

Ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts wird darüber hinaus die Basis für ein politisches System gelegt, das die Spannungen der Massendemokratie über die Bildung politischer Parteien effektiv zu kanalisieren versteht. In den Niederlanden nimmt dies die besondere Form der „Versäulung“ an. In deren Blütezeit – zwischen 1920 und 1960 – wurden weite Teile der niederländischen Bevölkerung auf der Grundlage von Religion oder Klasse in gesellschaftlichem, kulturellem und politischem Zusammenhang fest organisiert. Die verschiedenen Gruppen bildeten geschlossene, schwere Gemeinschaften und waren streng voneinan-

5 Vgl. P. VAN DAM, *De jaren zestig in zwart-wit?*, in: *Transparant* 20 (2009), Nr. 3, S. 30–33.

6 Vgl. RIGHART, *De eideloze jaren zestig*; J. KENNEDY, *Nieuw Babylon in aanbouw. Nederland in de jaren zestig*, Amsterdam/Meppel 1995.

7 J.L. VAN ZANDEN, *Een klein land in de twintigste eeuw. Economische geschiedenis van Nederland 1914–1995*, Utrecht 1997, S. 15.

der getrennt, während deren Eliten das Land in gegenseitigem Einvernehmen und in Zusammenarbeit regierten. Sie führten, ihre Anhängerschaft folgte. Trotz der im und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg unternommenen Versuche, diese Ordnung zu durchbrechen, blieb sie damals noch zum größten Teil unangetastet. Erst in den 1960er und 1970er Jahren zerfiel das versäulte System krachend: Seine Grundlage – Glaube oder Weltanschauung – hörte auf, als homogenisierender Faktor zu wirken. Der Prozess der soziologischen und soziokulturellen Individualisierung, der sich auch andernorts in der westlichen Welt vollzog, erhielt in den Niederlanden durch die rasche Entsäulung eine zusätzliche Dimension. In der sozialwissenschaftlichen Terminologie von heute würde man vielleicht am Besten von einem Übergang von „schweren“ zu „leichten“ Gemeinschaften sprechen.<sup>8</sup> Der Zusammenhalt in organisatorischem und kulturellem Kontext wurde durch zunehmenden Wohlstand und Individualisierung untergraben, die Verbindungen zu den Parteien gingen verloren und auf der Ebene der Eliten wurde das gute Einvernehmen ebenso aufgekündigt.

Blickt man nicht ganz so weit zurück, dann ist die Säkularisierung der Niederlande, die bereits in den 1950er Jahren eingesetzt hatte, sich aber in den beiden darauffolgenden Jahrzehnten stark beschleunigte, eine auffällige Entwicklung. Eine Nation, die – zumindest in den Augen vieler – auf einem Religionskrieg begründet und Jahrhunderte lang von religiösem Eifer beherrscht war, fiel in rasendem Tempo vom Glauben ab und verlor damit auf lange Sicht den Kompass, den dieser Glaube in all seiner Unterschiedlichkeit bot. Die Entstehung der christdemokratischen Partei ist nicht nur ein Ausdruck dieser Entwicklung, sondern auch eine Antwort darauf.

Darüber hinaus verloren wichtige Elemente, die die Bevölkerung ab dem Zweiten Weltkrieg im Großen und Ganzen zufrieden und gehorsam gemacht und die Einheit gefördert hatten – die Atmosphäre des Wiederaufbaus und der Genesung, die unangreifbare internationale Führerschaft der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg, der politische Zusammenschluss der katholisch-roten Koalitionen – ihre Wirkung. Zweifellos spielt dabei eine Rolle, dass neue Nachkriegsgenerationen, die aus der sich ausweitenden Mittelklasse stammten, gelernt hatten, sich auf die persönliche Entwicklung und Entfaltung zu konzentrieren. Ihr meritokratischer Orientierungsrahmen, in dem gesellschaftliche Positionen dem Verdienst entsprechend und nicht nach der Herkunft eingenommen werden, geriet in krassen Widerspruch zu den Machtverhältnissen, die auf ganz anderen – nämlich funktionalen und traditionellen – Grundlagen basierten. Die neuen Generationen weigerten sich, die einengenden Bande und die verfestigten Positionen der versäulten Ständegesellschaft als selbstverständlich zu akzeptieren.

Man füge zu den genannten Punkten einige Ereignisse – wie den Bruch der Koalition aus konfessionellen Gruppierungen und der sozialdemokratischen Partei im Jahr 1966, die Hochzeit von Kronprinzessin Beatrix und Claus von Amsberg in einem brodelnden Amsterdam und die ständige Unfähigkeit der verant-

---

8 Vgl. J.W. DUYVENDAK/M. HURENKAMP, *Kiezen voor de kudde. Lichte gemeenschappen en de nieuwe meerderheid*, Amsterdam 2004.

wortlichen Autoritäten, die Unruhe zu bekämpfen – hinzu und schon hat man den richtigen Cocktail für eine explosive Veränderung der niederländischen Politik und Gesellschaft. Der Veränderungsprozess bewegte sich jedoch nicht einfach in eine einzige Richtung, und er ist auch nicht ohne weiteres auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen – er ist vielmehr komplex und umfasst Widersprüchlichkeiten und unbeabsichtigte Folgen.

## Die Nation erneuert sich

Wenn sich die bindenden Kräfte und Institutionen in der Gesellschaft stark abschwächen und sich ihre ordnende Wirkung verflüchtigt, dann braucht man immer noch einen Akteur, der die Lunte ins Pulverfass steckt und dem sich die alten Mächte nicht in den Weg stellen können. Die soziokulturelle Erneuerung dieses Zeitalters nahm, wenn man der Analyse Righarts folgt, die Form eines Generationenkonflikts an. Die Nachkriegsgeneration beschritt neue Wege, vor allem, wenn es um Sexualität und Ehemoral ging. Die neue Generation verursachte auch ein völlig neues Bild auf den Straßen und entwickelte eigene Jugendkulturen, zu deren distinktiven Elementen der Rock 'n Roll und die sich anschließende musikalische Explosion gehörten. Ab 1970 erscheint das Popfestival auf der Bildfläche. Auch wenn die Revolte der 1960er und 1970er Jahre in der Bildformung vor allem die Angelegenheit einer neuen Nachkriegsgeneration gewesen sein mag, hat der Historiker Doeko Bosscher zu Recht darauf hingewiesen, dass es bei der politischen Erneuerung um mehr als einen Generationskonflikt ging. Die Reform- und Veränderungsideen fanden bei großen Gruppen in der Gesellschaft Widerhall, vor allem, aber nicht ausschließlich, so Bosscher, bei Jugendlichen. Darüber hinaus sei der Begriff „Generation“ zu unspezifisch. „Generationskonflikte und Generationswechsel traten auf verschiedenen Ebenen auf, aber die Generationen unterschieden sich je nach Zeit und den Umständen.“<sup>9</sup>

Welche Themen setzten die Erneuerer auf die Tagesordnung, welche Konflikte suchten sie und welche Veränderungen setzten sie in Gang? Die Einstellung zu Sexualität, Ehe und Familie wurde einer der ersten zentralen Kampfschauplätze dieser Ära – unter anderem dokumentiert durch das *Coming out* von Homosexuellen auf Demonstrationen und Kundgebungen, beispielsweise den Rosa Samstagen (*Roze Zaterdag*) in den Niederlanden. Es geht in einem allgemeineren Sinn um das Losstemmen und Durchbrechen von Verhaltenscodes – in Bezug auf die Geschlechterzuordnungen und auch in Bezug auf das Verhältnis zu Autoritäten.

Zu einem zweiten Element der Erneuerungsbewegung wurde das auf die Probe stellen von Autoritäten sowohl in als auch außerhalb der Politik. Der Sturm auf die Machthaber und die Regentenmentalität ist Bestandteil eines breiteren Veränderungsprozesses hinsichtlich der politischen Kultur, der politischen

---

9 D. BOSSCHER, *De jaren 1946–1970*, in: M. BRINKMAN u.a. (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894–1994*, Amsterdam 1994, S. 230.

Mobilisierungsmechanismen und der Parteibeziehungen. Vieles kam nun in Bewegung: Das Phänomen der außerparlamentarischen Aktion griff um sich. Neue soziale Bewegungen, Aktionsgruppen, Komitees und politische Gruppierungen schossen wie Pilze aus dem Boden. Die Stilmittel, derer sich die Bewegungen und Aktionsgruppen bedienten, stellten ebenfalls einen Bruch mit der versäulten politischen Kultur dar. Die Demonstration wurde populär, ebenso die spielerische Aktion, die Besetzung. Die feministische Aktionsgruppe *Dolle Mina* war beispielsweise außergewöhnlich kreativ beim Ersinnen spielerischer Aktionen – vom „Boss im eigenen Bauch“ bis zum „Männer-Hinterherpfeifen“. Auch bei den Gewerkschaften machte sich die neue Streitbarkeit breit.<sup>10</sup> Es wurde populär zu politisieren, also gesellschaftliche Probleme als politische Themen zu benennen und diese in die politische Arena einzubringen sowie gesellschaftliche Gegensätze zu verdeutlichen bzw. zu verschärfen und diese dann in politischen Konfliktstoff umzusetzen. Nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Gemeindeebene sorgte das Streben nach Politisierung für ein schärferes politisches Klima.

Klarheit wurde zu einem der erstrebenswertesten Ziele in der Politik dieser Jahre. Um diese zu erlangen, führten die Sozialdemokraten die Polarisationsstrategie ein. Mit dieser strebten sie in der niederländischen Politik eine Zweiteilung zwischen einem progressiven und einem konservativen Block an. Gleichzeitig folgte aus der Polarisierungsstrategie der Versuch, einen linken Block zu schaffen. Dazu nahm die PvdA die Zusammenarbeit mit einer radikalen Abspaltung der Christdemokraten, der *Politieke Partij Radicalen* (PPR), sowie mit der 1966 gegründeten linksliberalen Partei D66 auf. Gemeinsam versuchten diese Parteien über Schattenkabinette, ein gemeinsames Wahlprogramm sowie die Vereinbarung, mit diesem Programm in den Wahlkampf zu ziehen, die Zweiteilung in der niederländischen Politik zu fördern. Die Gründung einer gemeinsamen progressiven Volkspartei scheiterte jedoch 1975 an der Widerspenstigkeit der PvdA-Anhängerschaft.

Die Wähler begannen unterdessen, sich in großer Zahl von ihrem Glauben zu verabschieden und bescherten damit besonders der katholischen KVP einen erheblichen Bedeutungsverlust. Allgemein lösten sich die Wähler von ihren zuvor als unerschütterlich betrachteten politischen Bindungen und wurden zu Wechselwählern. Das Fernsehen wurde zunehmend zum Bindeglied zwischen den Wählern und der Welt der nationalen Politik. Die neue Öffentlichkeit trug zur Personalisierung der Politik bei und stimulierte einen neuen Typus von politischer Führerschaft. Auch für die interne Arbeit des Politikbetriebes hatte sie Folgen. Politiker waren dazu gezwungen, sich ständig Rechenschaft über die öffentliche Bildformung zu geben. Die scharfe Beobachtung brachte es darüber hinaus mit sich, dass Konflikte und Zwischenfälle immer mehr aufgeblasen wurden. Dabei kam zur Zeit des Kabinetts den Uyl den linken Medien eine besondere Bedeutung zu.

---

10 Vgl. A. TEULINGS/F. LEIJNSE, *Nieuwe vormen van industriële aktie. Arbeidersstrijd en vakbeweging in Nederland en Engeland*, Nimwegen 1974. Vgl. hierzu auch: E. HUETING/F. DE JONG EDZ./R. NEIJ, *Naar groter eenheid. De geschiedenis van het Nederlands Verbond van Vakverenigingen 1906–1981*, Amsterdam 1983, S. 341 ff.

In einem Rückblick vermittelt den Uyl einen Eindruck davon, wie scharf die Gegensätze waren: „Wenn ich während meiner Oppositionszeit 1967–1973 am Rednerpult stand, dann hörte ich die KVP-Leute zischeln, aufgeregt, wütend, echte, große Wut. Ich war die Verkörperung des Bösen, der Sozialismus, die linke Macht.“<sup>11</sup> In diesem turbulenten und polarisierten politischen Klima kommt 1973 nach einer langen und schwierigen Regierungsbildung das Kabinett den Uyl zustande. Es basiert auf der parlamentarischen Unterstützung dreier progressiver Parteien (PvdA, PPR und D66), die mit einem gemeinsamen Programm in die Wahlen gegangen waren und den größten Teil der Minister stellten. Hinzu kam die duldende Unterstützung durch zwei konfessionelle Parteien, ARP und KVP, die ebenfalls eine Reihe von Führungskleuten liefert. Im Ergebnis handelte es sich um ein „rotes Kabinett mit einem dünnen weißen Rand“, das zuweilen auch als das am stärksten linke Kabinett der Niederlande charakterisiert wird. Viele hielten es für die politische Umsetzung des progressiven Zeitgeistes, des linken Lebensgefühls, der sozialen Bewegungen und der Gesellschaftsreform. Auf der linken Seite gab es, auch innerhalb der PvdA, gleichzeitig das übliche Misstrauen, ob das Kabinett – mit den Konfessionellen in der Mannschaft und einem Regierungsprogramm, das nicht ausschließlich den Forderungen der progressiven Parteien entsprach – wohl eine wirklich progressive Politik betreiben könne.

Mit dem Kabinett den Uyl betrat eine frische, eigenwillige und ziemlich unerfahrene Mannschaft den Platz, darunter einige Parteireformer aus den 1960er Jahren. Unter dem Motto „Verteilung von Einkommen, Wissen und Macht“ präsentierte den Uyl das Regierungsprogramm:

„Das Kabinett will sich in seiner Politik von dem Streben nach der Aufhebung von Ungleichheit und Benachteiligung leiten lassen. Es ist davon überzeugt, dass die Bekämpfung der Inflation und des nahezu ständigen Drangs zur Ausgabenüberschreitung nur dann eine Chance auf ein Gelingen hat, wenn man sie in den größeren Rahmen der Bekämpfung der bestehenden Ungleichheit in Einkommen, Besitz, Macht, Wissen und Verfügungsgewalt stellt. Das Kabinett möchte der Verbesserung der Lebensqualität, der Wahrung und Verbesserung der täglichen Lebens- Wohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber einem sklavischen Verfolgen der technischen Entwicklungen den Vorrang geben. Wohlstand sollte sich am Wohlergehen orientieren. Für die sozioökonomische Politik bedeutet dies eine Drosselung des Wachstums des privaten Konsums, um damit Platz für eine Verbesserung der Wohn- und Lebensumgebung zu schaffen. Eine solche Politik erfordert Opfer in der persönlichen Sphäre.“<sup>12</sup>

Die politisch-ideologische Grundlage des Kabinetts wurde einerseits durch Ausgangspunkte gebildet, die von den Uyl zuvor – um 1960 – entwickelt worden waren, und andererseits durch Ideen, die von der politischen Reformbewegung der 1960er und 1970er Jahre vorgebracht wurden. Auf diese Wurzeln des Kabinetts soll hier zunächst eingegangen werden.

11 Zitiert nach I. MEIJER, *De veteraan*, in: *Intermagazine* 3 (1982) S. 9, 18.

12 *Handelingen van de Tweede Kamer der Staten Generaal*, 1972–1973, S. 1.565.

## Die ideologischen Wurzeln des Kabinetts den Uyl: für die Lebensqualität

Das Programm den Uyls, der vor seiner Ministerpräsidentenschaft Direktor des wissenschaftlichen Büros der PvdA, der *Wiardi Beckman Stichting* (WBS), Beigeordneter der Stadt Amsterdam, Wirtschaftsminister, Mitglied der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments sowie ab 1967 Spitzenkandidat der PvdA gewesen war, ist nicht in einem einzigen großen Werk zusammengefasst, aber es ist aus seinen Essays und aus den WBS-Berichten, zu denen er beitrug, sehr wohl zu rekonstruieren. Die Begriffe Freiheit, Gleichwertigkeit, Demokratisierung und Lebensqualität bilden seinen Kern. Den Uyl war sozusagen der programmatische Expeditionsleiter der PvdA, der damit beschäftigt war, der Sozialdemokratie in einer Zeit, in der die rote Fahne im Licht des wachsenden Wohlstands und des Sozialstaats stark ausbleichte, ein neues Profil und eine zeitgemäße Positionierung zu verschaffen.<sup>13</sup>

Am besten ist den Uyl als radikaler Reformier zu charakterisieren. Er liebte den ideologischen Sozialismus nicht, wohl aber dessen Gesellschaftsanalyse; nicht die Utopien, wohl aber den von einer Gesellschaftsvision geleiteten Reformismus. Hierzu schrieb er: „Die Bejahung der Wirklichkeit und konkrete Reformarbeit sind ohne Perspektive unmöglich.“<sup>14</sup> Den Uyls radikaler Reformismus fußte in erster Linie auf seiner Vorstellung von Gleichwertigkeit in dem Sinn, dass der am wenigsten Begabte die gleiche Möglichkeit auf eine ihm gemäße Entfaltung haben sollte wie der Begabteste. Ende der 1950er Jahre betonte er die Kritik an der Ungleichheit in Besitz und Macht, die sich trotz der sozialen Reformen der Nachkriegszeit kaum verringert habe und die die Mobilität nach oben behindere. Immer noch, so stellte er fest, gebe es eine „beängstigende“ Geschlossenheit der Oberschicht. Besonders auf dem Gebiet von Wissen und Bildung sei die Macht ungleich verteilt. Daher plädierte er für verstärkte Investitionen in öffentliche Einrichtungen, vorrangig in das Bildungswesen, weil durch ein höheres Ausbildungsniveau die Offenheit der Gesellschaft vergrößert werde.<sup>15</sup>

Daneben suchte den Uyl die Antwort auf die Geschlossenheit der Elite und die beschränkten Möglichkeiten zu einer vertikalen Mobilität in einer weitreichenden Demokratisierung. Dort, wo Macht ausgeübt wird, muss Macht kontrolliert werden. Diese Grundregel bezog sich bei ihm selbstverständlich auf das politi-

---

13 Diese Darstellung basiert teilweise auf: F. BECKER/P. KALMA, *Twee dingen goed begrijpen. Het onverwoestbare programma van Joop den Uyl*, in: *Socialisme & Democratie* 64 (2007) Nr. 11/12, S. 12–25. Die politische Karriere den Uyls wird ausführlich erörtert in: A. BLEICH, *Joop den Uyl 1919–1987. Dromer en doordouwer*, Amsterdam 2008.

14 J.M. DEN UYL, *Theorie en beweging*, in: J.M. DEN UYL, *Inzicht en uitzicht. Opstellen over economie en politiek. Met een inleiding van M. van Rossem*, Amsterdam 1988, S. 56–57.

15 Vgl. J.M. DEN UYL, *Fundamentele democratisering*, in: J. DE KADT/J.M. DEN UYL/A. VONDELING (Hrsg.), *Vrijheid en gelijkwaardigheid in de welvaartsstaat. Een toetsing van de naoorlogse ontwikkeling aan socialistische normen*, Den Haag 1957, S. 10.

sche System – Transparenz der Verwaltung und Rechenschaftspflicht von Führungspersonen; eine klare Trennung zwischen Regierungs- und Oppositionsblock; die Verringerung des Abstands zwischen Wählern und Gewählten und direkte Partizipationsmöglichkeiten für Bürger sind hierbei wichtige Stichpunkte. Er verwendete in diesem Kontext den Tony Crossland entlehnten Begriff der „democratization of the participation“. Hierzu hielt er fest: „Ich glaube, dass dies ein außerordentlich wichtiger und wesentlicher Begriff ist, weil man die Revolution der Neuen Linken und der sechziger Jahre nicht verstehen kann, [...] ohne den Hintergrund der ‚democratization of the participation‘. Anders ausgedrückt: Die fünfziger Jahre hatten zumindest äußerlich das Partizipationsprinzip zwar noch gekannt, aber nicht dessen Demokratisierung. Nicht die Tatsache, dass Menschen – n’importe qui – ein Recht darauf haben sollten.“<sup>16</sup> Demokratisierung bezieht sich für ihn jedoch auch auf andere Bereiche der Gesellschaft.<sup>17</sup> So legte den Uyl viel Wert auf die „Unternehmensreform“. Im gleichnamigen WBS-Bericht aus dem Jahr 1959 wurden Vorschläge gemacht, um Arbeitnehmer in die Leitung großer Unternehmen mit einzubeziehen und die interne Kontrolle an das Interesse aller beteiligten Parteien zu binden (heutzutage würden wir das „Stakeholder“ nennen).

Ein drittes Element in den Uyls politischem Programm bezog sich auf die Beeinflussung und Koordination der Wirtschaft. Er hielt die internationale Wirtschaftsordnung für wichtiger als die althergebrachte Sozialisierung. Eine solche Ordnung hielt er für unverzichtbar, weil der freie Markt, wenn er sich selbst überlassen sei, keinesfalls die Garantie für das hohe Wirtschaftswachstum bietet, das auch den Uyl für wünschenswert hielt. Mindestens ebenso wichtig war ihm eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes in der Welt. Er erachtete eine erhebliche Entwicklungshilfe für notwendig und von hoch entwickelten Ländern wurde die Bereitschaft gefordert, ihre Wirtschaftsstruktur anzupassen und ihre Märkte zu öffnen.

Darüber hinaus ist den Uyl ein eigenwilliger Kultursozialist, der neben Sachlichkeit und Egalitarismus stark die Freiheit betonte. Aber Freiheit wofür? Auf diese Frage formulierte den Uyl eine Antwort, in der der Kern seines Kultursozialismus enthalten ist: „So wie es die Aufgabe des Sozialismus im vorigen Jahrhundert gewesen ist, dort, wo Hinnahme und Ergebenheit herrschten, Unruhe und ‚Verlangen‘ zu wecken – damals in erster Linie auf das Soziale und die Wirtschaft abzielend –, so gilt dies heute für den kulturellen Bereich.“ Mit anderen Worten: Entscheidungsfreiheit ist kein Fakt, wie die Liberalen meinen, sondern sie muss immer wieder von Menschen erweitert und gestaltet werden, gegen die Bedrängnis durch Kommerzialisierung, etablierte Institutionen und Strukturen und vor allem auch durch die Macht der Gewohnheit.<sup>18</sup>

16 J.M. DEN UYL, *Om de kwaliteit van het bestaan. Een postume voordracht*, in: *Socialisme & Democratie* 52 (1995), Nr. 2, S. 55.

17 Vgl. *Handelingen Tweede Kamer* 1967, *Buitengewone Zitting*, S. 47.

18 Siehe hierzu (inklusive des Zitates): P. KALMA, *Het revisionisme van J.M. den Uyl*, in: *Socialisme & Democratie* 54 (1997), Nr. 12, S. 518-519.

Schwerpunkt in den Uyls Programm bildet der Begriff „Lebensqualität“. Dies ist der Titel eines Berichts der *Wiardi Beckman Stichting* aus dem Jahr 1963, deren Direktor den Uyl damals war. Er ist auch der Sammelname einer Reihe von WBS-Publikationen unter anderem zu den Themen Wohnen, Gesundheitswesen, Bildung sowie Verkehr und Transport, und er ist zudem der Titel des Wahlprogramms der PvdA aus dem gleichen Jahr. Der Begriff bildete den Kern des neuen Profils der PvdA, das den Uyl für einen Sozialismus in Zeiten des Wohlstandes entwarf. Der Ursprung dieses Gedankengangs findet sich bereits in den Uyls Artikeln aus den 1950er Jahren, aber einen entscheidenden Einfluss hatte das Werk des in Amerika tätigen Ökonomen Galbraith mit dem Titel *The Affluent Society*.<sup>19</sup> Galbraith hat in der Einleitung zur zweiten Auflage seines Buches noch einmal dargelegt, worum es ihm ging. Der Keynesianismus, so die Überzeugung der 1950er Jahre, könne Wachstum und Arbeitsplätze stabilisieren und damit alle gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme lösen. Aber, so Galbraith, „increased production is not the final test of social achievement. [The book] challenged the very foundation of Keynesian policy with its nearly total emphasis on the expansion of economic output and income.“<sup>20</sup> Gerade in dieser Hinsicht knüpft *Für die Lebensqualität* an das Werk Galbraiths und das des englischen Kultursozialisten Tawney an. Den Uyl erörterte in diesem Kontext: „Auf der Grundlage der Bejahung eines gestiegenen Lebensstandards strebt die Sozialdemokratie eine Verbesserung der Lebensweise an.“<sup>21</sup>

In *Für die Lebensqualität* geht es darum, dass gesellschaftliche Ungleichheit und gesellschaftliche Unfreiheit in erheblichem Maße mit Hilfe von staatlichen Einrichtungen bekämpft werden können. Den Ausgangspunkt bildete dabei die Feststellung, dass in den Nachkriegsjahren zwar der private Wohlstand deutlich zugenommen hatte, dass aber die öffentlichen Einrichtungen dabei stark zurückgeblieben waren. Aber, so der WBS-Bericht: „Der Wohlfahrtsstaat, in dem der Staat die Vollbeschäftigung anstrebt und in dem die bestehende Einkommensverteilung beibehalten bleibt, kann keine Endstation sein.“<sup>22</sup> Den Uyl sagte hierzu auf dem PvdA-Kongress des Jahres 1963 (auf dem der WBS-Bericht viel Beachtung fand): „Wenn wir über die Lebensqualität sprechen, dann meinen wir damit nichts anderes, als das *Anlegen sozialistischer Maßstäbe* von Freiheit und Gleichwertigkeit an eine Gesellschaft, die über die technische Fähigkeit und das wirtschaftliche Können verfügt, in immer größerem Maßstab Güter und Dienstleistungen zu produzieren.“<sup>23</sup>

---

19 Vgl. J.M. DEN UYL, *Om de kwaliteit van het bestaan*, S. 51; J.K. GALBRAITH, *The Affluent Society*, 2. Auflage, Harmondsworth 1974.

20 GALBRAITH, *The Affluent Society*, S. 21.

21 J.M. DEN UYL, *Labour op zoek naar zichzelf*, in: *Socialisme & Democratie* 18 (1961), Nr. 9, S. 671.

22 WIARDI BECKMANN STICHTING, *Om de kwaliteit van het bestaan: I. De besteding van de groei van het nationaal inkomen*, Amsterdam 1963, S. 11–12.

23 *Verslag van het negende congres van de Partij van de Arbeid*, gehouden op 17, 18 en 19 januari 1963, in het gebouw van de Dierentuin, te 's Gravenhage, Amsterdam o.J., S. 63.



Die *politische Form*, die diese Aufgabe annimmt, ist die Entscheidung über die Ausgaben für das Wohlstandswachstum: Wer erhält am meisten? Wie wird das Wachstum am gerechtesten verteilt? Und auf welche Weise, so fragte sich den Uyl, trägt der zunehmende Wohlstand am Besten zur Vergrößerung von Lebensglück, Chancengleichheit, zur Lösung der globalen sozialen Frage, zur Schaffung neuer Schönheit, kurzum, zur Lebensqualität bei? „In den geduldigen Zahlen des Sozialprodukts“, sagte er 1963, „zählt die elektrische Zahnbürste ebenso sehr wie die Krankenpflegehelferin, die Werbeausgaben für das definitive Beruhigungsmittel ebenso sehr wie die Eintrittspreise für das Theater, die Tantiemen der Aufsichtsräte ebenso sehr wie die Blindenrente. Das Wachstum des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung an sich ist keine Garantie für Wohlergehen, für die Verbesserung der Lebensqualität. [...] In unserer Gesellschaft ist das große Problem nicht mehr die ökonomische Frage, wie man die Maschine am Laufen hält, egal, was herauskommt, sondern die politische Frage, wie die Produktion so gut wie möglich auf das allgemeine Wohlergehen abzustimmen ist.“<sup>24</sup> Sozialisten geben, so sagte er, gemeinschaftlichen Einrichtungen den Vorzug, weil diese (durch mehr und bessere Bildung, durch Einrichtungen für Alte, durch Subventionen für das Gesundheitswesen sowie durch das Anlegen von Sportanlagen und Erholungsgebieten) die Gleichwertigkeit fördern.

In den darauf folgenden Jahrzehnten ist *Für die Lebensqualität* für die Haltung und das Programm der PvdA richtungsweisend gewesen. Die starke Fortwirkung des Textes ist nicht zuletzt aus der Tatsache heraus zu erklären, dass der Autor zugleich auch der Politiker war, der diesen Inhalten in den 1970er Jahren in der Praxis Gestalt verleihen konnte. Der Bericht bildete die Basis seines Kabinetts. Als den Uyl 1971 das Programm der drei progressiven Parteien präsentierte – der Vorläufer des Programms *Keerpunt 1972 (Wendepunkt 1972)* – verwies er ausdrücklich auf den WBS-Bericht aus dem Jahr 1963. Damals, so schrieb er, seien die Geister für die Ausführung eines solchen Programms noch nicht reif gewesen, inzwischen seien die Aussichten hierfür aber erheblich besser geworden.<sup>25</sup> In einem Rückblick hielt er im Jahr 1987 schließlich sogar fest: „Wenn Sie aber sagen, das den Uyl-Kabinett habe sich eher auf die Ideen aus *Für die Lebensqualität* gestützt als auf Ideen der Neuen Linken, dann haben Sie völlig recht.“<sup>26</sup>

Den Uyls Auffassungen beeinflussten sein Kabinett nicht nur mit Blick auf das Programm, sondern auch hinsichtlich der politischen Methode sehr stark. Er fühlte sich vom Streben der neuen Generation nach Demokratisierung angesprochen: „In der Demokratisierung in allen Schichten und auf allen Ebenen liegt für die PvdA die große Herausforderung der siebziger Jahre.“ Aber er lehnte den bequemen Einsatz ungesetzlicher Mittel und den Antiparlamentarismus der Aktionsteilnehmer ab: „Die PvdA ist als demokratische sozialistische Partei durch ihre Akzeptanz der repräsentativen Demokratie als Vehikel für das Zustande-

24 Ebd., S. 66.

25 Vgl. J.M. DEN UYL, *Om de kwaliteit van het bestaan*, in: *Socialisme & Democratie* 28 (1971), Nr. 4, S. 226–227.

26 den Uyl, *Om de kwaliteit van het bestaan*, S. 58.

bringen gesellschaftlicher Reformen geprägt.“<sup>27</sup> Der reformistische Ausgangspunkt des kleinen Spielraums und der kleinen Schritte ist wesentlich, aber die Reformen werden immer in ein größeres Ganzes gestellt, in eine Gesellschaftsvision. Wie den Uyl es als Oppositionsführer in Worte fasste: „Mäuse haben kleine Pfötchen, aber sie haben sehr lange Schwänze! Was wie eine politische Kursänderung und eine Alternative von begrenzter Bedeutung aussehen mag, ist – richtig verstanden – eine Wendung. Dort, wo die [...] Möglichkeiten, das Ruder von einem Tag auf den anderen umzuwerfen, begrenzt sind, [ist] der Blickwinkel, aus dem heraus dies geschieht, entscheidend, und dies [kann] genau den Unterschied zwischen Aussichtslosigkeit und dem Eröffnen einer Perspektive ausmachen.“<sup>28</sup> Politik sollte sich auch irgendwo niederschlagen, schließlich ging es den Uyl ja nicht nur um die Gesinnung: „In der Politik, also im Prozess der Machtbildung, [muss] sie in die Umformung gesellschaftlicher Einrichtungen und behördlicher Ordnung umgesetzt werden, um sachdienlich zu sein.“<sup>29</sup>

### Die ideologischen Wurzeln des Kabinetts den Uyl: soziale Bewegungen und Demokratisierungsbestrebungen

Im Jahr 1966 manifestierte sich in der PvdA eine starke Erneuerungsbewegung: die Neue Linke. Ein Kreis von „älteren Jugendlichen“ – sie repräsentierten die Babyboom-Generation eher als dass sie ihr selbst angehörten – die mit einer enormen Energie die verschlafene PvdA aufrüttelten. Mit ihrem Auftreten durchbrachen sie die Stagnation, die von der PvdA auf programmatischem und organisatorischem Gebiet sowie bei den Wahlen Besitz ergriffen hatte. Programmatisch hatte sich die PvdA in einer langwierigen „großen“ oder „katholisch-roten“ Koalition festgefahren (Kabinett Cals, 1965–1966), und organisatorisch steckte sie in Behäbigkeit und dem Mangel an Anziehungskraft für neue Gruppen und Generationen fest – die Zahl der Mitglieder sank. Mit Blick auf die Wahlen und die Wählerschaft gerieten die Sozialdemokraten in die Sackgasse. Aus dem Widerstand dagegen entstand die Neue Linke – die Gruppe veröffentlichte 1966 die Schrift *Tien over rood (Zehn über rot)*, die wie ein Fanfarenstoß die Erneuerung und Verjüngung der PvdA ankündigte.

Inhaltlich war dieses Schriftstück, wie man als Beobachter im Nachhinein feststellen muss, nicht beeindruckend, aber durch den direkten und flüssigen Stil, die handfeste Kritik an der PvdA und einige aufrüttelnde politische Punkte hatte es eine enorme Wirkung. Die Neue Linke führte innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung zu großen Spannungen, einschließlich einer Abspaltung von eher traditionell ausgerichteten Sozialdemokraten im Jahr 1970, aber sie hütete

27 J.M. DEN UYL, *De smalle marge van democratische politiek*, in: ders., *Inzicht en uitzicht*, S. 168 und 166.

28 *Handelingen Tweede Kamer 1971–1972*, S. 318.

29 Zitiert bei: KALMA, *Het revisionisme van J.M. den Uyl*, S. 528.

sich davor, eine „Partei in der Partei“ zu werden.<sup>30</sup> Auf einige langfristige Auswirkungen wird später noch eingegangen – hier genügt es zunächst festzustellen, dass die Neue Linke es verstand, eine neue Generation von Politikern und Führungskräften in den Vordergrund zu schieben, eine andere, zumindest erheblich lebendigere Organisationskultur einzuführen, die PvdA in programmatischer und strategischer Hinsicht zu einem radikaleren Kurs zu zwingen (allerdings sollte der strategische Aspekt im Laufe der Zeit doch sehr dominant werden) und eine Öffnung für den außerparlamentarischen Aktivismus, die neuen sozialen Bewegungen und die neuen Themen in der Politik zu schaffen.<sup>31</sup>

Besonders auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Außenpolitik bedeutete das Entstehen der Neuen Linken in den 1970er Jahren eine starke Radikalisierung der Auffassungen in der PvdA, mit scharfer Kritik an der amerikanischen Interventionspolitik in Vietnam, der Rolle der NATO und dem Kauf neuer Waffen, aber auch mit dezidierten Standpunkten hinsichtlich der Nachbarn im Osten. Dies gilt für den Programmpunkt „Anerkennung der DDR“ ebenso wie für die kritische Haltung mit Blick auf die „Berufsverbote“ in Westdeutschland.<sup>32</sup> den Uyl war anfangs von der intellektuellen Kraft der Neuen Linken wenig beeindruckt, aber er begriff, dass diese Strömung den Anschluss an neue gesellschaftliche Entwicklungen bedeutete – eine ernsthafte Herausforderung, für die Sozialdemokratie vielleicht sogar eine Überlebensfrage. Der Unterschied zur Schwesterpartei SPD ist augenfällig. Die PvdA, ausgelaugt durch die Koalitionen mit den Christdemokraten, ist in dieser Zeit reif für den neuen Zeitgeist; die SPD muss sich nun gerade als zuverlässige Regierungspartei beweisen – und das auch noch in einer großen Koalition.<sup>33</sup>

In den Niederlanden übten die Umweltbewegung, die Frauenbewegung und die Demokratisierungsbestrebungen einen großen Einfluss auf die Aufstellung des Kabinetts den Uyl aus. Dass die Umweltfrage in progressiven Kreisen so früh und eindringlich thematisiert worden ist, kann gewiss der Mansholt-Kommission zugeschrieben werden – einer Gruppe progressiver Politiker, die unter der Leitung des ehemaligen Kommissars der Europäischen Kommission den Bericht des *Club of Rome* als Inspirationsquelle für ein radikales grünes Programm genutzt hatte. Die Kommission, die Anfang der 1970er Jahre die kooperierenden progressiven Parteien beriet, folgte, dass ein Bruch mit dem traditionellen Wachstumsdenken notwendig geworden sei. Mansholt, ein einflussreicher

---

30 Vgl. BOSSCHER, *De jaren 1946–1970*, S. 230–234.

31 Einen heiteren Bericht über das Vorgehen der Neuen Linken auf lokaler Ebene bietet: M. VAN AMERONGEN, *Hoe de Partij van de Arbeid afdeling Transvaal-Oosterpark in de greep van Peking raakte*, in: M. VAN AMERONGEN u.a. (Hrsg.), *Voor buurt en beweging. Negentig jaar sociaal-democratie tussen IJ en Amstel*, Amsterdam 1984, S. 222–237.

32 Vgl. hierzu den Artikel von Pekelder in diesem Sammelband sowie: M. KROP (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978. Hierin ist besonders hervorzuheben: H. VAN DEN BERGH, *De PvdA en de SPD – De ergenis, de twijfels en de betrokkenheid*, S. 364–373.

33 Vgl. M. DRÖGEMÖLLER, *Zwei Schwestern in Europa. Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945–1990*, Berlin 2008, S. 148–150.

sozialdemokratischer Reformers des Agrarsektors in den Niederlanden und in Europa, hatte in diesem Punkt wirklich eine Bekehrung durchgemacht.<sup>34</sup> Die Vorschläge Mansholts und seiner Kollegen – auch den Uyl gehörte zur Kommission und rang deutlich mit dem grünen Angriff auf das ökonomische Wachstumsdenken – enthielten eine merkwürdige Mischung aus sehr stringenter Planung und Lenkung der Wirtschaft und weitreichender Demokratisierung, um die Bürger bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen. Dies ist eine Widersprüchlichkeit, der man in einem allgemeineren Sinn beim Kabinett den Uyl und der progressiven Politik der 1970er Jahre durchaus häufiger begegnet. Rot wurde nicht auf einmal Grün, aber die Mansholt-Kommission konnte die PvdA doch von der Unumgänglichkeit der Umweltfrage überzeugen. Im Kabinett den Uyl sollte die einzige Ministerin, Irene Vorrink, dieses Thema vertreten.

Auch die zweite feministische Welle hatte auf die PvdA, und damit auch auf das Kabinett den Uyl, einen starken Einfluss, und sei es nur durch die politisch-feministisch aktive Ehefrau des Premiers. Die Frauenbewegung entwickelte ebenso wie die anderen Bewegungen jener Zeit anfangs Initiativen und Ideen außerhalb der etablierten politischen Institutionen, aber in der PvdA stießen sie auf fruchtbaren Boden. Der Feminismus plädierte für eine radikale Änderung der Kultur in gesellschaftlichen und politischen Institutionen, um dem Ausschluss von Frauen aus einer Reihe von Bereichen und dem Zwang zu bestimmten Rollenmustern ein Ende zu bereiten. Des Weiteren führte der Feminismus eine systematische Ausarbeitung des Prinzips der gleichen Rechte und der Chancengleichheit ein: „Gleichheit fifty-fifty“, wie Joke Kool-Smit dieses Streben bezeichnete.<sup>35</sup> Gleichheit bezog sich nicht nur auf die sozioökonomische und fiskalische Position von Frauen – in den durch religiöse Vorstellungen geprägten Niederlanden ein fast schon revolutionärer Gedanke –, sondern auch auf die Verteilung von Pflege, Betreuung und Hausarbeit sowie auf die Beteiligung und Vertretung in Politik und öffentlicher Verwaltung.

Das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper – Ausgangspunkt der Frauenbewegung – fand seine politische Umsetzung im Streben nach einer gesetzlichen Regelung der Abtreibungsfrage, die das Recht der Frauen, selbst über einen solchen Eingriff zu entscheiden, möglich machte. Die Abtreibungsfrage wurde eines der entscheidenden Themen der feministischen Bewegung der Niederlande und führte im Kabinett den Uyl zu einer starken Polarisierung zwischen den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern und dem katholischen Vizepremierminister van Agt. 1970 ergriff die PvdA die Initiative zu einer fortschrittlichen Gesetzgebung auf diesem Gebiet, aber die konfessionellen Parteien und unschlüssige Liberale sorgten bei der Lösung der Frage für große Verzögerungen. Die feministische Kritik an den bestehenden Verhältnissen drang – mit der unvermeidlichen Ambivalenz – in die PvdA vor, auch durch die starke Präsenz

34 Vgl. F. BECKER, *De jaren 1970–1994*, in: BRINKMAN u.a. (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894–1994*, S. 242–243. Siehe auch: J. VAN MERRIËNBOER, *Mansholt. Een biografie*, Amsterdam 2006, S. 369–372.

35 J. KOOL-SMIT, *Gelijkheid vertaald naar de helpt*, in: *Socialisme & Democratie* 29 (1972), Nr. 3, S. 98 ff.

der *Rooie Vrouwen* (Rote Frauen), wie sich die Frauenorganisation der PvdA seit 1975 nannte. Die Organisation entwickelte sich zu einem einflussreichen Zentrum für Diskussion und Aktion, das nicht nur auf inhaltliche Fragen abzielen sollte, sondern auch auf eine proportionale Vertretung von Frauen in der PvdA.

Das Streben nach Demokratisierung und Partizipation – sowohl als Kritik an der geschlossenen politischen Kultur der 1950er Jahre als auch als Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins der niederländischen Bürger – stellte für das Kabinett den Uyl die dritte Inspirationsquelle dar. Die Partei D66 suchte die Öffnung dafür vor allem in einer Staatsrechtsreform, für die PvdA ging es hingegen um einen breiteren Ansatz. Die Demokratisierung der Partizipation sollte sich nicht nur auf die Politik, sondern auf die Gesellschaft als Ganzes beziehen. Die Partei selbst musste demokratisiert werden, indem man mehr Mitglieder in die Parteiorganisation einbezog und die Position der Mitglieder bei der Festlegung von Standpunkten berücksichtigte. Die Politik sollte demokratisiert werden, indem man die Position der Wähler stärkte. Hierzu reichten die progressiven Parteien – im Übrigen vergeblich – 1970 einen Gesetzentwurf zur Veränderung des Verfahrens der Regierungsbildung und zur Einführung des Systems der relativen Mehrheitswahl ein. Die Demokratisierung der Gesellschaft sollte dadurch erfolgen, dass beispielsweise in Universitäten und in Unternehmen die Möglichkeiten zur Beteiligung an der Kontrolle und an der Beschlussfassung erweitert wurden, was als konkrete Auswirkung die Stärkung der Position des Betriebsrats zur Folge hatte. Einer der stärksten Verfechter hiervon war Ed van Thijn, der seine politische Prägung im Frankreich der 1950er Jahre erfahren und seine theoretischen Erkenntnisse während seines politikwissenschaftlichen Studiums in Amsterdam erworben hatte. Er war zutiefst von der Auffassung überzeugt, dass ein demokratisches politisches System darauf beruhen müsse, dass es bei Wahlen zu einer deutlichen Wachablösung zwischen Regierung und Opposition, zwischen zwei politischen Blöcken komme. Er war der Architekt der Polarisierungsstrategie und spitzte als Fraktionsvorsitzender der PvdA im niederländischen Parlament die politischen Verhältnisse während des Kabinetts den Uyl – mit vier Reformvorschlägen als Testlauf – zu.

Aber seine Vorstellungen von Demokratisierung und Partizipation gingen noch viel weiter. Im Jahr 1971 veröffentlichte er unter dem Titel *Ist der PvdA-Sozialismus eine Wegwerfideologie?* ein brennendes Plädoyer für eine Partizipationsideologie als Echtheitszeichen einer progressiven Politik. Gerade in einer Zeit der rasend schnellen gesellschaftlichen Veränderungen sei die Politik, so glaubte er, nicht mehr in der Lage, den Veränderungsprozessen aus einer kohärenten Perspektive heraus eine Richtung zu verleihen. „Die Politik kann lediglich die Instrumente beschaffen, um die Veränderungsprozesse zu regulieren. Die Zielsetzungen der Politik, die Kriterien, an denen Veränderungen zu überprüfen sind, müssen letztendlich von den Bürgern selbst kommen. Eine politische Bewegung, die den Anspruch erhebt, die Gesellschaft zu reformieren, wird diese Gesellschaft erst aufbrechen müssen, damit alle Bürger die Möglichkeit erhalten, selbst ihre Zukunft mitzubestimmen. Das bedeutet, dass unsere gesamte politische und gesellschaftliche Entscheidungsfindungsmaschinerie auf Partizipation

eingestellt werden muss. Staatliches System, administrative Organisation, Unternehmensstruktur, Bildungssystem, Vereinsleben usw. werden radikal auf die Kommunikation von unten her eingestellt werden müssen.“<sup>36</sup> Für die PvdA selbst bedeutete diese Betonung von Demokratisierung und Partizipation im Übrigen eine Abrechnung mit ihrem eigenen Führungsstil. War sie denn nicht, wie van Thijn es ausdrückte, eine „schulmeisternde“ Partei geworden?<sup>37</sup> Fundamentale Demokratisierung, das war der Auftrag des Kabinetts den Uyl geworden, ganz konform den politischen Bestrebungen der 1960er und 1970er Jahre.

Abschließend ist somit festzuhalten: Die ideologischen Wurzeln des Kabinetts den Uyl waren unterschiedlich. Vieles von dem, was die neuen sozialen Bewegungen umtrieb, wurde in den weiten Rahmen der Lebensqualität integriert. Hierbei handelte es sich aber um einen Vorgang, der letztlich nicht ohne Spannungen und Widersprüchlichkeiten ablief.

## Das Kabinett den Uyl und die Umbrüche der 1970er Jahre

Der Werdegang des Kabinetts den Uyl ist aus verschiedenen Perspektiven dokumentiert und beurteilt worden. Die *Wiardi Beckman Stichting* war schnell dabei, die Entwicklung des Kabinetts kritisch zu betrachten. Willem Breedveld und Peter Bootsma basierten ihre Übersicht, die vor allem die konfliktgeladenen Seiten des Kabinetts beleuchtete, auf informative Interviews. Anet Bleich betrachtete die Kabinettsperiode aus der Perspektive ihrer gelungenen den Uyl-Biographie, aber auf eine umfassende wissenschaftliche Studie muss wohl noch ein wenig gewartet werden.<sup>38</sup> Das soll aber kein Hinderungsgrund sein, das Auftreten des Kabinetts – mit der gebotenen Vorsicht – auf der Grundlage des verfügbaren Materials zu analysieren und in die Entwicklungslinie der politischen Geschichte der Niederlande einzuordnen.

Die programmatische Grundlage für das Kabinett den Uyl war, wenn auch nicht ausschließlich, das gemeinsam mit der D66 und der PPR formulierte Wahlprogramm *Keerpunt 1972*. Es hatte zum Ziel, einen radikalen Bruch mit der zentrum-rechten Politik zustande zu bringen, der es nicht gelungen war, die wichtigen gesellschaftlichen Fragen – Inflation, Arbeitsplätze, Umwelt, Einkommensgleichheit, Mitbestimmung – anzupacken. „Die Wahlen des Jahres 1972 können ein WENDEPUNKT sein und den Weg zu einer NEUEN POLITIK, ei-

---

36 E. VAN THIJN, *Is het PvdA-socialisme een wegwerpideologie?*, in: *Socialisme & Democratie* 28 (1971), Nr. 11, S. 548–549. Siehe zudem E. VAN THIJN, *Democratie als hartstocht. Commentaren en pleidooien 1966–1991*, Amsterdam 1991.

37 Vgl. E. VAN THIJN, *Democratisering van het bestuur*, in: *Socialisme & Democratie* 34 (1977), Nr. 5, S. 202.

38 W. GORTZAK (Hrsg.), *De kleine stappen van het Kabinet-den Uyl. Gesprekken met PvdA-bewindsliden*, Deventer 1978; P. BOOTSMA/W. BREEDVELD, *De verbeelding aan de macht. Het kabinet-den Uyl 1973–1977*, Den Haag 1999; BLEICH, *Joop den Uyl 1919–1987*.

nem NEUEN SYSTEM und zu einer neuen Demokratie eröffnen.“<sup>39</sup> Neben klassischen Themen wie Einkommensgleichheit enthielt das Programm neue Aspekte wie die Aufhebung der Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen, den gewählten Bürgermeister und Umweltmaßnahmen (wie die Förderung des Fahrradgebrauchs) sowie Investitionen in den öffentlichen Verkehr. Es stellte eine drastische Erhöhung des Etats für die Entwicklungshilfe in Aussicht, eine Senkung des Verteidigungsetats sowie eine Wohlfahrts- und Sozialpolitik. Das Programm wurde als eine „Gesamtpolitik“ präsentiert, „die in jedem Teil der neuen Politik wiedererkennbar sein muss.“<sup>40</sup>

Das Wahlergebnis des Jahres 1972 machte ein rein progressives Kabinett unmöglich. Im äußerst repräsentativen niederländischen System ist im Übrigen noch niemals eine progressive Mehrheit zustande gekommen. Eine „normale“ katholisch-rote Koalition lehnte den Uyl entschieden ab. Der mit der Bildung des Kabinetts beauftragte Sozialdemokrat J.A.W. Burger stimmte hierbei mit ihm überein. In dieser Kabinettskonstellation hatte sich die PvdA in den 1950er Jahren schließlich vollkommen festgefahren. Vor diesem Hintergrund hielt Burger fest: „Es sollte ein ganz klar progressives Kabinett werden.“<sup>41</sup> Es gelang ihm mittels einer ausgeklügelten Taktik, einige konfessionelle Politiker ins Kabinett zu holen und für die Regierung eine dulddende Unterstützung zu organisieren. Die Erwartungen waren hoch gesteckt: Dieses Kabinett sollte die Gesellschaft verändern.

Von Anfang an wurde das Kabinett den Uyl aber mit Widerstand und Rückschlägen konfrontiert. Bereits im November 1973 sah sich das Kabinett in seinem Tatendrang einem externen und unerwarteten Faktor gegenüber: der Ölkrise. Die Ölpreise stiegen rasant, die Ölzufuhr in die Niederlande wurde blockiert. Nun war letzteres nur halb so schlimm, aber die politisch-psychologischen Auswirkungen waren groß.<sup>42</sup> Die Ölkrise wurde zum Vorboten einer hinsichtlich der Dauer und des Umfangs ernsthaften internationalen Wirtschaftsdepression. Rasch stieg die Arbeitslosigkeit an, und in der Industrie gerieten die Renditen stark unter Druck. In den Staatsausgaben wurde eine Trendwende notwendig – keine einfache Aufgabe in einem so heterogenen Kabinett wie dem von den Uyl.

Außerdem stieß das Kabinett auf starken Widerstand aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Die Unternehmer wandten sich mit einem offenen Brief an das Kabinett, um die Belastungen durch den Staat zurückzudrängen. Den Uyl trug mit einer Rede, in der er die Spannung zwischen dem Sozialismus und der freien unternehmerischen Produktion noch einmal stark akzentuierte, nicht zur Verbesserung der Beziehungen zu dieser Gruppe bei. Entscheidungen über den Umfang und die Ausrichtung von Investitionen konnten doch nicht mehr aus-

39 *Keerpunt 1972. Regeerakkoord van de progressieve drie*, S. 4.

40 Ebd., S. 5.

41 C. VAN ESTERIK/J. VAN TIJN, *Jaap Burger, een leven lang dwars. Een politieke biografie*, Amsterdam 1984, S. 215.

42 Vgl. hierzu den Artikel von Kees van Paridon in diesem Sammelband sowie: D. HELLEMA/C. WIEBES/T. WITTE, *The Netherlands and the Oil Crisis. Business as Usual*, Amsterdam 2004, S. 255 ff.

schließlich die Domäne der Unternehmensleitung sein. Die Unternehmensstruktur, die Eigentumsverhältnisse, die Weisungsbefugnis – all dies war reif für eine Reform.

Auch von Seiten der Linken erfuhr das Kabinett Druck und Kritik. Die Frauenbewegung beobachtete die Abwicklung der Abtreibungsfrage sehr genau. Anti-Kernenergiegruppen protestierten gegen das Fortbestehen und die weitere Entwicklung des Kernreaktors im deutschen Kalkar. Jan Pronk geriet wegen der Entwicklungshilfe in Indonesien unter Beschuss, da dort ja die Menschenrechte verletzt wurden.

Darüber hinaus wurde das Kabinett mit einer ganzen Reihe von Zwischenfällen und Verwicklungen konfrontiert, die nicht oder nur in begrenztem Umfang die Hauptpunkte der geplanten Regierungspolitik berührten, die aber, so wie die Medien sie breit traten, sehr wohl Energie verschlangen und lähmend wirkten. Hinzu kamen Konfrontationen mit Gruppen von jungen Molukkern, die mehrere Geiselnahmen durchführten.<sup>43</sup> Außerdem stellte sich heraus, dass Prinz Bernhard in eine Schmiergeldaffäre des Flugzeugherstellers Lockheed verwickelt war.

Innerhalb des Kabinetts wuchsen inzwischen die Spannungen an: Während es manchen nicht schnell und nicht weit genug ging, erholten sich andere gerade erst vom vorherigen Schritt. Der politische Konfliktstoff, insbesondere der zwischen dem progressiven und dem konfessionellen Teil des Kabinetts, erhielt durch die Gegensätze zwischen den Uyl und seinem Vizepremierminister van Agt einen immer persönlicheren Charakter – es lagen ihm aber vor allem Differenzen über politische Themen, das Maß an Demokratisierung, öffentliche Steuerung und politischen Stil zugrunde. Die persönlichen und politischen Konflikte erhielten durch die Bildformung in den Medien symbolische Züge und veranlasseten die Hauptakteure dazu, unverrückbare Positionen einzunehmen. Besonders an der Basis der PvdA, die die Arbeit den Uyls und seiner Mitstreiter mit Argusaugen beobachtete und der Kabinettsmannschaft wenig Spielraum außerhalb des eigenen Programms bot, entstand Unzufriedenheit hinsichtlich des Tempos der Veränderungen.<sup>44</sup> Vor dem Hintergrund dieses wachsenden Unbehagens rief der Fraktionsvorsitzende van Thijn das Jahr 1975 zum „Jahr der Wahrheit“ aus, in dem das Kabinett einige für die PvdA entscheidende Reformvorschläge auf den Weg bringen sollte. Vier gesellschaftsverändernde Vorschläge wurden als Lackmустest für das Kabinett ausgewählt. Bei der Grundstückspolitik ging es um das öffentliche Interesse beim Erwerb von Grundstücken durch Gemeinden; bei der Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs ging es darum, Arbeitnehmern Mehrerträge von Unternehmen zuzuerkennen; beim Gesetz zur Investitionslenkung ging es darum, Ausrichtung und Umfang von Investitionen staatlicherseits beeinflussen zu können; beim Betriebsratsgesetz ging es darum, die Machtposition von Arbeitnehmern im Unternehmen zu stärken.

---

43 Vgl. zu diesen Geschehnissen die Beiträge von Beatrice de Graaf und Maarten van Riel in diesem Buch.

44 Siehe hierzu die ausführliche Übersicht in: P. VAN PRAAG, *Strategie en illusie. Elf jaar intern debat in de PvdA (1966–1977)*, Amsterdam 1990.



Van Thijns Strategie endete in einem Misserfolg. KVP-Minister Ruud Lubbers wurde durch den „ideologischen Dogmatismus“ der linken Parteien entmutigt: „Bei mir lag die Bruchstelle bei der Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs. Das Maß war voll. Es ging mir sehr nahe, ich war davon überzeugt, dass ich mehr davon verstand als den Uyl. Ich meine: Ich kam aus der Wirtschaft, hatte Ahnung von Gewinnbeteiligungsregelungen, verstand auch etwas von Arbeitnehmersicherungen. Ich dachte, ich weiß, was das ist: linkes abstraktes Denken über Unternehmen. Darüber hinaus war es Joop den Uyl gelungen, gegen die unternehmerischen Niederlande zu polarisieren. Ich rang mich noch einmal zu einem Kompromiss durch, aber bereits beim nächsten Ministerrat setzte er doch wieder seine eigene Linie durch. Da wurde ich kühl und sagte, die Konsequenzen habe er sich selbst zuzuschreiben. Das war der Anfang vom Ende.“<sup>45</sup>

Das Ende kam dann letztlich im März 1977, ohne dass die Reformvorschläge erfolgreich gewesen waren. Das Kabinett fiel über die Reform der Grundstücks politik. Selbst die findigsten Strategien konnten die Parteien nicht versöhnen – es war ein politisch-psychologisches Klima entstanden, in dem keine Lösung mehr möglich war. Für die PvdA hatte die Grundstücks politik durch frühere Konflikte zu diesem Thema in den 1950er und 1960er Jahren darüber hinaus einen gewichtigen ideologischen und symbolischen Wert bekommen.<sup>46</sup> Den Uyl sprach beim Fall des Kabinetts in der Zweiten Kammer über „die bitterste Erfahrung in der Arbeit, die ich als einen Auftrag sah und sehe.“<sup>47</sup>

Das Kabinett den Uyl war der Vertreter des – um das gefährliche Wort einmal zu verwenden – veränderungsfreudigen Zeitgeistes. Es war ausgesprochen ambitioniert und dokumentierte diese Ambitionen vielfach in Berichten. In den wichtigen Politikfeldern konnte das Kabinett aber auch einige wichtige Ergebnisse verzeichnen. Insbesondere die Einkommenspolitik hatte durch die Koppelung der Einheitsversicherungen an den Nettomindestlohn, der darüber hinaus erhöht wurde, vorteilhafte Folgen für die niedrigsten Einkommen und Renten. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens bedeutete die Politik des Kabinetts einen gewaltigen Impuls für die Stadtsanierung. Die Entwicklungshilfe stieg stark an. Das kraftvolle Auftreten des Außenministers Max van der Stoel in Sachen Menschenrechte beeindruckte. In der Bildungspolitik wurde der Akzent auf den Grundschul- und den weiterführenden Unterricht gelegt. Die Stärkung der Position des Betriebsrats wurde in einem Gesetzentwurf festgeschrieben, der schließlich nach 1977 angenommen wurde.

In seinem Stil reflektierte das Kabinett die Streitbarkeit und die konfliktsuchenden Kräfte der gesellschaftlichen Bewegungen jener Zeit. Den Uyl war die Personifizierung dieses Stils, wenn er seine Gegner nicht nur zum Äußersten trieb, sondern gleichzeitig doch auch immer wieder – in nächtelangen Sitzungen, die legendär geworden sind – das Kabinett zusammenhielt. Sein diskutierender,

45 Zitiert nach: P.J. KROEGER/J. STAM, *De rogge staat er dun bij. Macht en verval van het CDA 1974–1998*, Amsterdam 1998, S. 74.

46 Vgl. J. DE VRIES, *Grondpolitiek en kabinetscrises*, Den Haag 1989.

47 Zitiert nach: *de Volkskrant* vom 23. März 1977.

auf Überzeugung abzielender Führungsstil passte gut in seine Zeit.<sup>48</sup> Wie kein zweiter war den Uyl politischer Lehrmeister und Leitfigur einer jüngeren Generation von Politikern – ein Phänomen, das in dieser starken Ausprägung selten in der niederländischen Nachkriegspolitik aufgetreten ist. Wie Maarten van Traa, der spätere PvdA-Politiker, es knapp ausdrückte: „Er war mein politischer Vater.“<sup>49</sup>

Das Kabinett leistete besonders auf dem Gebiet der eher klassischen sozio-ökonomischen und finanziellen Bereiche Beachtliches – betrachtet man die Zahlen, so ist das Bild einer Regierung, die das Geld zum Fenster hinauswarf, nicht zutreffend.<sup>50</sup> Aber die Ziele des Kabinetts den Uyl waren weiter gesteckt. Das Kabinett wollte auch das Verlangen der neuen Generation nach Gesellschaftsreformen befriedigen und radikalere Veränderungen in der Verteilung von Macht und Wissen schaffen. Dieser Anspruch hat sich allerdings institutionell kaum niedergeschlagen und keine Fortführung erlebt. Der Historiker Piet de Rooy hält vor diesem Hintergrund fest, dass das Kabinett eher gescheitert sei.<sup>51</sup> Anet Bleich stellt mit einem ähnlichen Grundton fest: „Den Uyl und sein Kabinett stießen an die Grenzen der Machbarkeit.“<sup>52</sup>

Wie soll man dieses relative Scheitern erklären? Den Uyl glaubte, das gesellschaftliche Klima habe sich verschoben: „Ich war und bin der Auffassung“, so sagte er 1981, „dass man von der Strömung profitieren muss, wenn sie günstig ist. Wenn das Wasser zurückgeht, sind eine ganze Menge Dinge nicht mehr möglich. Ich finde, dass das den Uyl-Kabinett in den Niederlanden etwas zu spät zum Zuge gekommen ist, es hätte eigentlich schon 1969–1970 da sein sollen. Dann hätte man im Bereich der gesellschaftlichen Reformen viel mehr erreichen können. In ganz Europa sind mit Blick auf die Machtstrukturen, die Weisungsbefugnis in der Wirtschaft und die Universitäten in den Jahren 1968 bis 1972/73 viele Reformen zustande gekommen. Die Revision des staatlichen Systems, wie die Vergrößerung des Einflusses des Wählers auf die Kabinettsbildung, ist beispielsweise ein völliger Fehlschlag geworden, faktisch hat sich nichts geändert. Und das schreibe ich doch zu einem Teil der Tatsache zu, dass das den Uyl-Kabinett erst 1973 zustande gekommen ist, drei, vier Jahre zu spät.“<sup>53</sup>

Es ist verständlich, dass den Uyl auf externe Faktoren verweist. Aber auch die Haltung, Strategie, Ambitionen und Ausgangspunkte der erneuerten Sozialde-

48 Vgl. H. TE VELDE, *Stijlen van leiderschap. Persoon en politiek van Thorbecke tot den Uyl*, Amsterdam 2002, S. 191–240. Siehe auch: F. ROTTENBERG, *De school den Uyl: experiment boven macht*, in: M. WAGENAAR (Hrsg.), *Herinneringen aan Joop den Uyl. Artikelen en interviews*, Amsterdam 1988, S. 67–74.

49 M. VAN TRAA, *Alleen, wat ben je nou? Een pietepouterig radertje in iets enorms*, in: M. MEVIUS/L. BOOIJ/E. VAN BRUGGEN (Hrsg.), *Hier: de Partij van de Arbeid! Vijftig jaar geschiedenis in interviews*, Amsterdam 1996, S.180.

50 Vgl. BOOTSMA/BREEDVELD, *De verbeelding aan de macht*, S. 299 ff.

51 P. DE ROOY, *Republiek der rivaliteiten. Nederland sinds 1813*, Amsterdam 2002, S. 260.

52 BLEICH, *Joop den Uyl 1919–1987*, S. 464.

53 Zitiert nach: A. DE KWANT/E. MATTHIES, *Twee dingen ... Joop den Uyl geportretteerd door tijdgenoten*, Utrecht/Antwerpen 1981, S. 43.

mokratie selbst trugen zu den Problemen bei, in die sich das Kabinett den Uyl verstrickte. Die Polarisierungsstrategie der Progressiven war verständlich, aber in der gewählten Absolutheit kontraproduktiv. Die Polarisierung trieb die Konfessionellen bei der Bildung einer neuen politischen Kombination einander schneller in die Arme. Letztenendes verkannte die Polarisierung auch die Kraft der konfessionellen Mitte in der niederländischen Politik. Darüber hinaus lösten sich die Konfessionellen vom progressiven gesellschaftlichen Strom, zu dem zumindest ein Teil von ihnen eine Affinität verspürt hatte. Und schließlich hatte die Polarisierung keinen Blick für die Rückkehr der Liberalen als eine wichtige politische Formation – nachdem diese jahrzehntelang einen sehr begrenzten Wahlerfolg gehabt hatten. Vor allem aber sorgte die Polarisierung lediglich dafür, dass die linken Stimmen bei der PvdA landeten – nicht aber dafür, dass sich die politische Landschaft als solche veränderte. Damit ist nicht gesagt, dass ein gewisses Maß an Polarisierung nicht für die Mobilisierung der Wähler notwendig ist – Politikwissenschaftler haben schließlich darauf hingewiesen, dass der Hang zur Mitte die Wähler in der Periode nach 1980 gerade an die Ränder trieb und für ein Abbröckeln des politischen Zentrums sorgte.

Darüber hinaus begriff man in der PvdA – der treibenden Kraft des Kabinetts den Uyl – die gesellschaftliche Realität nur unzureichend: den Widerstand gegen bestimmte Reformvorschläge, die unterschwellige wirtschaftliche Bewegung, die in eine ganz andere Richtung ging, und die Experimentierwut der progressiven Politik nicht ertragen konnte, den Sozialstaat, der unter einem Übermaß an Forderungen zu leiden begann, und eine Mehrheit unter den Wählern, die vom Reformeifer weniger begeistert war. Was Jan Ramakers mit Blick auf die Reform des Betriebsrats feststellte, gilt auch für das Reformprogramm als Ganzes: „Es kann keine andere Schlussfolgerung geben, als die, dass sich die drei Progressiven ganz schön in den politischen Verhältnissen und nicht weniger bei der gesellschaftlichen Basis für grundlegende Gesellschaftsreformen verschätzt haben.“<sup>54</sup>

Ein Punkt, dem in der Analyse des Kabinetts den Uyl viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden ist, der aber gewiss im progressiven Lager für Probleme gesorgt hat, ist die Schwäche des politischen Programms selbst. Das Reformprogramm wies inhaltliche Inkonsistenzen auf und es mangelte ihm an einem brauchbaren Instrumentarium. Inkonsistent war es beispielsweise in der Kombination von staatlicher Lenkung und Demokratisierung, von Individualismus und Gemeinschaftsbildung. Während die Zielsetzung der Demokratisierung einerseits an Glaubwürdigkeit verlor, wurde gleichzeitig der Staat mit einer Überdosis an Wünschen und Forderungen konfrontiert. Eine ähnliche Unvereinbarkeit trat mit Blick auf die Einkommenspolitik auf, wo einerseits die Freiheit

---

54 J. RAMAKERS, *Strijd om de zelfstandige ondernemingsraad. De herverdeling van macht*, in: J. RAMAKERS u.a., *Illusies van den Uyl? De spreiding van kennis, macht en inkomen*, Amsterdam 1998, S. 59.

des staatlichen Handelns erwünscht und andererseits alles durch ein Kopplungssystem nahezu bis zur Stagnation reguliert war.<sup>55</sup>

Das ursprüngliche Paradigma aus *Für die Lebensqualität*, das den Staat und den öffentlichen Bereich bereits stark in Anspruch nahm, wurde seitens der Gesellschaftsreformer mit einer großen Zahl an zusätzlichen Teilforderungen konfrontiert. Diese gingen nicht nur weit über die Grenzen des ursprünglichen Konzepts hinaus, sondern überforderten zudem die Handlungskapazität des Staates. Allgemein gab es hinsichtlich der Möglichkeiten der staatlichen Lenkung einen zu großen Optimismus und auch überzogene Erwartungen. Man hatte keinen Blick für unbeabsichtigte oder entgegengesetzte Auswirkungen. Dies zeigte sich beispielsweise beim Gesetz zur Investitionslenkung. Anstatt lenkend auf den Umfang und die Ausrichtung von Investitionen einzuwirken, führte dieses Gesetz hauptsächlich zu einem umfangreichen und unvorhergesehenen Subventionsstrom an die Unternehmen. So begannen die ideologischen Wurzeln des Kabinetts in ihrer Kombination miteinander ein Hindernis für ein erfolgreiches Programm zu bilden.

Die unmittelbaren Folgen des Kabinetts den Uyl waren für die drei progressiven Parteien – und für die PvdA im Besonderen – ziemlich ernüchternd. Nach einem haushohen Wahlsieg den Uyls im Jahr 1977 scheiterte die Bildung eines zweiten Kabinetts, und die Christdemokraten des CDA und die Konservativ-Liberalen der VVD konnten mit einer knappen Mehrheit die Regierung formen. Die Episode der Regierungsbildung illustrierte, wie sehr es der PvdA inzwischen an einer realistischen Einschätzung der Machtverhältnisse und der politischen Möglichkeiten fehlte. Die Partei war zu einem Bergsteiger geworden, der das Gesetz der Schwerkraft nicht mehr berücksichtigen wollte.<sup>56</sup>

## Das Kabinett den Uyl und die Erneuerung der Nation: ein Epilog

Weder die 1970er Jahre noch das Vorgehen des Kabinetts den Uyl sind einfach auf einen Nenner zu bringen. In mancherlei Hinsicht kann man von Veränderungen sprechen, und die Nation erneuerte sich tatsächlich, in anderen Fällen lag Kontinuität vor und in wieder anderen handelte es sich eher um eine vorübergehende Unterbrechung als um eine tatsächliche Veränderung. Es erscheint sinnvoll, die langen 1970er Jahre nicht als einen Bruch, sondern eher als ein Scharnier in der Geschichte der Niederlande zu deuten.

Der zu Beginn dieses Beitrags zitierte Jan Romein hätte tatsächlich bis in die 1970er Jahre warten müssen, um die Reform des niederländischen politischen Systems mitzuerleben – die Säkularisierung und die Entsäulung (einschließlich des Abschieds vom treuen Stammwähler). Erst zu dieser Zeit kam es zur Auflö-

---

55 Vgl. K. VAN KERSBERGEN, *De cultuur van gelijkheid. De herverdeling van inkomen*, in: J. RAMAKERS u.a. (Hrsg.), *Illusies van den Uyl? De spreiding van kennis, macht en inkomen*, Amsterdam 1998, S. 67–89.

56 So wurde es formuliert in: BECKER, *De jaren 1970–1994*, S. 258.

sung jenes versäulten gesellschaftlichen Gewebes, das den Bürger klein hielt, und jener starken Gemeinschaften, aus denen eben diese Bürger und ihre Organisationen ihre Identität herleiteten. Was der Durchbruch nach dem Krieg nicht geschafft hatte, gelang in den langen 1970er Jahren. Mit dem Wohlstand entstand eine neue, meritokratische Mittelklasse, die sich nicht mehr an die Codes der Ständegesellschaft gebunden fühlte. Der Bürger kehrte anschließend nicht mehr in seine Ecke zurück – mit allen damit verbundenen Vor- und Nachteilen. Einerseits entstand ein Klima von Freiheit und Toleranz, das sich in die Tradition der Republik fügte. Andererseits kam es zu einer Enthemmung im gesellschaftlichen Umgang, die allmählich zu viel Ärger und Unmut führen sollte.

Das Kabinett den Uyl knüpfte nahtlos an die Emanzipation des Bürgers an und wurde in Stil und Kommunikation zu ihrem Repräsentanten. Bleich schrieb hierzu: „Hinsichtlich ihrer Arbeitsweise hatte diese Regierung viel von einem Debattierklub, und auch in ihrem Stil, in der Haltung gegenüber der Bevölkerung unterschied sie sich. Der Premier und seine Minister wandten sich nicht von oben herab, als Exzellenzen, an die Bürger, sondern strahlten aus, dass sie ‚einfach‘ Politiker waren, die im vollen Licht der Öffentlichkeit ihre Arbeit tun wollten und offen waren für Vorschläge und Kritik. Auf seinen wöchentlichen Pressekonzerten versuchte den Uyl, die Kabinettsbeschlüsse zu erläutern, in der Hoffnung, dass es normale Menschen interessierte und sie sich auch am liebsten damit beschäftigten. Die Erkennbarkeit der Politik war für das den Uyl-Kabinett eine der wichtigsten Prioritäten.“<sup>57</sup> Mit einiger Verzögerung wurde sichtbar, dass der Umbruch in politischer Hinsicht tatsächlich grundlegend war. Von einer versäulten Elitedemokratie entwickelten sich die Niederlande in kurzer Zeit zu einer Zuschauerdemokratie.<sup>58</sup>

Gleichzeitig erwiesen sich Grundzüge der politischen Kultur als außerordentlich hartnäckig, beispielsweise die Tradition des sich Fügens und Anpassens, die Verhandlungsmethoden und die Entscheidungsmechanismen oder die Anpassungsfähigkeit der politisch-administrativen Elite. Diese politische Kultur hatte, wie Daalder plausibel macht, ihre Wurzeln in der Entstehungszeit der niederländischen Republik.<sup>59</sup> Sie überlebte auch die Periode der Polarisierung: Im Jahr 1982 wurde das Abkommen von Wassenaar geschlossen, in den 1990er Jahren war das Poldermodell der erfolgreichste Exportartikel der Niederlande. Te Velde stellt dann auch die Frage, ob die 1960er und 1970er Jahre hinsichtlich des Stils der politischen Führung eine Ausnahme darstellen. Ist den Uyl die Ausnahme, und sind Drees, Lubbers und Kok die Regel?<sup>60</sup> Die Kultur des sich Fügens und Anpassens, der Verhandlungen und der auf Konsens abzielenden Beschlussfassung stellen – ebenso wie die Fähigkeit, sich an neue Gegebenheiten anzupassen – wohl tatsächlich das Grundmuster der niederländischen Politik dar. In dieses Muster werden aber mit einer gewissen Regelmäßigkeit polarisierender Kon-

57 BLEICH, *Joop den Uyl 1919–1987*, S. 464.

58 Vgl. P. DE ROOY, *Openbaring en openbaarheid*, Amsterdam 2009.

59 Vgl. H. DAALDER, *Van oude en nieuwe regenten. Politiek in Nederland*, Amsterdam 1995, S. 146–151.

60 Vgl. TE VELDE, *Stijlen van leiderschap*, S. 240.

flikt, Konfrontation und Kampf eingewoben – Erscheinungen, die nach einiger Zeit in das Grundmuster übergehen. Polarisierung und Konsensbildung wechseln sich sozusagen in einem politischen Konjunkturzyklus ab.

Das Kabinett den Uyl verkörperte nicht nur einen Neubeginn, sondern auch das Ende einer Periode. Die 1970er Jahre bilden ja auch den Abschluss, wenn nicht den Höhepunkt einer Ära: Sie sind die Apotheose eines Sozialstaates, der von der Nachkriegskoalition aus Christdemokraten und Sozialdemokraten (mit leichter liberaler Beteiligung) geschaffen wurde, der jedoch seinen Ursprung bereits um die vorige Jahrhundertwende hat. Charakteristisch für diese Periode ist der Trend zu abnehmenden Einkommensunterschieden und größerer Chancengleichheit. Nach den 1970er Jahren nahmen die Einkommens- und Vermögensunterschiede wieder zu. Die Berufung auf den Sozialstaat im weiten Sinne, das Vertrauen in das staatliche Handeln, die Bedeutung des öffentlichen Sektors – all dies befand sich in den 1970er Jahren auf seinem Höhepunkt. Nach dem Kabinett den Uyl sollte der lange in der niederländischen Politik vorherrschende Trend zur Kollektivierung in eine Bevorzugung des Marktes und der individuellen Verantwortung umschlagen. Nicht nur in liberalen, auch in progressiven Kreisen verdrängte die Orientierung in Richtung auf das Individuum die Gemeinschaftsbildung. Das Streben nach einer Einbettung des Kapitalismus, nach seiner Organisation nach Maßstäben der sozialen Gerechtigkeit, muss einem völlig anderen Paradigma weichen: dem der Liberalisierung, der Deregulierung und Privatisierung. Staatliche Interventionen bekamen einen schlechten Ruf, der internationale Kapitalismus wurde entfesselt. Die Sozialdemokratie verlor nach den 1970er Jahren die politische Initiative – eine eigene Wirtschaftstheorie und eine entsprechende Haltung sowie ein klar umrissenes politisches Projekt fehlten. Zudem wurde es immer schwieriger, in der Wählerschaft eine breite Koalition aus Arbeitern und Angehörigen der Mittelschicht anzusprechen.

Die „rivalisierende Allianz“<sup>61</sup> zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten blieb stecken. Die beiden politischen Strömungen waren in der Nachkriegszeit bei der Gestaltung der sozialen Gerechtigkeit immer – sei es nun in einer Regierungskoalition oder in einem Oppositionsverhältnis – Rivalen und Bündnispartner gewesen. Dieses Verhältnis zerschellte in den 1970er Jahren. Das zweite Kabinett van Agt (1981–1982), das Kabinett Lubbers/Kok (1989–1994) sowie das vierte Kabinett Balkenende (2006–2010) konnten eine derartige spannungsreiche aber auch fruchtbare Beziehung nicht mehr auferstehen lassen. Auch in oppositionellen Rollen inspirierten sich die beiden politischen Formationen gegenseitig nicht mehr.

Schließlich vollzog sich hinter dem Rücken der Gesellschaftsreformer und progressiven Politiker ein Prozess der Technokratisierung oder Rationalisierung, der ihren tieferen Triebfedern und demokratischen Zielsetzungen entgegenge-

---

61 Der Begriff stammt aus: J.T.J. VAN DEN BERG, *Een geschiedenis van grote vraagstukken, grote noden en grote mannen en vrouwen, politiek-historische context van de sociale zekerheid*, in: J.T.J. VAN DEN BERG/A.P.C.M. JASPERS/M.G. ROOD (Hrsg.), *De SVr 40 jaar: einde van een tijdperk, een nieuw begin?*, Deventer 1992, S. 29–45.

setzt ist – man könnte dies eine List der Geschichte nennen. Das Streben progressiver Politiker und eines Teils der neuen sozialen Bewegungen zielte auf eine fundamentale Demokratisierung politischer und gesellschaftlicher Institutionen ab. Dieses Ziel schien mit dem raschen Abbröckeln der „Säulen“ erreichbar zu werden. Stattdessen entstand aber eine weitreichende Professionalisierung des gesellschaftlichen Mittelfeldes – des Rückgrats der organisierten Gesellschaft. In der Ära der Versäulung leiteten die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen ihren Sinn und ihre Ausrichtung aus der breiteren Einbettung ihrer Säulen ab. Der durch die Entsäulung entstehende Raum wurde durch eine neue Schicht von *Public Managers* aufgefüllt, die auf der Basis von – bisweilen recht modischen – Managementtheorien fortan die Institutionen und beratenden Organe im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens und anderer Lebensbereiche führten. Hierbei handelt es sich um eine Entwicklung, die im Widerspruch zum Demokratisierungstreben der 1970er Jahre steht.

Ein vergleichbares Paradoxon trat bei der Demokratisierung der Parteien selbst auf, insbesondere dort, wo es sich um die Repräsentanten in der Zweiten Kammer handelte. Die 1970er führten bei der Rekrutierung von Parlamentariern nicht zu einer neuen Erweiterung, wie man es im Licht der Demokratisierungsziele erwarten sollte, sondern zu einer beschleunigten Verengung auf qua Milieu, Ausbildung und Beruf relativ bevorzugte Gruppen. Diese ziehen sich als Vollzeitparlamentarier – losgelöst von gesellschaftlichen Organisationen – auf den *Binnenhof* zurück und haben die Zweite Kammer zu einem „Arbeitsplatz für Berufspolitiker [gemacht], die ihre politische Legitimierung – in Ermangelung einer gesellschaftlichen Verwurzelung – einseitig der Effektivität entleihen müssen, mit der sie Probleme lösen und Kompromisse schließen.“<sup>62</sup> Die PvdA bildete diesbezüglich keine Ausnahme.

Zu den Reformplänen gehörte es, in der Gesellschaft das ökonomische Motiv zu zügeln, indem man es unter eine demokratische Kontrolle bringen wollte oder indem man bestimmte gesellschaftliche Sektoren oder Sphären (Kultur, Bildung) gegen die Kolonisierung durch Markt und Ökonomie schützte. *Für die Lebensqualität* enthält einen solchen Auftrag, indem es einen Wohlstandsbegriff einführt, der mehr umfasst als nur ökonomisches Wachstum. Die Studentenbewegung wehrte sich von Anfang an gegen eine Unterordnung des akademischen Lebens unter eine wirtschaftliche Logik. Unter dem Strich wurde jedoch gerade diese Logik immer dominanter. Hans Blokland spricht – in Nachfolge von Max Weber – von einem Prozess der funktionalen Rationalisierung, in dem das Handeln von Menschen in zunehmendem Maße durch Überlegungen der Kosteneffizienz und nicht durch eine Orientierung in Richtung auf inhaltliche Werte bestimmt wird.<sup>63</sup>

62 J.T.J. VAN DEN BERG, *De toegang tot het Binnenhof. De maatschappelijke herkomst van de Tweede-Kamerleden tussen 1849 en 1970*, Weesp 1983, S. 259.

63 H. BLOKLAND, *Op weg naar het einde van onze cultuur. Sociaal-democratie in de moderne tijd*, in: F. BECKER/W. VAN HENNEKELER (Hrsg.), *Cultuurpolitiek. WBS jaarboek 2005*, Amsterdam 2005, S. 41.

Die Entwicklungen zwischen 1966 und 1982 wiesen in den Niederlanden natürlich eigene, spezifische Charakteristika auf, aber man tut gut daran, sich zu vergegenwärtigen, dass sie Teil eines viel größeren, internationalen Musters von Veränderungen waren. Die Revolte der 1960er Jahre und die neuen sozialen Bewegungen des darauffolgenden Jahrzehnts standen unter der Losung „Die Phantasie an die Macht“ sowie im Zeichen radikaler gesellschaftlicher Veränderungen. Die geäußerten Versprechen stießen jedoch überall in der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Politik auf eine entgegengesetzte Dynamik. Der Schutz, den die soziale Marktwirtschaft auf nationaler und das Bretton-Woods-System auf internationaler Ebene in den dreißig Jahren nach dem Krieg geboten hatten, machte überall einer risikoreichen Globalisierung von Wirtschafts- und Finanzmärkten Platz, die die Gesellschaft tief beeinflussen sollte. Und obgleich Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten und Margaret Thatcher in Großbritannien gewählt wurden, drangen ihre politischen Vorstellungen bis tief in den europäischen Kontinent vor. Der Freiheitsdrang der langen 1970er Jahre wurde in den 1980er Jahren und danach zum Bestandteil eines völlig anderen Liberalisierungsstrebens. Das Rad der Geschichte dreht sich somit stetig weiter.



Gerrit Voerman und Paul Lucardie

## Der lange Weg zu *GroenLinks*. Vier kleine linke Parteien und die Entstehung der niederländischen Grünen 1989/90\*

In den 1970er Jahren war es um die linken Parteien in der niederländischen Politik insgesamt betrachtet gut bestellt. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die *Partij van de Arbeid* (PvdA) und die *Communistische Partij van Nederland* (CPN), die übrigens nichts miteinander zu tun haben wollten, zusammen fast 40 Prozent der Stimmen auf sich versammelt. Dieser Anteil sank mit den üblichen Schwankungen auf etwa 30 Prozent im Jahr 1967. Die Ankunft der *Pacifistisch-Socialistische Partij* (PSP) im Jahr 1957 hatte diesen Abwärtstrend nicht umkehren können, da der Neankömmling vor allem den Sozialdemokraten und den Kommunisten Wähler abjagte. Zu Beginn der 1970er Jahre wendete sich das Blatt: Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1972 landeten die linken Parteien gemeinsam bei gut 38 Prozent, was annähernd dem Nachkriegsrekord entsprach. Dieses Plus an Wählerstimmen war zum Teil der 1968 gegründeten *Politieke Partij Radikalen* (PPR) zu verdanken, die fast fünf Prozent der Stimmen erhielt. Zu dritt erlangten CPN, PSP und PPR in jenem Jahr gut elf Prozent.

Nie zuvor hatten die Parteien links von der Sozialdemokratie einen so großen Stimmenanteil erhalten. Ihre Blütezeit dauerte jedoch nicht lange. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1977 erreichten die linken Parteien zwar insgesamt erneut über 38 Prozent der Stimmen, aber das Kräfteverhältnis untereinander sah dieses Mal völlig anders aus. Unter der Führung des populären Joop den Uyl, der vier Jahre lang Ministerpräsident gewesen war, erzielte die PvdA den größten Wahlerfolg ihrer bisherigen Geschichte. Die Zeche hierfür mussten CPN, PSP und PPR zahlen: Sie fielen von elf auf rund vier Prozent zurück, was ihnen die Bezeichnung „*klein links*“ („kleine Linke“) einbrachte. Anfang der 1980er Jahre sollten sich die drei mit insgesamt sechs Prozent leicht erholen, wobei sie offensichtlich von den Verlusten der nun kränkelnden PvdA profitierten. Die Sozialdemokraten fingen sich jedoch 1986 wieder: Die Partei konnte ihr zweitbestes Wahlergebnis verbuchen. Erneut waren CPN, PSP und PPR die Düpierten: Sie gewannen zusammen nur etwa drei Prozent der Stimmen.

Die enttäuschenden Wahlergebnisse von CPN, PSP und PPR waren für diese Parteien das wichtigste Motiv dafür, im Jahr 1990 in der Partei *GroenLinks* aufzugehen und sich selbst aufzulösen. In diesem Beitrag wird der holprig verlaufende Annäherungsprozess dieser drei Parteien analysiert. Dabei wird auch auf die Rolle der neuen sozialen Bewegungen eingegangen. Diese bildeten für die drei nicht nur ein Wählerpotential, sondern sie übten zuweilen auch Druck aus, um die organisatorische Vereinigung zu forcieren. Der Grund hierfür lag in der

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

Annahme, die außerparlamentarische Stimme werde in der Zweiten Kammer durchdringender sein, wenn diese aus dem Mund einer einzigen Partei käme.<sup>1</sup>

## Neue soziale Bewegungen und neue politische Parteien

Im Laufe der 1960er Jahre veränderte sich die niederländische Gesellschaft einschneidend. Mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum gingen der Massenkonsum und die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates einher. Die zunehmende Säkularisierung und Individualisierung sowie das Aufkommen des Fernsehens trugen dazu bei, dass die Entsäulung einsetzte. Für die vertrauten protestantisch-christlichen, katholischen oder sozialdemokratischen Blöcke, aus denen die niederländische Gesellschaft bestand, wurde die Lage immer schwieriger. Geduld machte vor allem bei der jüngeren Generation Platz für Aktivismus und Politisierung. Die Baby-Boomer der Nachkriegszeit werden dann auch häufig als „Protestgeneration“ bezeichnet.<sup>2</sup> Die Gesellschaft sollte radikal demokratisiert und die herrschende Mentalität durch Aktionen „von unten“ einschneidend verändert werden. Diese radikaldemokratischen Ideale wurden zu einem Großteil ähnlichen Bewegungen in den Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich entlehnt, die zuweilen als „*New Left*“ bezeichnet werden.<sup>3</sup>

Die Aktionen der Protestgeneration zielten nicht mehr nur auf die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ab, sondern auch auf Themen wie Umwelt, Selbstentfaltung und die Emanzipation der Frau. Die zweite Feminismuswelle rollte durch die Gesellschaft. 1968 wurde *Man Vrouw Maatschappij* (MVM, Mann Frau Gesellschaft) gebildet – eine Gruppierung, der zwei Jahre darauf *Dolle Mina* folgte. Diese Zusammenschlüsse machten sich für das Recht auf Abtreibung stark und wandten sich gegen die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Durch die Veröffentlichung des Berichts des *Club of Rome* im Jahr 1972, dessen Botschaft lautete, dass es Grenzen des Wirtschaftswachstums in Form von Überbevölkerung, Ausbeutung von Rohstoffen und schwerer Umweltverschmutzung gebe, gelangten Umweltfragen auf die politische Tagesordnung. Aktionsgruppen schossen wie Pilze aus dem Boden, wie im Jahr 1970 die *Aktie Strohalm* (Aktion Strohalm) und im Jahr 1972 die Gruppierungen *Vereniging Milieudéfensie* (Vereinigung für Umweltschutz), *De Kleine Aarde* (Die kleine Erde) und *Natuur en Milieu* (Natur und Umwelt). Die Bewegung gegen die Kernenergie nahm überregional mit der *Landelijke Stroomgroep Stop Kalkar* und dem *Anti Kalkar Comité* Gestalt an (dessen Nachfolge nach

1 Dieser Beitrag basiert auf: G. VOERMAN, *Communisten, pacifistisch-socialisten, radicalen en progressieve christenen. De voorlopers van GroenLinks und Een fusie in drie bedrijven. De moeizame totstandkoming van GroenLinks*, in: P. LUCARDIE/G. VOERMAN (Hrsg.), *Van de straat naar de staat. GroenLinks 1990–2010*, Amsterdam 2010, S. 15–36 und 37–61.

2 Vgl. R. INGLEHART, *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977.

3 Siehe hierzu unter anderem: P. LUCARDIE, *The New Left in The Netherlands (1960–1977). A Critical Study of New Political Ideas and Groups on the Left in The Netherlands with Comparative References to France and Germany*, Kingston 1980.

seinem Ende im Jahr 1975 das *Landelijk Energie Comité* antrat). In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre blühte die Friedensbewegung auf: Der *Interkerkelijk Vredesberaad* (IKV, Interkirchlicher Friedensrat) war 1978 einer der Gründer des *Overlegorgaan tegen de Kernbewapening* (Beratungsorgan gegen die nukleare Aufrüstung).<sup>4</sup>

In diesen neuen sozialen Bewegungen waren viele Personen aktiv, die aus der neuen Mittelschicht des soziokulturellen Sektors stammten. Die Sozialarbeiter sind hierfür ein gutes Beispiel. Ihr Tätigkeitsfeld dehnte sich mit dem Wachsen des Wohlfahrtsstaats stark aus. Die neuen Ideen stießen auch bei Studenten, die sich in immer größeren Zahlen an den Universitäten und Sozialakademien einschrieben, und auch bei einer Reihe ihrer Dozenten auf viel Resonanz. Aus diesen gesellschaftlichen Segmenten rekrutierten die linken Parteien und die sozialen Bewegungen einen zunehmenden Teil ihrer Anhängerschaft.<sup>5</sup>

Die gesellschaftlichen Veränderungen verfehlten ihre Wirkung auf das politische System nicht. Ende 1966 wurde die Partei *Democraten '66* (D66) gegründet, knapp zwei Jahre später die PPR. Die D66 befürwortete weitreichende staatliche Reformen, die das versäulte und veraltete politische System demokratischer machen sollten. Auch die PvdA wurde durch Ideen der „*New Left*“ stark aufgewühlt. Innerhalb dieser Partei gewann *Nieuw Links*, die Neue Linke, an Bedeutung – eine lose organisierte Gruppe kritischer Sozialdemokraten, um die 30 Jahre alt, die es verstanden, einen großen Einfluss auszuüben. Die Gruppe forderte unter anderem eine stärkere Demokratisierung von Unternehmen, eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, eine weitere Nivellierung der Einkommen und die diplomatische Anerkennung der DDR und des Vietkong. Durch Zutun von *Nieuw Links* rückten die Sozialdemokraten in den 1970er Jahren ein ganzes Stück nach links.

## Old Left gegen New Left: CPN, PSP und PPR um 1970

Unter den politischen Parteien waren vor allen Dingen die PSP und die PPR für die neuen Ideen empfänglich. Die 1957 gegründete *Pacifistisch-Socialistische Partij* war eine äußerst heterogene politische Gruppierung, die die Aufrüstung und den Kalten Krieg ablehnte. Bei vielen PSP-Anhängern der ersten Stunde hatte der Pazifismus einen ethisch-absoluten Charakter. „Wir lehnen Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung ab“, so formulierte die Partei es mit wenigen Worten in ihrem Grundsatzprogramm. Das Programm enthielt noch zwei weitere wichtige ideologische Positionsbestimmungen: die „Anwendung der Demokratie auf jedem Gebiet“ und das „Streben nach einer Gesellschaft, in der Produktionsmittel, Boden, Häuser, Transport-, Bank- und Versicherungswesen der Gemeinschaft gehören.“

4 Zu den neuen sozialen Bewegungen in den Niederlanden siehe J.W. DUYVENDAK u.a. (Hrsg.), *Tussen verbeelding en macht. 25 jaar nieuwe sociale bewegingen in Nederland*, Amsterdam 1992.

5 Siehe u.a.: J.J. WOLTJER, *Recent verleden. De geschiedenis van Nederland in de twintigste eeuw*, Amsterdam 1992, S. 364 f.

Diese drei Elemente sollten die Ideologie der PSP bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1991 charakterisieren. Allerdings gab es Änderungen bezüglich der Gewichtung und der Bedeutung der einzelnen Punkte. Der Pazifismus wandelte sich allmählich vom ethisch-absoluten zum politisch-strategischen Bezugspunkt, während der anfangs vage und abstrakt formulierte Sozialismus eine konkretere Form annahm. Dabei wurde die PSP in den 1960er Jahren von Ideen der „*New Left*“ beeinflusst. Der Sozialismus sollte „von unten“ kommen und nicht vom Staat auferlegt werden, die Arbeiter sollten über Arbeiterräte selbst ihre Betriebe lenken. Bei außerparlamentarischen Aktionen gegen den Krieg, das Wettrüsten zwischen Ost und West und die Monarchie ging die PSP in jener Zeit voran. Die Partei lehnte Regierungsverantwortung ab, da diese nur zu schmutzigen Händen führe. Eine bedeutende Minderheit teilte diese Ansicht im Übrigen nicht und wünschte eine engere Zusammenarbeit mit der PvdA und anderen progressiven Gruppierungen. Sie verlor jedoch den Kampf, so dass der oppositionelle und zum Teil außerparlamentarische Kurs der PSP letztlich weiterhin beibehalten wurde. Die Partei opponierte dann auch klar gegen das „progressive“ Kabinett den Uyl (1973–1977), dem PvdA, D66, PPR, *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) und *Katholieke Volkspartij* (KVP) angehörten.<sup>6</sup>

In den 1970er Jahren entwickelte sich die PSP weiter in eine radikal-sozialistische Richtung. 1977 plädierte die Partei in ihrem Wahlprogramm für „eine direkte Demokratie, die sich aus Volksversammlungen aller Beteiligten zusammensetzt. Sie wählen die Abgeordneten in Räte für zentrale Entscheidungen. Diese Abgeordneten können direkt abberufen werden.“ Die parlamentarische Demokratie war ihr nicht direkt genug, Volksvertreter sollten zumindest zur Rücksprache mit ihrer Partei verpflichtet werden. Ernennungen in amtliche Funktionen und erbliche Ämter sollten verschwinden. Diese Form der Demokratie hielt die PSP nur in einer sozialistischen Gesellschaft für möglich, in der fast alle Unternehmen sozialisiert sein, das heißt, der Kontrolle durch die Arbeiter unterliegen sollten. Auch das Wohneigentum sollte in die Hände der Gemeinschaft übergehen, und überdies hätten auch Ärzte, Anwälte, Bauern und sogar Künstler entweder in Arbeitsverhältnissen, im Staatsdienst, in Kooperativen oder „Künstlerkollektiven“ zu arbeiten.

Die *Politieke Partij Radikalen*, die 1968 aus einer Abspaltung der parlamentarischen Fraktion der KVP entstanden war, gehörte im Gegensatz zur PSP dem Kabinett den Uyl an. Die Gründer der PPR kamen aus den christlich-radikalen Flügeln der drei konfessionellen Parteien. Sie wandten sich gegen den Prozess der christdemokratischen Vereinigung, der sich bereits Ende der 1960er Jahre abzeichnete, und befürworteten eine radikale politische Interpretation christlicher Prinzipien.<sup>7</sup> Ihr Anführer, Bas de Gaay Fortman, sprach von „der Überzeugung, dass das Evangelium nicht nur für den einzelnen Menschen ein Versprechen enthält, sondern dass es reinigend und erneuernd auch die Strukturen dieser Welt

---

6 Vgl. hierzu den Beitrag von Becker in diesem Sammelband.

7 Vgl. F. VAN GINNEKEN, *De PPR van 1968 tot en met 1971*, Breda 1975.

erschüttert.“<sup>8</sup> Die Gründer bezeichneten sich als radikale Christen, ohne damit eine eigene Ideologie zum Ausdruck bringen zu wollen – ihre Haltung entsprach eher einer Mentalität. Schon nach einigen Jahren nahm jedoch in der PPR der Einfluss der Gründer und ihrer christlichen Ausgangspunkte ab.

Obgleich die PPR kein Grundsatzprogramm hatte, weisen ihre Wahlprogramme doch Kohärenz und Kontinuität auf. Erstens trat die Partei fortwährend für eine radikale Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ein, „weil die Menschen zu wenig mitreden und mitentscheiden können.“ Die PPR wollte dazu (unter anderem) dem Wähler mehr Einfluss auf die Regierungsbildung geben. Die Demokratisierung der Gesellschaft beschäftigte die Partei noch stärker als die Reform des Staates, was sie in die Nähe der PSP rücken ließ. Arbeitnehmer sollten ihr Unternehmen über den Betriebsrat im Prinzip selbst lenken. Diese Unternehmen sollten aber doch weiterhin innerhalb einer sozialen Marktwirtschaft und im Rahmen einer gewissen Planung miteinander im Wettbewerb stehen. So hoffte die Partei, sowohl die Nachteile des Kapitalismus als auch die des Staatssozialismus zu vermeiden.

Neben der Demokratisierung waren noch einige weitere Themen von Anfang an kennzeichnend für die Programme der PPR: Solidarität mit ärmeren Bevölkerungsteilen in den Niederlanden und (vor allem) in der „Dritten Welt“, Abrüstung und Umweltschutz. Auch diese typisch „postmaterialistischen“ Interessen der „*New Left*“ teilte sie mit der PSP. Infolge ihres zum Teil parlamentarischen Ursprungs war die PPR jedoch auch lange Zeit ziemlich strukturbejahend eingestellt und auf eine Zusammenarbeit mit der PvdA ausgerichtet. Im Gegensatz zur PSP betrachtete sie Aktionen an der Basis zudem eher als Ergänzung der parlamentarischen Tätigkeiten denn als Schritte in einem revolutionären Prozess.

Nach dem Sturz des Kabinetts den Uyl im März 1977 entfernte sich die PPR von der PvdA und rückte bezüglich der Arbeiterselbstverwaltung und anderer Formen der Demokratisierung näher an die libertär-sozialistischen Auffassungen der PSP heran. Außerdem schlug die PPR gewaltlose Alternativen zur militärischen Verteidigung vor und beschloss laut Wahlprogramm von 1977, die niederländische Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr zu akzeptieren. Ein Streitpunkt blieb allerdings noch die Entscheidung der PPR für ein Grundeinkommen, das losgelöst von der Erwerbstätigkeit gezahlt werden sollte (wohl aber mit der Pflicht zum Leisten sozialer Dienste verbunden war). Für die noch ziemlich marxistisch angehauchte PSP durften Arbeit und Einkommen nicht von einander losgekoppelt werden. Im Gegensatz zur PSP (und der CPN) vermied die PPR stets den Begriff „Sozialismus“. Aus ihrer Sicht würde die Marktwirtschaft intakt bleiben können, wenn zumindest Eigentum und Macht von einander getrennt wären. Anstelle des Klassenkampfes stand für die Partei der Gegensatz zwischen denen, die Macht haben, und denen die keine Macht haben, im Mittelpunkt. Diese Antithese bestehe nicht nur auf sozioökonomischem Gebiet, son-

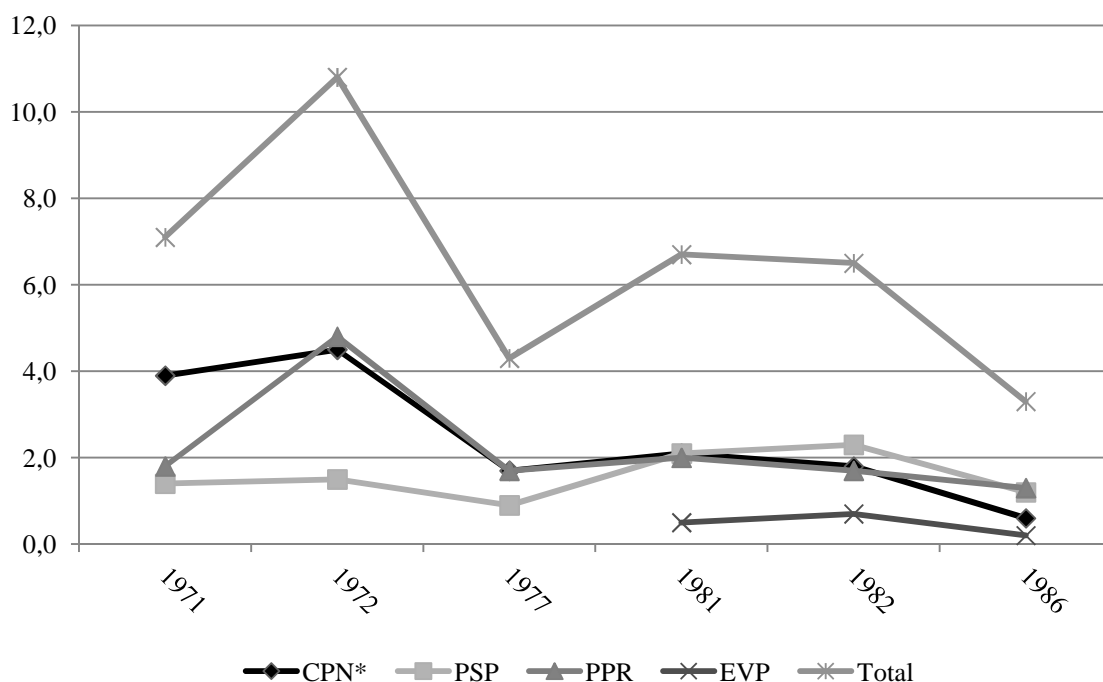
---

8 B. DE GAAY FORTMAN, *Het christen-radicalen congres*, in: Ders./W. IN 'T VELD (Hrsg.), *Christen-radicaal*, Hilversum 1967, S. 10.

dem auch in internationalen Beziehungen (Nord-Süd), zwischen Männern und Frauen, Hetero- und Homosexuellen sowie Weißen und Schwarzen.

Im Gegensatz zur PPR und der PSP stand die *Communistische Partij van Nederland* (CPN) ganz in der Tradition der „Old Left“. Die sozioökonomische Interessenvertretung der Arbeiter ging ihr über alles. Postmaterialistische Themen fanden traditionell wenig Interesse. Die Arbeiter durften zwar mitreden, aber von einer Arbeiterselbstverwaltung wollte die Partei nichts wissen. Die CPN war viel älter als die PPR und die PSP. Sie war 1909 gegründet worden, als sich der radikal-marxistische Flügel von den Sozialdemokraten abgespaltete. Nach der Oktoberrevolution von 1917 in Russland benannte sie sich aus Bewunderung für die Machtübernahme der von Lenin angeführten Kommunisten in CPN um. Seitdem folgte die Partei in innen- und außenpolitischen Fragen der Sowjetunion. Dieses Land war für sie das leuchtende Beispiel, nur dort existiere echte „Demokratie für das Volk“, so die These der CPN in *De weg naar socialistisch Nederland* (*Der Weg in die sozialistischen Niederlande*), ihrem Entwurf eines Grundsatzprogramms aus dem Jahr 1952 (eine endgültige Fassung ist nie verabschiedet worden).

Abb. 1 Stimmenanteile von CPN, PSP, PPR und EVP bei den Parlamentswahlen 1971–1986



Quelle: P. LUCARDIE/G. VOERMAN (Hrsg.), *Van de straat naar de staat*, S. 21.

In den 1960er Jahren kühlte die Sympathie der CPN für die Sowjet-Führer ab – zunächst wegen deren Kritik an Stalin, später aufgrund des Bruchs der Sowjetunion mit China. Das soziale und politische System der Sowjetunion beurteilte man aber weiterhin positiv. Die Wahlprogramme der CPN waren sehr praktisch ausgerichtet: Es gab viele konkrete Forderungen für höhere Löhne, Streikrecht und soziale Einrichtungen, aber wenige Vorschläge für eine radikale Verände-

rung der Gesellschaft. Gemäß dem leninistischen Parteimodell des demokratischen Zentralismus war die Struktur der CPN hierarchisch und zentralistisch. In den „antiautoritären“ 1960er Jahren blieb sie eine stalinistische Partei, die mit straffen Zügeln vom Parteisekretär Paul de Groot geführt wurde. Die Unterschiede zwischen dieser rigiden und dogmatischen kommunistischen Parteiorganisation und den viel offeneren und demokratischeren, eher dem Zeitgeist entsprechenden Strukturen der PSP und der PPR waren dementsprechend sehr groß.

## Die Parlamentswahlen des Jahres 1977

Ein wichtiger Katalysator für die Annäherung zwischen CPN, PSP und PPR, die schließlich zu ihrer Fusion führen sollte, war, wie in der Einleitung bereits angedeutet, das Ergebnis der Parlamentswahlen des Jahres 1977. Die CPN nahm an den Wahlen völlig eigenständig teil. Die PPR hatte sich trotz ihrer Entfremdung

Tab. 1 Zahl der Mitglieder und Wahlergebnisse von CPN, PSP und PPR (1971–1989)

Jahr	CPN		PSP		PPR		Gesamt	
	Mitglieder	Wahlergebnis	Mitglieder	Wahlergebnis	Mitglieder	Wahlergebnis	Mitglieder	Wahlergebnis
1971	k.A.	3,9%	4.000	1,4%	4.300	1,8%	k.A.	7,1%
1972	10.000	4,5%	4.600	1,5%	3.800	4,8%	18.400	10,8%
1977	15.300	1,7%	6.500	0,9%	13.400	1,7%	35.200	4,3%
1981	14.400	2,1%	9.600	2,1%	10.500	2,0%	34.500	6,7%
1982	13.900	1,8%	10.000	2,3%	10.000	1,7%	33.900	6,5%
1986	8.500	0,6%	6.500	1,2%	6.300	1,3%	21.300	3,3%
1989	5.700	–	4.100	–	6.000	–	18.400*	4,1%

\*) Mitgliederzahl *GroenLinks*, bestehend aus den Mitgliedern von CPN, PSP und PPR sowie der EVP (1.500 Personen) und den direkten Mitgliedern der *Vereniging Groen Links* (1.100 Personen)

Quelle: G. VOERMAN, *Van klein links naar Groen Links. Hoe CPN, PSP en PPR van kleur vershoten*, in: *Namens* 5 (1990) 2, S. 35.

von der PvdA doch mit den Sozialdemokraten auf eine Listenverbindung geeignet, an der auch die PSP beteiligt war. Diese technische Zusammenarbeit (bei der Parteien gegenseitig von ihren Stimmenüberschüssen profitieren können) hatte aber in politischer Hinsicht kaum Bedeutung.<sup>9</sup> Für die CPN, die PSP und die PPR verliefen die Parlamentswahlen dramatisch (siehe Abb. 1). Sie konnten

<sup>9</sup> Vgl. *Statistiek der verkiezingen 1977. Tweede Kamer der Staten-Generaal, 25 mei*, Den Haag 1978, S. 18.

der Anziehungskraft der PvdA bei den Wahlen, die unter der Führung von Ministerpräsident Joop den Uyl und mit dem Slogan „Wähle den Ministerpräsidenten“ 33,8 Prozent der Stimmen erlangen konnte, nichts entgegensetzen. Der sozialdemokratische Zugewinn von 6,5 Prozent ging größtenteils auf Kosten der CPN (–2,8 Prozent), der PPR (–3,1 Prozent) und der PSP (–0,6 Prozent).

Die schwere Wahlniederlage blieb für die kleinen linken Parteien nicht ohne Folgen. In der CPN setzte ein tiefgreifender ideologischer und organisatorischer Reformprozess ein. Die Partei hatte bereits Anfang der 1970er Jahre Anschluss an die Studentenbewegung gefunden. Nach dem Wahlfiasco begann sich ein Teil der jungen Intellektuellen gegen die stalinistische Organisationsstruktur zu wehren. De Groot, der zuvor bereits als Parteisekretär zurückgetreten war, hinter den Kulissen jedoch immer noch die Strippen zog, wurde an den Rand gedrängt.<sup>10</sup> Mit der Entmachtung dieses stalinistischen Symbols sollte die CPN allmählich eine andere Reputation erhalten.

In dem Wahlergebnis vom Mai 1977 zeichneten sich die Konturen von „*klein links*“ ab. Der Ruf nach Zusammenarbeit ertönte, wobei auf die bereits bei den Wahlen bestehende Zusammenarbeit von PPR und PSP auf der Ebene der Kommunen und der Provinzen und auf bestehende Kontakte verwiesen wurde. Auch in ideologischer und programmatischer Hinsicht gab es bei PPR und PSP – wie oben bereits erwähnt – viele Überschneidungen. Beide Gruppierungen strebten eine radikale Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, Abrüstung und Neutralität sowie eine libertäre Kultur an, in der sich jedes Individuum ohne jegliche Diskriminierung frei entfalten könne. Zugleich rückte die CPN durch ihren Abschied vom Stalinismus und vom orthodoxen Marxismus-Leninismus stärker in die Nähe von PPR und PSP – eine Entwicklung, die sie auch ganz bewusst anstrebte. Im Jahr 1978 sprach sich der Parteikongress der Kommunisten für eine breite Koalitionsbildung aus, die zu einer progressiven Mehrheit führen sollte. Als die PvdA zum x-ten Mal wissen ließ, dass sie derartige Pläne nicht unterstützen würde, versuchte die CPN, die Verbindungen zu PPR und PSP enger zu gestalten. Ab Anfang der 1980er Jahre wurden die Kommunisten zum ersten Mal von den pazifistischen Sozialisten und den Radikalen in die Wahlallianzen einbezogen. Danach sollte es im zunehmenden Maße zu Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit kommen.

## Neue soziale Bewegungen

Die in CPN, PSP und PPR einsetzende Diskussion über die Zusammenarbeit der kleinen linken Parteien war nicht nur – wie im Falle der Allianzen bei Kommunal- und Provinzialwahlen – taktisch bedingt, sondern sie hatte ihre Wurzeln auch in den gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen, die die Parteien zusammen mit den neuen sozialen Bewegungen durchführten. Die Mitglieder der

---

10 Vgl. G. VERRIPS, *Dwars, duivels en dromend. De geschiedenis van de CPN, 1938–1991*, Amsterdam 1995, S. 469–487.



PPR und der PSP begegneten sich in der Umweltschutz-, Anti-Kernenergie-, Friedens- und Frauenbewegung. Die CPN hatte anfangs gegenüber diesen Gruppierungen starke Vorbehalte, engagierte sich hier jedoch Ende der 1970er Jahre zunehmend.

PSP und PPR standen diesen „neuen sozialen Bewegungen“, die im Laufe dieses Jahrzehnts einen Aufschwung erlebten, von Anfang an mit viel Sympathie gegenüber.<sup>11</sup> In den Augen der PSP waren die Bewegungen Schalthebel für die gesellschaftliche Veränderung. Die Partei schrieb sich selbst Anfang der 1970er Jahre in ihrem so genannten *Analyse- en Beleidsplan (Analyse- und Politikplan)* eine „bündelnde“ Aufgabe zu: Sie müsse sich zu einer „Rückkoppelungsinstanz“ entwickeln, „auf die sich alle ihre Mitglieder und Sympathisanten, die aktiv auf verschiedenen Gebieten gemeinsam mit anderen tätig sind, stützen können.“ Die PPR charakterisierte sich 1969 selbst als eine „Aktionspartei, die Mentalität und gesellschaftliche Strukturen verändern will.“ Kurz nach ihrer Gründung nahm sie sich vor, in der Friedens- und Umweltpolitik „die politische Gestalterin einer umfassenderen Reformbewegung zu werden.“ Diese außerparlamentarische Ausrichtung ging mit einer strukturbejahenden Einstellung einher, die sich in der Beteiligung am Kabinett den Uyl zeigte. Diese Kombination aus direkter Aktion und parlamentarischer oder Verwaltungsarbeit bezeichnete das PPR-Mitglied Roel van Duijn als die „Zwei-Hände-Strategie“.

PSP und PPR arbeiteten in den 1970er Jahren ziemlich oft mit den verschiedenen sozialen Bewegungen zusammen. So waren beide Parteien beispielsweise in dem feministischen Beratungsorgan *Wij Vrouwen Eisen (Wir Frauen fordern)* vertreten. Zuweilen ergriffen sie auch selbst (mit) die Initiative zur Gründung bereits erwähnter Verbände, wie die PPR 1973 mit dem Anti-Kalkar-Komitee und PPR und PSP 1975 gemeinsam mit dem *Landelijk Energie Comité (LEK)* – Gruppierungen, die sich beide gegen den Einsatz von Kernenergie wandten. Die PSP war überdies eng mit der Aktionsgruppe *Strohalm* liiert, während sich die PPR mit der 1972 gegründeten *Vereniging Milieudéfensie (Vereinigung zum Umweltschutz)* verwandt fühlte.<sup>12</sup> Auch beteiligten sich beide Parteien an den Anti-Atombombenmärschen, die in der Nähe einer wichtigen Militärbasis durchgeführt wurden.

Die CPN gab lange Zeit eigenen Aktionen den Vorzug. Noch 1977 organisierten die Kommunisten eine Kampagne gegen die Produktion von Neutronenbomben durch die Vereinigten Staaten. Gut eine Million Menschen unterschrieben gegen diese Waffen. Es war die letzte Einzelaktion der CPN auf diesem Gebiet.<sup>13</sup> Ein Jahr später gehörte sie, gemeinsam unter anderem mit PPR, PSP und ande-

11 Vgl. M. BRINKMAN/B. FRERIKS/G. VOERMAN, *Klein links en de nieuwe sociale bewegingen*, in: G. VOERMAN (Hrsg.), *Jaarboek 1989 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1990, S. 163–188.

12 Vgl. H.A. VAN DER HEIJDEN, *Van kleinschalig utopisme naar postgiro-activisme? De milieubeweging 1970–1990*; in: DUYVENDAK u.a. (Hrsg.), *Tussen verbeelding en macht*, S. 84 f.

13 Siehe hierzu: P. MAESSEN, „*Wie stopt de neutronenbom?*“ – *de geschiedenis van een aktie*, in: *Transaktie* 8 (1979), S. 423–457.

ren politischen Parteien, zu den Gründern des *Overlegorgaan tegen de Kernbewapening* (Beratungsorgan gegen nukleare Bewaffnung). Die drei Gruppierungen gehörten 1982 auch zum *Komitee Kruisraketten Nee* (KKN, Komitee gegen *Cruise Missiles*), das sich gegen die Stationierung so genannter Marschflugkörper in den Niederlanden wehrte, und später auch zur *Breed Initiatief tot Verdergaande Acties tegen Kruisraketten* (BIVAK, Breite Initiative für weiterreichende Aktionen gegen *Cruise Missiles*).

Wichtiger noch als diese institutionelle Zusammenarbeit waren möglicherweise deren Auswirkungen in der Praxis. Viele Parteimitglieder begegneten sich in den 1970er und frühen 1980er Jahren bei den Aktionen, die in Angriff genommen wurden, wie beispielsweise Demonstrationen gegen die amerikanische Rolle im Vietnamkrieg (im Januar 1973 nahmen daran in Utrecht schätzungsweise rund 100.000 Menschen teil), Kundgebungen gegen die Urananreicherungsanlage in Almelo oder bei den Blockaden der Kernzentrale von Dodewaard. Besonders die großen Friedensdemonstrationen Anfang der 1980er Jahre mobilisierten viele Anhänger von „*klein links*“. Im November 1981 wurde in Amsterdam eine große Demonstration gegen die Stationierung von *Cruise Missiles* veranstaltet. Von den gut 400.000 Demonstranten hatte ungefähr die Hälfte bei den Parlamentswahlen vom Mai jenes Jahres für die CPN, die PPR oder die PSP gestimmt. „Die PSP hat bei weitem die aktivistischsten Anhänger, ungefähr die Hälfte der 184.000 Personen, die im Mai 1981 für diese Partei gestimmt haben, ist am 21. November zur Demonstration gekommen. Von den 170.000 PPR-Wählern ist fast jeder Dritte demonstrieren gegangen.“ Es waren schätzungsweise rund dreißigtausend Mitglieder von PPR, PSP und CPN anwesend (gut 80 Prozent ihrer gesamten Mitgliederzahl), die zum überwiegenden Teil auch zuvor schon gegen die nukleare Aufrüstung demonstriert hatten.<sup>14</sup> Am 29. Oktober 1983 wurde in Den Haag erneut eine große, überregionale Demonstration veranstaltet. Diese mobilisierte mehr als eine halbe Million Demonstranten, von denen 47 Prozent aus der Ecke von „*klein links*“ stammten.<sup>15</sup> Auch in der Organisation der Volkspetition gegen die Stationierung von *Cruise Missiles* durch das KKN, die 1985 durchgeführt wurde, waren viele Mitglieder von „*klein links*“ aktiv. Die lokalen Friedensgruppen sammelten innerhalb kurzer Zeit nahezu vier Millionen Unterschriften von Gegnern der Stationierung. Zu diesem Kraftakt leisteten überproportional viele Mitglieder von CPN, PSP und PPR einen Beitrag.<sup>16</sup>

14 Vgl. B. SCHENNINK/T. BERTRAND/H. FUN, *De 21 november demonstranten. Wie zijn ze en wat willen ze?*, Nimwegen 1982, S. 36–40.

15 Vgl. H.R. VAN DER LOO/F.G. SNEL/B. VAN STEENBERGEN, *Een wenkend perspectief? Nieuwe sociale bewegingen en culturele veranderingen*, Amersfoort 1984, S. 164.

16 Vgl. H. KRIESI/P. VAN PRAAG JR., *De beweging en haar campagne*, in: P.G. KLANDERMANS (Hrsg.), *Tekenen voor vrede. Het volkspetitionnement tegen de kruisraketten*, Assen 1988, S. 36 f.

## „Für einen Durchbruch der Linken“

Die sozialen Bewegungen scheinen auf unterschiedliche Art und Weise zu der überregionalen Annäherung zwischen CPN, PSP und PPR beigetragen zu haben, die Anfang der 1980er Jahre allmählich Gestalt annahm. So müssen sich für die Mitglieder der betreffenden Parteien, die sich bei allerlei Aktionen trafen, die organisatorischen Trennlinien zwischen den Parteien nach und nach verwischt haben. Zugleich konnte man aus diesen Bewegungen heraus den Ruf nach einer Zusammenarbeit hören. Man hoffte, dass eine Vereinigung der „kleinen Linken“ zu einer starken Gruppierung neben der PvdA führen werde, die die Sozialdemokraten nach links ziehen könnte. Überdies würden die sozialen Bewegungen über eine solche Einheitspartei, die über eine gewisse Größe verfügen würde, einen besseren Zugang zur nationalen Politik als über die fragmentierte „kleine Linke“ erhalten.

Aus solchen informellen Kontakten zwischen Mitgliedern der drei Parteien ging im September 1983 das Manifest *Voor een Linkse Doorbraak* (*Für einen Durchbruch der Linken*) hervor.<sup>17</sup> Darin wurde eine Lanze für die Gründung einer neuen politischen Bewegung gebrochen, die einen „freiheitsliebenden Sozialismus“ gestalten wolle, „und die sich der weit verbreiteten Sorge über den Raubbau, den der Mensch an der natürlichen Umwelt begeht, anschließt.“ Rund tausend Personen sollten dieses rot-grüne Programm unterstützen, darunter viele parteilose Personen, die aus den sozialen Bewegungen stammten. Die Unterzeichner wehrten sich zugleich nachdrücklich gegen die Zerrissenheit der „kleinen Linken“ – nicht zuletzt, weil man selbst Erfahrung mit erfolgreichen lokalen Kooperationsinitiativen hatte. Das Manifest plädierte für eine gemeinsame Liste und eine gemeinsame parlamentarische Fraktion von CPN, PPR und PSP bei den nächsten Europa- und Parlamentswahlen und befürwortete das Zustandekommen einer Föderation oder sogar einer Fusion in der Zukunft. Die neue Gruppierung sollte mehr als die Addition dieser drei Parteien und zugleich „pazifistisch, sozialistisch, kommunistisch, ökologisch und feministisch“ sein.

Im Januar 1984 fand die Gründung der *Stichting voor een Linkse Doorbraak* statt. Vorsicht war hinsichtlich der Annäherung der einzelnen Parteien angesagt. So war die juristische Form der Stiftung ganz bewusst gewählt worden, weil eine Vereinigung den Eindruck erwecken konnte, dass man auf die Bildung einer neuen Partei aus sei. Ziel dieser *pressure group* war es gemäß ihrer Statuten, kurzfristig innerhalb der „kleinen Linken“ die Zusammenarbeit zwischen CPN, PSP und PPR zu fördern. Auf lokaler Ebene sollten hierzu „Kerne“ gebildet werden. Wenn die Vereinigung zunehmend Gestalt annehme, würden sich, so die Erwartung, auch Personen, die nur lose der Linken angehörten, dem linken Umfeld anschließen. Die Stiftung beraumte im Herbst 1984 einen Kongress an, um sich einen Überblick über die programmatischen Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen CPN, PSP und PPR zu verschaffen. Wieder wollte man

---

17 Vgl. H. SCHOEN, *De Linkse Doorbraak en Groen Links: roependen in de oase*, in: *Radikale Notities* 7 (1989), S. 10–13.

vorsichtig vorgehen: Die Zusammenkunft verfolge nicht das Ziel, eine „Blau-pause“ für ein gemeinsames Programm der „kleinen Linken“ zu präsentieren, vielmehr wolle sie „den Boden für Verhandlungen baureif und fruchtbar machen.“<sup>18</sup> Als diese Versuche während des Auftakts zu den Parlamentswahlen vom Mai 1986 an einer unwilligen PSP scheiterten, löste sich die Stiftung enttäuscht auf.

## Listenverbindungen

Obgleich die katastrophal verlaufenen Parlamentswahlen des Jahres 1977, die Wahlallianzen in den Gemeinden und Provinzen, die vielfältigen Begegnungen in außerparlamentarischen Aktionen und die ideologische Konvergenz allesamt in die Richtung einer stärkeren Zusammenarbeit zu deuten schienen, waren die kleinen linken Parteien nicht ohne Weiteres bereit, ihre Kräfte zu bündeln. Bei den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 wussten sich PPR, PSP und CPN angesichts der hohen Sperrklausel von vier Prozent – theoretisch gut 300.000 Stimmen – von vorneherein chancenlos, wenn jede Partei einzeln teilnähme. Dennoch misslang der Versuch der PSP, die PPR und die CPN – letztere war zum ersten Mal zu einer Kooperation bei den Wahlen eingeladen worden – zu einem gemeinsamen Auftreten zu überreden. Daraufhin gingen die drei Parteien getrennt in die Wahlen, erwartungsgemäß errang keine von ihnen einen Sitz.

Einige Jahre später wurden bei den Parlamentswahlen zögerlich die ersten Schritte zu einer Zusammenarbeit getan. Die Gespräche gingen jedoch nicht über die Möglichkeit einer Listenverbindung hinaus, wodurch die beteiligten Parteien hinsichtlich ihres Programms und ihrer Kandidaten keine Konzessionen zu machen brauchten. Während die entstalinisierte CPN ihre Aufwartung als Partnerin machte, war die PPR noch nicht ganz über ihre sozialdemokratische Jugendliebe hinweggekommen. 1981 entschieden sich die Radikalen für eine Listenverbindung mit der PvdA, woraufhin PSP und CPN beschlossen, ihre Listen zu verbinden. 1982 löste sich die PPR zum ersten Mal seit ihrer Gründung bei Parlamentswahlen völlig von der PvdA. Mit CPN und PSP wollten die Radikalen damals im Übrigen ebenfalls nicht in See stechen, aus Angst, ihre Partei erhalte dadurch zu sehr das Image einer Partei der „kleinen Linken“.<sup>19</sup> Daraufhin verbanden CPN und PSP erneut ihre Listen.

Die beiden Parlamentswahlen 1981 und 1982 ließen übrigens für die Parteien der „kleinen Linken“ eine gewisse Erholung erkennen, obgleich die Zahlen für PPR und CPN 1982 bereits wieder leicht zurückgingen (siehe Abb. 1). Die Radikalen verloren sogar aufgrund der Tatsache, dass sie ihre Liste nicht mit der PvdA verbunden hatten, einen Sitz. Die relative Wiederbelebung von „klein

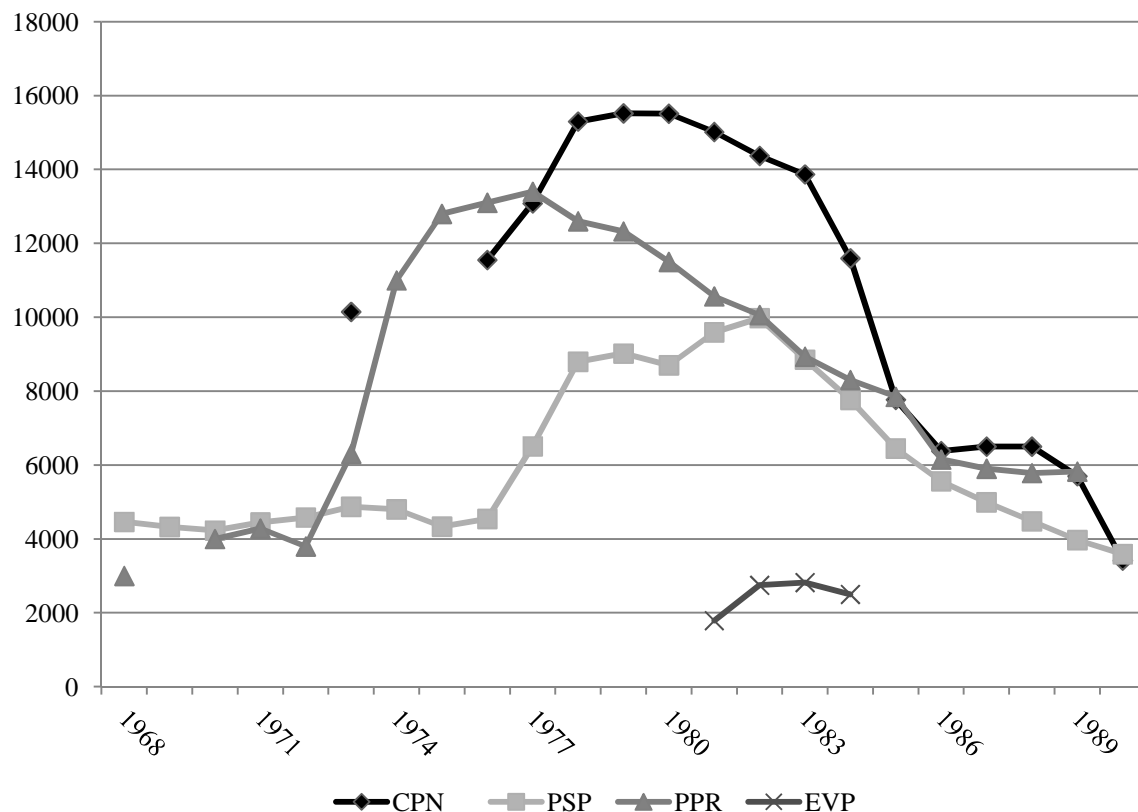
18 *Links en de staat: liefde of haat? Sociaal-ekonomies kongres van de Linkse Doorbraak 27 oktober 1984*, Amsterdam 1984, S. 7.

19 Vgl. H. WALTMANS, *Niet bij rood alleen*, Groningen 1983, S. 187.

links“ wurde auch dem Aufschwung der Friedensbewegung zugeschrieben, von dem besonders die PSP zu profitieren schien. Das zeigte auch die Zunahme der Mitgliederzahl, die die pazifistischen Sozialisten – im Gegensatz zu PPR und CPN – in diesen Jahren verbuchen konnten (siehe Abb. 2).

Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1982 erlebte die *Evangelische Volkspartij* (EVP) ihr Debüt im Parlament.<sup>20</sup> Diese Partei hatte ihre Wurzeln im Widerstand der linken christlichen Wähler gegen die neu entstandene christdemokratische Einheitspartei CDA und deren Zusammenarbeit mit der konservativ-liberalen VVD. Die EVP strebte eine Gesellschaft an, in der laut ihrem Wahlprogramm „Gerechtigkeit und demnach Frieden und Solidarität“ herrschen sollten. Anfangs betonte die Partei vor allem das Streben nach Frieden und Abrüstung, besonders der nuklearen Abrüstung. Nachdem die EVP den Einzug in das Parlament bei den Parlamentswahlen vom Mai 1981 erst nicht geschafft hatte, zog sie nach den – vorgezogenen – Wahlen im Jahr 1982 die Volksvertretung ein. Die EVP konnte bei den Wahlen vor allem von der Unzufriedenheit unter den CDA-Wählern über die Bereitschaft ihrer Partei profitieren, sich an der Stationierung von *Cruise Missiles* zu beteiligen.

Abb. 2 Mitgliederzahlen im Zeitverlauf, 1970–1990



Quelle: P. LUCARDIE/G. VOERMAN (Hrsg.), *Van de straat naar de staat*, S. 27.

20 Vgl. M. NIEBOER/A.P.M. LUCARDIE, „Aanschuiven tegen het CDA“ of aansluiten bij klein links? *De geschiedenis van de Evangelische Volkspartij*, in: G. VOERMAN (Hrsg.), *Jaarboek 1992 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1993, S. 149–167.

## Interne Diskussionen

Durch die beiden rasch aufeinander folgenden Parlamentswahlen gelangte Anfang der 1980er Jahre das Thema Zusammenarbeit mit Nachdruck auf die Tagesordnung der kleinen linken Parteien. Die Frage, mit wem Listenverbindungen eingegangen werden konnten, ließen innerhalb der CPN, der PSP und der PPR im Vorfeld der Wahlen heftige Diskussionen entfachen. Die Evaluation der nicht immer positiven Ergebnisse und der strategischen und ideologischen Konsequenzen, die mit der Kooperation eventuell verbunden werden mussten, diente später als Zündstoff für die interne Debatte. Das Gezänk über die Zusammenarbeit erschütterte die drei Parteien in ihren Fundamenten und trug zu dem Mitgliederschwund bei, der in jener Zeit einsetzte (siehe Abb. 2).

Zwischendurch sahen CPN, PSP und PPR aber doch die Möglichkeit, sich für die Europawahlen des Jahres 1984 zu verständigen. Das war für viele Befürworter einer Zusammenarbeit dann auch einer der wenigen Lichtblicke in dieser Periode, die ansonsten ziemlich düster war. Nicht nur, dass sich die Stimmung in den verschiedenen Parteien infolge der vielen Streitigkeiten verschlechterte, außerdem geriet „*klein links*“ immer mehr in die Defensive. Von 1982 bis 1989 betrieb Ministerpräsident Ruud Lubbers mit seiner Koalition aus CDA und VVD eine neoliberale Politik, die auf einen Abbau des Wohlfahrtsstaats abzielte. PPR, PSP und CPN konnten in jenen Jahren kaum Widerstand leisten, schon gar nicht, als die Friedensbewegung nach dem 1985 gefassten Beschluss zur Stationierung von Kernwaffen fast völlig zusammenbrach. Auch andere soziale Bewegungen erlitten in der Mitte der 1980er Jahre einen gewissen Rückschlag – manchmal gerade, nachdem sie einen Erfolg verbucht hatten: Sowohl die Abtreibungsfrage als auch die Kernenergie verschwanden von der Tagesordnung. Überdies lenkte die zunehmende Arbeitslosigkeit die Aufmerksamkeit von postmaterialistischen Themen weg. Für „*klein-links*“ brachen die mageren Jahre der Krise und des Niedergangs jetzt erst richtig an.

## Die CPN zwischen „Horizontalen“ und „Auflösern“

Der Parteistreit in der CPN spielte sich hauptsächlich in der ideologischen Sphäre ab und spitzte sich nicht sofort auf die Zusammenarbeit der „kleinen Linken“ zu, obgleich dieses Thema im Hintergrund sicherlich eine Rolle spielte. Konservative Parteimitglieder – vereinigt im *Horizontaal Overleg van Communisten* (Horizontales Beratungsorgan der Kommunisten), einem in der Parteihierarchie „horizontal“ verlaufenden Querverband lokaler Ortsverbandsmitglieder – standen Anfang der 1980er Jahre reformgesinnten Mitgliedern diametral entgegengesetzt gegenüber. Erstere wollten an einer völlig unabhängigen, selbständigen, marxistisch-leninistisch orientierten CPN festhalten, letztere wollten gerade vom Leninismus und der undemokratischen Parteistruktur weg. Ein großer Teil dieser Reformer hing überdies dem Durchbruchgedanken an: Die CPN müsse Anschluss an die PSP und die PPR suchen. So plädierte auf dem Parteikongress

vom November 1982 der Parlamentarier Gijs Schreuders leidenschaftlich für eine enge Zusammenarbeit, die seiner Meinung nach auf eine Auflösung der CPN hinauslaufe.<sup>21</sup>

Der Zwiespalt in der CPN erreichte 1984 seinen Höhepunkt. Auf dem Parteikongress vom Februar zogen die sich heftig sträubenden Orthodoxen den Kürzeren. Die Delegierten nahmen eine Grundsatzerklärung an, aus der der Leninismus verschwunden war und in der der Feminismus als Inspirationsquelle neben dem Marxismus große Bedeutung erhielt. Anstelle der Errichtung einer „Volksdemokratie“ oder einer „Diktatur des Proletariats“ wollte die CPN die parlamentarische Demokratie reformieren und durch (nicht näher spezifizierte) „Formen direkter Demokratie“ ergänzen – der Geist der 1960er und 1970er Jahre hatte sich nun völlig der Partei bemächtigt. Nicht nur auf staatlichem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet distanzieren sich die Kommunisten zunehmend vom Sowjetmodell. Zwar solle der Staat eine Reihe von Unternehmen verstaatlichen, aber diese Unternehmen anschließend durch die Arbeiter selbst verwalten lassen. Mit Hilfe von Planvereinbarungen mit Unternehmen müsse der Staat die Wirtschaft lenken, ohne den Markt abzuschaffen. Es geht vielleicht etwas zu weit, dieses System als „libertären Sozialismus“ oder „freiheitsliebenden Kommunismus“ zu bezeichnen, wie es einige Reformer taten, aber um Staatssozialismus handelte es sich jedenfalls nicht mehr.<sup>22</sup>

Für den orthodoxen, marxistisch-leninistischen Flügel in der CPN war dieses Programm unverdaulich. Einigen Reformern ging es hingegen nicht weit genug: So waren die (nicht sehr zahlreichen) Umweltschützer nicht besonders zufrieden über die geringe Aufmerksamkeit für Umweltfragen, die noch in marxistischer Manier als dem Kapitalismus inhärent betrachtet wurden. Insgesamt rückte die CPN mit diesem neuen Programm ideologisch näher an PSP und PPR heran. Zwar begrüßten die Kommunisten den Pazifismus nicht, sie wollten aber wohl die Aufrüstung zurückdrängen und die NATO verlassen, ohne Anschluss an den Ostblock zu suchen. Auch das demokratisch-zentralistische Parteimodell wurde zur Diskussion gestellt. Des Weiteren plädierte man in dem Programm für eine „Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Pazifisten, Radikalen und Anarchisten.“

So war es dann auch nicht erstaunlich, dass sich die Delegierten im März 1985 auf dem CPN-Kongress mehrheitlich für ein gemeinschaftliches Programm und eine gemeinsame Liste mit der PSP und der PPR bei den Parlamentswahlen des Jahres 1986 aussprachen. Allerdings wurde das selbständige Weiterbestehen der CPN vorausgesetzt.<sup>23</sup> Die orthodoxe Opposition war empört und sprach von einem „Euthanasiakongress“: Ihrer Meinung nach bestand der Unterschied zwischen den Anhängern des „Durchbruchs“ und der eher gemäßigten CPN-

21 Vgl. G. SCHREUDERS, *De man die faalde*, Amsterdam 1992, S. 202 f.

22 Vgl. A. BENSCHOP, *Voor een vrijheidslievend en democratisch communisme*, Amsterdam 1984.

23 Vgl. L. KOENEMAN/G. VOERMAN, *Het partijgebeuren. Kroniek van de partijpolitieke gebeurtenissen van het jaar 1985*, in: R.A. KOOLE (Hrsg.), *Jaarboek 1985 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1986, S. 31.

Führung lediglich darin, dass die erstgenannten eine aktive und die letzteren eine passive Euthanasie befürworteten. Für sie war der Beschluss der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Im November 1985 nahmen die konservativen Dissidenten die Gründung einer neuen Partei in Angriff, des *Verbond van Communisten in Nederland* (VCN, Verbund der Kommunisten in den Niederlanden). Der VCN, der behauptete, rund tausend Mitglieder zu umfassen, basierte auf einem Marxismus-Leninismus orthodoxen Zuschnitts und orientierte sich ganz und gar an der Sowjetunion.

## Die rote, grüne oder blaue PPR

Im Gegensatz zur CPN stand in der PPR Anfang der 1980er Jahre in den partei-internen Diskussionen vor allem die Zusammenarbeit der „kleinen Linken“ im Mittelpunkt. Um ideologische Fragen ging es viel weniger. Die Strategiedebatte hatte eigentlich schon unmittelbar nach der Wahlniederlage des Jahres 1977 eingesetzt. Damals wollte eine Minderheit in der Parteiführung die Zusammenarbeit mit der PvdA und zur Not auch mit dem CDA fortsetzen, während andere für eine Annäherung an PSP und CPN eintraten.<sup>24</sup> Das Ergebnis dieses Konflikts war, dass die Radikalen, wie bereits erwähnt, allmählich begannen, Abstand von ihrem sozialdemokratischen Partner zu nehmen. Anfangs behielt die Partei die PvdA aber noch, wie bei den Europawahlen im Jahr 1979, im Visier.

Die Befürworter einer Zusammenarbeit der „kleinen Linken“ gewannen in der PPR jedoch allmählich an Einfluss, besonders im Mittelbau der Partei. Sie versuchten, die Partei im Frühjahr 1981 von einer Listenverbindung mit der PvdA bei den Parlamentswahlen abzuhalten. Kritische Reaktionen hierauf kamen von der so genannten „Godebald“-Gruppe. Dieser Klub versuchte die PPR dazu zu bewegen, den Faden der Zusammenarbeit mit PvdA und D66 wieder aufzugreifen, um so konfessionelle Wähler aus der politischen Mitte fortzulocken. Die Parteiführung konnte den drohenden Streit noch bannen, indem sie sich weder für PvdA und D66 noch für PSP und CPN entschied, sondern für eine „breite, progressive Zusammenarbeit inner- und außerhalb des Parlaments.“<sup>25</sup> Die „Godebalders“ sollten aber doch den Kampf verlieren: Die Listenverbindung mit der PvdA, für die sich die PPR im Jahr 1981 noch entschieden hatte, wurde bei den Parlamentswahlen ein Jahr später vom Parteikongress abgelehnt. Für eine Listenverbindung mit PSP und CPN war es jedoch noch zu früh.

Die enttäuschend verlaufenen Parlamentswahlen des Jahres 1982, bei denen die PPR einen Sitz verlor, führten in der Partei zu einer Besinnung auf ihre Position im politischen System. Die Basis bekam eine Palette von Wahlmöglichkeiten vorgelegt: eine „blaue“, selbständige PPR, die „den Weg zu einer progressi-

24 Vgl. WALTMANS, *Niet bij rood alleen*, S. 140–143.

25 L. KOENEMAN, *Het partijgebeuren. Kroniek van de partijpolitieke gebeurtenissen van het jaar 1981*, in: R.A. KOOLE (Hrsg.), *Jaarboek 1981 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1982, S. 273; WALTMANS, *Niet bij rood alleen*, S. 179–180.



ven Mehrheit offen [hält]“; eine „rote“ PPR, die die Verbindungen zu PSP und CPN enger knüpfen würde und sich von der PvdA zu distanzieren hätte, und schließlich eine „grüne“ PPR, die irgendwann in einer neuen grünen Formation aufgehen sollte. Die Abstimmung ergab schließlich einen grün-roten Kompromiss: Die PPR solle – unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und Identität – sowohl mit ökologisch orientierten Kräften als auch mit der „kleinen Linken“ zusammenarbeiten. Diese Identität wurde als „nonkonformistisch, radikal, solidarisch, libertär und ökologisch“ definiert. Der Parteikongress vom Juni 1983 beschloss, bei den Europawahlen die Zusammenarbeit mit CPN, PSP und EVP zu suchen. Eine Minderheit plädierte vergeblich für eine „Grüne Liste“ ohne die Parteien der „kleinen Linken“. Mit dieser Entscheidung rückte die PPR definitiv von ihrer traditionellen Orientierung in Richtung PvdA ab.

Nachdem die PPR diesen entscheidenden Wechsel vollzogen hatte, bewegte sie sich mit wachsender Geschwindigkeit auf eine weiterreichende Zusammenarbeit der „kleinen Linken“ bei den Wahlen zu, auch wenn die Radikalen diese zugleich auch auf andere Bereiche auszuweiten wünschten. 1985 erteilte der PPR-Kongress der Parteiführung mit großer Mehrheit den Auftrag, „alles zu tun“, um für die Parlamentswahlen des Jahres 1986 eine gemeinsame Liste mit der CPN und der PSP „sowie mit nicht parteigebundenen Personen, Plattformen und Gruppierungen“ zustande zu bringen, womit man ausdrücklich beabsichtigte, die sozialen Bewegungen in dieses Projekt einzubeziehen.<sup>26</sup> Auch die EVP sollte hinzugezogen werden. Die Parteichefin Ria Beckers war mit dieser Wahl völlig einverstanden. Die Zersplitterung innerhalb der Linken wirkte ihrer Meinung nach lähmend und war wenig inspirierend: „Was für einen Sinn hat es, sich weiterhin hinter politischem Zynismus und der großen Anmaßung, Recht zu haben, zu verschanzen?“<sup>27</sup>

## „Spekkianer“ und Anhänger des „Durchbruchs“ in der PSP

Wie bei der PPR drehte sich der parteiinterne Streit in der PSP hauptsächlich um die Strategie, auch wenn diese natürlich nicht völlig losgelöst von der Ideologie gesehen werden konnte. Die Partei litt in der ersten Hälfte der 1980er Jahre infolge der Diskussion über ein Zusammengehen der „kleinen Linken“ bei den Wahlen unter großen Problemen. Die isolierte Position, die die PSP um 1975 in der überregionalen Politik bezogen hatte, geriet allmählich immer stärker in die Kritik. Dabei musste vor allem Parteichef Fred van der Spek seinen Kopf hinhalten. Er war seit 1978 Fraktionsvorsitzender im Parlament, Exponent der *splendid Isolation* und ein Befürworter des ideologisch reinen Sozialismus. Auf dem Parteikongress, der sich im Sommer 1982 mit der Kandidatenliste für die Parlamentswahlen befasste, musste er schwere Kritik an seiner starren Haltung gegenüber einer Zusammenarbeit der Linken aushalten.

---

26 KOENEMAN/VOERMAN, *Het partijgebeuren*, S. 43.

27 Ebd., S. 44.

Auf dem nächsten Parteikongress, der 1983 in Steenwijk stattfand, lehnte jedoch eine Mehrheit aus unterschiedlichen Gründen eine enge Zusammenarbeit sowohl mit der PvdA als auch mit der PPR und CPN ab und entschied sich für Selbständigkeit, obwohl man im Übrigen wohl mit den beiden Letztgenannten bei den Europawahlen eine gemeinsame Liste bilden wollte. In dem polarisierten Parteienklima hielten sich die beiden Flügel, die aus den „*rekkelijke*“ („freisinnigen“) Befürwortern und den „*precieze*“ („orthodoxen“) Gegnern einer Kooperation der „kleinen Linken“ bestanden, gegenseitig mehr oder weniger im Gleichgewicht. Die beunruhigten Anhänger van der Speks, die „Spekkianer“ – von ihren Gegnern höhnisch als „Spektarier“ bezeichnet –, zogen Ende 1984 gegen die Befürworter einer Zusammenarbeit den Kürzeren. Damals wurde auf dem Parteikongress in Rotterdam mit einer knappen Mehrheit von 52,5 Prozent beschlossen, mit CPN und PPR unverbindliche Sondierungsgespräche über eine Zusammenarbeit bei den Parlamentswahlen im Jahr 1986 zu führen. Auf einem späteren Kongress im Juni 1985 in Utrecht kam man zusammen, um sich mit einer gemeinsamen Liste zu befassen, der die CPN und die PPR zu diesem Zeitpunkt bereits zugestimmt hatten. Nach langem Hin und Her fiel das Stimmenverhältnis nun wieder zugunsten der anderen Seite aus: Mit 50,8 Prozent schlugen die „Spekkianer“ die Tür zu einer Zusammenarbeit der „kleinen Linken“ wieder zu.

Die Anhänger des „Durchbruchs“, die eine Zusammenarbeit anstrebten, hatten nun erneut das Nachsehen, aber ihre Chancen stiegen ganz unerwartet wieder. Der Wahlkongress, der Ende 1985 gehalten wurde, setzte überraschenderweise nicht van der Spek, sondern seine Fraktionskollegin Andrée van Es als Spitzenfrau ein. Obwohl die Partei erklärte, nicht an früheren Kongressentscheidungen rütteln zu wollen, war sie doch der Ansicht, dass die PSP sich öffnen müsse und die Möglichkeit einer zukünftigen Zusammenarbeit mit PPR und CPN nicht ausschließen dürfe. Van der Spek war nun „das Gelabere über Zusammenarbeit mehr als satt.“<sup>28</sup> „*Mister PSP*“, wie er in der Presse genannt wurde, trat aus der Partei aus, die er mehr als zwei Jahrzehnte lang nahezu ununterbrochen in der Ersten und der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments vertreten hatte. Gemeinsam mit ihm verließen mehrere Hundert Mitglieder die PSP.

## Die EVP zwischen progressiven Christen und Kommunisten

Der jüngste Spross am Stamm der „kleinen Linken“, die EVP, konnte sich dem Streit, der CPN, PSP und PPR zerriss, ebenfalls nicht entziehen. Auch hier war der hauptsächliche Spaltpilz die Frage einer eventuellen Zusammenarbeit mit anderen Parteien, obgleich die Uneinigkeit auch mit Meinungsverschiedenheiten über den politischen Kurs zusammenhing. Der christdemokratische rechte Flügel strebte eine Regierungsverantwortung in Kooperation mit PvdA und CDA an. Die christlich-radikale Strömung fürchtete, dass eine solche Koalition nur einen

---

28 Ebd., S. 50.

unbestimmten Mittelkurs zur Folge hätte. Sie bevorzugte eine breite, progressive Zusammenarbeit, rückte jedoch um die Mitte der 1980er Jahre in die Richtung der anderen Parteien der „kleinen Linken“ auf. 1982 waren auch die meisten Vertreter der radikalen Strömung noch Gegner einer Zusammenarbeit mit der CPN. Je mehr sich diese Partei jedoch reformierte und vom orthodoxen Marxismus-Leninismus distanzierte, desto mehr kam auch sie als Bündnispartner in Frage. Der rechte Flügel dachte hierüber anders und lehnte die CPN, aber auch die PSP und die PPR, weiterhin ab, weil diese zu extrem „atheistisch“ und „zentralistisch“ seien. Diese Strömung bevorzugte eine Zusammenarbeit mit „progressiven Christen“.<sup>29</sup>

## Zustandekommen des Groen Progressief Akkoord im Jahr 1984

Die Europawahlen von 1984 markierten den Beginn der Zusammenarbeit der „kleinen Linken“ auf Landesebene. Diese Zusammenarbeit lief natürlich nicht reibungslos – schon deshalb nicht, weil sich noch ein weiterer Gesprächspartner präsentierte: die *Groen Platform* (Grüne Plattform). Ziel dieser Vereinigung war es, dafür zu sorgen, „dass die Programme möglichst vieler Parteien einen grün-progressiven Charakter tragen und ökologisch vertretbar sind.“ Die Plattform wollte zudem die Entstehung grüner Listen unterstützen. Hinter der *Groen Platform* steckte der PPR-Senator De Gaay Fortman, der zuvor auch schon den Namen *Groene Partij Nederland* (GPN, Grüne Partei der Niederlande) mit Blick auf die Europawahlen im Jahr 1984 beim Beratungsausschuss für Wahlrechtsfragen hatte eintragen lassen. De Gaay Fortman, der ohne Rücksprache mit der PPR-Führung handelte, wollte mit dieser Registrierung verhindern, „dass ein potentieller PPR-Konkurrent Wurzeln fassen würde.“ In der Bundesrepublik verbuchten die Grünen bei den Wahlen gute Resultate, und in Flandern war die Partei Agalev (*Anders gaan leven*) erfolgreich – was manche in den Niederlanden womöglich dazu bringen könnte, auch hier bei Wahlen ihr Glück mit einer grünen Partei zu versuchen.

Als die CPN, die PPR und die PSP über einen Zusammenschluss bei den Europawahlen des Jahres 1984 verhandelten (die EVP war lediglich als Beobachterin anwesend), stellte die *Groen Platform* den ersten Stolperstein dar, weil die PPR diese Gruppe bei den Gesprächen als gleichwertigen Partner einbeziehen wollte. Hinsichtlich des Wahlprogramms zur Europawahl gelangten die Parteien relativ schnell zu einem Konsens. Anfänglich hatten PSP und CPN dem PPR-Vorschlag für ein gemeinsames Programm wegen der großen Aufmerksamkeit, die die Radikalen der Umwelt schenkten und aufgrund ihrer Bevorzugung einer kleinmaßstäbigen Wirtschaft skeptisch gegenüber gestanden. Sie waren der An-

---

29 Vgl. NIEBOER/ LUCARDIE, „Aanschuren tegen het CDA“ of aansluiten bij klein links?, S. 158 f.; C. OFMAN, *De worsteling om een radicaal evangelische politiek. Een gekleurde terugblik*, in: *Erfgoed. Geschiedenis en gedachtengoed van tien jaar Evangelische Volkspartij*, Aalsmeer 1991, S. 15–18.

sicht, es liege auf Seiten der PPR eine „Überbetonung“ der Umwelt vor und die Partei widme sich zugleich zu wenig sozioökonomischen Problemen.<sup>30</sup> Innerhalb eines Monats fand man jedoch eine Lösung – die ideologischen Unterschiede waren offensichtlich doch nicht mehr so groß.

Die Fußangeln und Fangeisen lagen vor allem auf dem Weg, der zu einer gemeinsamen Kandidatenliste und dem Namen der Wahlallianz führen sollte. Nach vielen Auseinandersetzungen erhielt der Zusammenschluss den Namen *Groen Progressief Akkoord van CPN, GPN, PPR en PSP* (GPA, Grüne progressive Übereinkunft von CPN, GPN, PPR und PSP) und wies auf der Kandidatenliste die folgende Reihenfolge auf: 1. PSP; 2. PPR; 3. CPN; 4. grüner Kandidat. Für den Fall, dass der *Akkoord* zwei Sitze erzielen würde, sollte der zweite Sitz zwischen dem zweiten und dem dritten Kandidaten rotieren und ein eventueller dritter Sitz zwischen Nummer vier und Nummer fünf. Der Spitzenkandidat sollte auf jeden Fall die gesamte Legislaturperiode über im Amt bleiben. Nach diesem Konsens wurde die Vereinbarung der Basis der Parteien vorgelegt. Der Kongress der PPR genehmigte ihn zögernd. Gleiches galt für den PSP-Kongress, auch wenn einer der Delegierten sagte, ihm gehe die „Gänseblümchen-Sprache“ auf die Nerven. Auch die Parteikonferenz der CPN war mit dem GPA einverstanden. Jedoch gab es auf dem Treffen der pazifistischen Sozialisten und dem der Kommunisten wieder viele kritische Stimmen bezüglich der Zusammenarbeit mit der *Groen Platform*.

## Gründung der Partei De Groenen

Die Entstehung des *Groen Progressief Akkoord* führte Ende des Jahres 1983 auch zu einem Bruch in der *Groen Platform*. Die Befürworter des *Akkoord* waren vor allem im PPR-Flügel dieser Gruppierung vertreten. Die entschiedenen Gegner kamen aus der Ecke verschiedener regionaler grüner Parteien, die kurz zuvor gegründet worden waren und sich der *Groen Platform* angeschlossen hatten.<sup>31</sup> Sie stellten den grünen Gehalt von PSP und CPN in Frage, vor allem mit den Kommunisten hatten sie große Probleme. So beschlossen die regional aktiven Grünen, selbständig an den Wahlen teilzunehmen. Am 17. Dezember 1983 begannen sie mit der Gründung einer neuen, überregionalen grünen Partei, die den Namen *De Groenen* (Die Grünen) trug. Grüne Parteien andernorts in Europa begrüßten die Gründung der Partei *De Groenen*, allerdings unterstützten die deutschen *Grünen* den GPA, was in der internationalen grünen Organisation zu Konflikten führte.<sup>32</sup>

30 Vgl. *de Volkskrant* vom 27. August 1983.

31 Vgl. R. VAN DUIJN (Hrsg.), *Groene politiek. De visie van het Groen Platform*, Amersfoort 1984, S. 72.

32 Vgl. *de Volkskrant* vom 19. Dezember 1983, vom 2. April 1984 und vom 3. April 1984; S. PARKIN, *Green Parties. An international guide*, London 1989, S. 182 und 259 f.

Wie der GPA nahmen auch *De Groenen* an den Europawahlen teil. Das viele „Grün“ wurde dem *Kiesraad* (Beratungsausschuss für Wahlrechtsfragen) sozusagen zu bunt. Sie lehnten sowohl den Namen des Zusammenschlusses der „kleinen Linken“ als auch den der konkurrierenden Partei *De Groenen* ab, weil die Partei GPN bereits eingetragen war. Das viele „Grün“ in den Parteinamen führe beim Wähler zu Verwirrung. Aufgrund dieser Aussagen änderten *De Groenen* ihren Namen in *Europese Groenen* (Europäische Grüne). Der GPA verwendete im Wahlkampf seinen Namen, er war jedoch offiziell auf dem Wahlzettel als Liste *CPN, Groene Partij Nederland, PPR, PSP* aufgeführt. Bei dem Kräfteressen mit dem GPA zogen die *Europese Groenen* im Wahlkampf den Kürzeren. Sie erzielten 1,3 Prozent der Stimmen – an sich kein schlechtes Ergebnis, aber nicht genug für einen Sitz. Der GPA ging mit 5,6 Prozent der Stimmen unerwartet stark aus der Wahl hervor und erlangte zwei Sitze.

## Die Niederlage des Jahres 1986

Die erfolgreiche Zusammenarbeit von CPN, PSP und PPR bei den Europawahlen im Juni 1984 schien der Auftakt für ein weiteres gemeinsames Vorgehen zu sein. Nach den sich aufschaukelnden Strategiedebatten zeichnete sich innerhalb der drei Parteien endlich ein gewisser Konsens über eine Kräftebündelung der „kleinen Linken“ bei den Wahlen auf Landesebene ab. Die einer Zusammenarbeit zugeneigten Strömungen in den verschiedenen Parteien erhielten die Oberhand, sogar in der PSP, die gegen Ende des Jahres 1984 beschloss, Sondierungsgespräche mit PPR und CPN zu führen. In dem behutsamen Sprachgebrauch, der verwendet wurde, war das Wort „verhandeln“ tabu. Die unverbindlichen Besprechungen zwischen so genannten „Kundschaftern“ der drei Parteipräsidien mündeten in einen gemeinsamen Diskussionstext mit dem Titel *Het optimisme van de wil* (*Der Optimismus des Willens*). In diesem Text wurden die programmatischen Unterschiede und Übereinstimmungen zwischen PPR, PSP und CPN noch einmal systematisch geordnet. Nach Abwägung aller Punkte bestand nach Meinung der Verfasser in den Hauptpunkten genügend Konsens, um zwecks einer „radikalen Veränderung“ zu einer Bündelung der Macht zu kommen. „Wir wollen die Zusammenarbeit, um so nicht nur durch unsere Sichtweise und unsere Argumente, sondern auch durch einen stärkeren Input im Parlament mehr Einfluss ausüben zu können ... Wir wollen zusammenarbeiten, weil wir mehr Werkkraft von einer Übereinkunft erwarten, die zeigt, dass Feministen, Pazifisten, Kommunisten, progressive Christen und Sozialisten in den Hauptpunkten des politischen Kurses gemeinsam auftreten können.“<sup>33</sup>

Aus diesen schönen Plänen wurde letztlich nichts. Die Zusammenarbeit der „kleinen Linken“ schien näher zu sein als jemals zuvor, aber kurz vor dem entscheidenden Moment verhinderte die bereits erwähnte winzige Mehrheit auf dem

---

33 *Konferentiemap 1 juni 1985. Links Overleg van CPN, PPR en PSP, CPN, PPR en PSP, Amsterdam 1985, S. 6.*

PSP-Kongress des Sommers 1985 die Vertiefung der Kooperation. Dass die Sache auf diese Weise schief ging, war für das Lager der Befürworter eines Zusammengehens ein harter Schlag. CPN, PSP und PPR versuchten noch, den Schaden einigermaßen zu begrenzen, indem sie ihre Kandidatenlisten untereinander verknüpften (die EVP wollte sich nicht beteiligen). Obgleich die Drei nun zum ersten Mal bei den Parlamentswahlen eine solche Listenverbindung vereinbarten, konnte dies das Fiasko nicht verhüllen: Bei Außenstehenden blieb das Bild der gescheiterten Zusammenarbeit hängen. CPN, PSP und PPR waren auf sich selbst angewiesen. Sie „trotteten bei den Wahlen vom Mai 1986 getrennt zur Schlachtbank.“<sup>34</sup>

Das Ergebnis der Parlamentswahlen von 1986 war noch katastrophaler als das von 1977 (siehe Abb. 1). Die CPN und die EVP waren überhaupt nicht mehr im Parlament vertreten, und die PSP verlor zwei ihrer drei Sitze. Nur die PPR hatte dank der Listenverbindung der „kleinen Linken“ ihre Sitze behalten. Der Politikwissenschaftler Cees van der Eijk gelangte in seiner Analyse des Wahlergebnisses zu einer unbarmherzigen Schlussfolgerung: „In gewissem Sinne hätte es für die Parteien der „kleinen Linken“ noch viel schlimmer enden können als dies am 21. Mai schon der Fall war. Bei einem Teil derjenigen, die schließlich für CPN, PSP und PPR gestimmt haben, bestanden hinsichtlich dieser Entscheidung doch noch starke Zweifel, und sie haben ernsthaft in Erwägung gezogen, eine andere Partei zu wählen.“ Damit unterminierte er die innerhalb der Parteien der „kleinen Linken“ bestehende Hoffnung, der Tiefpunkt sei mit den Wahlen von 1986 wohl erreicht und es sei eine Art „harter Kern“ übriggeblieben, der diese Parteien durch Dick und Dünn unterstützen werde. Zugleich hatte der Politikwissenschaftler eine eher aufmunternde Botschaft. Seine Untersuchung hatte nämlich auch ergeben, dass es in der Wählerschaft eine beachtliche Gruppe von Wählern gab, die nicht ausschlossen, einmal für die „kleine Linke“ zu stimmen. Diese „potentielle Wählerschaft“ umfasse etwa 15 Prozent der Wähler. Sie bestehe vor allem aus Personen, die dann doch die PvdA wählten, aus Angst, andernfalls ihre Stimme „wegzuwerfen“. Das Ergebnis, zu dem van der Eijk kam, war eindeutig: „Ein möglicher Ausweg aus diesen negativen Konsequenzen des schlechten Ergebnisses von 1986 ist eine Bündelung der Parteien der ‚kleinen Linken‘.“<sup>35</sup>

Diese Bündelung war aber nun gerade das Problem. Die CPN und die PPR waren inzwischen Befürworter einer wahlbezogenen Konzentration – die durch Außenstehende ergänzt werden sollte –, aber die PSP blockierte diese Pläne. Damit war auch klar, aus welcher Richtung die Initiative kommen musste, um die Zusammenarbeit wieder auf die Tagesordnung zu bekommen. Tatsächlich sollte die PSP die Initiative ergreifen, aber eigentlich war es eine Geheimgesellschaft aus den drei Parteien, die diese Pattstellung durchbrach – wobei man sogar vor der Anwendung von Listen und Betrug nicht zurückschreckte.

34 SCHOEN, *De Linkse Doorbraak en Groen Links*, S. 13.

35 C. VAN DER EIJK, *Het kiezersgedrag in 1986. Algemene conclusies en betekenis voor de electorale perspectieven van ‚klein-links‘*, in: R.A. KOOLE (Hrsg.), *Jaarboek 1986 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1987, S. 73–82.

## Das Zustandekommen von GroenLinks

Bei den Parlamentswahlen von 1986, neun Jahre nach dem Keulenschlag von 1977, hatten die Wähler den Parteien der „kleinen Linken“ erneut einen schweren Schlag versetzt. Das Wahldebakel zog in den Parteien einen Besinnungsprozess nach sich, aber dieser führte durchaus nicht von selbst zu einer verstärkten Zusammenarbeit, wie manche es erwarteten oder hofften. Die Katerstimmung, in die CPN und PPR infolge der von der PSP zunichte gemachten Zusammenarbeit geraten waren, hielt noch lange an. Die Kommunisten und vor allem die Radikalen schrieben sich Chancen zu, wenn sie selbständig vorgehen würden. So schien das Ergebnis der katastrophalen Parlamentswahlen unter dem Strich die Parteien CPN, PPR und PSP weiter auseinander zu treiben. Allerdings setzten die drei ihre Zusammenarbeit bei den Europawahlen von 1989 fort. Die Verhandlungen waren äußerst mühsam verlaufen, aber ein kleiner Pluspunkt war, dass sich die EVP zum ersten Mal der Allianz anschloss.

Soweit nach den Parlamentswahlen von 1986 bereits eine Zusammenarbeit in Gang kam, war diese aus finanzieller Not geboren. Der Mitgliederschwund setzte sich in beschleunigtem Tempo fort (siehe Abb. 2), wodurch die Einkünfte aus Mitgliederbeiträgen stark rückläufig waren. Der damit einhergehende Geldmangel wurde dadurch verschärft, dass infolge des Verlusts von Parlamentssitzen staatliche Subventionen an die Nebenorganisationen der Parteien teilweise oder ganz wegfielen. Zur Lösung des Problems kombinierten die Parteien eine Reihe von Aktivitäten. Die wissenschaftlichen Büros von CPN und PSP stellten die Herausgabe ihrer Zeitschriften ein. Diese Lücke wurde mit *de Helling*, der „Zeitschrift für linke Politik“ gefüllt. Außerdem legten die Organisationen der Mitglieder der Stadträte und Provinzialstände von PSP und PPR ihre Blätter zusammen.

Ein ernsthafter Gedankenaustausch über eine Zusammenarbeit auf Landesebene entwickelte sich selbst durch diese brenzlichen Umstände nicht, dazu war ein Kunstgriff notwendig. Ein Grüppchen mehr oder weniger prominenter Mitglieder von CPN, PPR und PSP versuchte ab dem Frühjahr 1988 hinter den Kulissen, die Zusammenarbeit wieder in Gang zu bekommen. Dabei galt die besondere Aufmerksamkeit der PSP, weil diese Partei die wahlbezogene Zusammenarbeit auf Landesebene 1986 blockiert hatte. Auf Vorschlag der PSP-Mitglieder in der Geheimgesellschaft hielt diese Partei Anfang 1989 ein internes Referendum über diese Frage ab. In dieser Konsultation sprach sich eine breite Mehrheit der Mitglieder für eine gemeinsame Liste mit der CPN und der PPR aus. Endlich sprach die PSP Klartext – unter anderem eine Folge des Weggangs der puritanischsten und unbeugsamsten „Spekkianer“ einige Jahre zuvor.

So gelangte das Thema Zusammenarbeit plötzlich wieder ganz oben auf die Tagesordnung. Etwas später erschien ein offener Brief, in dem rund zweihundert Personen – unter anderem aus den Gewerkschaften, der Frauenbewegung und der Umweltschutzbewegung – dafür plädierten, die gegenwärtige Uneinigkeit und Zersplitterung gegen die ansprechende Kandidatenliste einer „starken, links-grünen Formation“ einzutauschen. Auch diese Aktion war von dem Geheim-

klübchen organisiert worden. Mit dem Ergebnis des PSP-Referendums kamen die Beratungen stockend wieder in Gang. Angestrebt wurden eine gemeinsame Kandidatenliste und ein gemeinsames Wahlprogramm bei den kommenden Parlamentswahlen. Dieses Mal legte sich jedoch die PPR quer. Nach einem internen Putsch in der PPR, bei dem die Mitglieder der Geheimgesellschaft wiederum eine wichtige Rolle spielten, gingen die Verhandlungen weiter. Im Mai 1989 kamen die Parteien zu einem Konsens. Unter dem Namen *Groen Links* sollten die Vier (die EVP hatte sich auch angeschlossen) zusammen mit Parteilosen (unter anderem aus den sozialen Bewegungen) mit einem gemeinsamen Programm und einer gemeinsamen Kandidatenliste an den Parlamentswahlen teilnehmen und danach eine gemeinsame Parlamentsfraktion bilden.<sup>36</sup> In die Übereinkunft war überdies mit Blick auf die neue politische Formation die nicht unwichtige Formulierung aufgenommen worden, dass man sich in den kommenden Jahren durch den Kopf gehen lassen müsse, „ob und wenn ja, in welcher Form, diese ... weiter Gestalt annehmen soll.“

## Enttäuschende Parlamentswahlen im Jahr 1989

Aus dem Versuch, als *GroenLinks* einen frischen Neustart hinzulegen, wurde nicht viel. Im Wahlprogramm des Zusammenschlusses tauchten ziemlich viele alte Wünsche auf. Überdies schien es nicht konsequent zu sein. Im Mittelpunkt der „roten“ Wunschliste stand die soziale Gerechtigkeit (kräftige Anhebung der Sozialleistungen und des Mindestlohn, Einkommensnivellierung usw.). Der grüne Gehalt äußerte sich in der Entscheidung „für die Umformung des ökonomischen Systems in eine verantwortungsbewusste, nachhaltige Kreislaufwirtschaft.“ In diesem Zusammenhang sprach sich *GroenLinks* für die Einführung der *groentax* aus – einer ökologischen Steuer auf Produkte, die der Umwelt schaden. Auch die Kandidatenliste sah ziemlich vorhersehbar aus, da sie in erster Linie aus bekannten Namen bestand. Die angestrebte Erneuerung musste demnach von den „Unabhängigen“ kommen. Nachdem der ehemalige Vorsitzende der *Vereniging Milieudéfensie* (Vereinigung zum Umweltschutz), Jacqueline Cramer, dankend abgelehnt hatte, fand sich der Rotterdamer Gewerkschaftsführer Paul Rosenmöller bereit, den vierten Platz einzunehmen.

Die Erwartungen für die Parlamentswahlen vom September 1989 waren hoch gesteckt: *GroenLinks* ging von elf Sitzen aus. Der Optimismus beruhte auf dem Ergebnis der im Juni abgehaltenen Europawahlen, bei der der Zusammenschluss sieben Prozent der Stimmen erzielt hatte, die umgerechnet elf Sitze im Parlament eingebracht hätten. *GroenLinks* sollte aber nicht mehr als sechs Sitze erreichen. Verglichen mit der Gesamtzahl der Sitze von CPN, PSP, PPR und EVP im Jahr 1986 hatte *GroenLinks* drei Sitze hinzugewonnen, aber prozentual blieb das Wachstum von 3,3 auf 4,1 Prozent doch sehr hinter den Erwartungen zurück.

---

36 In Bezug auf die Schreibweise des Parteinamens wurden nach kurzer Zeit eine Änderung vorgenommen: Aus *Groen Links* wurde ab dem 1. Oktober 1992 *GroenLinks*.



Besonders die Wählerschaft der PPR hatte *GroenLinks* fallen gelassen. Lediglich 44 Prozent der radikalen Wähler des Jahres 1986 hatten drei Jahre später für *GroenLinks* gestimmt. Die Wähler der PSP waren am treuesten: 69 Prozent folgten ihrer Partei nach *GroenLinks*. Von der CPN-Wählerschaft stimmten 56 Prozent für *GroenLinks*.

Trotz der Enttäuschung verlief die Entwicklung rasch in Richtung auf eine einzige, gemeinsame Partei. Mit der Übereinkunft zu einer Zusammenarbeit auf Landesebene hatte man den *point of no return* hinter sich gelassen, und es entwickelte sich eine organisatorische Eigendynamik. Es wäre nicht effizient gewesen, wenn jeder für sich eine vollständige Parteiorganisation behalten hätte, nicht zuletzt schon deshalb, weil mit dem Antreten der Parlamentsfraktion von *GroenLinks* die staatliche Subvention für die eigenen wissenschaftlichen Büros und Schulungs- und Bildungseinrichtungen verfallen war. So wurden diese Einrichtungen schon bald zusammengelegt und fuhren unter der Flagge von *GroenLinks* weiter. Auch die Jugendorganisationen und die Mitgliederzeitschriften wurden zusammengeführt. Bei den Gemeinderatswahlen vom März 1990 kamen die Parteien fast überall mit grün-linken Listen heraus. Daneben trugen der Fall der Berliner Mauer im November 1989 und der Untergang des Staatssozialismus zu einem Umdenken in der CPN bei. Am 24. November 1990 wurde die Partei *GroenLinks* gegründet, und CPN, PPR, PSP und EVP lösten sich in den darauf folgenden Monaten auf.

## Schluss

Nach der traumatischen Niederlage bei den Parlamentswahlen von 1977 dauerte es gut dreizehn Jahre, bis die Parteien der „kleinen Linken“ fusionierten. Rückblickend scheint die neue Partei *GroenLinks* das logische Resultat der sich ändernden politischen und gesellschaftlichen Umstände gewesen zu sein, unter denen CPN, PSP, PPR und EVP operieren mussten. Das Blatt hatte sich gewendet: Nach den „linken“ 1970er Jahren, die durch ein großes Vertrauen in die lenkende Kraft des Staates gekennzeichnet waren, kamen in den 1980er Jahren die Konservativen an die Macht – nicht nur in den Vereinigten Staaten mit Präsident Ronald Reagan und im Vereinigten Königreich mit Margaret Thatcher, sondern auch in den Niederlanden mit der von Ruud Lubbers angeführten Koalition aus CDA und VVD. Freie Marktwirtschaft und Rückzug des Staates, so lauteten nun die Parolen. Die sozialen Bewegungen, auf die sich die „kleine Linke“ lange Zeit stützen konnte (auch bei Wahlen), gerieten durch diesen Wandel des Klimas ebenfalls in die Defensive. Die neuen Verhältnisse brachten für CPN, PSP und PPR einen strukturellen Schwund an Mitgliedern und Wählern (mit einschneidenden finanziellen Konsequenzen) und eine Verflachung des ideologischen Profils mit sich. Ihre drohende politische Marginalisierung war letztlich die treibende Kraft hinter ihrem Zusammenschluss. Die ideologisch-programmatische Konvergenz und die erodierende gesellschaftliche Basis ermöglichten in den 1980er Jahren auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene eine Zusam-

menarbeit bei den Wahlen. Die landesweite Zusammenarbeit bei den Parlamentswahlen waren der Schlussteil dieses Prozesses und der Auftakt zur Fusion und zur Auflösung der eigenen Parteiorganisationen.

Bei dem langen Anlauf zu *GroenLinks* spielten die neuen sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle. Die Mitglieder der kleinen linken Parteien begegneten sich beispielsweise bei außerparlamentarischen Aktionen gegen atomare Aufrüstung, Kernenergie und Ähnliches. Die PSP und die PPR sowie später auch die CPN räumten diesen gesellschaftlichen Akteuren neben dem Parlament einen prominenten Platz in ihrer strategischen Ausrichtung ein. Sie bemühten sich auch, Führungsleute aus dem Aktionswesen in ihre Kooperation einzubeziehen. In diesem Licht betrachtet, ist es ein Paradoxon, dass sich die Partei *GroenLinks* nach der Gründung allmählich von den sozialen Bewegungen entfernte, die mit zu ihrer Entstehung beigetragen hatten. Nach 1990 lag der Akzent stärker auf der parlamentarischen Arbeit, und die Partei sollte sich mit der Zeit nachdrücklich auf das Streben nach Regierungsverantwortung verlegen. Die Partei *GroenLinks* kam von der Straße, ihr Ziel war nun der Staat.

Kees van Paridon

## Zwischen Unentschlossenheit und Tatkraft: Wirtschaftsentwicklungen und -politiken im Vergleich\*

„Wirtschaftswunder“ – einen schöneren als diesen in Deutschland gebräuchlichen Ausdruck für einen unerwarteten, starken, weitreichenden und lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung gibt es nicht. In den Niederlanden spricht man vom „Wiederaufbau“, wenn man die Wirtschaftswunderzeit meint, – obwohl es sich um ein anderes Wort handelt, schwingt doch auch hier ein ähnlicher Ton mit. In beiden Ländern war die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg anfangs erbärmlich. Dann vollzog sich jedoch eine verblüffende ökonomische Entwicklung: Ein sehr starkes Wachstum – welches weder vorher noch nachher je wieder erreicht werden sollte – ging einher mit einer geringen Arbeitslosigkeit, einer niedrigen Inflation und einem stabilen Staatshaushalt. In den ersten Jahren lag der Schwerpunkt auf Wiederinstandsetzung und Aufbau, in den 1960er Jahren genoss man bereits die Erträge der harten Arbeit. Der zunehmende Wohlstand und die gestiegenen Einkommen wurden in der wachsenden Zahl an Autos, Fernsehgeräten und Kühlschränken sichtbar. Zur gleichen Zeit wurden der Wohlfahrtsstaat und mit ihm das Sozialsystem auf- und ausgebaut. Immer mehr Menschen konnten in verschiedensten Bereichen immer höhere Sozialleistungen einfordern. Ein Ende war nicht in Sicht.<sup>1</sup>

Natürlich gab es in den 1950er und 1960er Jahren auch Momente der Unsicherheit und der Unruhe. Die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhte sich immer weiter, woraufhin in beiden Ländern die Arbeitslosenquote auf unter ein Prozent sank. Die über Jahre praktizierte Mäßigung der Löhne ließ sich vor diesem Hintergrund nicht länger aufrechterhalten. Politiker, Arbeitgeber und auch Ökonomen fürchteten in Anbetracht der steigenden Gehälter schlimme Auswirkungen auf das Wachstum und die Arbeitsplatzentwicklung – die in der Folgezeit unvermindert günstige Wirtschaftsentwicklung schien jedoch gegen diese Befürchtungen zu sprechen. Auch der Konjunkturzyklus ließ sich nicht vollständig unterdrücken: Sowohl um 1957 als auch um 1966 sanken die Wachstumsraten auf nur zwei Prozent (ein damals sehr niedriger Wert). Manche sahen hierin die Rückkehr der 1930er Jahre mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit sowie ihren großen gesellschaftlichen Problemen und Unsicherheiten. Jedes Mal konnten die Klippen jedoch umschifft werden, und man sah den Silberstreifen am Horizont wieder. Politiker, Beamte und Ökonomen gewannen daher Ende der 1960er/Anfang

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt von Dipl. Region.-Wiss. Angelika Fliegner.

1 Einen allgemeinen Überblick über dieses Jahrzehnt bietet für die Niederlande: C.J.M. SCHUYT/E. TAVERNE, *1950: Welvaart in zwart-wit*, Den Haag, 2000. Hinsichtlich der Bundesrepublik sei hingewiesen auf: W. ABELSHAUSER, *Die langen fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, 1949–1966*, Düsseldorf 1987.

der 1970er Jahre immer stärker die Überzeugung, dass ihr Wissen über die Wirtschaftsentwicklungen, über deren Grundlagen und über die zur Verfügung stehenden Lenkungsmöglichkeiten eine große ökonomische Krise verhindern könnte. Es wurden sogar Konferenzen zum Ende des Konjunkturverlaufs, wie man ihn bisher zu kennen glaubte, organisiert.<sup>2</sup> Wirtschaftliche Rezessionen würden selten werden und, sollten sie dennoch auftreten, gäbe es einfache und schnelle Möglichkeiten des Gegensteuerns – das war in groben Zügen der Eindruck, den viele in dieser Zeit gewonnen hatten. Der Aufschwung dauerte nun schließlich schon so lange an, er würde sich folglich auch fortsetzen.

Die Gesellschaft, die Politik und auch die Wirtschaftswissenschaften lebten in diesem Glauben. Charakteristisch für diese Zeit war folglich auch, dass man den Zeichen, die nicht in dieses rosige Bild passten, überhaupt keine oder nicht genügend Beachtung schenkte. Die Inflation war langsam und nahezu unbemerkt immer stärker angestiegen. Die Steuerlast und die Sozialversicherungsbeiträge waren erheblich angewachsen, damit die zusätzlichen Staatsausgaben und die Sozialleistungen finanziert werden konnten. Neue Konkurrenten, allen voran südostasiatische Staaten, traten auf den Plan und machten mit ihren niedrigen Lohnkosten den bisherigen Marktführern in vielen Bereichen den Rang streitig. Die technologische Entwicklung war unvermindert weitergegangen, wodurch manche Unternehmen überflüssig geworden waren. Neue Produkte und Produktionsmethoden traten nun an ihre Stelle. Der Niedergang traditioneller Sektoren – wie die Kohle- und Stahlindustrie in Deutschland oder das Textil- und Metallgewerbe in den Niederlanden – wurde natürlich aufmerksam verfolgt, die hiermit einhergehenden Probleme, wie eine steigende Arbeitslosigkeit, nahm man jedoch nicht sonderlich ernst.

Durch die Ölkrise Ende 1973 wurden die optimistischen Grundüberzeugungen schlagartig zerstört. Die Wirtschaftsentwicklung lief aus dem Ruder: Das Wachstum stagnierte, die Arbeitslosigkeit stieg, die Haushaltsdefizite wuchsen und eine nahezu unbeherrschbare Inflation setzte ein. Alle Vorschläge, wie die Situation wieder in den Griff zu kriegen sei, erwiesen sich als unwirksam und verschlimmerten manches Mal die Situation sogar. Verwirrung machte sich breit, da angenommene Zusammenhänge nicht mehr auszumachen waren und altbewährte Instrumente nicht mehr anschlügen. Diese Beobachtungen konnte man sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden machen. Mit der Zeit wurde aber deutlich, dass die niederländische Wirtschaft viel schwerer von der Krise betroffen war als die deutsche und dass die deutsche Wirtschaft sich auch schneller und stabiler erholte als die niederländische.

Dieser Beitrag beleuchtet die wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und den Niederlanden in den 1970er Jahren sowie die in beiden Ländern angewandte Politik. Ihm liegt die Annahme zugrunde, dass die Unterschiede hinsichtlich der langfristigen Entwicklungen in beiden Ländern gut anhand der ökonomischen Erstarrung in den 1970er Jahren und der Entschlusskraft, mit neuen Instrumenten und neuen Auffassungen die Krise zu überwinden, erklärt werden

---

2 Vgl. M. BRONFENBRENNER, *Is the business cycle obsolete?*, New York 1969.

können. In Deutschland und in den Niederlanden musste man die Bereitschaft aufbringen, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, und auf dieser Grundlage Reformen umsetzen. Je eingreifender diese Reformen waren, desto günstiger gestalteten sich die Wachstumsaussichten für die folgenden Jahre. Im ersten Teil des Beitrags wird die ökonomische Situation in Deutschland und den Niederlanden zu Anfang der 1970er Jahre skizziert. Anschließend soll der Frage nachgegangen werden, wie von Seiten der Politik, der politischen Berater, der Zentralbanken sowie der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf die veränderte Wirtschaftssituation reagiert wurde. Im dritten Teil geht es dann um die Auswirkungen der politischen Maßnahmen, die in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre beschlossen wurden. Im letzten Abschnitt werden die Lehren, die man aus den gemachten Erfahrungen ziehen konnte, näher beleuchtet.

## Die deutsche und niederländische Wirtschaftslage zu Beginn der 1970er Jahre

Rückblickend kann man sagen, dass die westlichen Volkswirtschaften um 1970 die Wiederaufbauphase definitiv abgeschlossen hatten und man in ruhigeres Fahrwasser gelangt war. Alles lief so, wie es laufen sollte – so der Eindruck vieler.<sup>3</sup> Die folgenden fünf Aspekte sollen die damalige Situation verdeutlichen:

Erstens waren die Verhältnisse in der Weltwirtschaft seit Ende der 1960er Jahre mehr oder weniger stabil. Unter dem dominanten Einfluss der Vereinigten Staaten waren klare Vereinbarungen getroffen worden, die eine Wirtschaftsordnung mit freien Märkten ohne protektionistische Tendenzen ermöglichten. Hierbei handelte es sich zunächst um Absprachen über das internationale Währungssystem. Angefangen in Bretton Woods und institutionell verankert im Internationalen Währungsfonds (IWF) strebte man stabile aber doch gegebenenfalls anpassbare Wechselkurse an. Zudem kam man im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (*General Agreement on Tariffs and Trade*, GATT) überein, Zölle und andere Handelsbeschränkungen bestmöglich zu reduzieren. Mit der Gründung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und später der Weltbank wollte man darüber hinaus strukturschwächeren Ländern bei ihrer Entwicklung helfen. In der Zeit bis 1970 trugen diese neue Regeln und Institutionen zu einer rasanten Entwicklung des Welthandels und zu stabilen Wechselkursen bei. Im Hinblick auf Europa ist außerdem

---

3 Zu Deutschland siehe: W. ABELSHAUSER, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004; H. GIERSCH/K.-H. PAQUE/H. SCHMIEDING, *The fading miracle. Four decades of market economy in Germany*, Cambridge 1992; W. GLASTETTER/G. HOEGEMANN/R. MARQUARDT, *Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1950–1989*, Frankfurt a.M. 1991. Zu den Niederlanden siehe: W. BOESCHOTEN, *Hoofdlijnen van de economische geschiedenis van Nederland 1900–1990*. Amsterdam 1992, Heft 22. Ein Vergleich beider Länder findet sich in: CPB NETHERLANDS BUREAU FOR ECONOMIC ANALYSIS, *Challenging neighbours. Rethinking German and Dutch economic institutions*, Berlin 1997.

noch auf die starke wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Länder hinzuweisen. Den Anfang machte 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Römischen Verträge des Jahres 1957 ermöglichten wenige Jahre später eine viel tiefergehende wirtschaftliche Integration. Die Niederlande und Deutschland haben von diesen günstigen Umständen hinsichtlich der globalen und europäischen Beziehungen in den 1950er und 1960er Jahren sehr stark profitiert.

Zweitens kristallisierte sich nicht nur extern, sondern auch intern in beiden Ländern in wirtschaftlicher Hinsicht eine neue Ordnung heraus. Sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland wählte man nach dem Krieg eine Wirtschaftsordnung, die auf unternehmerischer Produktion und freien Märkten beruhte, in der aber auch der Staat eine wichtige Rolle innehatte. So stand fest, dass es Aufgabe des Staates war, eine Krise wie in den 1930er Jahren zu verhindern. In den Niederlanden akzentuierte man den keynesianischen Ansatz etwas stärker, aber in der Praxis gab es zwischen den Ländern nur minimale Unterschiede. Der Wiederaufbau und die stark steigenden Exporte sorgten in den zwei Nachbarstaaten lange Zeit für eine stabile Nachfrage. In beiden Ländern entschied man sich bewusst für eine unabhängige Zentralbank, wobei vor allem die Deutsche Bundesbank auch im internationalen Rahmen schnell eine Vorbildfunktion einnehmen sollte. In Deutschland war man in Bezug auf die Wettbewerbspolitik von Anfang an wachsender, was schließlich im Jahr 1956 in der Gründung des Kartellamtes gipfelte. In den Niederlanden war man zwar auf dem Papier ebenfalls gegen Monopole, in der Praxis agierte man jedoch deutlich weniger streng als im Nachbarland.

Unterschiedliche Ansätze fanden sich auch bei der Organisation der politischen Strukturen. In den Niederlanden nahm das Zentrale Planungsamt (*Centraal Planbureau*, CPB), das unmittelbar nach dem Krieg gegründet worden war, eine bedeutende Position ein.<sup>4</sup> Diese Einrichtung war für Wirtschaftsprognosen und -untersuchungen sowie für die Analyse von Regierungsplänen (inklusive des jährlichen Haushaltplans) zuständig. In Deutschland wurde 1963 der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung gegründet, dessen Aufgabe es war, in einem jährlichen Bericht die ökonomischen Trends mit Hilfe von Analyse und Prognose näher zu beleuchten.<sup>5</sup> Der Einfluss des Sachverständigenrats auf die Haushaltsplanung war jedoch wesentlich geringer als jener des CPB.

Fundamentale Unterschiede zwischen den beiden Ländern fanden sich im Verhältnis zwischen den Regierungen und den Sozialpartnern. Aufgrund schlechter Erfahrungen zur Weimarer Zeit, als die Regierung unmittelbar an den Lohnvereinbarungen beteiligt gewesen war, entschied man sich in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst für die sogenannte Tarifautonomie. Die

---

4 Siehe hierzu: J. PASSENIER, *Van planning naar scanning. Een halve eeuw Planbureau in Nederland*, Groningen, 1994; F. BOS/C. TEULINGS, *The world's oldest fiscal watchdog: CPB's analyses foster consensus on economic policy*, Den Haag 2012.

5 Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (Hrsg.), *40 Jahre Sachverständigenrat, 1963–2003*, Wiesbaden 2003.

Regierungspolitiker sollten sich nicht in die Lohnentwicklung einmischen, die Sozialpartner sich dafür aus der Sozial- und Wirtschaftspolitik heraushalten. In den Niederlanden entstanden hingegen gerade zwischen Regierung und Sozialpartnern enge Beziehungen. Durch den 1950 gegründeten Sozialwirtschaftlichen Rat (*Socialeconomische Raad*, SER) hatten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die sogar gesetzlich verankerte Möglichkeit, die Regierung in allen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu beraten. Im SER wurde in den 1950er Jahren auch ausführlich über die von der Regierung forcierte Politik der strengen Lohnmäßigung, von der man sich eine bessere Wettbewerbsposition versprach, diskutiert.<sup>6</sup>

Drittens war um 1970 der Auf- und Ausbau des Sozialsystems und damit des Wohlfahrtsstaates weitgehend abgeschlossen. Während in Deutschland schon seit 1880 recht weitreichende soziale Regelungen eingeführt worden waren – mit dem vorrangigen Ziel, den Arbeitnehmern, die (vorübergehend) keine Arbeitsstelle hatten, ein Auskommen zu sichern –, stand in den Niederlanden bis 1940 ein viel weniger umfassendes Paket an sozialen Sicherheiten zur Verfügung. Viele Versorgungsleistungen wurden damals privaten, kirchlichen oder kommunalen Initiativen überlassen. Nach 1945 verlief der Aufbau des Sozialsystems in beiden Ländern nahezu parallel. In den 1960er Jahren ging anschließend der Ausbau des vorhandenen Systems vor allem in den Niederlanden weiter: Differenziertere Regelungen wurden eingeführt, der Kreis anspruchsberechtigter Personen wurde erweitert und höhere Leistungssätze wurden festgelegt. Möglich wurde dies nicht zuletzt durch einen Erdgasfund in Groningen, da die Regierung an den Gewinnen aus dem Gasexport beteiligt war. Der starke Ausbau des Sozialsystems bewirkte eine Verhaltensänderung bei Bürgern und Unternehmen. Die Bevölkerung tauschte ihre ursprüngliche Zurückhaltung, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen gegen ein „kalkulierendes“ Verhalten ein: Es wurde nun selbstverständlich, Leistungen einzufordern, wenn man die Voraussetzungen dafür erfüllte. Betriebe nutzten das Sozialsystem, um überflüssige oder leistungsschwächere Mitarbeiter zu entlassen – mit dem Wissen, dass sich deren Lebensumstände durch die soziale Absicherung nicht in dramatischer Weise verschlechtern würden. Die Folge war, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze in den Niederlanden kaum erhöhte, während gleichzeitig immer mehr Menschen staatliche Sozialleistungen in Anspruch nahmen. Nach und nach geriet man dadurch in einen Teufelskreis: Um wettbewerbsfähig zu bleiben, musste die Produktivität gesteigert werden. Dafür wurden die leistungsschwächeren Arbeitnehmer entlassen. Diese nahmen dann staatliche Leistungen in Anspruch, weshalb die Sozialbeiträge erhöht wurden, was wiederum die Notwendigkeit für Produktivitätssteigerungen erhöhte. Insbesondere während der ersten und zweiten Ölkrise stieg die Zahl der Niederländer, die Sozialleistungen in Anspruch nahmen, stark an.

Viertens fiel zu Beginn der 1970er Jahre auf, dass die hohen Wachstumszahlen der 1950er und 1960er Jahre nicht mehr erreicht werden konnten. Früher hatte man eine Wachstumsrate von sechs Prozent verzeichnen können, jetzt erreich-

---

6 Siehe A. KLAMER, *Verzuijnde dromen. 40 jaar SER*, Amsterdam 1990.

te man nur noch drei Prozent (aus heutiger Perspektive übrigens immer noch bemerkenswerte Zahlen). Der Wachstumsrückgang wurde damals allerdings nicht als besonders besorgniserregend empfunden. Der Mangel an Problembewusstsein hatte zwei Gründe: Erstens existierte weiterhin eine starke Nachfrage nach Arbeitnehmern, wodurch die Arbeitslosigkeit auf unvermindert niedrigem Niveau blieb. Zweitens existierte für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren – sei es in problematischen Wirtschaftsbereichen oder -regionen oder aufgrund unzureichender Qualifikationen –, nun schließlich die Möglichkeit, sich vom sozialen Sicherheitsnetz auffangen zu lassen. Gleichzeitig stieg in dieser Zeit der Reallohn der Arbeitnehmer, wodurch immer mehr Menschen in den Genuss von Annehmlichkeiten wie Autos, Fernsehgeräten und Urlaubsreisen kamen. Auch der Staatshaushalt zeigte sich stabil. Allerdings gab es Anfang der 1970er immer mehr Anzeichen für eine herannahende Krise: Es existierte eine schleichende Inflation, die Arbeitskosten stiegen, ebenso die Zahl der Sozialhilfeempfänger. Die Brisanz der Situation wurde trotz dieser Negativentwicklungen nicht erkannt, schließlich gab es ja noch Wachstum, waren die Arbeitslosenzahlen ja noch niedrig.

Fünftens hatten sich auch die Sektorenstrukturen in beiden Ländern mehr oder weniger gefestigt. Nach dem Krieg hatten beide Länder hinsichtlich der technologischen Entwicklung und der Produktivität von Einflüssen aus den Vereinigten Staaten profitieren können. Die allgemeine Auffassung lautete, dass man dem amerikanischen Vorbild folgen sollte – viele Delegationen aus Wirtschaft und Politik überquerten somit den Atlantik, um sich inspirieren zu lassen. Neue Produkte, neue Produktionsmethoden, neue Märkte, neue Organisationsprinzipien – in einer ständigen Aufholjagd wendeten Unternehmer das amerikanische Know-how auf ihre eigene Firma an. Hierdurch konnte die Arbeitsproduktivität, die Grundlage des Wohlstands, deutlich verbessert werden. Eine Folge war auch, dass sich die Produktionsstruktur stark veränderte. Natürlich prägten nach wie vor traditionelle Wirtschaftsbereiche wie die Kohle- und Stahlindustrie in Deutschland oder die Textil- und Schiffsbauindustrie in den Niederlanden das Bild, doch in ihrem Schatten waren auch zahlreiche neue Sektoren und Unternehmen entstanden. Der Strukturwandel wurde auch von den Regierungen beeinflusst, deren Rolle sollte jedoch nicht überbewertet werden. Unternehmertum und die Nachfrage des In- und Auslandes waren in dieser Hinsicht letztendlich viel ausschlaggebendere Faktoren. Die Regierung hatte vor allem zur Aufgabe, eindeutige Rahmenbedingungen zu schaffen sowie für ausreichende Ausbildungskapazitäten, eine hinreichende Infrastruktur und – sofern möglich – für eine akzeptable Lohnkostenentwicklung zu sorgen.

In den 1950er und 1960er Jahren wandelten sich die deutsche und niederländische Wirtschaftsstruktur in beträchtlichem Maße, beispielsweise zogen viele Menschen vom Land in die Städte und wechselten dabei gleichzeitig von der Landwirtschaft in die Industrie oder in den Dienstleistungssektor. Dank dieser Wanderungsbewegungen stiegen die Arbeitsproduktivität und auch die Löhne an. Die Dynamik nahm aber Ende der 1960er Jahre wieder deutlich ab: Einschneidende technologische Erfindungen wurden seltener und Unternehmen wa-



ren nicht mehr so sehr an Neuerungen, sondern stärker an einer wirksamen Kostenüberwachung interessiert. Auf Seiten der Arbeitnehmer sorgte der gestiegene Wohlstand dafür, dass der Drang, Arbeitsplatz oder Wohnort zu verändern, nachließ. Selbst wenn man seine Arbeitsstelle verlor, gab es dank der jetzt existierenden sozialen Sicherheit für viele keinen dringenden Handlungsbedarf mehr. Das Risiko eines Beschäftigungsverlusts nahm zur gleichen Zeit zu, da wichtige Wirtschaftsbereiche, wie die Textilindustrie und der Schiffsbau, rapide an Bedeutung verloren. Ein wichtiger Grund hierfür war die neue Konkurrenz inner- und außerhalb der Europäischen Union, die sich mehr und mehr zu einer Bedrohung für niederländische und deutsche Unternehmen entwickelte.

## Die Krise in den Niederlanden

Am 17. Oktober 1973 beschloss eine Anzahl ölfördernder Länder, unter ihnen Saudi-Arabien, der Irak und Kuwait, gegen die Niederlande und die Vereinigten Staaten ein Ölembargo zu verhängen. Anlass hierfür war die Unterstützung der beiden Länder für Israel im Jom-Kippur-Krieg des Jahres 1973. Der durch einige OPEC-Länder verhängte Boykott führte dazu, dass die Einfuhr über den Rotterdamer Hafen ins Stocken geriet. Dies implizierte nicht nur ernste Folgen für die Niederlande, sondern auch für den Rest von Europa. Außerdem hatte die OPEC neben dem Boykott auch noch eine Drosselung der Fördermengen beschlossen, was zu einer schnellen Steigerung der Ölpreise auf dem Weltmarkt führen sollte.<sup>7</sup>

In den Niederlanden verursachte all dies anfänglich eine panische Stimmung.<sup>8</sup> Man fürchtete, dass die niederländische Wirtschaft ernsthaften Schaden nähme, wenn die Energiezufuhr ins Stocken geriete. Produktion und Transport würden stark beeinträchtigt werden. Außerdem machte man sich Sorgen um die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer in der Chemieindustrie und in den damit verbundenen Sektoren. Manch einer befürchtete zudem, dass die Ölgesellschaften beschließen könnten, ihre Produktionsstätten an andere Standorte wie Antwerpen oder Le Havre zu verlagern; diese Angst sollte sich später als unbegründet erweisen, der *Europoort* war als Standort einfach zu attraktiv. Die niederländische Regierung machte sich Sorgen wegen der Folgen, die die ökonomischen Probleme und der damit einhergehende Rückgang der Steuereinnahmen für den Staatshaushalt haben könnte. Um die befürchteten Konsequenzen abzumildern, rationierte man die Energie und autofreie Sonntage wurden eingeführt. In der Praxis waren die Folgen dann jedoch viel weniger dramatisch: Die Nachfrage nach Öl konnte die

---

7 Siehe hierzu: W.S.P. FORTUYN, *Kerncijfers 1945–1983 van de sociaal-economische ontwikkeling in Nederland. expansie en stagnatie*, Deventer 1983 und F.W. RUTTEN, *Zeven kabinetten wijzer. De nieuwe zakelijkheid bij het economisch beleid*, Groningen 1993.

8 Vgl. D. HELLEMA/T. WITTE/C. WIEBES, *Doelwit Rotterdam. Nederland en de oliecrisis 1973–1974*, Den Haag 1998; D. HELLEMA/C. WIEBES/T. WITTE, *The Netherlands and the Oil Crisis. Business as usual*, Amsterdam 2004.

ganze Zeit über befriedigt werden, auch dank Lieferungen aus Nicht-OPEC-Ländern. Das war auch gut so, denn die Resultate der beabsichtigten Rationierungen blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Es ist folglich resümierend festzuhalten, dass die Auswirkungen des Boykotts sich letztlich als nicht annähernd so gravierend erwiesen, wie man anfangs befürchtet hatte.

Die Drosselung der Fördermengen, die man zunächst als weniger schlimm beurteilt hatte, versetzte den westlichen Volkswirtschaften hingegen einen schweren Schlag. Der Ölpreis stieg in kurzer Zeit stark an, von ungefähr zwei auf etwa elf Dollar pro Barrel. Dies hatte ernste Folgen, da sich die Produktion in vielen Ländern auf energieintensive Methoden eingestellt hatte. Das galt besonders für die Niederlande, die dank des bereits erwähnten Erdgasfundes ein wichtiger Energielieferant geworden waren. Da Energie so wenig kostete, wurde sie nahezu maßlos verbraucht. Als der Ölpreis um 400 bis 500 Prozent anstieg, war Energie auf einmal teuer, was sich massiv auf die Produktionskosten auswirkte. Auch die Lohnkosten stiegen beträchtlich an. Die niederländische Wettbewerbsposition wurde durch diese Entwicklung stark in Mitleidenschaft gezogen.

Dies war jedoch nicht das einzige Problem. Obwohl der Export von Industrieprodukten stagnierte, wies die Außenhandelsbilanz der Niederlande wegen des Erdgasexports unvermindert große Überschüsse aus. Auf dieser Grundlage wurde ein Phänomen wirksam, das unter dem Namen „Dutch Disease“ bekannt geworden ist: Wenn ein Land Rohstoffe findet und diese in großem Umfang exportiert, entstehen Außenhandelsüberschüsse, durch die es zu einer Aufwertung der Währung dieses Landes kommt. Das macht die eigenen Produkte, die sich auf dem Weltmarkt im Wettstreit gegen die internationale Konkurrenz durchsetzen müssen, teurer, was wiederum Absatzprobleme mit sich bringt. Der sinkende Export dieser Güter führt dann zum Rückgang der betroffenen Industrien und zerstört damit heimische Arbeitsplätze. Dieses Phänomen war nicht nur in den 1970er Jahren in den Niederlanden zu beobachten, in Ländern wie Mexiko, Norwegen und Russland ist es in den vergangenen Jahren ebenfalls aufgetreten.

Die solcherart in Gang gesetzte Zerstörung von Arbeitsplätzen befeuerte noch eine andere negative Entwicklung. In dem Maße, wie der Preis von Energie, Arbeit und anderen Rohstoffen stieg, mussten niederländische Unternehmen versuchen, die Gewinnspanne zu korrigieren. Für neue oder verbesserte Produkte hatte man zu wenig Zeit und Schwung, also versuchte man die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Vor allem dank des Gesetzes zur Erwerbsunfähigkeitsversicherung (*Wet op de arbeidsongeschiktheidsverzekering*, WAO) konnten Unternehmer ihre weniger leistungsstarken, häufig älteren Arbeitnehmer recht einfach entlassen und das zu für die Betroffenen relativ attraktiven Bedingungen. Gerade in diesen Jahren stieg die Zahl der „Erwerbsunfähigen“ dramatisch. Außerdem nahm die Zahl der Menschen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe hatten, in dieser Zeit deutlich zu. Die verstärkte Inanspruchnahme staatlicher Leistungen führte zu einer weiteren Erhöhung der Sozialbeiträge – für Betriebe ein weiterer Ansporn, noch effektiver zu wirtschaften und folglich ihre nicht so produktiven Mitarbeiter zu entlassen.

Diese Faktoren sorgten für einen deutlichen Bruch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Niederlande. Die Arbeitslosenquote verharrte zwar zunächst noch auf niedrigem Niveau (4% im Jahr 1975), doch erwiesen sich die Probleme bald als so schwerwiegend, dass alle seitens der Regierung unternommenen Versuche scheiterten, die Wirtschaft wieder zu beleben. Der erste Anlauf war hierbei vollkommen keynesianisch geprägt: Dem Einbruch bei der Nachfrage im In- und Ausland als Folge der gestiegenen Ölpreise musste, so war die allgemeine Meinung, durch zusätzliche Ausgaben der Regierung begegnet werden. Die entsprechenden Bemühungen führten dazu, dass das Haushaltsdefizit auf fünf Prozent des Bruttosozialproduktes anstieg, die erhofften Verbesserungen hinsichtlich des Wachstums und des Arbeitsmarktes blieben jedoch aus. In einer Situation, in der die Umstände förmlich nach keynesianischen Lösungen verlangten, schienen diese somit nicht mehr zu wirken. Bei den Vorbereitungen des Haushaltsplans für das Jahr 1976 begann man sich dann ernsthafte Sorgen darüber zu machen, welche Auswirkungen die Krise auf den Staatsetat hatte. Es war nun die Rede von einem beträchtlichen Defizit, die Staatsverschuldung wuchs zudem immer weiter. Hinzu kam, dass Steuern und Sozialabgaben immer weiter stiegen. Man einigte sich vor diesem Hintergrund darauf, in den kommenden Jahren eine sogenannte „Ein-Prozent-Politik“ durchzuführen: Steuern und Sozialbeiträge sollten fortan jährlich nur noch um maximal ein Prozent steigen dürfen. Dadurch würde ein weiterer Anstieg der Staatsausgaben zwar nicht verhindert, jedoch zumindest verlangsamt werden.

Als die ersten Zeichen der Krise sichtbar wurden, war auch direkt das Plädoyer dafür, die Lohnentwicklung anzupassen, zu hören.<sup>9</sup> Nachdem in den 1950er Jahren das Instrument der Lohnmäßigung überzeugend und nachhaltig zum Einsatz gekommen war, um den Wiederaufbau der Wirtschaft zu ermöglichen, indem man durch niedrige Lohnkosten einen Kostenvorteil auf dem Weltmarkt erreichte, war dieses Lenkungsinstrument ab Anfang der 1960er Jahre in Misskredit geraten. Die Gewerkschaften vertraten die Meinung, dass die Arbeitnehmer das Recht hatten, einen anständigen Anteil des Wohlstandes abzubekommen. Wenn die Wirtschaft wachse, müssten auch die Löhne steigen – eine Mäßigung der Löhne wäre unfair. Die Arbeitgeber taten sich mit den Lohnsteigerungen sehr schwer, sie waren aber aufgrund der geringen Arbeitslosigkeit und dem daraus resultierenden Arbeitskräftemangel gezwungen mitzuziehen. Als ab 1974 die Arbeitslosigkeit wieder stieg und das Wachstum zum Stillstand kam, plädierten die Arbeitgeber darum als erstes für die Wiedereinführung der gemäßigten Löhne. Bei den Gewerkschaften herrschte zu diesem Zeitpunkt noch die Auffassung, dass die Lage nur vorläufig so schlecht sei – nicht zuletzt dank der Interventionen durch den Staat könne die Wirtschaft schnell wieder angekurbelt werden. In ihren Augen gab es deshalb keinen Grund, das Instrument Lohnmäßigung ernsthaft in Erwägung zu ziehen. In der Folgezeit wurde die Lohnentwicklung zwar maßvoller, doch das reichte nicht aus, um die Steigung der Lohn-

---

9 Vgl. N. VAN HULST, *De effectiviteit van de geleide loonpolitiek in theorie en praktijk*, Groningen 1984.

kosten auszugleichen. Die Wettbewerbsposition der niederländischen Unternehmen blieb deswegen angespannt.

Es gab noch eine weitere Position, die die Gewerkschaften nicht kampflos aufgeben wollten. In den 1960er Jahren war nach und nach eine Regelung entstanden, die das Gehalt von Beamten und die Höhe der staatlichen Sozialleistungen mit den in den Tarifverträgen festgelegten Lohnsteigerungen in der freien Wirtschaft koppelte. Eine beispielsweise durch die Produktivitätssteigerung ermöglichte Erhöhung der im privaten Sektor tariflich festgesetzten Löhne führte somit zu einem Anstieg der Beamtenbesoldung und der Sozialhilfe. Diese Kausalität funktionierte auch in die gegenläufige Richtung: Um die Gehälter der Beamten und die Sozialhilfe erhöhen zu können, musste der Staat Steuern und Sozialversicherungsbeiträge anheben. Bei den Gewerkschaften war man der Meinung, dass sich das nicht auf die Reallöhne auswirken durfte. Als Folge dieser Haltung stiegen die Lohnkosten für die Arbeitgeber erneut, mit allen inzwischen bekannten negativen Folgen. Trotz der Rezession wurde diese Koppelung 1979 sogar gesetzlich festgelegt.

Der allgemeine Eindruck dieser Zeit ist damit ziemlich düster: Das Wirtschaftswachstum stagnierte, die Arbeitslosigkeit nahm zu, die Zahl derer, die zur aktiven Berufsbevölkerung gehörten, sank, der Staatshaushalt geriet in Schieflage, wodurch auch die Schuldenquote wuchs, und auch die Preissteigerungsrate stieg für niederländische Begriffe stark an. Zweifelsohne war die Inflation in vielen anderen europäischen Ländern bedeutend höher und stand der Wechselkurs zur D-Mark dort stärker unter Druck – für die *Nederlandsche Bank* (DNB) war trotzdem klar, dass die Entwicklung im eigenen Land langfristig zu großen Problemen führen würde. Die Kombination aus stagnierendem Wachstum und hoher Inflation – bekannt unter dem Namen Stagflation – war typisch für diese Zeit und führte zu einem Zielkonflikt: Wenn man die Ausgaben erhöhen würde, um so die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, nähme die Inflation weiter zu. Würde man die Ausgaben hingegen senken, um auf diese Art die Inflation zu senken, stiege die Arbeitslosigkeit. Kurzum, die Lösung, um beide Probleme gleichzeitig anzugehen, gab es nicht. Natürlich versuchte die *Nederlandsche Bank* vor allem, die Inflation einzudämmen. Der Kombination von hohen Energiepreisen, forschem Auftreten seitens der Gewerkschaften, Koppelung von Löhnen und Sozialhilfesätzen und expansiven Staatsausgaben war sie allerdings nicht gewachsen. Man benötigte Hilfe. Diese Hilfe trat Ende 1978 in Gestalt deutsch-französischer Vereinbarungen über ein neu zu bildendes europäisches Währungssystem auf den Plan.

### ... und in Deutschland

Die ökonomische Entwicklung in Deutschland weist in verschiedener Hinsicht Ähnlichkeiten zu der in den Niederlanden auf. Auch in Deutschland stagnierte die Wirtschaftsentwicklung nach 1973 und zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte war die Rede von einer tiefen Rezession. Auch in Deutschland begann

zu dieser Zeit die Arbeitslosigkeit anzusteigen. Auch in Deutschland war die Regierung zunächst geneigt, keynesianische Mittel zur Bekämpfung der Krise einzusetzen. Auch in Deutschland stiegen das Haushaltsdefizit und damit auch die Schuldenquote an. Auch in Deutschland sah man sich mit einer milden Form der Stagflation konfrontiert – im internationalen Vergleich war die Inflation in Deutschland zwar sehr niedrig, doch für deutsche Begriffe war eine Preissteigerungsrate von fünf Prozent sehr hoch.<sup>10</sup> Insgesamt lassen sich somit viele der Krisensymptome, die in den Niederlanden zu beobachten waren, auch in Deutschland entdecken. Der Konjunkturrückgang war in Deutschland allerdings weitaus weniger massiv als in den Niederlanden, auch im Vergleich zu den meisten anderen Ländern stand die deutsche Wirtschaft noch recht gut da. Dieser Umstand ließ das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft wachsen. Es wurde folglich auch kein Grund dafür gesehen, große Veränderungen anzustreben.

Sowohl die Niederlande als auch Deutschland gerieten ab 1973 in eine schwere Wirtschaftsrezession: Die dramatische Ölpreissteigerung sorgte dafür, dass die bereits zuvor unsichere konjunkturelle Entwicklung sich nun deutlich verschlechterte. Der Welthandel ging stark zurück, Investitionspläne wurden (vorläufig oder für immer) auf Eis gelegt und auch das Vertrauen der Konsumenten war nicht mehr gegeben. Für die Tatsache, dass die Rezession in Deutschland glimpflicher verlief als in den Niederlanden, finden sich verschiedene Gründe. In der Bundesrepublik stiegen die Lohnkosten zu dieser Zeit weniger rapide an als im Nachbarland, was unter anderem auf die weniger hohe Anhebung der Steuern und Sozialbeiträge zurückgeführt werden kann. Außerdem waren in Deutschland die Löhne in der Privatwirtschaft nicht so stark mit den Gehältern des öffentlichen Dienstes oder den Sozialhilfesätzen verbunden. In Kombination mit einer relativ günstigen Produktivitätssteigerung sorgte dies für eine viel geringere Inflation. Darüber hinaus litt Deutschland nicht an der „Dutch Disease“. Der höhere Produktivitätszuwachs ging zudem mit zusätzlichen Innovationen und attraktiveren Produkten einher – auch deshalb traf die Rezession deutsche Unternehmen weniger hart. Schließlich blieb auch die Zahl derer, die zur aktiven Berufsbevölkerung gerechnet werden konnten, in Deutschland auf einem viel höheren und deshalb günstigeren Niveau als in den Niederlanden, wo viele Arbeitnehmer in der Krise die neuen Leistungen des Sozialstaats in Anspruch nahmen.

---

10 Vgl. zu den genannten Punkten: DEUTSCHE BUNDESBANK, *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948*, München 1998 und U. HEILEMANN/H. GEBHARDT/H.D. VON LOEFFELHOLZ, *Wirtschaftspolitische Chronik der Bundesrepublik 1960 bis 1995*, Stuttgart 1996.

## Zwischen Unentschlossenheit und Tatkraft: die Niederlande<sup>11</sup>

Nach den Wahlen im November 1972 verhandelte man in den Niederlanden fast sechs Monate lang darüber, welche Regierung die Amtsgeschäfte nun übernehmen sollte. Die Gespräche verliefen nicht nur bemerkenswert langwierig, sondern auch sehr konfliktreich: Durch die bei den verschiedenen Parteien vorhandenen Widerstände fiel die Bildung einer mit einer parlamentarischen Mehrheit ausgestatteten Koalition besonders schwer. Letztlich konnten sich fünf Parteien auf ein Kabinett unter der Führung des Sozialdemokraten Joop den Uyl (*Partij van de Arbeid*, PvdA) einigen, das im Mai 1973 seine Arbeit aufnahm.<sup>12</sup> Die neue Regierung war stärker von „linken“ Parteien geprägt als alle ihre Vorgängerinnen seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Erwartungen waren dementsprechend: In vielen Bereichen, wie dem Arbeitsmarkt, der sozialen Sicherheit, der Einkommensverteilung, der Grundstückspolitik sowie der Bildung und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, hatte man ehrgeizige Reformpläne. Unmittelbar nach der Kabinettsbildung setzte jedoch die oben beschriebene Ölkrise und mit ihr ein starker Konjunkturrückgang ein. Man suchte sein Heil in der bewährten keynesianischen Medizin: Wenn der Staat seine Ausgaben erhöhte, würde dadurch das Wachstum wieder stimuliert und die Arbeitslosigkeit könnte bekämpft werden.

Schnell wurde klar, dass dieser Lösungsansatz nicht funktionierte. Während die Staatsschulden wuchsen, ließ die erhoffte Gesundung der Wirtschaft weiterhin auf sich warten. Auch die Arbeitslosigkeit ging nicht nennenswert zurück. Im Sommer 1975 vermeldete der Finanzminister Wim Duisenberg (PvdA), dass man keinen finanziellen Spielraum für noch mehr keynesianische Experimente habe.<sup>13</sup> Es wurde vereinbart, dass die Staatsausgaben zwar weiterhin steigen durften, allerdings in einem geringeren Tempo als bisher und auch nicht in dem Ausmaß, wie es die Regierung anfangs vorgesehen hatte. Zur gleichen Zeit entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die möglichen Nachteile fortgesetzter Lohnsteigerungen. Die Gewerkschaften vertraten den Standpunkt, dass der Konjunkturrückgang nur temporär sei. Ihrer Meinung nach gab es demnach auch keinen Grund, bei Lohnforderungen all zu zurückhaltend zu sein, auch um eine Verschärfung der Rezession durch einen Rückgang der Konsumausgaben zu verhindern. Gerade die „rote“ Regierung war nicht im Stande, die Gewerkschaften zu einer Mäßigung ihrer Forderungen zu bewegen – man versuchte es zwar

---

11 In der Anlage zu diesem Text sind einige Abbildungen zur Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Zeitraum von 1964 bis 1988 zu finden, in denen die entsprechenden Daten aus beiden Ländern miteinander verglichen werden.

12 Die anderen an der Regierung beteiligten Parteien waren die liberale D66 (*Democraten66*), die progressive PPR (*Politieke Partij Radikalen*), die katholische KVP (*Katholieke Volkspartei*) und die protestantische ARP (*Anti-Revolutionaire Partij*). Zur Arbeit des Kabinetts siehe den Beitrag von Becker in diesem Sammelband.

13 Vgl. B. DE HAAS/C. VAN LOTRINGEN, *Wim Duisenberg. Van Friese volksjongen tot mr. Euro*, Amsterdam 2003.

dennoch, erzielte hierbei aber keine großen Erfolge. Die Diskussion über das Für und Wider der Lohnmäßigung wurde zu dieser Zeit mit bis dahin unbekannter Schärfe geführt. Das Kabinett stritt mit der Opposition und mit den Sozialpartnern (vor allem den Gewerkschaften), Ökonomen lieferten sich gleichzeitig Kontroversen mit anderen Ökonomen.<sup>14</sup> In den Gesprächen kam einer modellhaften Analyse des CPB eine entscheidende Rolle zu. Man ging 1975 von einem neuen Ansatz aus, mit dessen Hilfe die schwierige wirtschaftliche Situation – wenig Wachstum, steigende Arbeitslosenzahlen, sinkende Arbeitsmarktpartizipation und wachsende Ausgaben für die soziale Sicherheit – durch den (starken) Anstieg der Löhne ab 1961 erklärt werden konnte. Durch diesen Lohnanstieg war es für die Betriebe immer schwieriger geworden, rentabel zu operieren, weshalb ausreichende Investitionen in die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht stattgefunden hatten. Wenn man diese Tendenz umkehren, wenn man eine strukturelle Wende zum Guten machen wollte, dann wäre die Lohnmäßigung eine Grundvoraussetzung. Diese Botschaft verhallte zunächst ungehört. Innerhalb der Regierung regte sich starker Widerstand gegen sie, ebenso bei den Gewerkschaften. Im Ergebnis waren die Lohnforderungen nicht oder zumindest zu wenig auf die ungünstigen Verhältnisse abgestimmt.

In den darauffolgenden zwei Jahren veränderte sich nicht viel. Die Regierung den Uyl versuchte möglichst viele der ursprünglichen Vorhaben zu realisieren, was allerdings nur in begrenztem Ausmaß gelang. Die angestrebte wirtschaftliche Gesundung ließ ebenfalls auf sich warten: mäßiges Wirtschaftswachstum, eine hartnäckige Arbeitslosigkeit, eine schwierige Haushaltssituation, Lohnsteigerungen und eine ziemlich hohe Inflation blieben für diese Zeit kennzeichnend. Bei den folgenden Wahlen gewann die PvdA zwar stark hinzu, aber nach erneut sehr schwierigen Verhandlungen wurde nun ein konservatives Kabinett unter der Leitung des Christdemokraten Dries van Agt (*Christen-Democratisch Appèl*, CDA) gebildet. Zwar pochte diese Regierung darauf, dass ihre Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik nun anders sei, doch in der Praxis zeigten sich nur wenige Unterschiede. Zu Beginn führte van Agt mehr oder weniger die Politik der Vorgängerregierung fort. Eine Veränderung zeigte sich erst ab 1980 im Zuge der Zweiten Ölkrise. Zu dieser Zeit gerieten alle Wirtschaftsindikatoren endgültig in kritische Bereiche: Das Wachstum kam zum Stillstand, die Inflation steigerte sich auf acht Prozent, die Arbeitslosenquote stieg auf über zehn Prozent, die Arbeitsmarktpartizipation sank weiter und das Haushaltsdefizit kletterte auf neun Prozent. Langsam aber sicher wurde klar, dass ein hartes Eingreifen unvermeidlich war.<sup>15</sup> Lohnmäßigung allein war schon lange nicht mehr ausreichend.

Diese gedankliche Wende wurde auch durch eine einflussreiche wissenschaftliche Untersuchungen beeinflusst. 1980 brachte der Wissenschaftliche Beirat für die Regierungspolitik (*Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid*, WRR) die Untersuchung *Stand und Zukunft der niederländischen Industrie her-*

---

14 Vgl. W. DRIEHUIS/ A. VAN DER ZWAN, *Economische theorie en economische politiek in discussie*, Leiden 1977; W. DRIEHUIS/A. VAN DER ZWAN (Hrsg.), *De voorbereiding van het economisch beleid kritisch bezien*, Leiden 1978.

15 Vgl. RUTTEN, *Zeven kabinetten wijzer*.

aus.<sup>16</sup> Darin war zu lesen, dass die niederländische Wirtschaft mit beträchtlichen strukturellen Problemen konfrontiert war. Griffe man nicht ein, würden die Wirtschaftsbereiche, die im Moment noch für den Weltmarkt produzierten, verschwinden und viele wertvolle Arbeitsplätze verloren gehen. Man müsse sich verstärkt um Forschung und Entwicklung kümmern, genauso um Produktivitätssteigerungen, Strukturveränderungen sowie um den institutionellen Wandel auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Sicherungssystem. Das Echo, das diese Untersuchung auslöste, veranlasste die Regierung dazu, die nach ihrem Vorsitzenden benannte „Kommission Wagner“ ins Leben zu rufen.<sup>17</sup> Mitglieder der Kommission waren Spitzenkräfte aus der Wirtschaft, Vertreter der Gewerkschaften und Wissenschaftler. Das Ergebnis ihrer Zusammenarbeit waren vier Berichte, die eine große Zahl an einschneidenden politischen Reformen empfahlen. Die auf ihrer Grundlage einsetzende öffentliche Diskussion machte tiefgreifende Reformen erstmals vorstellbar. Umgesetzt wurden diese Reformen dann ab Ende des Jahres 1982 von der Regierung Lubbers: Mit Lohnmäßigung auf unbestimmte Zeit, strengen Sparmaßnahmen für den Staatshaushalt, einer langfristigen Entkoppelung der Beamtengehälter und Sozialhilfesätze von den Tariflöhnen, einem Abbau der Subventionspolitik in den traditionellen Wirtschaftssektoren und ersten Maßnahmen auf dem Gebiet von Deregulierung und Privatisierung schlug man einen neuen ökonomischen Kurs ein.

Rückblickend hat es ungefähr zehn Jahre gedauert, bis die wichtigsten Akteure akzeptierten, dass die wirtschaftlichen Probleme nach 1973 nicht konjunktureller, sondern struktureller Art waren und dass die Krise einen harten Eingriff auf breiter Ebene unerlässlich machte. Über Jahre hatte man sich an vertraute Lösungsstrategien geklammert, von denen man sich nicht vorstellen konnte, dass sie nicht mehr funktionieren sollten. Neue Ansätze setzten sich nur sehr langsam durch, wobei bei diesem Wandel vor allem die Beratungsorgane der Regierung eine wichtige Rolle spielten: das CPB, der WRR und später die Kommission Wagner. Bis zum Antritt des Kabinetts unter Ruud Lubbers (1982) waren die verschiedenen Regierungen nicht im Stande gewesen, eine konsistente und überzeugende Strukturpolitik durchzusetzen. Auch die *Nederlandsche Bank* konnte die ihr zuge dachte Rolle nicht ausfüllen. Die strukturellen Reformen ließen im Ergebnis lange auf sich warten – dann fielen sie jedoch sehr umfassend aus.

### ... und Deutschland

In den Niederlanden dauerte es sehr lange, bis einschneidende Reformen beschlossen wurden, der Zentralbank kam hierbei eine eher unbedeutende Rolle zu. In Deutschland verlief die Entwicklung anders: Man intervenierte verhältnismä-

---

16 Vgl. A. VAN DER ZWAN u.a., *Plaats en Toekomst van de Nederlandse Industrie*, in: *Economisch-Statistische Berichten* 65 (1980), S. 992–1.019.

17 Siehe G. WAGNER u.a., *Een nieuw elan; de marktsector in de jaren tachtig*, Deventer 1984.



ßig schnell und die Bundesbank war dabei einer der Hauptakteure. Das schnelle Eingreifen wirkte sich positiv auf die Wirtschaftsentwicklung in den 1970er Jahren aus. Gleichzeitig ist rückblickend jedoch festzustellen, dass die deutsche Reformpolitik weniger breit angelegt und weniger umwälzend war, als dies in den Niederlanden (einige Zeit später) der Fall war. Unter anderem deshalb verlor die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik in späteren Jahren an Schwung.

Die Währungspolitik nahm in Deutschland immer eine besondere Position ein. Sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg sahen die Deutschen sich mit sehr wechselhaften Wechselkursen konfrontiert, 1922 zusätzlich mit einer galoppierenden Inflation. Nicht umsonst wird vor diesem Hintergrund die Einführung der D-Mark im Juni 1948 als Beginn des Wiederaufbaus betrachtet: Erst danach kam die Wirtschaft wieder in Schwung, trauten Unternehmen sich, ihre Produkte zu verkaufen und konnte Arbeitnehmern ihr Lohn wieder in vertrauenswürdiger Währung ausbezahlt werden. Sehr schnell konnte die D-Mark auch im internationalen Zahlungsverkehr Verwendung finden. Ein paar Monate vor der Einführung der D-Mark – übrigens eine Unternehmung, die von den Vereinigten Staaten organisiert und durchgeführt wurde – beschlossen die Alliierten die Gründung der Bank deutscher Länder.<sup>18</sup> Diese Einrichtung wurde 1957 in Deutsche Bundesbank umbenannt. Unter dem Einfluss der Alliierten, aber sicher auch aufgrund der Erfahrungen mit der Reichsbank, wurde grundsätzlich beschlossen, dass die Bundesbank vollkommen unabhängig sein sollte. Es ist diese unabhängige Position, die es der Bundesbank ermöglichte, von Anfang an eine sehr erfolgreiche Währungspolitik zu betreiben. Erfolgreich, weil in der gesamten Zeit zwischen 1948 bis 2002, als der Euro eingeführt wurde, Deutschland die niedrigste Inflationsrate der Welt hatte. Für die Bundesbank war dies das zentrale Ziel, das sie anstreben musste.

Ab 1949 trafen die Mitgliedsstaaten des Internationalen Währungsfonds Absprachen über Wechselkurse. Dabei wurde Rücksicht auf die neuen Verhältnisse genommen: Im Vergleich zur großen Krise der 1930er Jahre war der Kurs des US-Dollars stark gestiegen, nahezu alle anderen Währungen waren in ihrem Wert gesunken. Darüber hinaus waren zu dieser Zeit nur relativ begrenzte Wechselkursänderungen zu verzeichnen – schließlich hatte man mit dem Bretton-Woods-System die Wechselkurse im Prinzip festgelegt, so wie es bis in die 1930er Jahre auch unter dem Goldstandard der Fall gewesen war. Anfang der 1970er Jahre verlor das System seine Stabilität und Anpassungen wurden erforderlich. Man wollte nun die Umstände berücksichtigen, die zu einer Änderung der Wechselkurse zwingen konnten. Die Hauptursache für derartige Anpassungen lag in strukturellen Unterschieden bezüglich der Inflation in den verschiedenen Staaten. Länder mit einer niedrigen Inflationsrate, wie Deutschland, bemerkten, dass ihre Exporte immer weiter zunahmen, während die Importe in deutlich geringerem Maße anwuchsen. Das könnte zu einer Zunahme der Geldmenge im Land führen, was wiederum eine höhere Inflation nach sich zöge. Dies wollten die betroffenen Länder natürlich verhindern. Auf der anderen Seite gab es Län-

---

18 Siehe DEUTSCHE BUNDESBANK, *Fünfzig Jahre Deutsche Mark*.

der mit einer relativ hohen Inflationsrate und dadurch einem Zahlungsbilanzdefizit. Wenn die Unterschiede struktureller Natur waren, blieb nichts anderes übrig, als die Wechselkurse anzupassen. Einige Male fanden solche Wechselkursänderungen auch tatsächlich statt: 1961 und 1967 wurden die D-Mark und der niederländische Gulden hinsichtlich des US-Dollars und einer Zahl anderer Währungen aufgewertet. Diese Maßnahmen waren in beiden Ländern mit vielen Auseinandersetzungen verbunden gewesen. Die Unternehmen befürchteten zwar eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition, die Angst der Bundesbank vor einer steigenden Inflationsrate gab jedoch letztendlich den Ausschlag. Ende der 1960er Jahre/Anfang der 1970er Jahre zeigte sich, dass es immer schwieriger wurde, das Bretton-Woods-Abkommen aufrechtzuerhalten. Wechselkursänderung folgte auf Wechselkursänderung, bis 1973 endlich deutlich war, dass das Bretton-Woods-System aufgegeben werden musste. Es war nicht mehr möglich, stabile Wechselkursabsprachen zu treffen.

In der Zeit danach waren die Länder gezwungen, wieder selbst einen Kurs festzulegen und den internen und externen Wert der eigenen Währung so gut wie möglich zu beschützen. Bei der Bundesbank führte die neue Situation zu intensiven Debatten darüber, ob die bis dato durchgeführte Währungspolitik nun einer Reform bedürfe. Die hierbei erarbeitete Schlussfolgerung lautete, dass sich tatsächlich etwas verändern muss. Das Hauptargument hierfür war die steigende Inflationsrate, die schon seit einiger Zeit Anlass zur Sorge gegeben hatte und die nun durch die Ölkrise in verstärkter Form in den Fokus geriet. Die Preissteigerung war in Deutschland auch zu dieser Zeit noch immer viel niedriger als in anderen Ländern, sodass die oben bereits angeführte Empfindlichkeit gegenüber Preisanstiegen als wichtige Grundlage für die damaligen Einschätzungen zu sehen ist. Insbesondere die Bundesbank war der Meinung, dass die Bekämpfung der Inflation die höchste Priorität haben sollte. Zugleich distanzierte man sich von keynesianisch angehauchten Auffassungen über stimulierende Eingriffe der Politik in die Wirtschaft: In einer Zeit, in der der Begriff Stagflation die Verhältnisse adäquat umschrieb, könne ein derartiger Ansatz nicht mehr funktionieren, wäre das Ergebnis höherer öffentlicher Ausgaben vor allem eine Erhöhung der Inflationsrate. Bevorzugt wurde somit die alternative Strategie, die die Kontrolle der Preissteigerung in den Mittelpunkt rückt und die Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt akzeptiert. Die Bundesbank entwickelte eine an dieser Konzeption angepasste Währungspolitik, in der das Geldmengenwachstum zu einer zentralen Variable wurde. Ab Ende 1974 wurde somit im Dezember jedes Jahres festgelegt, innerhalb welcher Spielräume sich das Wachstum der Geldmenge in den darauffolgenden zwölf Monaten bewegen durfte. Dabei wurde auch die Inflationsrate mitberücksichtigt. Mit dieser neuen Politik folgte die Bundesbank den Auffassungen, die in den Jahren davor unter anderem von Milton Friedman, der ein Gegner aktiver Eingriffe der Regierung in die Wirtschaft war, vertreten wurden.

Indem sie sich zu einer inflationshemmenden Politik entschloss und bewusst mögliche Folgen für die Konjunktur in Kauf nahm, geriet die Bundesbank in Konflikt mit der Bundesregierung. Ab 1969 regierte in Deutschland eine sozial-

liberale Koalition mit Willy Brandt und ab 1974 bis 1982 mit Helmut Schmidt als Bundeskanzler.<sup>19</sup> In der Ölkrise reagierte die Politik zunächst nach keynesianischem Rezept. Mit dem Amtsantritt Schmidts distanzierte man sich etwas von dieser Politik, da dieser sich Sorgen um das immer größer werdende Haushaltsdefizit machte. Seine eigene Partei, die SPD, und vor allem die Gewerkschaften waren jedoch weiterhin der Meinung, dass die Bundesregierung alles tun müsste, um das Wirtschaftswachstum zu stimulieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dieser Gegensatz führte zu Spannungen zwischen Schmidt und seiner Partei. Die Bundesbank interpretierte gleichzeitig das Haushaltsdefizit oder zu starke Lohnanstiege vor allem als mögliche Ursachen einer Inflationssteigerung. In dem Moment, in dem die Bundesbank andeutete, eine verstärkte Anti-Inflations-Politik führen zu wollen, wurde die Regierung Schmidt auch von dieser Seite angegriffen. Es entstand somit eine Situation, in der die Regierung von allen Seiten Kritik erfuhr: Von der SPD und den Gewerkschaften, weil sie nicht genug tat, um das Wachstum zu beleben, und von der Bundesbank, weil sie es an Tatkraft bei der Bekämpfung der Inflation vermissen ließ.<sup>20</sup>

Ein positiver Umstand für die Regierung Schmidt bestand darin, dass die Wirtschaft recht rasch vom Wiederaufleben des Welthandels profitieren konnte. Natürlich war die Situation auch in der Bundesrepublik nach der Ölkrise viel schwieriger als davor, aber im internationalen Vergleich entwickelte sich die deutsche Wirtschaft bemerkenswert gut. Die konjunkturelle Entwicklung zog wieder an, die Arbeitslosigkeit nahm ab, die Inflationsrate sank dank der von der Bundesbank geführten Politik deutlich und erneut entstanden große Außenhandelsüberschüsse. 1978 wurde Deutschland von den internationalen Partnern verstärkt unter Druck gesetzt, mittels zusätzlicher Ausgaben als Lokomotive für die Weltwirtschaft zu fungieren – schließlich stellte sich die ökonomische Lage viel günstiger dar als in den meisten anderen Staaten, die mit einem Zahlungsbilanzdefizit und hohen Staatsschulden zu kämpfen hatten. Trotz der Warnungen der Bundesbank ließ Schmidt sich letztlich überreden. Als die Inflationsrate in der Folgezeit stieg, griff die Bundesbank dann auch mitleidslos ein. Die Zinsen stiegen daraufhin kräftig an – und die Lokomotive reihte sich wieder zwischen die anderen Waggon ein.

Weil die Bestrebungen, im internationalen Rahmen mehr Wechselkursstabilität zu erreichen, scheiterten, verlagerten sich die entsprechenden Bemühungen auf die europäische Ebene. Seit der Auflösung des Bretton-Woods-Systems hatten die EU-Länder immer wieder versucht, eine eigene Lösung für die schwankenden Wechselkurse zu etablieren. Wegen der sehr großen Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern hinsichtlich der Inflationsraten waren diese Versuche wiederholt gescheitert. Durch eine Initiative von Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing wurde in März 1979 das sogenannte Europäische Währungssystem (*European Monetary System*, EMS) geschaffen und somit ein Durch-

---

19 Vgl. hierzu den Beitrag von Bernd Faulenbauch in diesem Band.

20 Vgl. GIERSCH/PAQUE/SCHMIEDING, *The fading miracle*.

bruch erreicht. Im neuen System sollte die D-Mark als Ankerwährung fungieren. Der Grund für diese Festlegung lag darin, dass die deutsche Inflationsrate bei weitem die niedrigste war. Wenn europäischen Staaten dem EMS beitreten wollten, bedeutete dies, dass eine Angleichung der Inflationsraten und damit eine Orientierung an der deutschen Geldpolitik erfolgen müsste. Ziemlich unerwartet hat sich dieses System als recht erfolgreich erwiesen: Immer mehr Länder traten bei und erreichten in den 1980er Jahren ähnlich niedrige Inflationsraten wie die Bundesrepublik.

Die einsetzende wirtschaftliche Erholung hatte die Bereitschaft, Reformen durchzuführen, rasch sinken lassen. Die soziale Marktwirtschaft, so der allgemeine Tenor, sei in der bestehenden Form immer noch ein gutes und erfolgreiches Konzept. Die erste Ölkrise wurde vermehrt nur noch als ein außergewöhnlich starker Konjunkturabschwung wahrgenommen, aus dem man letztendlich beinahe unversehrt herausgefunden hatte. Auch bei den Sozialpartnern herrschte diese Meinung vor – es gab aus ihrer Sicht keinen Grund mehr, einschneidende Reformen einzuläuten. Als auch Deutschland im Jahr 1979 von der Zweiten Ölkrise erfasst wurde und sich die Wirtschaftsaussichten erneut verschlechterten, nahmen die Zweifel an dieser Sichtweise jedoch zu. Vor allem die CDU/CSU und die FDP forderten nun einschneidende Interventionen, von denen die SPD und die Gewerkschaften jedoch nichts wissen wollten. Im Herbst 1982 wechselte die FDP den Partner und unterstützte das konstruktive Misstrauensvotum Helmut Kohls gegen Kanzler Schmidt, das zum Regierungswechsel führte und die lange Regierungszeit Helmut Kohls (1982–1998) einläutete.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass man in Deutschland während der Ersten Ölkrise tatkräftiger auftrat als in den Niederlanden. Zu verdanken war dies vor allem der rigiden Politik der Bundesbank, durch deren Vorgaben die anderen Akteure – die Regierung in ihren Ausgabenplänen, die Gewerkschaften in ihrer Forderung nach Lohnsteigerungen – deutlich eingeschränkt wurden. Diese Tatsache beeinflusste die ökonomische Entwicklung zunächst sicherlich positiv – auch in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre stellte sich diese überdurchschnittlich günstig dar. Zu der Zeit, als in den Niederlanden dann aber endlich auf breiter Ebene Maßnahmen ergriffen wurden, die auch langfristig erhebliche Effekte auf die ökonomische Situation ausübten, sorgte die relativ gute Entwicklung in Deutschland dann jedoch dafür, dass die Notwendigkeit für Reformen hier nicht erkannt wurde. Das galt sowohl für die Ära Schmidt als auch für die Ära Kohl. Erst Schröder setzte mit der Agenda 2010 die erforderlichen Reformen lange Zeit später auf die politische Agenda.

## Schlussfolgerungen

Ab 1973 wurden die Niederlande und Deutschland mit einer für Vor- und Nachkriegsbegriffe ernsthaften Rezessionen konfrontiert. Der Welthandel geriet ins Stocken, das Wachstum stagnierte und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Für beide Staaten gilt, dass die wichtigsten Entscheidungsträger lange dachten, dass es sich

lediglich um eine temporäre Talsohle handeln würde: Sobald die Wirtschaft wieder anzöge, würden sich die Wirtschaftsindikatoren auch wieder in die richtige Richtung entwickeln. Die Regierungen setzten in beiden Ländern in einem ersten Schritt auf keynesianische Stimulationsmaßnahmen, um die Wirtschaft wieder zu beleben. Es zeigte sich aber bald, dass der finanzielle Spielraum ausgeschöpft war. Die Gewerkschaften in Deutschland und in den Niederlanden waren zu Beginn der Krise nicht bereit, ihre Lohnforderungen zu mäßigen. Auch auf Seiten der Arbeitgeber war von einem Krisengefühl, welches zu einer energischen Forderung nach Lohnmäßigungen hätte führen können, noch nichts zu spüren. Die Bundesbank war somit eigentlich der einzige Akteur in beiden Ländern, der eine deutliche Politikänderung umsetzte – allerdings eher aufgrund theoretischer Erkenntnisse aus den Vereinigten Staaten als aufgrund der Krise. Das Eingreifen der Bundesbank wirkte sich für die deutsche Wirtschaft günstig aus. Es trug dazu bei, dass die Folgen der Krise in Deutschland viel weniger ernst waren als anderswo. In den Niederlanden wurden die Probleme hingegen immer größer – spätestens mit der Zweiten Ölkrise gestaltete sich die ökonomische Situation hier überaus kritisch. Vor diesem Hintergrund kam man nicht um die Erkenntnis herum, dass einschneidende Eingriffe erforderlich waren.

In der Zeit ab 1982 und vor allem in den 1990er Jahren entwickelte sich die niederländische Wirtschaft wesentlich besser als die deutsche. Sicher spielte die deutsche Wiedervereinigung hierbei eine nicht unbedeutende Rolle, aber selbst ohne diese hätte sich an dieser Konstellation nichts geändert. In den Niederlanden war es erst durch eingreifende Maßnahmen gelungen, die gewaltigen Probleme einzudämmen. In Deutschland hatte man mit entsprechenden Bestrebungen zwar früher begonnen, doch dachte man rasch, dass mit den Eingriffen der Bundesbank und der Kraft der sozialen Marktwirtschaft schon alles Erforderliche für eine Erholung getan war. Diese Auffassung stellte sich als falsch heraus. Wieder einmal wurde deutlich, dass in einer Volkswirtschaft sich nicht nur die Unternehmen (mit neuen Produkten, besseren Produktionsmethoden, anderen Organisationsstrukturen) und die Arbeitnehmer (durch eine bessere Ausbildung), sondern auch die Regierung und die weiteren am politischen Prozess beteiligten Institutionen an veränderten Umständen anpassen müssen. Dort, wo dies zu spät oder in zu geringem Maße geschieht, verschlechtern sich die Wachstumsaussichten langfristig. Anhand der 1970er Jahre lässt sich die Bedeutung dieser harten Lektion in besonderer Weise unterstreichen.

Abb. 1 Wirtschaftswachstum in Deutschland und den Niederlanden (1964–1988), jährliche Änderung in Prozent

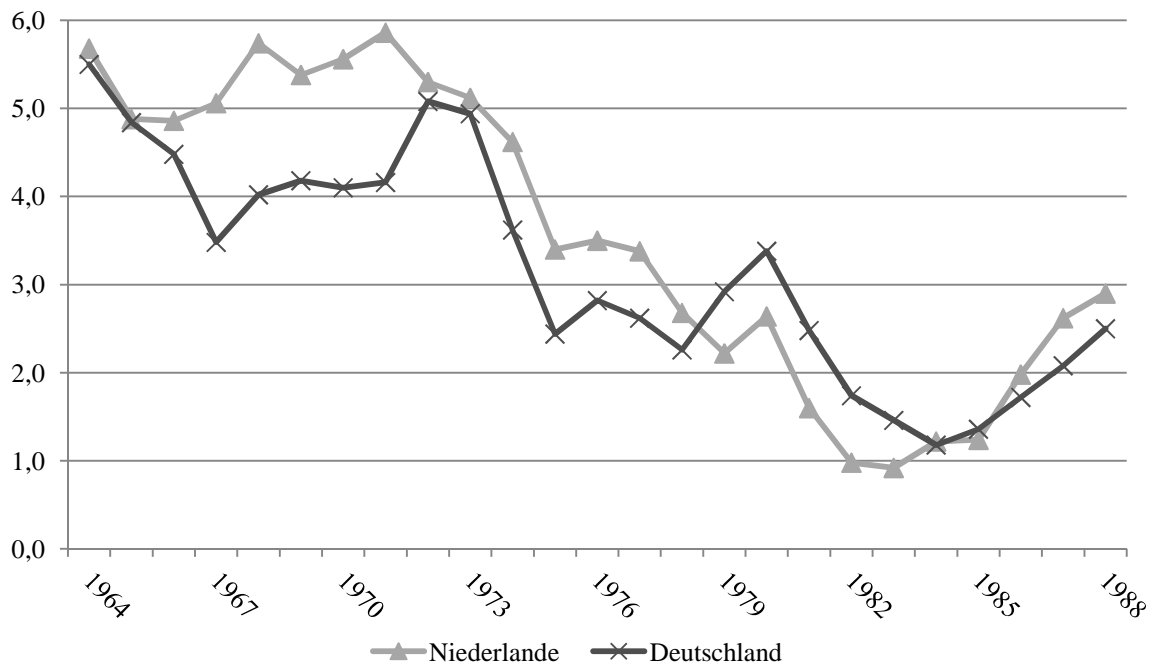


Abb. 2 Inflation in Deutschland und den Niederlanden (1964–1988), jährliche Änderung in Prozent

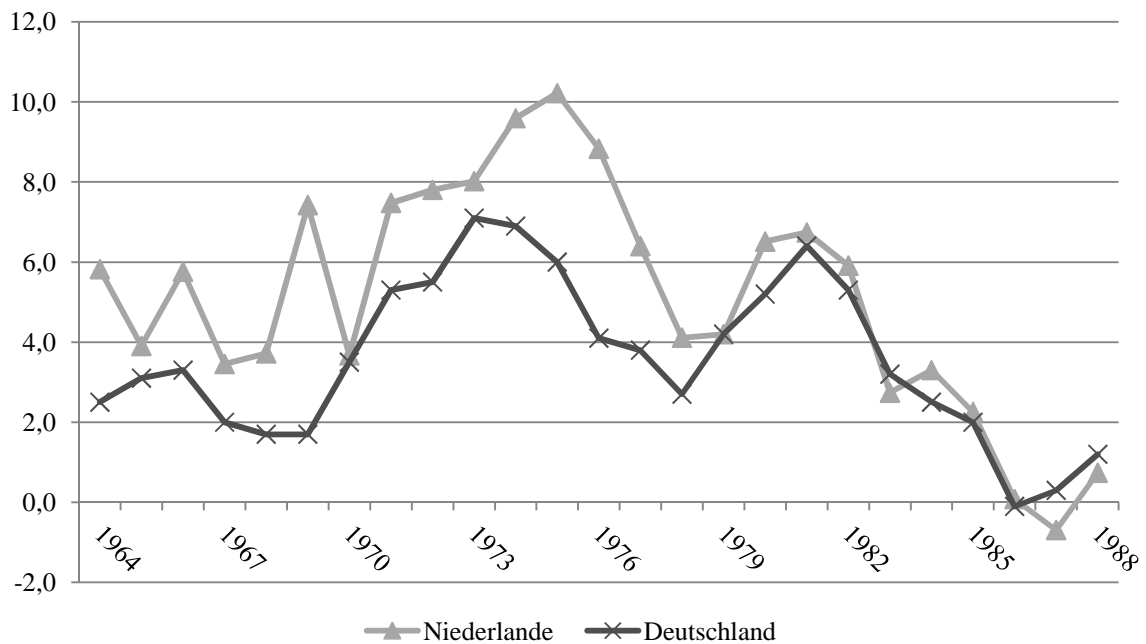


Abb. 3 Arbeitslosigkeit in Deutschland und den Niederlanden (1964–1988),  
in Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung

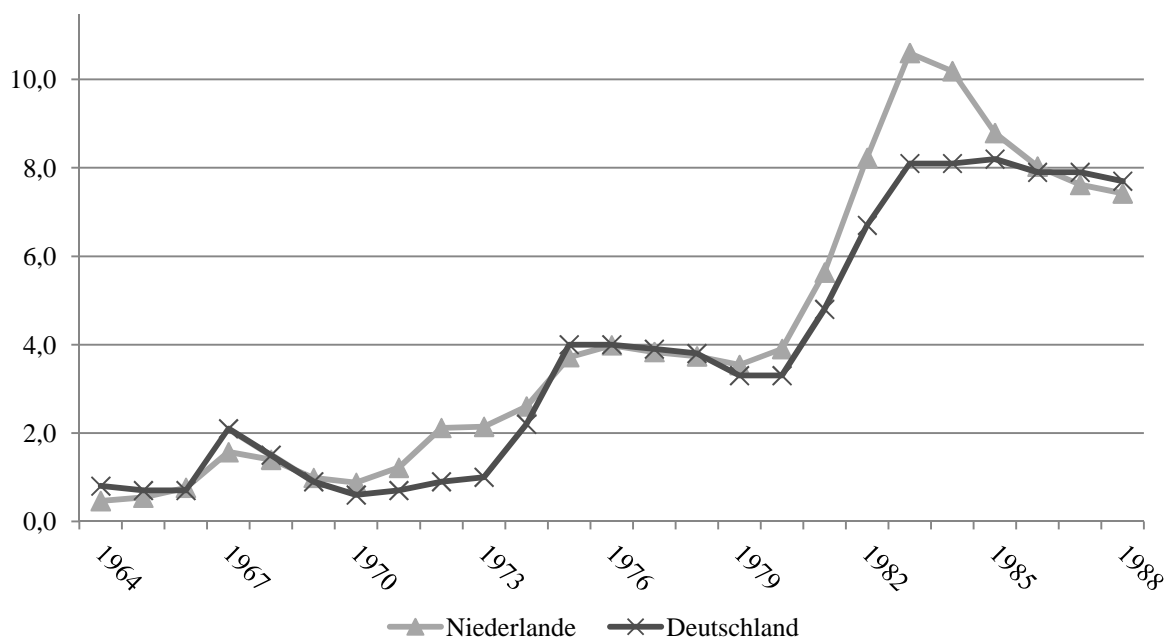


Abb. 4 Haushaltsdefizit in Deutschland und den Niederlanden (1964–1988),  
in Prozent des BSP

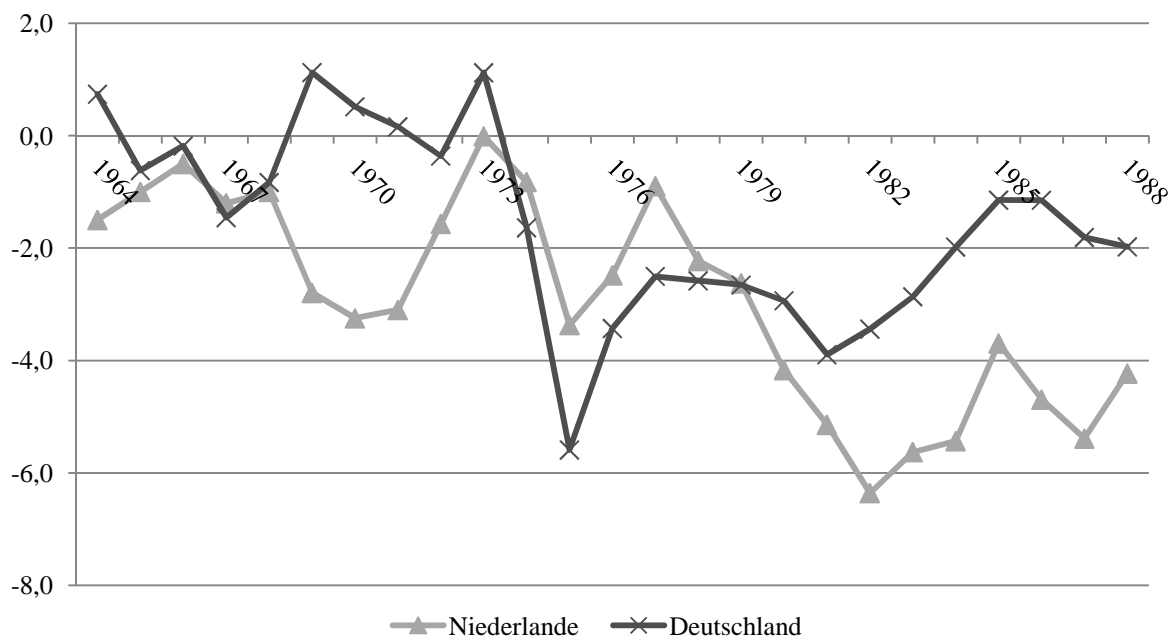


Abb. 5 Erwerbsbeteiligung in Deutschland und den Niederlanden (1964–1988), in Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 65

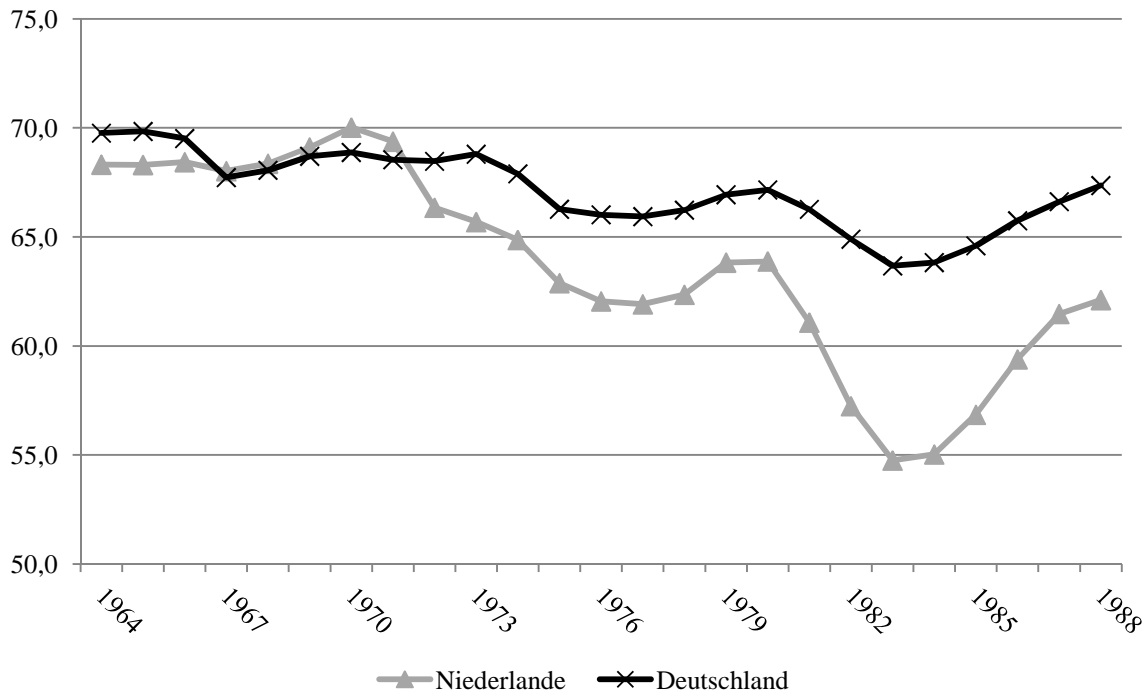


Abb. 6 Entwicklung der Staatseinkünfte in Deutschland und den Niederlanden (1970–1988), in Prozent des BSP

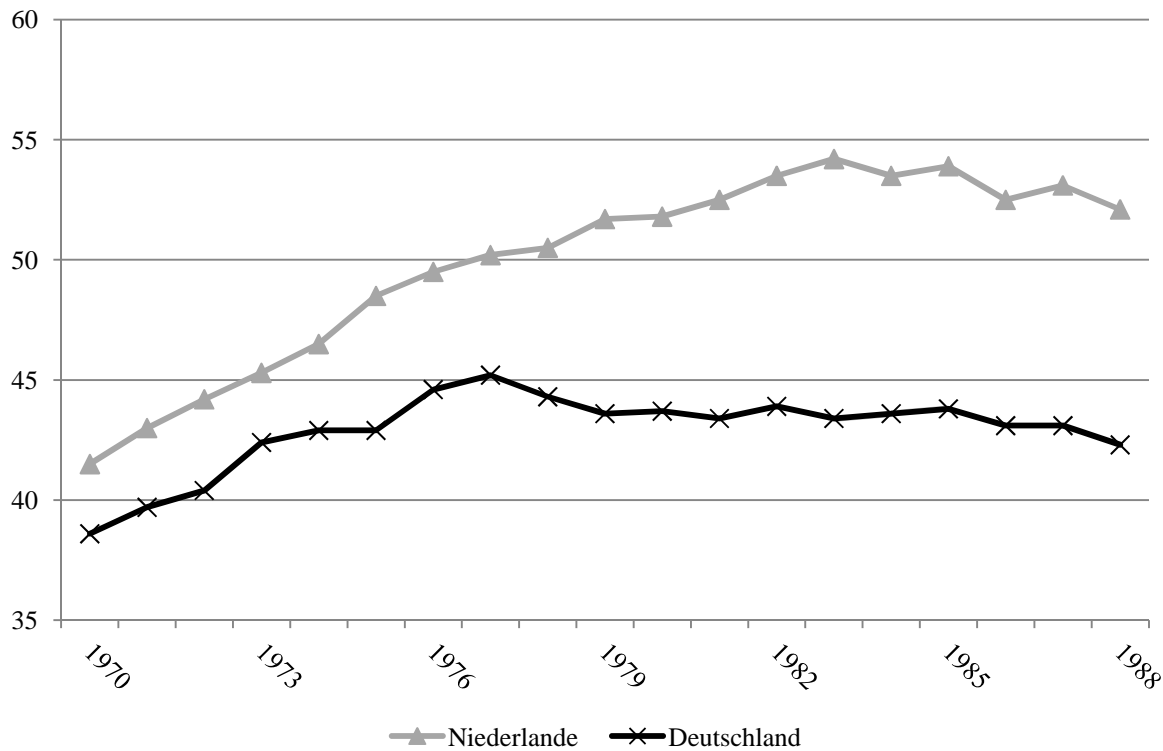




Abb. 7 Entwicklung der Staatsausgaben in Deutschland und den Niederlanden (1970–1988), in Prozent des BSP

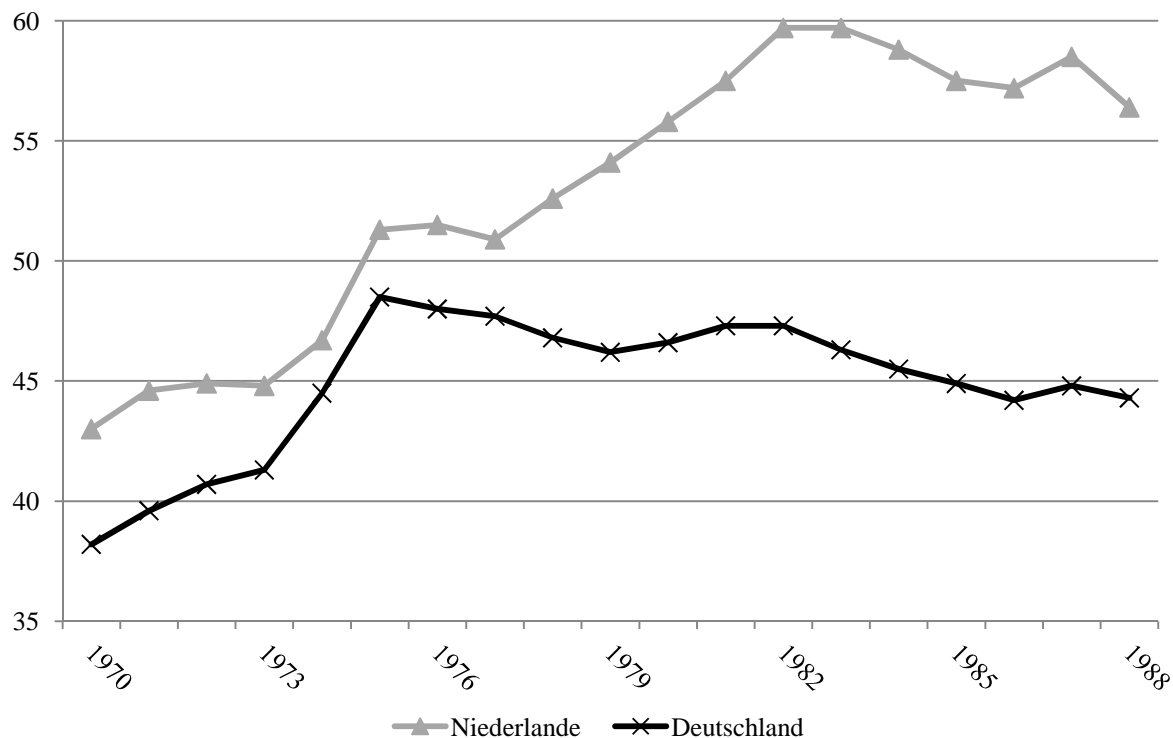
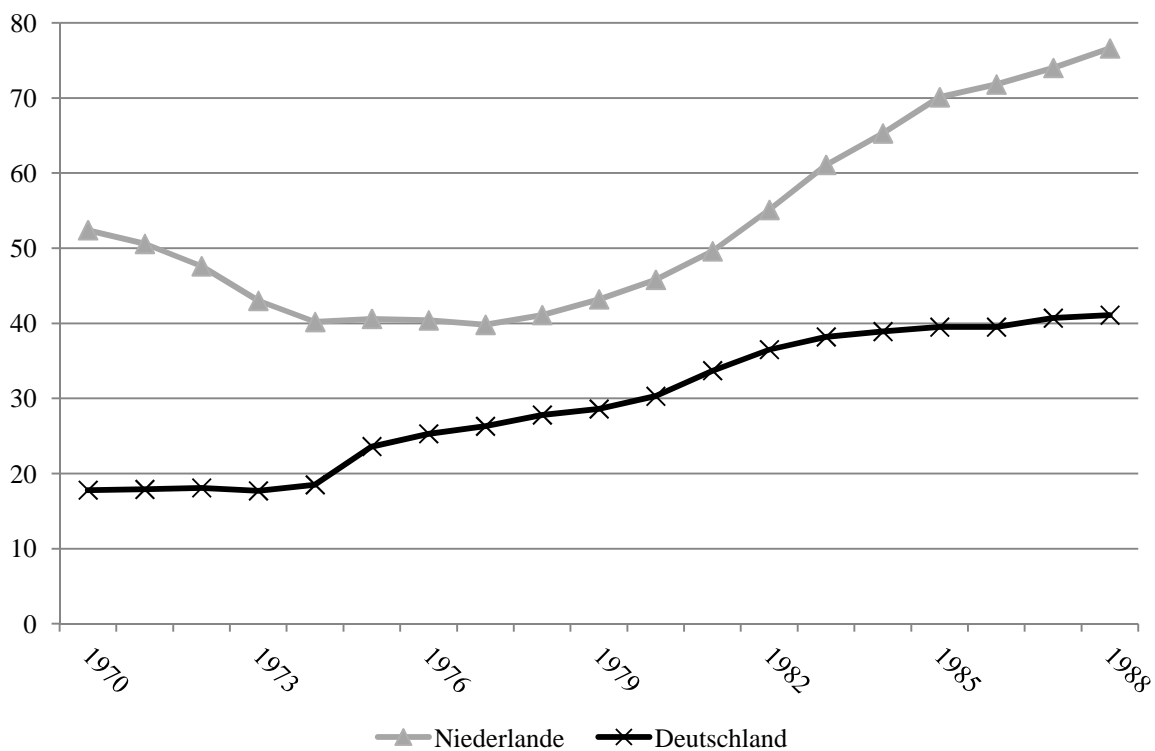


Abb. 8 Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland und den Niederlanden (1970–1988), in Prozent des BSP





Daniel Schmidt

## In Freiräumen leben. Hausbesetzungen und Hausbesetzer in der Bundesrepublik Deutschland (1970–1982)

Im August 2009 besetzte eine Künstlerinitiative im Hamburger Gängeviertel ein Dutzend Häuser. Ihr Anliegen war es, die „Zerstörung des letzten zusammenhängenden historischen Arbeiterquartiers der Innenstadt“<sup>1</sup> zu verhindern, die durch die Modernisierungspläne eines niederländischen Immobilienentwicklers zu drohen schien. Die Künstler protestierten mit dieser Aktion nicht nur gegen eine sich als modern verstehende Stadtentwicklungspolitik, die keine Rücksicht auf historische Bausubstanz nimmt, sondern auch gegen die defizitären Möglichkeiten künstlerischer Selbstentfaltung in Hamburg.<sup>2</sup> Politik, Medien und Bürgerschaft begegneten den Vorgängen im Gängeviertel mit einer breiten Welle der Sympathie, die nicht nur dem Anliegen der Hausbesetzungen galt, sondern auch der Art und Weise ihrer Durchführung – handelte es sich doch um ein „ein fortdauerndes Kunstfest mit Haight-Ashbury-Feeling.“<sup>3</sup> Nachdem sie das Thema Stadtentwicklung derart spektakulär auf die kommunalpolitische Agenda gesetzt hatte, gelang es der Künstlerinitiative im Verbund mit einem wachsenden öffentlichen Druck tatsächlich binnen weniger Monate, den Hamburger Senat zum Rückkauf der Immobilien und somit zu einer grundlegenden Revision der Stadtplanungs- und Städtebaupolitik zu veranlassen.<sup>4</sup>

Mit ihren erfolgreichen Hausbesetzungen zitierten und revitalisierten die Hamburger Künstler und ihre Unterstützer nicht nur eine politische Aktionsform, die in der Bundesrepublik erstmalig zu Beginn der 1970er Jahre erprobt worden war. Sie nahmen auch einige der zentralen Motive auf, die Hausbesetzer bereits vier Jahrzehnte zuvor bewegt hatten.<sup>5</sup> Ausgehend von diesem gegenwartsnahen Beispiel soll im Folgenden die historische Hausbesetzerbewegung der 1970er und frühen 1980er Jahre in den Blick genommen werden. Nachdem erstens deren Ausgangsbedingungen im Kontext der sich ausdifferenzierenden Protestbewegung nach „1968“ skizziert werden, richtet sich das Augenmerk zweitens auf die Entwicklungen der frühen 1970er Jahre, als Hausbesetzungen zum einen untrennbar mit einer eigenständigen sozialen Bewegung und zum anderen in spezi-

---

1 *Christiania in Hamburg*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 29./30.8.2009.

2 Vgl. *Hafenstraße, Teil zwei*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 21.10.2009.

3 *Christiania in Hamburg*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 29./30.8.2009.

4 *Sieg der Freibeuter*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 17.12.2009.

5 Eine Analyse des Berliner Innensenators aus dem Jahr 1983 weist etwa zwei Drittel der Besetzer als männlich, etwa ein Drittel als weiblich aus. Vgl. W. HELMUT, *Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, Opladen 1997, S. 272. Obwohl also sowohl Frauen als auch Männer an Hausbesetzungen beteiligt waren, findet im Folgenden aus Gründen der besseren Lesbarkeit nur die männliche Form „Besetzer“ Verwendung. In vergleichbaren Fällen wird analog verfahren.

fischer Weise mit der Herausbildung eines neuartigen linksalternativen Milieus verbunden waren. Welchen Wandlungsprozessen Bewegung, Milieu und Aktivist\*innen im Übergang zu den 1980er Jahren unterworfen waren und welche Konsequenzen daraus resultierten, wird in einem dritten Schritt analysiert. Abschließend folgt viertens ein kurzes Fazit.

## „1968“ und die neuen sozialen Bewegungen

Noch bevor das Jahr 1968 endete, begann bereits der Zerfall der mit diesem Datum verbundenen Protestbewegung.<sup>6</sup> Idealtypisch verteilte sich die politisierte westdeutsche Jugend in der Folgezeit, allerdings in unterschiedlicher Quantität, auf vier Stränge, die die Entwicklung der bundesdeutschen Linken in den 1970er Jahren und teilweise darüber hinaus bestimmten. Die große Mehrheit der Jugendlichen integrierte sich in SPD und deren Vorfeldorganisationen wie Jungsozialisten und Falken. Dort formierte sie sich vor allem als innerparteiliche Opposition.<sup>7</sup> Eine zahlenmäßig nicht ganz so bedeutende, aber dennoch beachtliche Größe machten die sogenannten K-Gruppen aus, beispielsweise der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) oder die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML).<sup>8</sup> Die antiautoritäre Revolte trug also Früchte in Gestalt autoritärer Politsekten, die als Politisierungsagenturen für einen nicht unbeträchtlichen Teil der akademischen Jugend fungierten. Deren revolutionäre Ambitionen wurden auf diese Weise kanalisiert, sodass der sogenannte „bewaffnete Kampf“ von RAF und anderen Terrororganisationen, die den dritten Strang darstellen, nur zu dem Weg einer kleinen Minderheit wurde.<sup>9</sup>

Im Gegensatz zu SPD, kommunistischen Splittergruppen und Terrororganisationen handelte es sich bei dem vierten Entwicklungsstrang schließlich um ein

6 Vgl. u.a. I. GILCHER-HOLTEY, *Die 68er-Bewegung. Deutschland–Westeuropa–USA*, München 2005, S. 105 ff.; S. REICHARDT, *Authentizität und Gemeinschaftsbildung. Überlegungen zu Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er zum Anfang der 1980er Jahre*, in: *Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen*, Heft 3/2008, S. 118.

7 Vgl. hierzu den Beitrag von Bernd Faulenbach in diesem Band. Siehe zudem: W. SÜB, *Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 67–104.

8 Vgl. G. KOENEN, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001, S. 257–315 und S. 415–467; A. KÜHN, *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt a.M./New York 2005.

9 Vgl. u.a. D. SIEGFRIED, *Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006, S. 727 f. Zur RAF und zu anderen bundesdeutschen Terrororganisationen siehe u.a.: W. KRAUSHAAR, *Die RAF und der linke Terrorismus*, 2 Bde., Hamburg 2006; K. WEINHAEUER/J. REQUATE/H.-G. HAUPT (Hrsg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik. Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt a.M./New York 2006; N. COLIN u.a. (Hrsg.), *Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven*, Bielefeld 2008.

tatsächlich neuartiges Phänomen: die neuen sozialen Bewegungen. Diesen gilt bereits seit längerem größeres Forschungsinteresse, insbesondere von Seiten der Sozialwissenschaften.<sup>10</sup> Soziale Bewegungen werden definiert als „(1) informal networks, based (2) on shared beliefs and solidarity, which mobilize about (3) conflictual issues, through (4) the frequent use of various forms of protests.“<sup>11</sup> In Abgrenzung zu den klassischen sozialen Bewegungen, also vor allem der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, lassen sich vier fundamentale Unterschiede feststellen:

- *Erstens* orientierten sich die neuen sozialen Bewegungen vor allem an postmaterialistischen Themen. Der Sozialen Frage wiesen sie keine Priorität mehr zu. So würde nach traditioneller marxistischer Lesart die Aufhebung der ökonomischen Widersprüche zugleich auch die Lösung von Frauen-, Friedens- oder Umweltfrage bedeuten. Diese und andere Komplexe wurden in den neuen sozialen Bewegungen nunmehr als genuin eigene Problemstellungen, nicht als sogenannte Nebenwidersprüche betrachtet.
- *Zweitens* lag den neuen sozialen Bewegungen ein verändertes Politikverständnis zu Grunde. Das etablierte politische System der parlamentarischen Repräsentation diente dabei (zunächst) nur bedingt als Referenzrahmen. Es wurden vielmehr alternative Wege beschritten, um Politik zu machen und politische Lösungen herbeizuführen. Dabei stand konsequent das Individuum im Mittelpunkt. Zentrale Konzepte waren Selbstverwaltung und Basisdemokratie. In diesem Zusammenhang wurde auch das Verständnis des Politischen konsequent um den gesellschaftlichen Alltag und die sogenannte Reproduktionssphäre erweitert.<sup>12</sup>
- *Drittens* wiesen die neuen sozialen Bewegungen weder eine ideologisch-programmatische noch eine soziale Geschlossenheit auf. Im Gegenteil waren sie durch beträchtliche Heterogenität gekennzeichnet, wie beispielsweise anhand der Umweltbewegung deutlich wird, in der während der 1970er Jahre konservative Bauern, bürgerliche Lebensreformer und linksradikale Studenten gemeinsam agierten.<sup>13</sup>
- Während die klassische Arbeiterbewegung sich vor dem Hintergrund eines geschlossenen sozial-moralischen Milieus entfaltete und ein dichtes organi-

---

10 Vgl. u.a. K.-H. STAMM, *Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen*, Frankfurt a.M./New York 1988; M.M. ZWICK, *Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur. Zielsetzung, Anhängerschaft, Mobilisierung – eine empirische Analyse*, Frankfurt a.M./New York 1990; R. ROTH/D. RUCHT (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M. 2007.

11 D. DELLA PORTA/M. DIANI, *Social Movements. An Introduction*, Oxford 1999, S. 16. Ähnliche Inhalte finden sich u.a. bei: GILCHER-HOLTEY, *Die 68er-Bewegung*, S. 10.

12 Vgl. S. REICHARDT/D. SIEGFRIED, *Das Alternative Milieu. Konturen einer Lebensform*, in: Dies. (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 9 f.

13 Dazu zuletzt S. MENDE: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011.

satorisches Netzwerk (bestehend aus Parteien, Gewerkschaften und vor allem einer Vielzahl von Vereinen) etablierte, waren die Organisationsformen der neuen sozialen Bewegungen *viertens* weitaus weniger formalisiert. Sie basierten in erster Linie auf informellen Verbindungen und Kontakten zwischen Gruppen und Individuen, die unter bestimmten Umständen mobilisierbar waren. Auch diesen sozialen Netzwerken war jedoch die Tendenz zur Verstetigung inhärent. Kristallisationskerne dieser Entwicklung waren besetzte Häuser.

## Hausbesetzungen und linksalternatives Milieu in den 1970er Jahren

Während dieses Phänomen in der Bundesrepublik noch weitgehend unbekannt war, bewegte bereits um die Mitte der 1960er Jahre eine Welle von Hausbesetzungen die Öffentlichkeit in verschiedenen europäischen Großstädten, unter anderem in London und Amsterdam. So wurde in der niederländischen Metropole am 2. Januar 1965 das erste Haus seit der unmittelbaren Nachkriegszeit „gekraakt“.<sup>14</sup> In bundesdeutschen Städten fanden schließlich ab Herbst 1970 ähnliche Aktionen statt, als in Westberlin die ersten Häuser besetzt wurden.<sup>15</sup> Insbesondere die spektakulären Auseinandersetzungen im Rahmen des sogenannten „Häuserkampfes“ in Frankfurt führten dazu, dass das Thema Hausbesetzungen bis etwa 1973/74 im Fokus des öffentlichen Interesses stand.<sup>16</sup> Es waren jedoch nicht nur die Metropolen betroffen: Auch in der westdeutschen Provinz, zum Beispiel in Münster, verschafften sich junge Menschen unter Missachtung geltender Konventionen Zugang zu ungenutztem Wohnraum, um dort nach eigenen Vorstellungen zu leben.<sup>17</sup> Welche Ziele die Akteure verfolgten und welche Chancen es gab, diese im Spannungsfeld zwischen Besetzern, Staat und Öffentlichkeit durchzusetzen, soll im Folgenden anhand eines weiteren Fallbeispiels aus Hamburg kurz skizziert werden.

Als sich die Hausbesetzerbewegung in der Bundesrepublik auf einem ersten Höhepunkt befand, verschafften sich kurz vor Ostern 1973 mehrere Dutzend Jugendliche und junge Erwachsene Zugang zu einem leer stehenden Haus in der Ekhofstraße in Hamburg-Hohenfelde und richteten sich dort auf Dauer ein. Die Gruppe der Besetzer blieb zunächst für mehrere Wochen weitgehend unbehel-

14 Vgl. H. BODENSCHATZ/ V. HEISER/J. KORFMACHER, *Schluß mit der Zerstörung? Stadterneuerung und städtische Opposition in West-Berlin, Amsterdam und London*, Gießen 1983, S. 331.

15 Vgl. SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 656 f.

16 Vgl. u.a. HÄUSERRAT FRANKFURT, *Wohnungskampf in Frankfurt*, München 1974; E. STRACKE, *Stadtteilzerstörung und Stadtteilkampf. Innerstädtische Umstrukturierungsprozesse, Wohnungsnot und soziale Bewegungen in Frankfurt am Main*, Köln 1980. Aus historischer Perspektive beleuchtet das Thema: W. KRAUSHAAR, *Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 105–121.

17 Vgl. J. BÖNSCH, *Hausbesetzer in Münster: Öffentliche Meinung und Agenda-Setting*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Münster 2007, S. 30 ff.

ligt. Die Polizei beschränkte sich darauf, die Entwicklung zu beobachten und durch verstärkte Streifen in der Umgebung Präsenz zu zeigen. Mitte Mai jedoch spitzte sich die Situation zu, als es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Besetzern und Polizeibeamten kam, in deren Verlauf letztere zum Rückzug gezwungen wurden. Dabei musste die Polizei Ausrüstungsgegenstände, vor allem einen demolierten Streifenwagen, zurücklassen. Vor diesem Hintergrund drangen in den frühen Morgenstunden des 23. Mai 1973 Beamte des Mobilien Einsatzkommandos Hamburg gefolgt von einer Einsatzhundertschaft überraschend in das Haus in der Ekhofstraße ein und räumten es unter Anwendung physischer Gewalt. Kurze Zeit später wurde das Gebäude abgerissen. Über diese Ereignisse fertigte die Hamburger Polizei noch im gleichen Jahr einen Lehrfilm an, der die Grundlage der folgenden Beobachtungen bildet.<sup>18</sup>

Bei den Besetzern handelte es sich um junge Menschen mit heterogenen Motiven, die allerdings erst nach Abstraktion vom tendenziell undifferenzierten Blick der Polizei auf ihr Gegenüber deutlich werden.<sup>19</sup> Aus der Perspektive der Polizei handelten die Besetzer wohlorganisiert und nach Plan – also in einer Weise, in der die Polizei selbst handeln würde, sollte sie in die Verlegenheit geraten, ein Haus besetzen zu müssen (nämlich nach Dienstvorschrift). Vor diesem Hintergrund unterstellte die Polizei ihrem Gegenüber, sich eng an das sogenannte *Handbuch für Hausbesetzer* gehalten zu haben, das Anfang der 1970er Jahre von dem Bonner Verlagskollektiv „Rote Klinker“ verbreitet worden war. Konkrete Belege für eine Verwendung militanter Ratgeberliteratur fehlen jedoch.<sup>20</sup> Zwar nahmen die Besetzer ostentative Gewaltposen ein, die auf eine Lust an physischer Auseinandersetzung mit der Polizei verweisen. Daneben finden sich jedoch auch Elemente einer symbolischen, fast spielerischen Militanz. So spiegelt sich in der Präsentation erbeuteter Trophäen (beispielsweise einer Dienstmütze) die Selbststilisierung als „Stadtindianer“, die sich urbane Freiräume sichern wollen.<sup>21</sup> Lust auf Krawall war daher, entgegen der polizeilichen Sicht, weder das einzige noch das dominante Motiv. Als handlungsleitend erscheint

---

18 Vgl. S. NOETHEN/V. PADE, *Bürger, Rowdys und Rebellen. Deutsche Polizeilehrfilme in West und Ost*, Münster o.J., vor allem S. 79–83. Diesem als didaktische Handreichung konzipierten Buch liegt eine DVD mit den Ausschnitten aus dem Hamburger Polizeilehrfilm bei, auf die hier Bezug genommen wird.

19 Vgl. J. FEEST/E. BLANKENBURG, *Die Definitionsmacht der Polizei. Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion*, Düsseldorf 1972, S. 10 ff.

20 Vgl. NOETHEN/PADE, *Bürger, Rowdys und Rebellen*, S. 80.

21 Die Orientierung am Leitbild des „Stadtindianers“ und die lebensweltliche Ausrichtung an einer imaginierten Stammesgesellschaft wurden vor allem in der zweiten Phase der Hausbesetzungen nach 1979 relevant. Vorbild waren insbesondere die entsprechenden Entwicklungen in Italien. Vgl. hierzu: B. KRAATZ, *Der Traum vom Paradies. Über die Stadtindianer und Autonomia in Italien*, in: M. HALLER (Hrsg.), *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1981, S. 35–48; M. REIMITZ/W. THIEL/H.-J. WIRTH, *Muß denn Leben Sünde sein? Notizen, Assoziationen und Interpretationen zu Gesprächen mit Hausbesetzern und Punks*, in: M. BOCK u.a., *Zwischen Resignation und Gewalt. Jugendprotest in den achtziger Jahren*, Opladen 1989, S. 32 ff.

vielmehr ein hedonistisch grundierter Wunsch nach individueller Selbstverwirklichung im gemeinsamen Wohnen. Darauf verwies beispielsweise eine Wandinschrift im Haus in der Ekhofstraße: „Da uns die politische Arbeit am Saufen, Kiffen und Bumsen hindert, beantragen wir, die politische Arbeit zumindest teil- und zeitweise einzustellen.“<sup>22</sup>

Ebenso bezeichnend wie typisch ist es, dass die Hamburger Besetzer für die Realisierung ihres, die politische mit der privaten Sphäre verbindenden Projekts einen Altbau aussuchten. Dies hatte zum einen zweifellos pragmatische Gründe, denn neue Formen kollektiven Wohnens brauchten Altbauwohnungen wegen ihrer zentralen Lage, ihrer Größe und ihres Gestaltungspotentials.<sup>23</sup> Darüber hinaus empfanden die jungen Besetzer ein altes Haus oftmals als Verkörperung von Geschichte und Geschichten, die sie selbst fortschreiben konnten. Die unmittelbare Faszination des von ihm mitbesetzten Haus beschrieb ein junger Berliner dementsprechend wie folgt:

„Ein Haus ist ein Haus. Mehr als 100 Jahre lang haben darin Menschen gewohnt. Sie haben geliebt, gehaßt, Angst gehabt, haben sich nicht riechen können oder darin miteinander geschlafen, sind darin geboren und gestorben. Es hat gelebt. Doch als wir das Haus besetzten, war es tot.“<sup>24</sup>

Es war jedoch nicht nur der lebensweltliche und lebensgestalterische Reiz, der zur Besetzung vor allem von Altbauten führte. Die Rettung, später auch die Wiederherstellung alter Bausubstanz richtete sich stets auch gegen die Stadtplanungs- und Wohnungsbaupolitik in Zeiten der Rationalitäts- und Planungseuphorie. Modernes Wohnen sollte danach vor allem in ebenso funktionalen wie anonymen Hochhäusern in der Vorstadt stattfinden – dies traf in weiten Teilen der städtischen Bevölkerung ebenso auf Widerspruch wie die oftmals von kommunalen politischen Eliten sanktionierten Immobilienspekulationen zu Lasten finanziell erschwinglichen Wohnraums.<sup>25</sup> Hausbesetzungen hatten also durchaus das Potential, auf Sympathie und Verständnis zu treffen – vorausgesetzt den Hausbesetzern gelang es, der Öffentlichkeit ihren Protest gegen Wohnungsnot und moderne Stadtplanung als primäre Motivation zu vermitteln. Diesen Zusammenhang reflektierend bestritt die staatliche bzw. kommunale Seite im Regelfall die unmittelbare Verbindung zwischen Wohnungsnot und Hausbesetzung-

22 Zitiert nach: NOETHEN/PADE, *Bürger, Rowdys und Rebellen*, S. 81.

23 Vgl. SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 646.

24 B. HÄRLIN, *Von Haus zu Haus – Berliner Bewegungsstudien*, in: K.M. MICHEL/T. SPENGLER (Hrsg.), *Der große Bruch – Revolte 81*, Berlin 1981, S. 6. Siehe dazu auch: SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 657; BÖNSCH, *Hausbesetzer in Münster*, S. 51 f.

25 Vgl. S. REICHARDT, „Wärme“ als Modus sozialen Verhaltens? Vorüberlegungen zu einer Kulturgeschichte des linksalternativen Milieus vom Ende der 1960er zum Anfang der 1980er Jahre, in: *Vorgänge* 44 (2005), Heft 3/4, S. 183; S. HAUMANN, *Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden. Möglichkeiten der Mikroforschung für die Protestgeschichte*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 34 (2005), S. 156 f.; M. MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, in: R. ROTH/D. RUCHT (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M. 2007, S. 298.



gen.<sup>26</sup> So hieß es in der vom niedersächsischen Innenministerium herausgegebenen Zeitschrift *Unsere Sicherheit*: „Vielen Hausbesetzern geht es nicht nur um die Lösung von Wohnproblemen, sondern vielmehr um die Verwirklichung alternativer Lebensformen. [...] Solche Vorstellungen sind nicht mit den Belangen der Allgemeinheit zu vereinbaren.“<sup>27</sup> Tatsächlich waren viele Aktivisten nicht akut durch die Wohnungsnot bedroht und griffen somit auch nicht aus unmittelbarem Zwang gleichsam zur Selbsthilfe. Oftmals diente ihnen der reale Wohnraumangel zum einen als Anlass für breiter angelegte politische Aktionen und zum anderen als rationales Argument, das die Chance auf Akzeptanz besaß, die der jugendliche Wunsch nach Freiräumen nicht finden konnte.<sup>28</sup>

Im Falle der Hamburger Ekhofstraße scheiterte die Kommunikationsstrategie der Besetzer, denen es nicht gelang, ihrem Anliegen in der Öffentlichkeit Akzeptanz zu verschaffen. Zwar gab es zu Beginn der Besetzung durchaus Anzeichen für Verständnis unter der Anwohnerschaft und auch die Hamburger Landesregierung bemühte sich zunächst – darin durchaus repräsentativ für SPD-geführte Kommunen – um Deeskalation und eine friedliche Lösung.<sup>29</sup> Letztlich setzte sich in der öffentlichen Meinung jedoch die Tendenz zur Skandalisierung durch, verbunden mit dem Ruf nach hartem staatlichen Durchgreifen.<sup>30</sup> Die Hausbesetzer ihrerseits begriffen die wiederholten Aufklärungstreifen der Polizei als Provokation, als Eindringen des Staates in eine Sphäre, die sie inzwischen als schützenswerten Freiraum eingerichtet hatten und zu deren Schutz sie bereit waren, auch physische Gewalt einzusetzen.<sup>31</sup> Auf Seiten der Polizei baute sich im Gegenzug das Feindbild eines rücksichtslos-militanten Gegenübers auf, dem nur unter Mobilisierung beachtlicher Mittel beizukommen ist. Am Ende der Eskalationsspirale stand die Räumung. Hausbesetzungen endeten jedoch weder zwangsläufig noch im Regelfall so wie in der Hamburger Ekhofstraße. Vielerorts gelang es den Besetzern im Rahmen oftmals langwieriger und wechselvoller Verhandlungsprozesse aus ihren Häusern legale und dauerhafte Projekte zu machen.

Die bisherigen Ausführungen deuten bereits an, in welcher Weise sich Hausbesetzungen in das Spektrum neuer sozialer Bewegungen einfügen. *Erstens* verfolgten Hausbesetzer postmaterialistische Anliegen, indem sie alternative Vor-

26 Vgl. HAUMANN, *Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden*, S. 158 ff.

27 Zitiert nach: H. SEIPEL, *Offene Feindschaften. Über die Jugendrebellion in Hannover, Bremen, Göttingen*, in: M. HALLER (Hrsg.), *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1981, S. 80 f.

28 Vgl. H. HALTER, „Niemand hat das Recht“. *Über die Bewegung der Hausbesetzer in Berlin*, in: M. HALLER (Hrsg.), *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1981, S. 111; HAUMANN, *Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden*, S. 171.

29 So auch im Falle Bremens oder Frankfurts – siehe hierzu: SEIPEL, *Offene Feindschaften*, S. 80; KRAUSHAAR, *Die Frankfurter Sponti-Szene*, S. 110.

30 Vgl. SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 659.

31 In dieser Tendenz zum Terrainkampf bestehen durchaus Parallelen zur Zwischenkriegszeit. Vgl. u.a. P.E. SWETT, *Neighbors and Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929–1933*, Cambridge 2005.

stellungen darüber artikulierten und umsetzten, wie urbane Wohn- und Lebensräume zu gestalten seien. Damit zielten Besetzungsaktionen nicht auf die Sphäre der Produktion, sondern auf die Sphäre der Reproduktion, deren Revolutionierung keine nachgeordnete, sondern eine gleichberechtigte Bedeutung zugewiesen wurde.<sup>32</sup> Wie auch im Falle der Friedens- oder Umweltbedingung handelte es sich bei der Hausbesetzerbewegung nicht um eine Ein-Punkt-Bewegung. Sie war vielmehr durch eine übergreifende Orientierung an gesamtgesellschaftlichen Problemlagen gekennzeichnet, ihre Kritik war zwar fokussiert, aber fundamental.<sup>33</sup> *Zweitens* manifestierte sich in dem Bedürfnis, sich in diesen Räumen frei und selbstbestimmt einzurichten, das spezifische Politikverständnis der neuen sozialen Bewegungen mit seiner bewussten Verzahnung von politischem und alltäglichem Handeln. Es entstanden lokale Zusammenhänge, die Schutz und Sicherheit in einer als feindlich wahrgenommenen Umwelt bieten sollten. Nicht zufällig standen die ersten Hausbesetzungen der Jahre 1970 bis 1972 oftmals in engem Zusammenhang mit Forderungen nach selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentren.<sup>34</sup> *Drittens* gaben die Hausbesetzer der frühen 1970er Jahre ein Bild bemerkenswerter Heterogenität ab.<sup>35</sup> Es bildeten sich rasch verschiedene Flügel heraus, die unterschiedliche Ziele verfolgten und hierbei verschiedene Wege beschritten. Neben jugendlichen Hedonisten, die konkrete Freiräume im Sinn hatten, fanden sich militante Aktivisten, die die Revolution fest im Blick hatten; Befürworter eines Legalisierungskurses stritten sich mit Anhängern eines Konfrontationskurses.<sup>36</sup> Teilweise, insbesondere in Frankfurt, fungierten Hausbesetzungen als wesentliches Element einer politischen Strategie.<sup>37</sup> Andernorts wiederum handelte es sich um spontane Einzelaktionen.

Hausbesetzungen standen also einerseits im Mittelpunkt einer eigenständigen sozialen Bewegung, wiesen aber andererseits auch über diese hinaus. Indem Hausbesetzungen kollektiv nutzbaren Raum schufen, indem sich besetzte Häuser in Wohngemeinschaften, alternative Kultur- und Jugendzentren oder Kneipen verwandelten, wurden sie zu wichtigen Keimzellen einer strukturellen Verstetigung der neuen sozialen Bewegungen: „Im Netzwerk der Orte erhielt das Ge-

---

32 Vgl. MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, S. 298.

33 Vgl. ZWICK, *Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur*, S. 198; HAUMANN, *Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden*, S. 155.

34 Vgl. HAUMANN, *Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden*, S. 157 f.; SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 656 f.

35 Vgl. hierzu auch: F. ANDERS, *Wohnraum, Freiraum, Widerstand. Die Formierung der Autonomen in den Konflikten um Hausbesetzungen Anfang der achtziger Jahre*, in: S. REICHARDT/D. SIEGFRIED (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 479 ff.

36 Vgl. SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 659 f.

37 Maßgeblich beeinflusst von der Gruppe „Revolutionärer Kampf“ folgte der Frankfurter Häuserkampf dem Dreischritt aus Protest gegen Wohnraumzerstörung, Erkämpfung von Freiräumen für kollektive alternative Lebensentwürfe und dem Ziel einer breiteren politischen Mobilisierung. Vgl. KRAUSHAAR, *Die Frankfurter Spontiszene*, S. 109 f.

genmilieu eine territoriale Struktur; eine befreite Zone, abgeschottet von der dominanten Kultur, die einem alternativen Lebensstil Raum bot.“<sup>38</sup> Die beginnende Formierung eines neuartigen Bewegungsmilieus vollzog sich parallel zum Auflösungsprozess hergebrachter Milieustrukturen, der unter anderem auch durch die „profitorientierte und kapitalintensive Stadtteilsanierung“<sup>39</sup> beschleunigt wurde. Ziel war die Bewahrung respektive Neuerfindung gemeinschaftlicher Lebensformen, die Verteidigung einer autonomen Reproduktionssphäre gegenüber ökonomischen und staatlichen Gestaltungsansprüchen.<sup>40</sup> So formierte sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre mit dem linksalternativen Milieu ein soziales Gebilde, das die verschiedenen neuen sozialen Bewegungen, Sub- und Gegenkulturen überwölbte und durch soziokulturelle Gemeinsamkeiten und habituelle Verbindungen integrierte.<sup>41</sup> Innerhalb dieser Strukturen sollte es idealtypisch möglich sein, ein Leben jenseits industriegesellschaftlicher Zwänge – und entgegen dem Diktum Theodor W. Adornos, der eine solche Möglichkeit ausschloss, „ein richtiges Leben im falschen“ – zu führen. Dies verdeutlicht beispielsweise die folgende, ironisch-distanzierte Beschreibung der linken „scene“ am Ende der 1970er Jahre aus der Feder zweier vormaliger SDS-Protagonisten:

„Der Durchschnitts-Stadtteilindianer wacht in einer Wohngemeinschaft auf, kauft sich die Brötchen in der Stadtteilbäckerei um die Ecke, dazu sein Müsli aus dem makrobiotischen Tante-Emma-Laden, liest zum Frühstück ‚Pflasterstrand‘, ‚INFO-BUG‘, ‚zitty‘, geht – und falls er nicht ‚zero-work‘-Anhänger ist – zur Arbeit in einem selbstorganisierten Kleinbetrieb oder in ein ‚Alternativ-Projekt‘, alle fünf Tage hat er Aufsicht in einem Kinderladen, seine Ente läßt er in einer linken Autoreparaturwerkstatt zusammenflicken, abends sieht er sich ‚Casablanca‘ mit Humphrey Bogart im ‚off‘-Kino an, danach ist er in der Tee-Stube, einer linken Kneipe oder im Musikschuppen zu finden, seine Bettlektüre stammt aus dem Buchladenkollektiv. Ärzte- und Rechtsanwaltskollektive, Beratungsstellen für Frauen, Frauen- und Männergruppen gibt es im Ghetto. Der gesamte Lebensbereich ist weitgehend abgedeckt [...] In West-Berlin und Frankfurt gibt es An-

38 SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 645. Vgl. hierzu auch: KRAUSHAAR, *Die Frankfurter Sponti-Szene*, S. 119 f.; S. HAUNSS, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*, in: R. ROTH/D. RUCHT (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M. 2007, S. 470 f.; MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, S. 298 ff.

39 ZWICK, *Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur*, S. 61.

40 Vgl. ZWICK, *Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur*, S. 62 f.; M. VESTER u.a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a.M. 2001, S. 253–259.

41 Vgl. SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 733 f.; S. HAUNSS/D. K. LEACH, *Between Networks and Civil Society. Scenes as Mobilization- and Abeyance-Structures for Social Movements*, in: D. PURDUE (Hrsg.), *Civil Societies and Social Movements. Potentials and Problems*, London 2007, S. 73; REICHARDT, *Authentizität und Gemeinschaftsbildung*, S. 121 f.; D. RUCHT, *Das alternative Milieu in der Bundesrepublik. Infrastruktur und Nachwirkungen*, in: S. REICHARDT/D. SIEGFRIED (Hrsg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, S. 61–86.

gehörige der ‚scene‘, die stolz darauf sind, seit 2½ Jahren kein Wort mehr mit einem von denen, die draußen sind, gewechselt zu haben.“<sup>42</sup>

Gegengesellschaftliche und gegenkulturelle Strukturen, die eine solche Lebensweise in den Bereich des Möglichen rückten, fanden sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in zahlreichen bundesdeutschen Städten, am weitesten fortgeschritten vermutlich in Westberlin oder in Frankfurt.<sup>43</sup> Aber selbst in Frankfurt zur Blütezeit der Spontibewegung erreichte diese Entwicklung nicht die Dimensionen wie in Amsterdam: Zu Beginn der 1980er Jahre war in der „Kraakstad“ eine sehr hohe Zahl an Wohnungen besetzt, um die herum sich ein großes integrierendes Gegenmilieu gebildet hatte.<sup>44</sup> Am Ende der 1970er Jahre wurden diese scheinbar stabilen Strukturen jedoch von einer neuen, europaweiten Protestbewegung – Beobachter sprachen von einer internationalen „Jugendrevolte“<sup>45</sup> – erschüttert, zu deren zentralen Aktionsformen und Ausdrucksmitteln erneut Hausbesetzungen gehörten.

## Hausbesetzungen an der Wende zu den 1980er Jahren

Obwohl es auch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre weiterhin zahlreiche besetzte Häuser gab, ließ das öffentliche Interesse nach. Dieser Zustand war als normal akzeptiert worden, bundesdeutsche Medien berichteten nun über andere kontroverse Themen. Einen verlässlichen Maßstab für solche Konjunkturen öffentlicher Aufmerksamkeit in der Bundesrepublik liefert seit 1977 regelmäßig die Gesellschaft für deutsche Sprache mit ihrem „sprachlichen Jahresrückblick“ unter dem Titel *Wort des Jahres*.<sup>46</sup> Danach bewegte die Zeitgenossen am Ende der 1970er Jahre vor allem das Themenfeld Terrorismus, das mit den Wörtern „Terrorist“, „Sympathisant“ und „konspirative Wohnung“ Spitzenplatzierungen belegte. Für das Jahr 1977 wurde „Szene“ zum „Wort des Jahres“ deklariert. Dieses verweist auf eine gewisse Ambivalenz: Einerseits klingt darin die vielbeschworene „Sympathisantszene“ und somit das Großthema Terrorismus an, andererseits beinhaltet „Szene“ auch eine deutliche jugend- und subkulturelle

42 T. FICHTER/S. LÖNNENDONKER, *Von der APO nach TUNIX*, in: C. RICHTER (Hrsg.), *Die überflüssige Generation. Jugend zwischen Apathie und Aggression*, Königstein 1979, S. 137.

43 Vgl. KRAUSHAAR, *Die Frankfurter Sponti-Szene*, S. 113 ff. Zum quantitativen Umfang des alternativen Milieus in der Bundesrepublik siehe: REICHARDT/SIEGFRIED, *Das Alternative Milieu*, S. 11 f.

44 Vgl. W. TAUBER, *Der vergoldete Kuhfuß. Über die Kraaker-Bewegung in Amsterdam*, in: M. HALLER (Hrsg.), *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1981, S. 116 ff.

45 Vgl. M. HALLER, *Aussteigen oder rebellieren? Über die Doppeldeutigkeit der Jugendrevolte*, in: Ders. (Hrsg.), *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1981, S. 7–22, vor allem S. 10 f.; MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, S. 301 f.

46 Vgl. hierzu die im Internet verfügbaren Informationen unter: <http://www.gfds.de/index.php?id=11>.

Konnotation. Die Auswahl des Jahres 1977 reflektiert somit gewissermaßen die öffentliche Wahrnehmung der Milieubildungsprozesse im linksalternativen Spektrum. Als im Jahr 1980 „Instandbesetzer“ auf den dritten Platz gesetzt wurde, markierte dies schließlich die Rückkehr des Themas Hausbesetzungen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Was war passiert?

Nach einer mehrjährigen Latenzphase wurde die Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt von einer neuen Welle der Hausbesetzungen erfasst, die ihren Schwerpunkt vor allem in Westberlin hatte.<sup>47</sup> Insbesondere der Berliner Stadtbezirk Kreuzberg, wo die sogenannte Instandbesetzer-Bewegung im Februar 1979 ihren Ausgang genommen hatte, stand im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.<sup>48</sup> Die zweite Welle der Hausbesetzungen erfasste allerdings auch nicht nur große Metropolen: So kam es beispielsweise in den Universitätsstädten Freiburg, Göttingen oder Münster, aber auch im beschaulichen Hilden zu einer Reihe von spektakulären Besetzungen.<sup>49</sup> Allein in Berlin wurden zwischen 1979 und 1982 286 Hausbesetzungsaktionen verzeichnet, zwischenzeitlich lebten etwa 3.000 bis 5.000 Menschen in 160 besetzten Häusern. Im August 1982 waren noch 122 Häuser besetzt, 62 davon in Kreuzberg.<sup>50</sup> Getragen wurde die Berliner „Scene“, so lautete weiterhin die Selbstbezeichnung, von einem hohen Anteil Jugendlicher

---

47 Vgl. H. WILLEMS, *Jugendunruhen und Protestbewegungen; eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, Opladen 1997, S. 267–281; MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, S. 301 f. Wie sehr das Thema Hausbesetzungen zu Beginn der 1980er im Fokus des öffentlichen Interesses stand, zeigt vor allem dessen Niederschlag auf dem zeitgenössischen Sachbuchmarkt. Vgl. u.a. S. AUST/S. ROSENBLADT (Hrsg.), *Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wofür sie leben und wie sie leben wollen*, Hamburg 1981; H. GLASER (Hrsg.), *Die Nürnberger Massenverhaftung. Dokumente und Analysen*, Reinbek 1981; M. HALLER (Hrsg.), *Aussteigen oder rebellieren. Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft*, Reinbek 1981; I. MÜLLER-MÜNCH u.a. (Hrsg.), *Besetzung – weil das Wünschen nicht geholfen hat. Köln, Freiburg, Gorleben, Zürich und Berlin*, Reinbek 1981; K.M. MICHEL/T. SPENGLER (Hrsg.), *Der große Bruch – Revolte 81*, Berlin 1981.

48 Vgl. BODENSCHATZ/HEISE/KORFMACHER, *Schluß mit der Zerstörung?*, S. 308 f.; H.-J. WIRTH, *Trotz und Träume – alles Schäume? Ein Blick zurück auf die Jugendrevolte der Berliner „Scene“*, in: M. BOCK u.a. (Hrsg.), *Zwischen Resignation und Gewalt. Jugendprotest in den achtziger Jahren*, Opladen 1989, S. 82 f.

49 Vgl. W. PROSINGER, *Krieg im Frieden. Die gewaltsame Räumung des Dreisameck in Freiburg*, in: I. MÜLLER-MÜNCH u.a. (Hrsg.), *Besetzung – weil das Wünschen nicht geholfen hat. Köln, Freiburg, Gorleben, Zürich und Berlin*, Reinbek 1981, S. 10–41; SEIPEL, *Offene Feindschaften*, S. 71–84; WILLEMS, *Jugendunruhen und Protestbewegungen; eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, S. 255–267; BÖNSCH, *Hausbesetzer in Münster*, S. 33 ff.; HAUMANN, *Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden*.

50 Vgl. G. LANGGUTH, *Protestbewegung. Entwicklung–Niedergang–Renaissance. Die neue Linke seit 1968*, Köln 1983, S. 246; WILLEMS, *Jugendunruhen und Protestbewegungen; eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, S. 267 ff.; HAUNSS, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*, S. 451; MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, S. 301 f.

und junger Erwachsener.<sup>51</sup> Laut einer Analyse des Innensenators aus dem Jahr 1983 waren drei Viertel der „Scene“-Angehörigen 25 Jahre und jünger, mehr als ein Drittel waren Schüler, Studenten oder Auszubildende.<sup>52</sup>

In ihren Motivlagen und Zielsetzungen knüpfte die zweite Welle an die Hausbesetzungen der frühen 1970er Jahre an. Unter dem Leitspruch „Lieber Instandbesetzen als Kaputtbesitzen“<sup>53</sup> nahmen die Aktivisten erneut für sich in Anspruch, Selbsthilfe gegen Wohnungsnot und Immobilienspekulation zu organisieren. Gleichzeitig wandelten sie in Eigenregie alte Bausubstanz in Freiräume für alternative Lebens- und Arbeitsentwürfe um. So gaben Göttinger Hausbesetzer im Jahr 1981 zu Protokoll:

„Wir sitzen hier und machen diese ganzen Aktionen, weil wir uns nicht abfinden wollen mit einer Welt, die aus Beton besteht und aus Städten, aus denen das Leben weicht. Wir haben auch keine Lust, uns alle heimlich, still und leise aufs Land zu verpissen. [...] Wir wollen versuchen aus diesen besetzten Häusern heraus anders zu leben als es uns von dieser ach so tollen Industriegesellschaft geboten wird.“<sup>54</sup>

Allerdings hatten sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen inzwischen fundamental gewandelt. Der Publizist Matthias Horx wies 1981 darauf hin, dass der „Bewegung der Jüngeren“ das „soziale Hinterland“ fehle, also die gesicherten beruflichen Perspektiven, derer sich die Angehörigen der älteren Protestgeneration noch erfreuen durften.<sup>55</sup> Tatsächlich waren im August 1981 rund 20% der Berliner Hausbesetzer arbeitslos.<sup>56</sup> Vor diesem Hintergrund grenzten sich Teile der jungen Aktivisten drastisch von der Alternativbewegung ab, andere jedoch lehnten sich deutlich an den Protest- und Lebensstil der 1970er Jahre an. So gab es nicht nur Kontinuitäten hinsichtlich der grundlegenden Ziele – ebenso wie während der ersten Phase blieb die Hausbesetzerbewegung sehr heterogen und durch heftige interne Auseinandersetzungen geprägt, die sich bis an den Rand der Spaltung zuspitzten. Die Konflikte entzündeten sich an kulturellen, generationellen und schließlich auch politischen Divergenzen.<sup>57</sup>

---

51 Vgl. J. SCHEER/J. ESPERT, *Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei. Alternatives Leben oder Anarchie. Die neue Jugendrevolte am Beispiel der Berliner „Scene“*, München 1982, S. 7.

52 Vgl. WILLEMS, *Jugendunruhen und Protestbewegungen; eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, S. 272. Ähnliche Zahlen finden sich auch bei: LANGGUTH, *Protestbewegung*, S. 246 f.

53 Vgl. SCHEER/ESPERT, *Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei*, S. 23.

54 *Diese Gesellschaft ist ein riesengroßer Knast. Göttinger Hausbesetzer über sich selbst*, in: S. AUST/S. ROSENBLADT (Hrsg.), *Hausbesetzer. Wofür sie kämpfen, wofür sie leben und wie sie leben wollen*, Hamburg 1981, S. 25.

55 Vgl. M. HORX, *Alte Utopie und neue Wut*, in: K.M. MICHEL/T. SPENGLER (Hrsg.), *Der große Bruch – Revolte 81*, Berlin 1981, S. 105. Siehe hierzu auch: W. SPINDLER, *Bist Du dabei in Brokdorf?*, in: ebd., S. 119.

56 Vgl. LANGGUTH, *Protestbewegung*, S. 246 f.; WILLEMS, *Jugendunruhen und Protestbewegungen; eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, S. 272.

57 Vgl. SEIPEL, *Offene Feindschaften*, S. 83; BÖNSCH, *Hausbesetzer in Münster*, S. 36.

Zwischen der ersten und der zweiten Welle der westdeutschen Hausbesetzungen steht vor allem die neue Jugendkultur des Punk, die sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ausgehend von Großbritannien und den USA in den westlichen Industriestaaten ausbreitete. Punk verstand sich als radikale Gegenbewegung zum linken Mainstream und zum linken Establishment der Post-1968-Phase. Niemand machte dies so drastisch deutlich wie der Sex-Pistols-Frontmann Johnny Rotten, der 1976 den 68ern entgegenschrie: „You’re too old, and your hair is too long.“<sup>58</sup> Dieser neue Stil traf um 1980 den Nerv der Jugendlichen, die in Berlin und anderswo die Hausbesetzerbewegung trugen. So berichtet ein Journalist der *tageszeitung*, der dieses wichtigste überregionale Medium der neuen sozialen Bewegungen mit eingebetteten Reportagen über die „Scene“ versorgte, über ein Punkkonzert im Kreuzberger Club „SO 36“, kurz „Esso“:

„[...] die dritte Gruppe bringt Stimmung, das heißt, es gelingt ihr, das Publikum in Bewegung zu setzen [...] Im Saal wird es heiß, die Leute stehen dicht an dicht. Trotzdem schaffen es einige zu tanzen – Pogo, d.h. stampfen, schütteln, mit den Armen um sich schlagen. Taumeln. Die Tänzer werden von ihren Nebenleuten hin- und hergestoßen, lachend, brutal.“<sup>59</sup>

Punk markierte einen drastischen Bruch – politisch und kulturell. Als sich Wissenschaftler des Gießener Zentrums für psychosomatische Medizin im Jahr 1982 im Auftrag der Bundesregierung auf die Suche nach den Ursachen der Jugendrebellion begaben, stellten sie bei ihren Feldforschungen in der Berliner „Scene“ bemerkenswerte Kontraste fest. Sie fanden besetzte Häuserblocks vor, in denen einerseits Studenten und junge Akademiker gleichsam „nach Mittelschichtsnormen“ lebten, andererseits „sozial-randständige“ Punks, die jegliche Normen ablehnten. Gewissermaßen reproduzierte sich auf diese Weise der für das Berlin des frühen 20. Jahrhunderts charakteristische soziale Gegensatz zwischen Vorder- und Hinterhaus. Zwischen beiden Gruppen herrschte weitgehende Sprachlosigkeit – die Punks zeigten keinerlei Interesse für ihre Nachbarn, die ihrerseits in der Theorie zwar eine selbstauferlegte Pflicht zur Solidarität empfanden, in der Praxis aber keine Anknüpfungspunkte für ein gemeinschaftliches Leben fanden, sich im Gegenteil stark abgestoßen fühlten.<sup>60</sup> Der konstruktive Ansatz der „Instandbesetzer“ stand wiederum in diametralem Gegensatz zum aggressiv-destruktiven Lebensgefühl der jungen Punks. Dementsprechend urteilte einer von ihnen: „Die wollen vom Staat die Knete, und wir wollen, daß man uns in Ruhe läßt. Wir sind mit dem Staat echt fertig, die wollen vom Staat Nutzungsverträge, Stipendien, Festanstellung und so’n Scheiß.“<sup>61</sup> Konfliktpotential zwischen Alternativen und Punks trat keineswegs nur in Berlin auf. Auch in Frankfurt am Main sahen die etablierten Linken ihre Projekte und den ihnen zu-

58 Vgl. SPINDLER, *Bist Du dabei in Brokdorf?*, S. 122 f.

59 HÄRLIN, *Von Haus zu Haus – Berliner Bewegungsstudien*, S. 13.

60 Vgl. REIMITZ/THIEL/WIRTH, *Muß denn Leben Sünde sein?*, S. 30 f.

61 HALLER, *Aussteigen oder rebellieren?*, S. 103.

grundlegenden Konsens mit der Mehrheitsgesellschaft durch die kontroversen Praktiken des Punk bedroht.<sup>62</sup>

Wie fundamental sich die Weltsicht innerhalb der Hausbesetzerszene gewandelt hatte, zeigt der Vergleich zwischen den Texten derjenigen Musikgruppen, die in den frühen 1970er und frühen 1980er Jahren jeweils führend waren: zum einen Ton Steine Scherben, zum anderen Slime. Charakteristisch für die 1970 in Westberlin gegründeten Ton Steine Scherben sind aggressiv-kämpferische Songs im Stil des Agitrocks wie zum Beispiel *Macht kaputt, was euch kaputt macht* oder *Die letzte Schlacht gewinnen wir*. Mit dem *Rauch-Haus-Song* schufen sie das zweifellos bekannteste Musikstück der westdeutschen Hausbesetzerszene.<sup>63</sup> Neben ihrer spezifischen Militanz zeichnete sich die Band dadurch aus, dass sie in ihren Texten der Sehnsucht des linksalternativen Milieus nach Wärme, Liebe und Zusammenhalt Ausdruck verlieh.<sup>64</sup> Dort finden sich positive Utopien, ja sogar quasi-religiöse Heilserwartungen. Dies wird beispielsweise im Stück *Der Traum ist aus* deutlich, in dem es heißt:

Ich hab geträumt, der Winter wär vorbei,  
 du warst hier und wir war'n frei  
 und die Morgensonne schien.  
 Es gab keine Angst und nichts zu verlieren.  
 Es war Friede bei den Menschen und unter den Tieren.  
 Das war das Paradies.

---

62 Vgl. HORX, *Alte Utopie und neue Wut*, S. 92 f. Solche Konflikte traten nicht nur in den Metropolen, sondern auch in der Provinz auf. Vgl. HAUMANN, *Hausbesetzungen 1980–1982 in Hilden*, S. 164. Binnenwahrnehmung und Außenwahrnehmung der Zeitgenossen stimmten keineswegs überein: Während etablierte Medien das Bild einer Spaltung in „Radikale und Reformisten“, in junge Chaoten und Totalverweigerer einerseits und besonnene, projektorientierte Akademiker andererseits zeichneten, bestritten die Bewegungsaktivisten solche Polarisierungsprozesse: Trotz gezielter Kampagnen von außen bestehe weiterhin ein Grundkonsens. Vgl. HALTER, „Niemand hat das Recht“, S. 103 ff.; W. ORLOWSKY, *Die Berliner Hausbesetzer*, in: W. BREYVOGEL (Hrsg.), *Autonomie und Widerstand. Zur Theorie und Geschichte des Jugendprotestes*, Essen 1983, S. 16; A. BIETAU, *Ein 14jähriger Streetfighter in der Szene. Interpretation eines Interviews*, in: ebd., S. 30. Charakteristisch für das bürgerlich-konservative Lager ist die Wahrnehmung des unionsnahen Politikwissenschaftlers Gerd Langguth, der den Hausbesetzern deutlich distanziert gegenübersteht und von einer recht schematischen Dreiteilung ausgeht: Idealisten, die sich über Wohnungsnot moralisch empören, Alternative und Aussteiger, die nach neuen Lebensformen suchen, sowie politische Extremisten, die das herrschende System mit Gewalt bekämpfen wollen. Vgl. LANGGUTH, *Protestbewegung*, S. 247.

63 Vgl. D. LANGE, „*ihr kriegt uns hier nicht raus!*“ – *der rauch-haus-song. Eine sozialgeschichtliche Quelle der Hausbesetzerbewegung*, in: *Praxis Geschichte* 17 (2004), S. 46–52.

64 Vgl. SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 701 f.



Der Traum ist aus! Der Traum ist aus!  
Aber ich werde alles geben, daß er Wirklichkeit wird.<sup>65</sup>

Um die Mitte der 1970er veränderten Ton Steine Scherben den Grundton ihres musikalischen Schaffens: Die kämpferischen Songs wichen eher kontemplativen Stücken, in deren Mittelpunkt die Chancen eines kollektiven Lebensentwurfs standen. Dennoch galt nicht nur während der ersten, sondern auch noch während der zweiten Welle der Hausbesetzungen in Westdeutschland: „Aus den besetzten Häusern [...] dröhnt laute Musik von Ton Steine Scherben.“<sup>66</sup>

Allerdings etablierte sich zu Beginn der 1980er Jahre eine Reihe von (Punk-) Bands, die der Bewegung andere Gesichter und andere Stimmen verliehen. Die vielleicht wichtigste unter ihnen waren die 1979 in Hamburg gegründeten Slime. Slime grenzten sich keineswegs bewusst gegen Ton Steine Scherben ab, im Gegenteil legten sie beispielsweise eine Cover-Version der Hausbesetzer-Hymne *Wir müssen hier raus* vor. Mit ihren aggressiven Songs wie *Bullenschweine* oder *Polizei SA/SS* füllten sie vielmehr – in durchaus radikalierter Form – die Leerstelle, die Ton Steine Scherben mit ihrem Stilwechsel hinterlassen hatten. Wie die frühen Ton Steine Scherben waren Slime nicht nur durch eine große soziokulturelle und generationelle Nähe zu ihrem Publikum gekennzeichnet, sondern auch durch eine ostentative Militanz, durch die Überzeugung, Musik als Waffe einsetzen zu können.<sup>67</sup> Slime setzten allerdings sowohl musikalisch als auch textlich neue Akzente, stellten sich der Rockmusik der frühen 1970er Jahre mit der schnörkellosen Aggressivität des Punk entgegen. Dessen zentraler Losung „No Future“ verliehen Slime beispielsweise in dem Stück *Alptraum* von 1982 Ausdruck:

In jedem Land, an jeder Grenze  
Steht Kanonenfutter schon bereit  
Gewehre, Panzer und Raketen  
Tag und Nacht allzeit bereit  
Und die Spannung wächst, der Krieg ist nah  
Und für dich gibt's keine Chance  
Du kannst nur warten, bis die Bombe fällt  
Dann gibt's nur noch Tod und Asche  
Wir leben in einem Alptraum  
Das Erwachen wird der Selbstmord sein  
Nur der Tod reibt sich die Hände  
Denn nur er alleine wird der Sieger sein<sup>68</sup>

Heilserwartungen sucht man hier vergeblich, vielmehr dominieren apokalyptische Visionen die Gegenwartswahrnehmung. Während Ton Steine Scherben mit ihrer Musik das optimistische Lebensgefühl des sich formierenden alternativen

65 TON STEINE SCHERBEN, *Der Traum ist aus*, aus dem Album *Keine Macht für Niemand*, 1972.

66 HÄRLIN, *Von Haus zu Haus – Berliner Bewegungsstudien*, S. 3.

67 Vgl. SIEGFRIED, *Time is on my side*, S. 702 f.

68 SLIME, *Alptraum*, aus dem Album *Yankees raus*, 1982.

Milieus der mittsiebziger Jahre trafen, verschafften Slime kaum zehn Jahre später dem radikalisierten Teil der um 1960 herum geborenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen Gehör. Diese gaben sich zum einen betont illusionslos und grenzten sich zum anderen massiv gegenüber der älteren Aktivistenkohorte ab. Slime artikulierten diese Haltung beispielsweise in dem Stück *Linke Spießer* von 1983, in dem es unter anderem heißt:

Ihr seid Lehrer und Beamte  
Seid Gelehrte sogenannte  
Ihr schreibt Bücher, seid im Fernsehen  
Und ihr glaubt, daß wir euch gern sehen  
Immer kritisch und politisch  
Marx und Lenin auf dem Nachttisch  
Doch ihr habt was gegen Rabatz  
Und macht den Bullen gerne Platz

[...] Ihr seid nichts als linke Spießer  
Eigentlich wart ihr es schon immer  
Und werden wir mal aggressiv  
Seid ihr auf einmal konservativ<sup>69</sup>

Der jugendkulturelle Bruch, der in den Texten von Slime anklingt, fand seinen Niederschlag auch auf der Ebene des politischen Denkens und Handelns, auf der sich die neuen Hausbesetzer vor allem mit der miteinander verwobenen Erwartungshaltung von medialer Öffentlichkeit und Alt-Aktivisten konfrontiert sahen:

„Die Besetzer kämpfen so an zwei Fronten: Sie haben sich mit dem rampo- nierten Image des Radikalismus auseinanderzusetzen, mit dessen Resten sie täg- lich konfrontiert werden. Und sie haben einem Bild von Jugendrevolte zu ent- sprechen, das sowohl von den Linken wie von den Medien gefordert wird.“<sup>70</sup>

Den dieser Haltung entspringenden „Pappi-Sprüchen“<sup>71</sup> der Alt-Linken be- gegneten die Träger des jugendlichen Protests mit radikalisierten Konzepten. Diesen Generationskonflikt brachte die Berliner Zeitschrift *radikal*<sup>72</sup>, das wich- tigste Leitmedium und bundesweite Sprachrohr der Hausbesetzerbewegung, 1981 wie folgt zum Ausdruck:

„[D]ie 68er opas haben immer noch nicht begriffen, daß wir nicht für die öf- fentlichkeit kämpfen, sondern für uns. und zwar nicht gegen einen ‚mißstand‘, sondern für ein selbstbestimmtes leben in allen bereichen. autonomie, aber subi- to!“<sup>73</sup>

Was unter Autonomie zu verstehen war, verdeutlichten neun Thesen über „Anarchie als Minimalforderung“, die wenige Monate später in *radikal* erschie-

69 SLIME, *Linke Spießer*, aus dem Album *Alle gegen alle*, 1983.

70 HORX, *Alte Utopie und neue Wut*, S. 104.

71 SPINDLER, *Bist Du dabei in Brokdorf?*, S. 123.

72 Vgl. HAUNSS, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studen- tenbewegung*, S. 469.

73 Vgl. *radikal* 6 (1981), Nr. 85, S. 11.

nen.<sup>74</sup> Zwar blieben deren Verfasser einerseits klassischen Positionen treu, so vor allem „eigene teilnahme, politik der ersten person“, setzten sich aber andererseits klar von der Praxis der 1970er Jahre ab, die die „Alternativen“ innerhalb der aktuellen Bewegung fortsetzten:

„[D]ie alternativen versuchen sich innerhalb des bestehenden systems freiräume zu erobern, um darin eine andere kultur und eine andere ökonomie aufzubauen [...] freiräume bedeuten ein punktuelles außerkraftsetzen des staates, aber gleichzeitig kann der staat durch das ghettoisierte zulassen von freiräumen sozialen widerstand kanalisieren. [...] politische aktivitäten entwickeln die meisten alternativen nur, wenn sie ihre freiräume bedroht sehen [...] durch diese orientierung auf ein anderes leben innerhalb des bestehenden ergibt sich ein latentes spannungsfeld zur radikalen/autonomen linken, deren orientierung hauptsächlich darauf gerichtet ist, das bestehende zu beseitigen. [...] gerade in der häuserbewegung ist der konflikt offen ausgebrochen. der große teil der alternativorientierten Hausbesetzer betrachtet die häuser als freiräume, in denen sie ein anderes (über-)leben entwickeln wollen. dabei arbeiten die meisten auf eine legalisierung hin – für den preis der anerkennung der macht. die autonomen dagegen erklären die häuser für enteignet und wollen sie nicht zum mittelpunkt ihres lebens machen, sondern zum ausgangspunkt um weiterzukämpfen.“

In der Konsequenz forderten die Verfasser, „keinen dialog mit der macht“ zu führen, da ein solcher bloß zur Legitimierung des „systems“ beitrage. Denjenigen Hausbesetzern, die an der Praxis der 1970er Jahre orientiert versuchten, legale Arrangements mit dem Staat zu finden, wurde vorgeworfen, das „system“ auf diese Weise dabei zu unterstützen, die Proteste zu kanalisieren, einzuhegen und letztlich zu kontrollieren.<sup>75</sup> Dem setzte ein Teil der jungen Aktivisten die Überzeugung entgegen, dass friedliche Mittel sie ihren Zielen kaum oder gar nicht näher bringen würden. So bildete sich innerhalb der Hausbesetzerbewegung die Szene der „Autonomen“ heraus, die ihre unbedingte Absage an das „system“ mit Militanz und radikalem Subjektivismus ebenso verbanden wie mit dem Wunsch nach Selbstbestimmung und gemeinsamer partizipatorischer Lebensgestaltung.<sup>76</sup>

Zwar orientierten sich die Autonomen in ihrer kulturellen Praxis deutlich am Punk, die beiden Subkulturen waren aber trotz zahlreicher Anknüpfungspunkte

74 Vgl. *radikal* 6 (1981), Nr. 98, S. 4 f. Siehe hierzu auch: SCHEER/ESPERT, *Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei*, S. 74; A. PFAHL-TRAUGHBER, *Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 9-10/1998, S. 38 f.

75 Vgl. H. BUSCH, *Die Bürgerinitiative in der Lederjacke. Anmerkungen zu den Autonomen*, in: *Vorgänge* 28 (1991), Nr. 101, S. 66 f.; HAUNSS, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*, S. 460.

76 Vgl. BUSCH, *Die Bürgerinitiative in der Lederjacke*, S. 63 f.; PFAHL-TRAUGHBER, *Die Autonomen*, S. 37 f.; HAUNSS/LEACH, *Between Networks and Civil Society*, S. 74 f. Zur autonomen Bewegung siehe: T. SCHULTZE/A. GROSS, *Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung*, Hamburg 1997; J. SCHWARZMEIER, *Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung*, Göttingen 1999; ANDERS, *Wohnraum, Freiraum, Widerstand*.

keineswegs deckungsgleich, insbesondere da die politische Praxis der autonomen Hausbesetzer wesentlich durch ihre ostentative Militanz geprägt war.<sup>77</sup> So durchzogen die Hausbesetzerbewegung der frühen 1980er Jahre gleich mehrere Brüche – die etablierte Politik konnte sich diese Polarisierung, nachdem sie zunächst lange Zeit kein klares Konzept verfolgt hatte, schließlich erfolgreich zu Nutze machen. So gelang es dem Berliner Senat unter Richard von Weizsäcker ab 1982 binnen Jahresfrist alle Besetzungen zu beenden: Im Rahmen der „Berliner Linie“ wurden einerseits keine neuen Besetzungen mehr zugelassen. Andererseits wurde im Falle der bereits besetzten Objekte nach flexiblen Lösungen von Haus zu Haus gesucht. Dabei wurde Verhandlungsbereitschaft zumeist mit Legalisierung belohnt, verweigerte Kooperation im Regelfall mit Räumung beantwortet.<sup>78</sup> Gerade die friedlichen Aushandlungsprozesse zwischen Besetzern und staatlichen Stellen, die aus besetzten Häusern legale und dauerhafte Projekte machten, führten dazu, dass Hausbesetzungen tendenziell als legitime politische Handlungsformen anerkannt wurden.<sup>79</sup>

## Fazit: Hausbesetzungen und Hausbesetzer im Wandel

Im Verlauf der späten 1970er und frühen 1980er Jahre vollzogen sich innerhalb der Hausbesetzerbewegung Wandlungsprozesse, die charakteristisch für die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen sind. Analog zum Generationswechsel in den Trägerschichten des soziokulturellen Protests veränderte sich dessen mentale Signatur: Der linke Hedonismus, der für die frühen und mittleren 1970er Jahre kennzeichnend gewesen war, wich gewissermaßen einem linken Existenzialismus – die Utopie war zur Dystopie geworden. Die zentralen mentalen Orientierungspunkte hatten sich von einer imaginierten Zukunft auf eine verstörende Gegenwart verlegt. Dazu stellte der Frankfurter Psychotherapeut Jörg Bopp 1981 im *Kursbuch* fest: „Wesentlich stärker als 1968 ist bei heutigen Jugendprotesten die Zukunftsangst: Während wir damals fragten: ‚Wie gestalten wir unsere Zukunft?‘, fragen viele Jugendliche heute: ‚Haben wir überhaupt eine

---

77 Vgl. ANDERS, *Wohnraum, Freiraum, Widerstand*, S. 494 ff.

78 Vgl. ORLOWSKY, *Berliner Hausbesetzer*, S. 20 f.; BODENSCHATZ/HEISE/KORFMACHER, *Schluß mit der Zerstörung?*, S. 316 ff.; WIRTH, *Trotz und Träume – alles Schäume?*, S. 83 f.; WILLEMS, *Jugendunruhen und Protestbewegungen; eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern*, S. 277 ff.; HAUNSS, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*, S. 460. Eine ähnliche Strategie, die partielle Kriminalisierung mit Deeskalation verband, führte ab 1980 bereits im Amsterdam zu einer Entpolitisierung des Protestes. Vgl. G. BUSSINK/T. JANSEN, *Bericht aus Kraakstadt*, in: K.M. MICHEL/T. SPENGLER (Hrsg.), *Der große Bruch – Revolte 81, Berlin 1981*, S. 62. Zur Bewegung der Kraker im Amsterdam siehe auch: BODENSCHATZ/HEISE/KORFMACHER, *Schluß mit der Zerstörung?*, S. 327–359.

79 Vgl. MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, S. 301 f.

Zukunft?“<sup>80</sup> Dieser „Verlust der Zukunft“<sup>81</sup> und die damit verbundene pessimistische Gegenwartsdiagnose hatten verschiedene Ursachen. *Erstens* spitzte sich seit der Mitte des Jahrzehnts die globale Wirtschaftskrise immer weiter zu. Dies machte sich vor allem in Gestalt struktureller Massenarbeitslosigkeit bemerkbar, von der Jugendliche besonders betroffen waren. Ihre beruflichen Perspektiven waren so schlecht wie die noch keiner anderen jungen Generation seit Gründung der Bundesrepublik. *Zweitens* erforderten Desillusionierungen, die sowohl den gemäßigten wie auch den radikalen Teil der bundesdeutschen Linken in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre betrafen, eine politische Neuorientierung. Was den Gemäßigten das Scheitern sozialliberaler Reformversprechungen war, war den Radikalen die traumatische Erfahrung des „Deutschen Herbstes“ 1977: „Die neuen Rebellen [...] haben keine Theorie außer der, daß sich ja doch nichts ändert. Sie projizieren keine Illusion mehr auf den sozialdemokratischen Staat.“<sup>82</sup> *Drittens* verschärfte sich am Ausgang des Jahrzehnts die Blockkonfrontation, der Kalte Krieg kehrte zurück und mit ihm die als real empfundene Möglichkeit eines nuklearen Konflikts. In *radikal* hieß es dazu im Jahr 1982: „[D]er apokalypse ein Stück näher, bleibt uns der Ansporn die Zeit noch intensiver zu verplempern.“<sup>83</sup> Dieser Satz macht allerdings auch deutlich, dass die Absage an alle Zukunftsvisionen keine Resignation, sondern einen gegenwartsbezogenen „kämpferischen Pragmatismus“ nach sich zog.<sup>84</sup>

Der Wandel mentaler Orientierungen wurde von einem kulturellen und politischen Diversifizierungsprozess begleitet. Zwar wies das alternative Milieu der 1970er Jahre durchaus keine monolithischen Strukturen auf, sondern war vielmehr sehr heterogen. Dennoch bestand ein lebensweltlicher Konsens, der seit dem Ende des Jahrzehnts mehr und mehr erodierte. Es traten nun sowohl subkulturelle als auch politische Akteure auf, die sich vor dem Hintergrund neuer Erfahrungshorizonte und Wahrnehmungsmuster weder in ihren Überzeugungen noch in ihrer Rhetorik und Praxis unter dem überwölbenden Dach des Milieus aufgehoben fühlten. Die Folge war eine Zerfaserung der alten Strukturen, die also nicht auf Dauer gestellt waren, auch wenn sie mancherorts, so in Frankfurt oder Westberlin, zeitweise sehr ausgeprägt waren. Die Ansätze eines breiten Milieus verwandelten sich in eine Szenerie verschiedener Szenen, die aber den Kontakt zueinander nicht verloren. Seit den frühen 1980er Jahren ergibt sich also eher das Bild locker aneinandergfügter Bewegungsszenen, die sich teilweise

---

80 J. BOPP, *Trauer-Power. Zur Jugendrevolte 1981*, in: K.M. MICHEL/T. SPENGLER (Hrsg.), *Der große Bruch – Revolte 81*, Berlin 1981, S. 161.

81 HALLER, *Aussteigen oder rebellieren?*, S. 11.

82 SPINDLER, *Bist Du dabei in Brokdorf*, S. 118. Vgl. hierzu auch: SEIPEL, *Offene Feindschaften*, S. 74 f.; KRAUSHAAR, *Die Frankfurter Sponti-Szene*, S. 114 f.; HAUNSS, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*, S. 450.

83 Vgl. *radikal* 7 (1982), Nr. 101, S. 1.

84 BOPP, *Trauer-Power*, S. 163.

überlappen und somit die Verbindung zwischen politischer Bewegung und Subkultur fortschreiben.<sup>85</sup>

Innerhalb dieser Konstellation entwickelten sich Hausbesetzungen schließlich vom Alleinstellungsmerkmal einer eigenständigen sozialen Bewegung zu einer offenen Praxisform. Dabei blieb die Geschichte der Hausbesetzungen einerseits weiterhin von gewalttätigen Auseinandersetzungen geprägt, so in Hamburg in den späten 1980er und in Berlin in den frühen 1990er Jahren.<sup>86</sup> Andererseits jedoch wurden Hausbesetzungen – unter der Prämisse des Gewaltverzichts – mehr und mehr zu einer weitgehend anerkannten Art und Weise, politische Konflikte im urbanen Raum auszutragen.<sup>87</sup> Wie die Vorgänge im Hamburger Gängeviertel im Herbst 2009 zeigten, haben sich Hausbesetzungen vier Jahrzehnte nach ihrer westdeutschen Premiere als ebenso erfolgversprechende wie selbstverständliche Elemente im Spektrum politischer Aktionsformen etabliert.

---

85 HAUNSS, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*, S. 471. Zum Begriff der Bewegungsszene vgl. HAUNSS/LEACH, *Between Networks and Civil Society*, S. 73: „scene as a network of people who identify as part of a group and share a certain belief system or set of convictions, that is also necessarily centered around a certain location or set of locations where that group is known to congregate.“ Siehe dazu auch: R. HITZLER/T. BUCHER/ A. NIEDERBACHER, *Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute*, Opladen 2001, S. 20.

86 Auch im Rahmen von Protesten gegen die „Gentrifizierung“ bestimmter innerstädtischer Bezirke in Berlin kam es 2009 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Vgl. ANDERS, *Wohnraum, Freiraum, Widerstand*, S. 473.

87 Vgl. MAYER, *Städtische Soziale Bewegungen*, S. 312.

Maarten van Riel

## Eine Welle politischer Gewalt: über Linksradikalismus und Linksterrorismus in den Niederlanden\*

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde Westeuropa durch massenhafte Studentenunruhen aufgeschreckt. Ein Teil der westeuropäischen Babyboomer, die die Früchte des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gesundung nach dem Zweiten Weltkrieg geerntet hatten, nahm eine auffallend kritische Haltung gegenüber diesen Errungenschaften der Nachkriegszeit ein. Sie wurden dabei von Intellektuellen wie dem deutsch-amerikanischen Soziologen und Philosophen Herbert Marcuse unterstützt. Marcuse erklärte 1967 bei einer Diskussion mit Studenten der Freien Universität in Westberlin, die Menschheit befinde sich an einem Scheideweg: Sie könne die Welt zu einem Paradies machen oder sie in eine Hölle verwandeln.<sup>1</sup> Die Angst vor letzterem wurde unter anderem durch den auflodernden Krieg in Vietnam verursacht – ein Krieg, der den Prozess der (linken) politischen Bewusstwerdung unter Studenten und Jugendlichen anfachte und ein wichtiges Stimulans für die aufkommenden Reform- und Protestbewegungen darstellte.

Die Enttäuschungen über die Ergebnisse des Revolutionsjahrs 1968 trugen dazu bei, dass sich die Oppositionsbewegungen gegen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre radikalisierten. Frustrierte und zersplitterte Gruppen linksradikaler revolutionärer Jugendlicher erklärten sich bereit, das bestehende politische System und die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung mit Gewalt zu stürzen. Die revolutionäre Garde, die die Revolution mit Gewalt durchsetzen wollte, wurde von so unterschiedlichen Figuren wie dem chinesischen Diktator Mao Zedong und den lateinamerikanischen Guerilla-Kämpfern Che Guevara und Fidel Castro inspiriert.<sup>2</sup> Ihr marxistisch-leninistisches Gedankengut wurde durch populäre zeitgenössische Ideen Jean-Paul Sartres und Frantz Fanons sowie die „kritische Theorie“ der Frankfurter Schule ergänzt.<sup>3</sup> Diese westdeutsche, von Theodor Adorno und Herbert Marcuse getragene, philosophische und soziologische Strömung übte heftige Kritik an der repressiven, kapitalistischen Gesell-

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

1 Vgl. G. KOENEN, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 2002, S. 47; H. MARCUSE, *Das Ende der Utopie*, Berlin 1967.

2 Marcuse war gemeinsam mit Theodor Adorno der geistige Vater der revolutionären Bewegungen. Andere prominente Bezugspersonen waren Max Horkheimer, Walter Benjamin und Jürgen Habermas.

3 Nach Meinung Hannah Arendts haben besonders Sartre und Fanon stark zu den gewalttätigen Taktiken beigetragen, die die Studenten und andere, die gegen den Krieg in Vietnam waren, übernommen hatten. Vgl. H. ARENDT, *Over geweld*, Amsterdam 2004, S. 15; *Rode Jeugd – Gesprek met een massa*, in: *Eindhovens Dagblad* vom 22. Februar 1969.

schaft, in der das Individuum unterdrückt werde. Marcuse rief sogar zu einer „radikalen, revolutionären Tat“ gegen die bestehende Ordnung auf, und zwar sowohl in der kapitalistischen als auch in der kommunistischen Welt.<sup>4</sup>

Trotz dieser drohenden Worte waren die westlichen Staaten Ende der 1960er Jahre völlig überrascht, als sie von radikalisierten linken Jugendlichen aus der eigenen Mittelschicht angegriffen wurden. Dies führte schon sehr bald zu heftigen Konfrontationen zwischen diesen Jugendlichen und der herrschenden Obrigkeit. Charakteristisch für die 1970er Jahre waren die gewalttätigen außerparlamentarischen Aktionen, wie Bombenanschläge, Geiselnahmen, Flugzeugentführungen und Liquidierungen. Dieser (politische) Gewaltausbruch wird allgemein als ein Nebenprodukt der Reform- und Protestbewegung jener Jahre betrachtet.<sup>5</sup> Hierzu muss angemerkt werden, dass bei weitem nicht alle Reformer den Weg in die Gewalt einschlugen: Zehntausende Jugendliche engagierten sich politisch und gesellschaftlich, den meisten gingen bewaffnete Aktionen einen Schritt zu weit. Sie entschieden sich für eine politische Partei, für die Studenten- oder für die Friedensbewegung.

Auch in den Niederlanden war die überwiegende Mehrheit der Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge überhaupt nicht an einem „bewaffneten Widerstand“ interessiert: Die revolutionäre Garde, die in den 1970er Jahren tatsächlich zur Gewaltanwendung überging, umfasste insgesamt dann auch nur schätzungsweise einhundert- bis zweihundertfünfzig Personen.<sup>6</sup> Die politische Gewalt, die die Niederlande in jenen Jahren traf, kann grob drei Gruppen zugeschrieben werden: der *Rode Jeugd* (Rote Jugend), ausländischen Organisationen wie der westdeutschen Rote Armee Fraktion (RAF) und den (in den Niederlanden lebenden) südmolukkischen Jugendlichen. Obwohl die drei Gruppierungen sich voneinander unterschieden, handelten sie alle in der Annahme, „bewaffneter Widerstand“ sei für die Verwirklichung ihrer Ideale und politischen Ziele notwendig. Und obwohl die Geschichte bereits gezeigt hatte, dass sich politische Gewalt selten lohnte, war die in den 1970er Jahren angewandte Taktik der „Stadtguerilla“ ein probates Mittel, um die politischen Eliten unter Druck zu setzen.

## Die Rode Jeugd

Es herrschte in den Niederlanden kein Mangel an linken Aktionsgruppen, aber die Bewegung, die am meisten Aufsehen erregte, war die maoistische *Rode Jeugd* (Rote Jugend), die ab dem Sommer 1966 aktiv war. Die Aktivisten der *Rode Jeugd* ließen sich in der „magischen Stadt“ Amsterdam bei Demonstrationen und Sit-ins gegen den Vietnamkrieg von der Polizei nicht entfernen, verhaf-

4 Vgl. E. BREISACH, *Historiography – Ancient, Medieval en Modern*, Chicago 1983, S. 354.

5 Vgl. B. DE GRAAF, *Theater van de angst. De strijd tegen terrorisme in Nederland, Duitsland, Italië en Amerika*, Amsterdam 2010, S. 23.

6 Vgl. A. VERBIJ, *Tien rode jaren – links radicalisme in Nederland 1970–1980*, Amsterdam 2005, S. 8.



ten oder niederknüppeln, sondern sie schlugen zurück. Darin unterschieden sie sich von „Antirauch-Magiern und Flowerpower-Idioten“<sup>7</sup>. Die *Rode Jeugd* betrachtete sich selbst als eine Widerstandsorganisation, die auf der Grundlage des marxistisch-leninistischen Gedankenguts und der Umzingelungstheorie des chinesischen Marschalls Lin Biao (oder Lin Piao) „den Kapitalismus und Imperialismus der Industrieländer auf offensive Art und Weise bekämpfte.“<sup>8</sup> Neben dem Streben nach einer Weltrevolution stellte die *Rode Jeugd* auch eine Reihe praktischer Aktionspunkte auf. So sollten die niedrigeren Gehälter für Jugendliche und die „skandalöse Ausbeutung der Jugend“ abgeschafft werden, Schüler sollten ein Mitbestimmungsrecht erhalten und Männer und Frauen gleich entlohnt werden. Auf der Ebene der internationalen Politik sollten die Niederlande aus der NATO austreten und Surinam und die Niederländischen Antillen für unabhängig erklärt werden. Schließlich sollte die niederländische Regierung jegliche Unterstützung der indonesischen Regierung einstellen und die Deutsche Demokratische Republik anerkennen.<sup>9</sup> Die Aktionen der *Rode Jeugd* erhielten etwa ab dem Jahr 1970 einen immer gewalttätigeren Charakter.

Um den Geweltaspekt und die so genannte Stadtguerilla zu verstehen, muss man zurück zur Gedankenwelt des chinesischen Führers Mao Zedong, der großen Inspirationsquelle der *Rode Jeugd*. Mao hatte bereits 1930 das Grundprinzip des orthodoxen Marxismus-Leninismus (in dem das städtische Proletariat im Mittelpunkt stand) ignoriert und einen Guerillakrieg begonnen, der schließlich zur Gründung der Volksrepublik führte, welche mehrmals von Kadern der *Rode Jeugd* besucht wurde.<sup>10</sup> Diese Revolution mit Hilfe einer Guerilla wurde zu einem Vorbild für Befreiungsbewegungen und andere revolutionäre Gruppierungen. Gemeinsam mit seinem argentinischen Kumpan Che Guevara hatte sich auch Fidel Castro von Mao inspirieren lassen und Ende der 1950er Jahre bewiesen, dass Gewalt unter bestimmten Voraussetzungen die politische Situation verändern konnten. Die Taten der beiden lateinamerikanischen Freiheitskämpfer fanden Ende der 1960er Jahre über den französischen Journalisten Régis Debray ihren Weg zu den Protestbewegungen des Westens – besonders in Westeuropa fanden die „Heldenepen“ reißenden Absatz. 1967 fiel Che jedoch in die Hände bolivianischer Regierungstruppen, die ihn kurz darauf exekutierten. Damit fiel ein Schatten auf den ländlichen Guerillakampf, und der Blick vieler Revolutionäre wurde auf die Stadt gelenkt. Das Konzept der Stadtguerilla entwickelte sich,

7 F. DEKKERS/D. DIJKSMAN, n`*Hollandse Stadsguerrilla. Terugblik op de Rode Jeugd*, Amsterdam 1988, S. 27.

8 *RJ verboden organisatie?*, in: *Rode Jeugd Stadsguerrilla Cahier*, Nr.1, August 1972, Archief Rode Jeugd ML, (Karton 1), IISG.

9 Vgl. *Rode Jeugd rapportage van de BVD – 31 augustus 1971*, Archief Rechtbank 's-Hertogenbosch 1970–1979 (2366) BHIC.

10 In dieser Hinsicht stand die *Rode Jeugd* in Eindhoven hinter Mao: Die Verbürgerlichung der Arbeiterklasse habe zur Folge, dass die Masse nicht zu organisieren sei. Vgl. J. PEKELDER, *Stadsguerrilla – Urbaan terrorisme als exportproduct van de derde wereld*, in: I. DUIJVESTIJN/B. DE GRAAF (Hrsg.), *Terroristen en hun bestrijders. Vroeger en nu*, Amsterdam 2007, S. 91 und *De strategie en tactiek van de volksoorlog*, in: *Publicatie actiegroep Rode Jeugd Eindhoven* vom 31. Oktober 1968.

als revolutionäre Gruppen ihren Kampf vom Land in die Stadt verlegten. Geistiger Vater dieses Konzepts war der Brasilianer Carlos Marighela, der kurz vor seinem Tod im Jahr 1969 ein Handbuch zu diesem Thema schrieb. Die ersten, die diese Taktik erfolgreich anwendeten, waren die uruguayischen Tupamaros. Und obwohl Che und Fidel die Idee einer Stadtguerilla immer zurückgewiesen hatten, gewann diese Kampfmethod durch den Erfolg der Tupamaros an Popularität, und das Buch Marighelas wurde auch unter linksradikalen Jugendlichen in der urbanisierten westlichen Welt populär.<sup>11</sup>

Die amerikanischen *Weathermen* waren die erste westliche linksradikale Bewegung, die die Strategie in die Praxis umsetzte. Andere folgten kurz darauf – eine der bekanntesten Organisationen, die sie in Europa anwendete, war die westdeutsche Rote Armee Fraktion (RAF). Das leuchtende Vorbild der Nachbarn im Osten vor Augen, ließ sich auch in den Niederlanden die revolutionäre Linke, und hier besonders die *Rode Jeugd*, von der Stadtguerilla faszinieren. Letztlich war es nur eine einzige Abteilung der *Rode Jeugd*, die die Stadtguerilla tatsächlich in die Praxis umsetzen sollte: die im August 1968 gegründete Abteilung Eindhoven. Weit weg vom „magischen Zentrum“ Amsterdam wurde das Auftauchen der *Rode Jeugd* in der Provinz von den konservativen, vor allem aber ängstlichen lokalen Autoritäten als Bedrohung gesehen. Die Eindhovener Politik wurde seit Menschengedenken von der *Katholieke Volkspartij* (Katholische Volkspartei, KVP) und das gesellschaftliche Leben vom Glühbirnengiganten Philips dominiert. Diese beiden Faktoren machten, in Kombination mit dem Fehlen einer Protestkultur und mit der Abwesenheit linker Kräfte (die Parteien PSP, PPR und CPN saßen nicht im Stadtrat), die politische Provokation in der Provinz sehr leicht.

Der Startschuss für die jahrelange Unruhe in Eindhoven fiel 1969. Am 22. Februar, einem Samstagnachmittag, legte Henk Wubben, der Anführer der *Rode Jeugd* Eindhoven, einen Hakenkreuzkranz zu Füßen des Denkmals von Anton Philips – zu jener Zeit in Eindhoven ein Heiliger. Das langhaarige Gesindel wurde von Polizeibeamten und Polizeihunden unsanft vom Denkmal vertrieben.<sup>12</sup> Polizeipräsident Sjef Odekerken war der Ansicht, man müsse „irgendwo eine Grenze ziehen.“ Er sagte: „Dr. Anton Philips hat viel für Eindhoven bedeutet: Um zu verhindern, dass das Denkmal, das sein Andenken in Ehren hält, beschädigt werden könnte, glaube ich, dass es vernünftig war, Hunde einzusetzen.“<sup>13</sup> Zwei Wochen nach der Demonstration wurde dem Bürgermeister als Vergeltung für den Polizeieinsatz eine Brandbombe ins Haus geworfen, und einige Jahre

---

11 Vgl. PEKELDER, *Stadsguerrilla – Urbaan terrorisme als exportproduct van de derde wereld*.

12 Die Demonstration richtete sich gegen die Firma Philips, die von der griechischen Junta einen Großauftrag für Fernsehgeräte angenommen hatte. In den Augen der *Rode Jeugd* unterstützte Philips damit ein faschistisches Regime. Die Demonstration war zugleich ein Protest gegen Anton Philips, der „auf dem Rücken der Arbeiter“ groß geworden sei. Vgl. *Swatstika aan voet Philips*, in: *Eindhovens Dagblad* vom 24. Februar 1969.

13 Ebd. und DEKKERS/DIJKSMAN, *n`Hollandse Stadsguerrilla*, S. 30.

später wurde die noch offene Rechnung mit Odekerken beglichen, indem man seinen Mercedes anzündete.<sup>14</sup>

Zu diesem Zeitpunkt, im Sommer 1971, zeigten die Staatsanwaltschaft, der *Binnenlandse Veiligheidsdienst* (BVD, die staatliche Sicherheitsbehörde) und die nationale Politik bereits ein überdurchschnittliches Interesse an dem, was in Eindhoven geschah. Dieses Interesse hing mit den Entwicklungen in Westdeutschland zusammen. Im Mai 1970 war dort die Rote Armee Fraktion entstanden, als die verurteilten Brandstifter Andreas Baader und seine Geliebte, Gudrun Ensslin, gewaltsam aus der Gefangenschaft befreit wurden. Eine Woche nach der Befreiung gaben Baader, Ensslin, der ehemalige Anwalt Horst Mahler und die Journalistin Ulrike Meinhof die Gründung der RAF bekannt.<sup>15</sup> Sie proklamierten den bewaffneten Widerstand gegen die „Schweine“ (die Polizei) und den amerikanischen Imperialismus.<sup>16</sup> Die RAF bekam schon bald Beifall von linksradikalen Jugendlichen, die von den Ergebnissen der außerparlamentarischen Opposition enttäuscht waren, welche – unter der Führung des charismatischen Rudi Dutschke – zwar Erfolge hatte verbuchen können, aber im Laufe der Zeit schwächer geworden war. Nach der Befreiung Baaders eröffneten die westdeutsche Polizei und die Justiz eine permanente Treibjagd auf die Gruppe.<sup>17</sup> Die RAF konnte sich den Autoritäten jedoch entziehen, indem sie auf ein landesweites Netzwerk von Stützpunkten zurückgriff. Zur Finanzierung ihrer Aktivitäten verübte die Gruppe Banküberfälle.<sup>18</sup> Mit diesem Geld wurden Waffen gekauft, Häuser gemietet, Papiere gefälscht und eine Reise nach Jordanien finanziert, wo die RAF-Mitglieder bei der Al Fatah ein Stadtguerillatraining absolvierten.

Mitte des Jahres 1971 erschien das von Ulrike Meinhof verfasste *Konzept Stadtguerilla*, in dem eine unmissverständliche Botschaft niedergeschrieben war: „Die Pflicht eines Revolutionärs ist, immer zu kämpfen, trotzdem zu kämpfen, bis zum Tod zu kämpfen.“<sup>19</sup> Texte wie dieser, in denen ein Märtyrertod gepredigt wurde, fanden ihren Weg zur *Rode Jeugd* in Eindhoven. Die Gewaltparolen, die die RAF verkündete, waren im Übrigen kein Einzelfall: Auch die italienischen *Brigate Rosse*, die japanische Rote Armee und die bereits genannten amerikanischen *Weathermen* (später *Weather Underground* genannt) hatten das Handbuch Marighelas beherzigt und begannen, die Stadtguerilla in die Praxis umzusetzen.

Die *Rode Jeugd* wurde durch diesen weltweiten Aufschwung der Stadtguerilla nicht nur von dem Konzept an sich inspiriert, vielmehr bekamen die Mitglieder

---

14 Vgl. M. VAN RIEL, *Zaterdagmiddagrevolutie. Portret van de Rode Jeugd*, Amsterdam 2010.

15 Vgl. J. PEKELDER, *Het geweld der kameraden*, in: J. PEKELDER/F. BOTERMAN, *Politiek geweld in Duitsland – Denkbeelden en debatten*, Amsterdam 2005, S. 236.

16 Vgl. J. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland 1970–1980*, Amsterdam 2007, S. 40.

17 *Deckname Rosi*, in: *Der Spiegel* vom 10. Mai 1971.

18 Vgl. PEKELDER, *Stadsguerrilla – Urbaan terrorisme als exportproduct van de derde wereld*.

19 Vgl. <http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/Stadtguerilla+RAF/RAF/brd+raf/004.html>, aufgerufen am 7. Oktober 2008.

auch das Gefühl, Teil eines globalen Kampfes gegen den Kapitalismus und den Imperialismus zu sein.<sup>20</sup> Der rasante Aufstieg der RAF in Westdeutschland hatte innerhalb der *Rode Jeugd* Eindhoven großen Einfluss auf die Diskussion zum Thema „mehr echte Gewalt“. Bis 1970 hatte sich die Gewalttätigkeit auf Steinwürfe, Rauchbomben, Knüppel und den einen oder anderen Molotowcocktail beschränkt. Ab 1970 setzte die Diskussion über ernstere Themen ein: die Stadtguerilla. Dabei galt die RAF als leuchtendes Vorbild.<sup>21</sup>

## Freie südmolukkische Jugendliche

Während die *Rode Jeugd* und die RAF als Erben der Protestbewegung die Gesellschaft mit Bombenanschlägen und Schießereien aufschreckten, begannen südmolukkische Jugendliche, auf ihr Ziel, die Anerkennung der *Republik Maluku Selatan* (RMS), aufmerksam zu machen. Obwohl der Umsturz des bestehenden politischen Systems für die Verwirklichung dieses Ziels nicht notwendig war, vollzog sich auch hier ein Radikalisierungsprozess, da die Jugendlichen sich vom niederländischen Staat und von der Gesellschaft nicht ernst genug genommen fühlten.<sup>22</sup> Aufgrund der isolierten Stellung der südmolukkischen Wohngruppen blieb diese gewalttätige Entwicklung, die auch durch linksradikale Aktionen (wie jene der *Rode Jeugd*) stimuliert wurde, der staatlichen Sicherheitsbehörde BVD zunächst verborgen.<sup>23</sup>

Der Kampf der südmolukkischen Jugendlichen unterschied sich hinsichtlich der Zielsetzung und der Ideologie deutlich von dem der *Rode Jeugd* und der RAF. Sie wurden stärker durch die amerikanische *Black Panther Party* inspiriert – nicht nur mit Blick auf den Kampf für Gerechtigkeit, sondern ganz klar auch was den „lifestyle“ betraf. Geschmückt mit Afro-Frisur, schwarzem Barett und einer Lederjacke glichen die südmolukkischen Jugendlichen ihren „Brüdern“ aus den Vereinigten Staaten. Schon in den 1960er Jahren hatte man bei politischen Aktivitäten und Demonstrationen versucht, auf die RMS aufmerksam zu machen, aber erst im August 1970 wurden die Aktionen gewalttätig.<sup>24</sup> In diesem Monat besetzten 33 Jugendliche die Residenz des indonesischen Botschafters und nahmen die anwesenden indonesischen Amtsträger als Geiseln.<sup>25</sup> Bei der Besetzung, die nur einen Tag dauerte, kam der Polizeibeamte Hans Moolenaar während ei-

20 Vgl. L. MALKKI, *How terrorist campaigns end: The campaigns of Rode Jeugd in the Netherlands and the Symbionese Liberation Army in the United States*, Helsinki 2010.

21 Vgl. VAN RIEL, *Zaterdagmiddagrevolutie*.

22 Vgl. DE GRAAF, *Theater van de angst*, S. 37.

23 Vgl. L. RICHARDSON, *Wat terroristen willen. De vijand begrijpen, de dreiging beteugelen*, Amsterdam 2008, S. 33–35.

24 Vgl. DE GRAAF, *Theater van de angst*, S. 27.

25 Vgl. P. ABELS, *Je wilt niet geloven dat zoiets in Nederland kan!*, in: DUYVESTYEN/DE GRAAF, *Terroristen en hun bestrijders*, S. 121 und D. ENGELN, *Frontdienst – De BVD in de Koude Oorlog*, Den Haag 2007, S. 160.

nes Schusswechsels ums Leben.<sup>26</sup> Die Angelegenheit kam vor Gericht, und die südmolukkische Frage geriet für kurze Zeit ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Die Aufmerksamkeit für die Südmolukker und die Anerkennung der RMS ebte jedoch rasch wieder ab. Dennoch dauerte es bis 1975, bis die südmolukkischen Jugendlichen erneut tödlich anschlüge verübten. In der Zwischenzeit tat die *Rode Jeugd* Eindhoven ihre Interpretation der „Stadtguerilla“ kund, und die Niederlande wurden durch Bombenanschläge erschüttert.

## Stadtguerilla

Im Frühjahr 1972 explodierte die angespannte Situation in Westdeutschland buchstäblich. Am 11. Mai gab die RAF das Startzeichen für eine Serie von Bombenanschlägen, deren Höhepunkt ein blutiger Anschlag auf eine amerikanische Militärbasis in Frankfurt am Main war. Weder Westdeutschland noch Westberlin seien ein „sicheres Hinterland für die Ausrottungsstrategien von Vietnam“, so eine Erklärung der RAF. Innerhalb von zwei Wochen hatte die Bewegung vier Menschen getötet und Dutzende bei verschiedenen Anschlägen verletzt.<sup>27</sup>

Unterdessen entwickelten sich Bombenanschläge auch in den Niederlanden zu einem weitverbreiteten Phänomen. In der Nacht vom 6. Februar 1972 begann dieser Prozess mit einem Bombenanschlag der palästinensischen Organisation Al Fatah auf eine Gasverteilerstation der Niederländischen Gasunion. Zwei Wochen später legten zwei Mitglieder der *Rode Jeugd* eine Bombe an die Basis des Evoluon in Eindhoven.<sup>28</sup> Nach der Explosion zeigte sich, dass das Ausstellungsgebäude nur leicht beschädigt war – lediglich fünfzehn Fensterscheiben hatten die Detonation nicht überstanden. Die Eindhovener Kriminalpolizei beschrieb den Vorfall dann auch als einen „amateurhaften Minianschlag auf ein Philips-Gebäude, das von jugendlichen linken Elementen häufig als ein Symbol für das Kapital betrachtet wurde.“<sup>29</sup> Die Staatsanwaltschaft von 's-Hertogenbosch sprach lieber nicht von einer amateurhaften Tat: Bombenanschläge waren bitterer Ernst. Ein Ermittlungsteam der Polizei Eindhoven war „ständig auf der Suche nach den Tätern“, aber auch der BVD und die Politik in Den Haag waren der *Rode Jeugd* mit wachsendem Interesse auf der Spur.<sup>30</sup> So stellte der Parlamentarier Aart Geurtsen von der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) Ende Februar 1972 Justizminister Dries van Agt die Frage,

26 Vgl. P. BOOTSMA, *De Molukse Acties. Treinkapingen en gijzelingen 1970–1978*, Amsterdam 2000, S. 37.

27 Vgl. S. AUST, *Der Baader Meinhof Komplex*, 2. Auflage, München 1998, S. 345–349.

28 Vgl. F. HOEKSTRA, *In dienst van de BVD. Spionage en contraspionage in Nederland*, Amsterdam 2004, S. 59; DE GRAAF, *Theater van de angst*, S. 29.

29 Vgl. VAN RIEL, *Zaterdagmiddagrevolutie*.

30 Vgl. *Mogelijke daders aanslagen in arrest*, in: *Eindhovens Dagblad* vom 14. Dezember 1972; Interview mit H. Raeven, 21. Oktober 2008; HOEKSTRA, *In dienst van de BVD*, S. 68.

ob es genügend Gründe gebe, um die „linksextreme Organisation *Rode Jeugd*“ zu verbieten.<sup>31</sup> In den umliegenden Ländern griff der Staat zuweilen zu solchen Maßnahmen, aber die niederländische Regierung war zurückhaltender, und so wurde die *Rode Jeugd* nicht verboten – nicht zuletzt, weil gegen die Bewegung keine Beweise vorlagen. Die Gruppierung leugnete auch jegliche Beteiligung an dem Anschlag auf das Evluon.<sup>32</sup>

In den Monaten nach den Bombenanschlägen wurden die Niederlande regelmäßig durch Bombenexplosionen erschüttert. So detonierte am 12. April 1972 in der Rotterdamer Hauptpost ein Bombenpaket, wodurch ein 25-jähriger Postangestellter verletzt wurde.<sup>33</sup> Verschiedene Philips-Niederlassungen waren am 23. April die Ziele: In einer einzigen Nacht gab es Bombenexplosionen in Baarn, Hilversum und Rotterdam – die Überbleibsel der Bomben wiesen Übereinstimmungen mit der Bombe auf, die beim Anschlag auf das Evluon verwendet worden war.<sup>34</sup> Das Konsulat der Vereinigten Staaten in Amsterdam entging am 25. April einem weiteren Anschlag, da ein Mitarbeiter einen mit einem Zeitzünder versehenen Sprengkörper vorzeitig entdeckte.<sup>35</sup> Da sich die Anschläge gegen Repräsentanten des Kapitalismus und des Imperialismus richteten, galt in den meisten Fällen die *Rode Jeugd* als wichtigster Verdächtiger.<sup>36</sup>

Zum Höhepunkt der Anschlagsserie kam es im Oktober 1972, als die Niederlande von mehreren, rasch aufeinander folgenden Bombenanschlägen heimgesucht wurden, die über das gesamte Land verteilt stattfanden. Es begann in der Nacht vom 4. Oktober mit einer Explosion am *Jaarbeursplein* in Utrecht: Eine Zeitbombe fegte den Giebel des Restaurantteils des Hotels *Holiday Inn* hinweg.<sup>37</sup> Zwei Wochen später, am 16. Oktober, wurden in Rotterdam über 600 Menschen wegen eines verdächtigen Pakets evakuiert. Die Bombe, die „Rotterdam stundenlang in Angst versetzte“, lag vor dem Eingang der *Bank of America*. Nach viereinhalb Stunden wurde der Sprengstoff – komplett mit Strohhallen und Sand abgedeckt – vom Kommandanten des *Binnenlandse Hulpverleningsdienst* (ein dem Innenministerium unterstehendes Sprengstoffräumkommando) unter den Augen verschiedener Kamerateams zur Explosion gebracht. Nach Meinung der Polizei hätte es „zweifelloos zahlreiche Opfer gegeben“, wenn die Bombe bei der Bank unkontrolliert hochgegangen wäre. Die Zeitung *De Telegraaf* konnte

---

31 Vgl. *Verbied de Rode Jeugd*, in: *De Telegraaf* vom 29. Februar 1972.

32 Im Mai 1970 war in Frankreich die maoistische Bewegung *Gauche Proletarienne* von der Regierung verboten worden. Vgl. *Franse regering verbiedt linkse beweging*, in: *Eindhovens Dagblad* vom 28. Mai 1970; *RJ verboden organisatie?*, in: *Rode Jeugd Stadsguerrilla Cahier*, Nr.1, August 1972, Archief Rode Jeugd ML, (Karton 1), IISG Amsterdam.

33 Vgl. *In postzak zat bom verborgen*, in: *Utrechts Nieuwsblad* vom 12. April 1972.

34 Am 30. Mai 1972 wurde die Philips-Niederlassung in Den Haag nach einer falschen Bombendrohung geräumt. Vgl. VAN RIEL, *Zaterdagmiddagrevolutie*.

35 Vgl. *Consulaat VS ontsnapt aan brandbom*, in: *Utrechts Nieuwsblad* vom 26. April 1972; DE GRAAF, *Theater van de Angst*, S. 47.

36 Vgl. ENGELN, *Frontdienst*, S. 190.

37 Vgl. *Bom vernielt wand Utrechts restaurant*, in: *NRC Handelsblad* vom 4. Oktober 1972.

bereits am Tag nach dem Ereignis melden, dass die Bombe große Übereinstimmungen mit der Utrechter Bombe vom 4. Oktober aufgewiesen habe.<sup>38</sup>

Einen Tag nach den Ereignissen in der Stadt an der Maas wurde Eindhoven durch eine Bombenmeldung aufgeschreckt. Am frühen Dienstagabend fuhr der ehemalige Direktor der Sozialabteilung von Philips, J. Bavinck, aus seiner Auffahrt heraus. Als sein Volvo auf der Straße stand, sah er eine „lange, stählerne Rohrbombe“ auf seiner Auffahrt liegen. Bavinck stieg aus, rief die Polizei an und fuhr dann wie geplant zu einer Versammlung nach Den Haag. Die Zeitbombe wurde später am Tag von der Eindhovener Polizei entschärft. Am darauffolgenden Tag, dem 18. Oktober, wurde bei dem Gebäude der Versicherungsgesellschaft *Zwolsche Algemeene*, einem Tochterunternehmen einer amerikanischen Versicherungsgesellschaft, am *Oudenoord* in Utrecht eine Bombe entdeckt. Um fünf nach sieben Uhr morgens wurde der Sprengstoff unschädlich gemacht, nachdem ein Polizeihauptwachtmeister den Zeitzünder bereits mit einigen Schüssen außer Funktion gesetzt hatte. Durch das beherzte Verhalten einiger aufmerksamer Bürger waren bei dieser Gelegenheit nach Ansicht des *Utrechts Nieuwsblad* „Dutzende von Menschen dem Tode entronnen“.<sup>39</sup>

Unterdessen hatte Anfang September während der Olympischen Spiele in München eine blutige Geiselnahme stattgefunden, bei der elf israelische Sportler ums Leben kamen. Daraufhin entwickelte sich in den Niederlanden eine beunruhigte Stimmung, die auch durch die fast täglichen Berichte über Bombenmeldungen genährt wurde. *De Telegraaf* schrieb, dass „ein landesweites Handeln“ die einzige Lösung gegen die Terrorwelle sei, die „im Gegensatz zu einer in der jüngsten Vergangenheit liegenden Bombenära keine klare Handschrift trägt.“<sup>40</sup> Auch die Staatsanwaltschaft begriff, dass schnell und tatkräftig gehandelt werden musste: Ein Staatsanwalt wurde zum überregionalen Koordinator des Ermittlungsteams für „Verbrechen terroristischer Art“ ernannt. Dieser Lenkungsausschuss wurde von Vertretern der Justiz, der Polizei und des BVD unterstützt. Überdies erhielt der BVD Unterstützung vom Zentralen Geheimdienst der Kriminalpolizei (CRI), der sich zunehmend mit „politischen Verbrechen“ beschäftigte. Mittlerweile hatte das Gerichtslabor Untersuchungen angestellt und war zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bomben von Utrecht, Rotterdam und Eindhoven starke Übereinstimmungen aufwiesen. Der Sprengstoff steckte jeweils in einem Rohr, das fünfzig Zentimeter in der Länge und zehn Zentimeter im Querschnitt maß. Außen war ein Zeitzünder befestigt, der durch Drähte mit dem Inhalt verbunden war.<sup>41</sup>

38 Vgl. *Opluchting na explosie – bomramp nog net afgewend*, in: *De Telegraaf* vom 17. Oktober 1972.

39 Vgl. VAN RIEL, *Zaterdagmiddagrevolutie*.

40 *Politieberaad over nationale terreuraanpak*, in: *De Telegraaf* vom 18. Oktober 1972. Viele Menschen erinnern sich nicht an die Bombenserie, obwohl die Zeitungen intensiv über sie berichteten. Eine logische Erklärung scheint das „Blutbad von München“ zu sein, das nur einen Monat zuvor stattgefunden hatte.

41 Vgl. ENGELN, *Frontdienst*, S. 190; *Veel raadsels na bomaanslag in Eindhoven*, in: *de Volkskrant* vom 18. Oktober 1972.

Mit dem *Anarchist Cookbook* in der Hand war die Anfertigung von Rohrbomben eine recht einfache Aufgabe.<sup>42</sup> Das Buch lehrte, dass Kaliumchlorat in Kombination mit Puderzucker und einem Zündmechanismus einen gefährlichen Sprengstoff bildet. Die Zutaten waren leicht erhältlich, und auch die RAF setzte anfangs diese Rohrbomben ein.<sup>43</sup> Ein auffälliges Detail hierbei ist, dass die niederländischen Bomben nahezu identisch mit denen waren, die die RAF in Frankfurt verwendet hatte – der Stadt, in die sich nach einem BVD-Bericht ungefähr im September 1972 das *Rode Jeugd*-Mitglied Luciën van Hoesel begeben hatte, um Mitglieder der RAF und verwandter Bewegungen zu treffen.<sup>44</sup>

Aber nicht alle Rohrbomben explodierten tatsächlich, und es gab 1972 auch eine ganze Reihe von falschen Bombenmeldungen. So wurde am 19. Oktober in Leiden eine Bombenattrappe unschädlich gemacht, und es gab falschen Bombenalarm im Amsterdamer Hauptbahnhof, im Kaufhaus *De Bijenkorf* und bei Hans Wiegel, dem Fraktionsvorsitzenden der konservativ-liberalen VVD im Parlament.<sup>45</sup> Manche Städte im Land wurden innerhalb einer Stunde mit mehreren Fehlalarmen konfrontiert, und in Eindhoven registrierte man 1972 insgesamt mehr als siebenzig Falschmeldungen.<sup>46</sup> Justizminister van Agt sprach in dieser Situation entmutigende Worte („Die Regierung ist wegen der Anschläge von großer Sorge erfüllt“), aber es sei dem Minister zufolge eine unmögliche Aufgabe, die Anschläge zu verhindern, weil „derartige Aktionen oft aus dem Ausland geplant werden.“ Die Justiz könne nur repressiv vorgehen, und es sei überdies „in einer offenen Gesellschaft wie der unsrigen unmöglich, eine geschlossene Abwehr aufzustellen.“<sup>47</sup> Einen Tag, nachdem die Zitate in der Zeitung gestanden hatten, stellte der nationale Lenkungsausschuss allerdings fest, dass die Bombenanschläge „einer Gruppe von niederländischen Personen gleicher politischer Ausrichtung“ zugeschrieben werden müssten.<sup>48</sup> Henk Wubben, Anführer der *Rode Jeugd*, erklärte unterdessen im *Eindhovens Dagblad*, dass die *Rode Jeugd* nicht für die Bombenanschläge verantwortlich sei.<sup>49</sup> Seine Worte machten wenig Eindruck auf die lokalen Autoritäten: „Es wäre Unsinn zu behaupten, der *Rode Jeugd* gelte nicht unsere Aufmerksamkeit“, so ein Sprecher der Eindhovener Polizei in der Tageszeitung *De Telegraaf*.<sup>50</sup>

42 Vgl. HOEKSTRA, *In dienst van de BVD*, S. 70.

43 Vgl. ENGELN, *Frontdienst*, S. 191.

44 Vgl. MALKKI, *How terrorist campaigns end: The campaigns of Rode Jeugd in the Netherlands and the Symbionese Liberation Army in the United States*.

45 Vgl. *Politie op spoor bomterroristen*, in: *De Telegraaf* vom 23. Oktober 1972.

46 Vgl. VAN RIEL, *Zaterdagmiddagrevolutie*.

47 *Terreur vergt fors optreden*, in: *de Volkskrant* vom 20. Oktober 1972.

48 Vgl. *Politieke groep legde bommen*, in: *de Volkskrant* vom 21. Oktober 1972.

49 Vgl. *Volksverzet wijst bomaanslagen af*, in: *de Volkskrant* vom 23. Oktober 1972.

50 Die Ziele eigneten sich für den antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf der *Rode Jeugd*: Das Evoluon war das Aushängeschild für das Leistungsvermögen von Philips, das *Holiday Inn* war vom niederländischen Bauunternehmen Bredero gebaut worden und die *Bank of America* sowie die Versicherungsgesellschaft *Zwolsche Algemeene* gehörten amerikanischen Eigentümern. Vgl. *Geheim officier leidt onderzoek naar bomboeven*, in: *De Telegraaf* vom 19. Oktober 1972.



Das „kindische Verhalten“ der *Rode Jeugd* bereitete dementsprechend auch dem Chef des BVD, Andries Kuipers, Kopfzerbrechen. Er erklärte, dass die Bewegung dem Sicherheitsdienst so viel Aufmerksamkeit und Personal abfordere, dass andere Aufgaben ins Hintertreffen zu geraten drohten. Der BVD sei mit der Verfolgungs- und Beobachtungsarbeit, dem Abhören von Telefonen und der Anwerbung von V-Leuten vollauf beschäftigt.<sup>51</sup> Letztlich zeigte sich, dass die Anstrengungen nicht umsonst gewesen waren, und der zum harten Kern gehörende Luciën van Hoesel wurde am 13. Dezember 1972 verhaftet. Unter seinem Bett fanden sich ein geladener Revolver sowie drei Kartons mit Sprengstoff und Bauteilen, die für den Bau von zwei Bomben ausgereicht hätten.<sup>52</sup> Die Verhaftung van Hoesels bedeutete das Ende der *Rode Jeugd*.

## Verhärtung des Klimas

Nun, da van Hoesel hinter Gittern saß, setzten die Bombenanschläge zwar aus, aber die politische Gewalt war nicht gebannt. Konkret bedeutete dies, dass Den Haag 1974 innerhalb kurzer Zeit zwei Mal durch Geiselnahmen aufgeschreckt wurde. Am 13. September 1974 wurde die französische Botschaft durch Mitglieder der japanischen Roten Armee besetzt, die der RAF und den italienischen *Brigate Rosse* ebenbürtig war.<sup>53</sup> Die Geiselnahme ging schließlich ohne Gewalt zu Ende, als die Geiselnahmer freien Abzug in den Südjemen erhielten. Einen Monat später fand im Scheveninger Gefängnis, in dem van Hoesel seine Strafe absaß, eine weitere Geiselnahme statt. Die Absichten der Geiselnahmer waren nicht ganz klar. Sie hielten einen Kirchenchor gefangen und schienen keine Vernunft annehmen zu wollen. Nach fünf Tagen stürmte eine Gruppe von dreißig Marinesoldaten brüllend und schießend in den Saal und bereitete der Geiselnahme ein Ende. Die nächtliche Befreiungsaktion konnte durch dieses Vorgehen innerhalb von fünf Minuten zu einem guten Ende gebracht werden.<sup>54</sup> Anfang November kamen alle 22 Geiseln und beteiligten Marinesoldaten zu Königin Juliana zum Tee in den Palast *Huis ten Bosch*.<sup>55</sup> Van Hoesel war, trotz der Tatsache, dass er sich für das Justizministerium bei der Geiselnahme außerordentlich nützlich gemacht hatte, nicht anwesend, aber er wurde nicht viel später von der Königin begnadigt. Gemeinsam mit anderen Alt-Mitgliedern der *Rode Jeugd*

51 Vgl. ENGELEN, *Frontdienst*, S. 191.

52 Vgl. *De rechtszaak van Luciën van Hoesel*, o.O., o.J., Archief IISG, Dossier van Hoesel, map Rode Hulp splitsing/Proces L. van Hoesel; *Bom-verdachten in arrest*, in: *Het Parool* vom 14. Dezember 1972.

53 Vgl. *Prinsjesdag 1974: Gijzeling in de Franse ambassade*, VPRO *Andere Tijden*, 16. September 2003.

54 Vgl. *Overrompelde actie succesvol*, in: *Eindhovens Dagblad* vom 1. November 1974; *Gijzelaars na actie mariniers bevrijd*, in: *Eindhovens Dagblad* vom 1. November 1974; *Chronologisch verslag van de gijzeling, aangeboden aan Hoofdcommissaris van politie te 's-Gravenhage Dr. C.N. Peijster, 5 november 1974*, Archief Gemeentepolitie Den Haag, (BNR. 432, Inv.Nr. 5619), Haags Gemeentearchief.

55 Vgl. *Gijzelaars bij koningin*, in: *Eindhovens Dagblad* vom 5. November 1974.

begann van Hoesel anschließend unter dem Namen *Rode Hulp* einen neuen Anlauf. So entschlossen, brutal und fanatisch wie Anfang der 1970er Jahre ging man aber fortan nicht mehr vor.

Um die Zeit des fünfjährigen Bestehens der Stadtguerilla in Westeuropa hatte sich das Klima ziemlich verhärtet. Der BVD hatte Mühe, die politische Gewalttätigkeit – besonders die Aktionen der Molukker – in den Griff zu bekommen.<sup>56</sup> Zum Glück verplapperte sich doch einmal ein Südmolukker, wodurch es dem Nachrichtendienst gelang, am 3. März 1975 eine Aktion zu vereiteln, bei der angeblich beabsichtigt war, Königin Juliana zu entführen. Die Aktion hätte es zweifellos in die Weltpresse geschafft, vorausgesetzt, die Molukker hätten überhaupt den Palast erreicht und die Königin wäre nicht im Skiurlaub gewesen. Obwohl es hier und da Zweifel darüber gab, wie ernst die Entführungspläne genommen werden mussten, erschienen alle Verschwörer vor dem Richter, der die siebzehn Angeklagten zu einer Haftstrafe verurteilte.<sup>57</sup>

Eine Kombination aus zunehmenden Spannungen und der Unfähigkeit des BVD ermöglichte Ende 1975 eine erneute Aktion. Am 2. Dezember kaperten südmolukkische Jugendliche auf der Höhe des in Drente liegenden Dorfes Wijster einen Zug, und als flankierende Aktion wurde zwei Tage später das indonesische Konsulat in Amsterdam besetzt.<sup>58</sup> Der BVD war von beiden Aktionen „überrumpelt“ worden, was die Politik dazu veranlasste, das Funktionieren des Dienstes in Frage zu stellen.<sup>59</sup> Die Zugentführung, in deren Verlauf sich der 23-jährige Gewohnheitsverbrecher Elias Hahury als echter Terrorist entpuppte, kostete letztlich drei Menschen das Leben.<sup>60</sup> Nachdem die Tatbeteiligten die Zugentführung und die Konsulatsbesetzung am 14. bzw. am 19. Dezember freiwillig beendet hatten, wurden alle zu Haftstrafen zwischen 7 und 14 Jahren verurteilt. Hahury verübte drei Jahre später in seiner Zelle in Winschoten Selbstmord.<sup>61</sup> Trotz der Tatsache, dass diese Doppelaktion für niederländische Begriffe ungewohnt blutig war, überwog die Erleichterung, und die niederländische Regierung wurde für ihre Strategie gelobt, die unter der Bezeichnung „Dutch Approach“ berühmt werden sollte.<sup>62</sup> Der „Dutch Approach“ zielte darauf ab, ein gewaltsames Eingreifen zu vermeiden und durch endlose Verhandlungen eine gewaltlose Lösung anzustreben. Bei der Doppelaktion des Jahres 1975 sowie 1970 in Wassenaar erwies sich die Taktik als „erfolgreich“ – auch wenn es insgesamt

---

56 Vgl. ABELS, *Je wilt niet geloven dat zoiets in Nederland kan!*, S. 123; B. DE GRAAF/M. VAN RIEL, *Hansina Uktolseja – Treinkaapster uit Liefde*, in: *Historisch Nieuwsblad* 17 (2008), Bd. 4.

57 Vgl. S. EIKELENBOOM, *Niet bang om te sterven. Dertig jaar terrorisme in Nederland*, Amsterdam 2007, S. 122.

58 Vgl. DE GRAAF, *Theater van de angst*, S. 38–39.

59 Vgl. ENGELN, *Frontdienst*, S. 179.

60 Der Lokomotivführer Hans Braam wurde kurz nach dem Anhalten des Zuges erschossen. Der 22jährige Wehrpflichtige Leo Bulter und Bert Bierling wurden von Hahury exekutiert. Vgl. BOOTSMA, *De Molukse acties*, S. 88–128.

61 Vgl. BOOTSMA, *De Molukse acties*, S. 170.

62 Vgl. hierzu den Text von de Graaf in diesem Sammelband sowie: ABELS, *Je wilt niet geloven dat zoiets in Nederland kan!*

vier Tote gab. Nach den Ereignissen vom Dezember 1975 schenkte die Regierung in Den Haag den Spannungen innerhalb der südmolukkischen Gemeinschaft größere Aufmerksamkeit, und es wurden – ganz im Geiste des niederländischen Poldermodells – mit Hilfe von Mitbestimmungskommissionen Kontakte geknüpft.<sup>63</sup> Dennoch blieb es in der isolierten Gemeinschaft unruhig, weil immer noch nicht ernsthaft über die Anerkennung der RMS gesprochen wurde.

Noch bevor der Terrorismus, denn als solcher wurde die politische Gewalt in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bereits bezeichnet, in den Niederlanden seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte, unternahmen einige Mitglieder der *Rode Hulp* einen letzten Versuch, die Stadtguerilla zu verwirklichen. Nach der Freilassung van Hoesels waren internationale Kontakte zur *Irish Republican Army* (IRA) und zur RAF geknüpft worden, aber Aktionen blieben aus. 1976 bot sich eine Möglichkeit, über die *Popular Front for the Liberation of Palestina* (PFLP) für ein mehrwöchiges Stadtguerillatraining in den Südjemen zu reisen. Was folgte, war jedoch ein enttäuschender Aufenthalt im Wüstensand. Unter der Aufsicht abgebrühter RAF-Terroristen fiel der Groschen endgültig, und die *Rode Hulp*-Mitglieder zogen bei ihrer Rückkehr eine bürgerliche Existenz einem (sinnlosen) Märtyrertod vor. Es gab noch ein allerletztes Durchstarten – man könnte es als ein letztes Aufbäumen bezeichnen – in Form der *Rood Verzetsfront* (Rote Widerstandsfront), aber der Linksradikalismus lag in den Niederlanden insgesamt in den letzten Zügen.

Es waren vor allem die südmolukkischen Jugendlichen, die weiterhin Freund und Feind überraschten. Am 23. Mai 1977 wurden die Niederlande erneut durch eine Doppelaktion aufgeschreckt: eine Zugbesetzung bei De Punt und eine Schulbesetzung in Bovensmilde.<sup>64</sup> Diesmal agierte die niederländische Regierung mit einer bis dahin noch nie da gewesenen Härte: Beide Aktionen wurden am 11. Juni nach fast neunzehn Tagen gewaltsam beendet.<sup>65</sup> Sechs Düsenjäger der Königlichen Luftwaffe läuteten die Befreiungsaktion ein, indem sie tief über den Zug hinwegflogen, woraufhin dieser von speziellen Scharfschützen unter Beschuss genommen wurde. Schließlich stürmten Marinesoldaten der *Bijzondere Bijstandseenheid Mariniers* (BBE-M) den Zug. Sechs der neun Zugentführer und zwei der fünfundvierzig Zugpassagiere überlebten den Kugelhagel nicht – es stellte sich später heraus, dass mehr als 15.000 Schüsse abgefeuert worden waren.<sup>66</sup> Die Zugentführung bei De Punt ging als blutigster Terroranschlag in die niederländischen Annalen ein, und der „Dutch Approach“ gehörte für die niederländische Regierung der Vergangenheit an.<sup>67</sup> Verschiedene Länder (darunter Indonesien und Israel) sandten der niederländischen Regierung aufgrund der Befreiungsaktion ihre Glückwünsche, aber der niederländische Ministerpräsident

---

63 Vgl. EIKELBOOM, *Niet bang om te sterven*, S. 129-130.

64 Vgl. ebd., S. 110.

65 Vgl. U. ROSENTHAL, *Rampen, Rellen, Gijzelingen – Crisisbesluitvorming in Nederland*, Amsterdam 1984, S. 486.

66 Vgl. *Schokkende vierluik over Molukse zaak*, in: *De Telegraaf* vom 6. November 2000.

67 Vgl. ABELS, *Je wilt niet geloven dat zoiets in Nederland kan!*, S. 123.

Joop den Uyl war weniger begeistert und sprach von „einer Niederlage“ und „einer Exekution“.<sup>68</sup> Die Schulbesetzung, bei der hundert Kinder als Geiseln genommen worden waren, wurde gleichzeitig beendet. Und obwohl die Kinder bereits vorher aufgrund einer Lebensmittelvergiftung freigekommen waren, wurde diese Tat, die Geiselnahme von Kindern, als Überschreitung einer moralischen Grenze bewertet. Damit war die Doppelaktion des Jahres 1977 sowohl für Niederländer als auch für Südmolukker inakzeptabel, und die für die freien Südmolukken eintretenden Jugendlichen büßten das letzte bisschen Sympathie ein. Die dringend notwendige Unterstützung durch die eigene Basis bröckelte ab, was das Ende der südmolukkischen Gewalt in den Niederlanden ankündigte.

## Die RAF in den Niederlanden

Im Jahr 1977 erreichte die Gewalt der RAF in Westdeutschland einen beispiellosen Höhepunkt, wodurch auch die Niederlande durch Wildwest-Szenen aufgerüttelt wurden. Am 5. September 1977 wurde Hanns-Martin Schleyer entführt, und der so genannte „Deutsche Herbst“ begann.<sup>69</sup> Auslöser dieses Gewaltausbruchs war die Verurteilung von Baader, Ensslin und Raspe zu lebenslangen Haftstrafen im April des gleichen Jahres. Während des Strafverfahrens hatte eine „zweite RAF-Generation“ versucht, die westdeutsche Regierung zu erpressen und zur Freilassung der ersten RAF-Generation zu zwingen. Faktisch war es bereits seit 1972 bei der blutigen Stadtguerilla zwischen der RAF und den westdeutschen Autoritäten, bei der besonders hochrangige Repräsentanten des Kapitalismus, der staatlichen Organe und des Fahndungsapparats angegriffen wurden, um die Freilassung aller inhaftierten RAF-Mitglieder gegangen.<sup>70</sup> Die Entführung Schleyers erwies sich jedoch als unzureichendes Mittel, die Regierung Helmut Schmidts dazu zu bewegen, Baader, Ensslin und Raspe frei zu lassen. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, wandte sich die RAF an ihre palästinensischen Kameraden von der PFLP, die am 13. Oktober eine Boeing der Lufthansa entführten.<sup>71</sup> Fünf Tage später stürmten deutsche Elitetruppen die entführte Maschine auf dem Flughafen von Mogadischu in Somalia.<sup>72</sup> Sieben Stunden nach dieser Befreiungsaktion wurden im schwer bewachten Gefängnis in Stuttgart-Stammheim die leblosen Körper von Raspe, Baader und Ensslin gefunden. Irmgard Möller

68 Vgl. DE GRAAF/VAN RIEL, *Hansina Uktolseja*.

69 Vgl. M. KNOBBE/S. SCHMITZ, *Terrorjahr 1977. Wie die RAF Deutschland veränderte*, Hamburg 2007, S. 65–66.

70 Vgl. B. DE GRAAF, *Wanneer stoppen terroristen?*, in: DUYVESTYEN/DE GRAAF (Hrsg.), *Terroristen en hun bestrijders*, S. 109.

71 Vgl. KNOBBE/SCHMITZ, *Terrorjahr 1977*, S. 98–100.

72 Die Niederlande hatten nach dem Geiseldrama bei den Olympischen Spielen in München 1972 ähnliche Einheiten aufgestellt. Ein Grund hierfür war das Ausbleiben neuer Befugnisse für die Polizei.

lag lebend, aber schwer verletzt, auf dem Bett.<sup>73</sup> Aus Rache wurde Schleyer am 19. Oktober erschossen.

Die Folgen des „Deutschen Herbstes“ beschränkten sich nicht auf Westdeutschland. Da die Schleyer-Entführung die „größte Treibjagd [auslöste], die jemals stattgefunden hatte“<sup>74</sup>, suchten RAF-Mitglieder auch in den Niederlanden Zuflucht. Aber auch schon vor dem September waren die Niederlande Operationsgebiet dieser deutschen Bewegung gewesen. Im April 1977 trafen sich Ministerpräsident Joop den Uyl, der schwedische Premier Olof Palme und der bundesdeutsche Altkanzler Willy Brandt im Amsterdamer Mariott Hotel. Das *Landelijk Bijstandsteam Terrorismebestrijding* (LBT) hatte Hinweise darauf, dass die RAF für diese Gelegenheit einen Anschlag in Form einer Geiselnahme Brandts vorbereitet hatte.<sup>75</sup> Letztlich wurde die gesamte Aktion von der RAF abgeblasen. Später zeigte sich, dass sich Schleyer während des „Deutschen Herbstes“ auch in einer „konspirativen Wohnung“ in Den Haag aufgehalten hatte. Sein tagelanger Aufenthalt in dieser Wohnung wurde durch eine Schießerei am 19. September gestört. Ein Autoverleih war bei der Vermietung eines Fahrzeugs an Deutsche misstrauisch geworden. Nachdem die Polizei eingeschaltet worden war, zeigte sich, dass das Auto mit einem gefälschten Ausweis gemietet worden war. Bei der Rückgabe des Wagens wurde das RAF-Mitglied Angelika Speitel von drei Polizeibeamten erwartet. Während ihrer Flucht schoss ein unbekannter Mann (wahrscheinlich RAF-Mitglied Knut Folkerts) einen Polizisten nieder.

Unmittelbar nach diesem Zwischenfall wurde Schleyer nach Brüssel gebracht. Eine Woche nach der Schießerei in Den Haag stellte sich heraus, dass Knut Folkerts immer noch in den Niederlanden war. Am 22. September sollte in Utrecht ein Mietwagen von einem Deutschen zurückgebracht werden. Die Polizei und der CRI gingen davon aus, dass wiederum falsche Papiere verwendet worden waren. Der Versuch, den Verdächtigen zu verhaften, war von vielfältigen Fehlern gekennzeichnet und kostete den Utrechter Polizeibeamten Arie Kranenburg das Leben. Folkerts wurde nach der Schießerei verhaftet und in einer schwer bewachten Kaserne des Grenzschutzes untergebracht, da es den niederländischen Behörden vor einer Befreiungsaktion der RAF graute.<sup>76</sup>

Trotz der beiden Schießereien galt bei der Polizei keine erhöhte Einsatzbereitschaft. Als am 10. November zwei RAF-Mitglieder in Amsterdam verhaftet wurden, waren wieder keine Spezialeinheiten vor Ort – obwohl die Wohnung, in der sich die Verdächtigen aufhielten, schon seit Tagen beobachtet worden war und man bereits vermutete, dass es sich um RAF-Mitglieder handeln könnte. Das Einschalten eines Sonderkommandos der Reichspolizei zur Festnahme gefährli-

---

73 Vgl. KNOBBE/SCHMITZ, *Terrorjahr 1977*, S. 135–136.

74 EIKELENBOOM, *Niet bang om te sterven*, S. 180.

75 Vgl. *RAF plande in Utrecht ontvoering Willy Brandt*, in: *NRC Handelsblad* vom 16. August 2007; EIKELENBOOM, *Niet bang om te sterven*, S. 184.

76 Vgl. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF*, S. 11–15.

cher Verdächtiger hätte laut offizieller Angabe zu viel Zeit gekostet.<sup>77</sup> Die Amsterdamer Polizeibeamten, die die Verhaftung durchführten, trugen zwar kugelsichere Westen, aber die Folgen des Einsatzes waren trotzdem gravierend. Drei Polizisten wurden – ebenso wie die beiden RAF-Mitglieder Christof Wackernagel und Gert Schneider – verwundet, da die Verdächtigen sich – als echte Terroristen – bei ihrer Verhaftung gewehrt hatten: Sie warfen sogar noch eine Handgranate auf die Polizisten, als sie bereits niedergeschossen am Boden lagen.<sup>78</sup> Es zeigte sich, dass die niederländische Polizei nicht ausreichend auf diese Art von Aktionen vorbereitet war und im Vergleich zu den westdeutschen Kollegen noch viel zu lernen hatte.<sup>79</sup>

## Fazit

Im Gegensatz zu Westdeutschland gingen die Niederlande ziemlich unversehrt aus den – von einigen Historikern als „Rotes Jahrzehnt“ bezeichneten – 1970er Jahren hervor. Zwar wurde die Gesellschaft durch Bombenanschläge, Geiselnahmen und Schießereien aufgeschreckt, aber deren Anstifter befanden sich nach 1977 auf dem Rückzug. Mehr noch: Die einzigen radikalen Gruppierungen, die aus dem Erbe der Studentenproteste auf eigenem Boden entstanden waren, die *Rode Jeugd* bzw. die *Rode Hulp*, waren bereits 1977 ausgeblutet. Die Gruppe der *Vrije Molukse Jongeren* (Freie Molukker Jugend), nach der blutigen Aktion bei De Punt konfus und geschwächt, verübte zwar 1978 noch eine (tödliche) Geiselnahme, die drei Anführer konnten jedoch innerhalb von 24 Stunden durch Marinesoldaten überwältigt werden. Der aus Westdeutschland herübergewehrte RAF-Terrorismus war auch noch einmal in verhängnisvoller Weise aktiv. An der Grenze bei Kerkrade wurden 1978 zwei niederländische Zollbeamte bei einer Schießerei getötet. Zwar waren die Niederlande danach nicht von politischer Gewalt und Terrorismus erlöst, aber die durch die Reform- und Protestbewegung inspirierte Gewalt stagnierte nach 1977, um dann durch die Hintertür der Geschichte zu verschwinden. Nicht nur für revolutionäre Träumer, wie die Mitglieder der *Rode Jeugd*, sondern auch den für die freien Südmolukken kämpfenden Jugendlichen und die RAF erwies sich Gewaltanwendung nicht als probates Mittel in ihrem Kampf, Politik und Gesellschaft ihre (grotesken) Ziele aufzuzwingen. Bei der RAF dauerte es allerdings noch bis in die 1990er Jahre, bis man zu dieser Einsicht gelangte. Um diese Zeit gab es wieder eine Reihe anderer gewalttätiger Gruppierungen, die sich selbst mit ihren Idealbildern radikalisierten.

Die Erklärung für das Ende der politischen Gewalt in den Niederlanden ist in einer Kombination verschiedener Faktoren zu suchen. Zum einen hatte die Politik gemäßigt auf die radikale Gewalt reagiert – im Gegensatz zu Westdeutsch-

77 Vgl. *Bijzondere bijstandseenheden krijgsmacht ingezet*, Archief C. Werkman, *De ANP-berichtgeving over de gijzelingen in De Punt en Bovensmilde van 23 mei t/m 11 juni 1977 inclusief het rechtbankverslag* (1977), Inventarnr. 54, IISG in Amsterdam.

78 Vgl. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF*, S. 20–26.

79 B. DE GRAAF, *Wanneer stoppen terroristen?*, S. 112.

land begünstigte der Staat die Radikalisierung nicht durch die Ankündigung repressiver Maßnahmen. Zudem war die niederländische Regierung zurückhaltend bei der Anwendung von Gewalt – und als diese dann im Kontext der Zugenführung bei De Punt doch zum ersten Mal mit tödlicher Präzision eingesetzt wurde, handelte es sich um eine Entscheidung, die durch die öffentliche Meinung in den Niederlanden unterstützt wurde. Bei der Frage der Freien Molukker Jugend ist die Tatsache wichtig, dass diese Gruppierung ihren Kredit bei der eigenen Basis verspielte, als sie 1977 Kinder als Geiseln nahm. Eine solche Basis, die bei der Fortsetzung des Kampfes von essentieller Bedeutung ist, haben die *Rode Jeugd* und die *Rode Hulp* nie besessen. Der Linksradikalismus bestand in den Niederlanden aus kleinen, politisch und sozial isolierten Grüppchen, die aller Wahrscheinlichkeit nach nie mehr als einige Dutzend Aktivisten umfasst haben. Gegen Ende der 1970er Jahre war überdies von der Streitbarkeit nicht mehr viel übrig. Das führt uns zur letzten Erklärung für das Ende des gewalttätigen Radikalismus in den Niederlanden: Auch Radikale und Terroristen können zur Einsicht kommen.

Im Rückblick kann man feststellen, dass sich das wahre Erbe der 68er erst nach 1977 offenbarte. Erst anschließend wuchsen sich die so genannten „sozialen Bewegungen“ zu Massenbewegungen aus. Die Mitglieder der neuen sozialen Bewegungen hatten zwar bisweilen Ideale, die sich mit denen der Terroristen deckten (gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichheit), sie strebten diese jedoch mit anderen Mitteln an – sie warfen unter anderem nicht mit Molotowcocktails herum. Ihr Ziel war es, die bestehenden politischen Parteien zu beeinflussen und in der Gesellschaft ein Bewusstsein zu schaffen. Sie wandten hierzu in der Hauptsache konventionelle (Einreichen von juristischen Klagen, Lobbyarbeit sowie öffentliche Tribunale und Anhörungen) und demonstrative Mittel (Straßenproteste und Unterschriftenaktionen) an.<sup>80</sup>

Angehörige der „neuen Mittelschicht“ fühlten sich – nicht zuletzt durch die Verschiebung im Wertemuster von materiellen zu immateriellen (postmaterialistischen) Werten – dazu berufen, als Initiatoren die bestehende Unzufriedenheit zu mobilisieren oder Mitglieder neuer sozialer Bewegungen zu werden.<sup>81</sup> Im Mittelpunkt des neuen Wertemusters standen Dinge wie persönliche Entfaltung und Lebensqualität.<sup>82</sup> Die Ideen und Methoden der neuen sozialen Bewegungen waren nicht zuletzt deshalb sehr populär, weil es eine große Vielfalt an Bewegungen gab – jede gesellschaftliche Gruppierung konnte eine eigene Bewegung starten. Die weitaus größte unter ihnen war die Friedensbewegung, die von weiten Teilen der Gesellschaft getragen wurde und die zudem auf die politische Unterstützung verschiedener wichtiger Parteien (PvdA, CDA, D66, PPR, PSP und

---

80 Vgl. J.W. DUYVENDAK u.a., *Tussen verbeelding en macht – 25 jaar nieuwe sociale bewegingen in Nederland*, Amsterdam 1992, S. 255.

81 Vgl. W. VAN NOORT, *Bevlogen bewegingen. Een vergelijking van de anti-kernenergie-, kraak- en milieubeweging*, Amsterdam 1988, S. 250–266.

82 Vgl. DUYVENDAK u.a., *Tussen verbeelding en macht*, S. 11–12.

CPN) zählen konnte.<sup>83</sup> Anfang der 1980er Jahre, beim Protest gegen die *Cruise Missiles*, befand sich die Friedensbewegung auf ihrem Höhepunkt: 1981 zogen 400.000 Menschen durch Amsterdam, und 1983 waren in Den Haag 550.000 Menschen auf den Beinen. Im Gegensatz zu den linksradikalen Bewegungen aus den 1970er Jahren konnten die neuen sozialen Bewegungen das politische System in den Niederlanden dauerhaft prägen, indem sie sich Zugang zu den traditionellen politischen Parteien verschafften.<sup>84</sup> Die vorhandenen Rahmen und Institutionen mussten für die Verwirklichung der Ideale nicht buchstäblich in die Luft gejagt werden, wie es die *Rode Jeugd* noch verkündet hatte.

---

83 Vgl. H. VAN DER LOO/E. SNEL/B. VAN STEENBERGEN, *De Alternatieve opmars?: nieuwe sociale bewegingen in cultuurinnovierend perspectief*, Utrecht 1984, S. 171.

84 Vgl. VERBIJ, *Tien Rode Jaren*, S. 37.



## Der Kampf gegen den Terror: die Niederlande und Deutschland im Vergleich\*

Welche Strategien wurden in den Niederlanden und in Deutschland in den 1970er Jahren im Kampf gegen den Terrorismus verwendet? Welche Ergebnisse wurden hierbei auf beiden Seiten der Grenze erzielt? Auf der Grundlage dieser Ausgangsfragen folgt im Rahmen dieses Beitrages die Beschäftigung mit einem besonders ereignisreichen Jahrzehnt in der Geschichte beider Länder.<sup>1</sup> Die Geschehnisse rund um den Kampf gegen die aufkommende politische Gewalt bieten dabei auch einen guten Einblick in die damalige politische Kultur in den zwei Nachbarstaaten: Während beispielsweise in den Niederlanden Fragen der inneren Sicherheit eine eher geringe Bedeutung beigemessen wurde, standen diese in Deutschland über viele Jahre ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Im Folgenden soll ein Blick auf den Prozess der politischen Entscheidungsfindung, die Festsetzung politischer Programme und die Schaffung einer politischen und öffentlichen Basis für die Terrorismusbekämpfung geworfen werden. Die zwei hierbei untersuchten Staaten bilden ein interessantes Gegensatzpaar: auf der einen Seite eine gefestigte und auf der anderen Seite eine junge Demokratie; auf der einen Seite ein Staat, in dem viele Befugnisse dezentral geregelt sind, auf der anderen Seite ein Staat mit zentral ausgerichteten Strukturen; auf der einen Seite ein Land, in dem auf den ersten Blick wenig Aufsehenerregendes passierte, auf der anderen Seite ein Land, in dem sich die dramatischen Ereignisse phasenweise überschlugen. Der auf die 1970er Jahre gerichtete Fokus ermöglicht es, das Vorgehen gegen den Terrorismus zum einen aus einer relativen historischen Nähe heraus und zum anderen mit einem „sicheren“ historischen Abstand zu untersuchen.

Unter dem Begriff „Terrorismus“ wird hier alles das verstanden, was in jenen Jahren *von den Autoritäten* als „Terrorismus“, „Terror“ oder „Terrorataten“ aufgefasst wurde. Die gängige akademische Definition ist von dem Terrorismus-Experten Alex Schmid formuliert worden: „Terrorism refers on the one hand to a doctrine about the presumed effectiveness of a special form or tactic of fear-generating, coercive political violence and, on the other hand, to a conspiratorial practice of calculated, demonstrative, direct violent action without legal or moral

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

1 Dieser Artikel basiert auf der Untersuchung *Theater van de angst. De strijd tegen terrorisme in Nederland, Duitsland, Italië en Amerika* (Amsterdam 2010), die in angepasster Form auch auf Englisch unter dem Titel *Evaluating Counterterrorism Performance. A Comparative Study* (London/New York 2011) erschienen ist. Zum Thema des Beitrags sei auch verwiesen auf: B. DE GRAAF/B. DE GRAAFF, *Bringing politics back in. The introduction of „the performative power“ of counterterrorism*, in: *Critical Studies on Terrorism* 3 (2010), Nr. 2, S. 263–277.

restraints, performed for its propagandistic and psychological effects on various audiences and conflict parties.“<sup>2</sup> Es ist zu bedenken, dass die Entscheidung darüber, ob etwas als „unlawful“ und „terroristisch“ beschrieben wird, stets vom jeweiligen Ort, von der jeweiligen Zeit und von der jeweiligen Sichtweise beeinflusst wird. Terrorismus lässt sich als komplexes Phänomen somit nicht in einer abgeschlossenen und universell gültigen Definition einfangen. Er ist vielmehr eine politische Angelegenheit, und damit ein „essentially contested concept“<sup>3</sup>. Das deutet bereits auf einen wichtigen Punkt hin, der im vorliegenden Beitrag aufgezeigt werden soll: Wie unterschiedlich nämlich zwei Länder mit durchaus vergleichbaren politischen Gewalttaten umgingen. Dieses Erkenntnisinteresse führt zu der Frage nach den Entscheidungsprozessen in zwei Ländern, die „ihre“ politische Gewalt sehr unterschiedlich definierten und beantworteten. Hingewiesen sei an dieser Stelle darauf, dass die Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik im Rahmen dieses Beitrags weniger ausführlich behandelt wird als die in den Niederlanden, da vor allem die Geschichte der RAF als bekannt vorausgesetzt werden kann.<sup>4</sup>

## Der Weg zu einem nationalen Vorgehen in den Niederlanden (1970–1973)

In der Literatur über die Geschichte der Terrorismusbekämpfung in den Niederlanden wird oftmals auf den „Dutch approach“ verwiesen. Im Allgemeinen ist damit eine Politik gemeint, die vor allem auf die Vermeidung von Gewalt und die Integration radikalen Protests in das bestehende System ausgerichtet ist.<sup>5</sup> Kommt es wirklich zu gewaltsamen Aktionen, ist man bestrebt, den Schaden so

2 A. SCHMID, *Handbook of Terrorism Research*, London 2009.

3 W.E. CONOLLY, *The terms of political discourse*, 3. Auflage, Princeton 1993, S. 10. Vgl. hierzu auch: A. SCHMID, *Terrorism. The definitional problem*, in: *Journal of International Law* 36 (2004), Nr. 1, S. 375–420.

4 Siehe hierzu u.a.: S. AUST, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, München 2008; B. PETERS, *Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF*, Berlin 2004; W. KRAUSHAAR (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, 2 Bde., Hamburg 2006. Ausführlich über die Entscheidungsfindungsprozesse im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik hat der Historiker Matthias Dahlke publiziert: M. DAHLKE, *Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland*, München 2006; Ders., „Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft“. *Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), Nr. 4, S. 641–678; Ders., *Der blinde Fleck. Transnationaler und nationaler Terrorismus auf dem Weg zum „Deutschen Herbst“*, in: J.-H. KIRSCH/A. VOWINCKEL (Hrsg.) *Zeitgeschichte-online, Thema: Die RAF als Geschichte und Gegenwart*, Mai 2007, online unter: [http://www.zeitgeschichteonline.de/zol/portals/\\_rainbow/documents/pdf/raf/dahlke\\_dbf.pdf](http://www.zeitgeschichteonline.de/zol/portals/_rainbow/documents/pdf/raf/dahlke_dbf.pdf), eingesehen am 2. September 2008.

5 Vgl. P. ABELS, „*Je wilt niet geloven dat zoiets in Nederland kan*“. *Het Nederlandse contraterrorisme beleid sinds 1973*, in: I. DUYVESTEYN/B. DE GRAAF (Hrsg.), *Terroristen en hun bestrijders. Vroeger en nu*, Meppel/Amsterdam 2007, S. 123.

weit wie möglich zu begrenzen, indem man Zeit schindet und verhandelt.<sup>6</sup> Es ist die Frage, ob es eine solche Strategie der Schadensbegrenzung tatsächlich gab und – wenn ja – ob es sich hierbei um eine bewusste Regierungsentscheidung handelte. Die gewählte Herangehensweise basierte jedenfalls nicht auf Unerfahrenheit mit dem Phänomen Terrorismus: Zwischen 1969 und 1978 fanden verschiedene Bombenanschläge, Geiselnahmen, Schießereien und andere terroristische Zwischenfälle statt. Insgesamt kamen dabei sechzehn Menschen ums Leben, darunter sechs Terroristen. Auffallend ist die Tatsache, dass die Serie von Geiselnahmen und Anschlägen, mit denen die Niederlande in den 1970er Jahren konfrontiert wurden, zunächst und in der Hauptsache eine Angelegenheit von Polizei und Justiz war. Von diesen wurden die gewählten Schritte am liebsten ohne großes Aufsehen erledigt.<sup>7</sup>

Den Anfang bildeten Protestaktionen südmolukkischer Jugendlicher. Diese hatten schon ab 1966 mit politischen Aktivitäten, Demonstrationen und dem Einsatz von Molotow-Cocktails die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Situation der molukkischen Minderheit in den Niederlanden lenken wollen. Nach der Unabhängigkeit Indonesiens waren ihre Eltern 1951 als Soldaten im Dienst des niederländischen Kolonialheers in die Niederlande gekommen. Dort wurden rund 12.500 molukkische Soldaten aus dem Dienst entlassen und gemeinsam mit ihren Familien in Lagern untergebracht. Während die Generation ihrer Eltern die stille Hoffnung gehegt hatte, einmal an ihren Geburtsort auf den Gewürzinseln zurückkehren zu können, wollte die radikale Jugendbewegung die niederländische und die indonesische Regierung mit Gewalt auf ihre Verantwortung für den Verlust ihrer Heimat hinweisen. Am 31. August 1970, am Tag vor dem Staatsbesuch des indonesischen Präsidenten Hadji Mohammed Suharto in den Niederlanden, drangen 33 junge Männer in die Residenz des indonesischen Botschafters ein und nahmen die Anwesenden als Geiseln. Sie wollten so die niederländische und die indonesische Regierung dazu zwingen, ihr Ideal einer unabhängigen Republik der Südmolukken ernst zu nehmen und ein Gespräch mit ihrem Exilpräsidenten, Johannes Manusama, zu führen. Nach nur einem Tag ergaben sich die Molukker. Während des Überfalls erschossen sie den Polizeihauptwachtmeister Hans Molenaar, der für die Haager Polizei bei der Residenz in Wassenaar patrouillierte.

Eine Serie weiterer Zwischenfälle mit terroristischem Charakter führte in den darauffolgenden Monaten innerhalb der Justiz zu ersten Versuchen, die Aufdeckung und Verfolgung solcher Taten zu zentralisieren. Außer den südmolukkischen Jugendlichen waren Anfang der 1970er Jahre in den Niederlanden (wie auch andernorts in Europa) palästinensische Kommandos aktiv. Bereits im September 1969 hatten zwei Palästinenser – darunter ein 15-jähriger Junge, der sich als Soldat der Palästinensischen Befreiungsfront bezeichnete – eine Handgranate auf die Wohnung des israelischen Botschafters in Den Haag geworfen.

---

6 Vgl. hierzu: P. KLERKS, *Terreurbestrijding in Nederland, 1970–1988*, Amsterdam 1989, S. 41.

7 Vgl. KLERKS, *Terreurbestrijding in Nederland, 1970–1988*, S. 30.

Dieser Anschlag wurde jedoch in den Medien aufgrund der mangelnden Erfahrung mit diesem Phänomen nicht als terroristischer Anschlag reflektiert.<sup>8</sup> Am 14. März 1971 sprengten palästinensische Kommandos der Al Fatah in Rotterdam einen Öltank des Gulf-Konzerns in die Luft. Im August 1971 wurde eine Niederländerin (unbekannten Namens) auf dem Flughafen von Tel Aviv mit explosiven Substanzen gefasst, die vermutlich aus palästinensischen Kreisen stammten, und am 5. Februar 1972 verübte ein Kommando der Al Fatah in Ravenstein und Ommen Anschläge auf Gasanlagen, die einen Schaden von gut einer Million Gulden verursachten.

Fast zeitgleich begann zudem die maoistische Stadtguerilla-Gruppe Rote Jugend (*Rode Jeugd*) in Amsterdam und Eindhoven für Unruhe zu sorgen.<sup>9</sup> Sie führte verschiedene gewalttätige Aktionen durch, bei denen großer Sachschaden verursacht wurde, jedoch keine Todesopfer zu beklagen waren. 1971 sprengten Mitglieder der Roten Jugend das Auto des Eindhovener Polizeipräsidenten J. Odekerken in die Luft. Die Gruppe schickte darüber hinaus Drohbriefe (unter anderem an Außenminister Norbert Schmelzer), bewarf Beamte mit Molotowcocktails und setzte in Amsterdam das Amerika-Institut in Brand.<sup>10</sup>

Diesen drei Formen politischer Gewalt (die südmolukkischen Aktionen, die von den palästinensischen Kommandos verübten Anschläge und die Aktivitäten der Roten Jugend) kam in dem Bedrohungsszenario, das die mit dem Kampf gegen den Terror betrauten Personen zeichneten, immer wieder eine wichtige Bedeutung zu.<sup>11</sup> Anlässlich der ersten Bombenanschläge, Bombenmeldungen und Drohungen beschloss die Versammlung der Oberstaatsanwälte im September 1971, sich regelmäßig gemeinsam mit den Polizeidirektoren des Justiz- und des Innenministeriums sowie dem Leiter der niederländischen Staatsschutzbehörde (*Binnenlandse Veiligheidsdienst*, BVD) über die aktuelle Terrorismusbedrohung zu beraten.<sup>12</sup> Diese Beratungen erhielten 1972 den Namen Amtliche Lenkungsgruppe Terroristische Aktionen (*Ambtelijke Stuurgroep Terroristische Acties*, ASTA).<sup>13</sup> Der neue Aufgabenbereich führte allerdings zunächst nicht zu großen

---

8 Vgl. *Arabische kinderen wierpen granaten*, in: *De Telegraaf* vom 9. September 1969; *Verwarring over granaatwerper*, in: *De Telegraaf* vom 10. September 1969; *Granaatwerper Ali El-Attar*, in: *De Telegraaf* vom 12. September 1969.

9 Siehe hierzu den Text von Maarten van Riel in diesem Band sowie: M. VAN RIEL, *Zaterdagmiddagrevolutie. Portret van de Rode Jeugd*, Amsterdam 2010.

10 Vgl. KLERKS, *Terreurbestrijding in Nederland, 1970–1988*, S. 217 f.; S. EIKELBOOM, *Niet bang om te sterven. Dertig jaar terrorisme in Nederland*, Amsterdam 2007, S. 141–148; F. DEKKERS/D. DIJKSMAN, *'n Hollandse stadsguerrilla. Terugblik op de Rode Jeugd*, Amsterdam 1988.

11 Vgl. beispielsweise: JUSTIZMINISTER VAN AGT, *Antwoord op de vragen ter voorbereiding van een openbare commissievergadering, Rijksbegroting voor het dienstjaar 1973*, Kapitel VI Justitie, Nr. 14, HTK, Sitzung 1972–1973, 12.000, S. 1–3.

12 Vgl. *Notulen van de vergadering van Procureurs-Generaal, fgd. Directeuren van Politie met het Hoofd van de Binnenlandse Veiligheidsdienst in het Ministerie van Justitie op 23 september 1971*, RA 1972/001. Archief Ministerie van Justitie, Den Haag.

13 Ebd., S. 172–176.

organisatorischen Veränderungen innerhalb der Polizei- und Sicherheitsdienste – erst 1985 erhielt der BVD eine zentrale Terrorismus-Abteilung. Der Leiter der Staatsschutzbehörde, A. Kuipers, interessierte sich in den 1970er Jahren mehr für die traditionellen Sicherheitsaufgaben im Rahmen des Kalten Krieges.<sup>14</sup>

Nach den Bombenanschlägen auf die Gasverteilungsstationen im Februar 1972 tat das Justizministerium nicht viel mehr, als den Rotterdamer Polizeikommissar J.A. Blaauw einzuschalten. Die Hinzuziehung eines Polizeikommissars machte deutlich, in welche Richtung die nationale Strategie zur Terrorismusbekämpfung gehen würde. Blaauw betrachtete terroristische Anschläge – im Kontext jener Zeit vor allem Bombenanschläge und Geiselnahmen – als strafbare Handlungen, die in Zukunft durch einen verstärkten Einsatz von Personal und Geldern verhindert, aufgedeckt und bestraft werden müssten. Er riet dem Minister daher, Erkenntnisse im Zusammenhang mit internationalen terroristischen Organisationen – insbesondere in Bezug auf die palästinensische Widerstandsorganisation Al Fatah – zentral zu sammeln und in Zukunft von den von seinem Team gesammelten Informationen und Erkenntnissen Gebrauch zu machen. Zudem präsentierte er im Juni 1972 unter dem Titel *90 Tipps für den Bombenalarm* einen nationalen Leitfaden für Polizeikorps.<sup>15</sup>

Der Anschlag während der Olympischen Spiele in München unterstrich Blaauws Einschätzung, nach der die niederländischen Polizeikorps überhaupt nicht auf Anschläge oder Geiselnahmen vorbereitet waren. In der Nacht vom 4. auf den 5. September 1972 nahm das Palästinenserkommando „Schwarzer September“ neun israelische Sportler als Geiseln. Bei ihrem Abzug mit drei Helikoptern kam es auf dem Münchener Flughafen zwischen den Terroristen und der deutschen Polizei zu einem schweren Feuergefecht. Alle Sportler kamen um, von den Geiselnehmern überlebten drei das Drama. Die Geiselnahme und ihre Beendigung wurden weltweit live im Fernsehen verfolgt. In den Niederlanden gab es eine starke historische Solidarität mit dem Staat Israel und eine heftige Abscheu gegenüber dem Verhalten der Terroristen. Am 8. September stellten Abgeordnete der konservativ-liberalen VVD im Parlament Fragen, die sich unter anderem auf den Stand der Vorbereitungen für solche Tattaten in den Niederlanden richteten.<sup>16</sup> Der Justizminister kündigte sogleich an, dass „auf Flughäfen Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung von Flugzeugentführungen und Anschlägen auf Flugzeuge“ ergriffen würden und dass auch „die Bewachung von Objekten wie Botschaftsgebäuden“ geregelt werde.<sup>17</sup>

Der dramatische Verlauf der Geiselnahme in München trug dazu bei, dass die Regierung Blaauws frühere Empfehlungen ernst nahm und aufgriff. Der Ministe-

---

14 Vgl. D. ENGELEN, *Frontdienst. De BVD in de Koude Oorlog*, Amsterdam 2007, S. 170.

15 Ebd., S. 92-93 und S. 196.

16 *Vragen van de leden Geurtsen, Berkhouwer en Porthoine*, 8. September 1972, HTK, Sitzung 1972–1973. Appendix, Nr. 705, S. 1415.

17 Unmittelbar nach den Ereignissen in München wurden alle Flugzeuge der Lufthansa auf Schiphol zusätzlich bewacht. Vgl. *Politie bewapend op Schiphol*, in: *Trouw* vom 12. September 1972.

rialdirektor für öffentliche Ordnung und Sicherheit im Innenministerium ging mit einigen hohen Beamten am 19. September 1972 der Frage nach, wer für die Koordination von Maßnahmen gegen Terroraktionen verantwortlich sei. Auf der Grundlage seines Memorandums kamen am 26. September der Premierminister, die Minister für Justiz, Inneres und Verteidigung, der Leiter der Staatssicherheit, der Generalsekretär des Justizministeriums, einige hohe Beamte des Verteidigungsministeriums und ein Berater des Premierministers zusammen, um über eine niederländische Strategie zur Terrorabwehr zu sprechen. Hierbei kam man zu dem Schluss, dass die Verantwortung für diesen Bereich beim Justizminister liege, der in enger Abstimmung mit dem Innen- und dem Verteidigungsminister, dem Ministerpräsidenten sowie den Ministern, deren Politikgebiet vom einem eventuellen terroristischen Anschlag betroffen wäre, handeln sollte. Das Vorgehen im Fall eines Anschlags sei in erster Linie eine Aufgabe der Polizei. Diese müsse daher auch durch eine Einheit von Präzisionsschützen, eine Einheit für den Nahkampf und eine Kompanie der Panzerinfanterie (für die Abriegelung und Absicherung des „Unglücksortes“) verstärkt werden – es handelt sich hierbei um Vorschläge, die Blaauw bereits gemacht hatte. Um ein strategisches *fact finding* sollte sich dann der Staatsschutz kümmern. Die bereits genannte hochkarätige Amtliche Lenkungsgruppe des Justiz- und des Innenministeriums (nach 1972 wurden auch immer häufiger Vertreter des Verteidigungsministeriums einbezogen), die ASTA, sollte dann die Politik unter Berücksichtigung „hier und andernorts“ bereits begangener terroristischer Anschläge weiter vorbereiten.<sup>18</sup>

Ministerpräsident Barend Biesheuvel präsentierte dem Parlament im Februar 1973 die erste nationale Strategie der Niederlande zur Terrorbekämpfung. Er hielt bei diesem Anlass fest: „Die Regierung käme ihrer Verpflichtung nicht nach, wenn sie nicht die Möglichkeit in Betracht zöge, dass sich Erscheinungen terroristischer Natur, wie sich diese hierzulande bereits ereignet haben, wiederholen werden. Sie hält eine kraftvolle Bekämpfung solcher Erscheinungen für geboten.“<sup>19</sup> In diesem „Terrorbrief“, wie die Notiz genannt wird, tauchten die Empfehlungen der interministeriellen Kommission vom 26. September 1972 wieder auf. Der Minister kündigte an, zur Verhinderung und Bekämpfung terroristischer Aktionen eine Einheit für den Nahkampf sowie eine Scharfschützeinheit ins Leben zu rufen. Die amtliche Lenkungsgruppe innerhalb des Justizministeriums solle die Politik auf höchster Beamtenebene zentral gestalten und für die Koordination sorgen. Damit war die erste nationale Strategie der Niederlande bekanntgemacht worden. Ein bemerkenswertes Merkmal dieser Strategie

18 Vgl. *Conclusies van de bespreking over overheidsmaatregelen tegen terreuracties, gehouden in het ministerie van Algemene Zaken op dinsdag 26 september 1972 van 14.00 tot 16.00 uur*, RA 1972/001. Siehe auch: EIKELENBOOM, *Niet bang om te sterven*, S. 197–198. Es waren nicht, wie Eikelenboom schreibt, sieben, sondern zwölf Personen versammelt, da Generalsekretär Mulder (Justizministerium), J.M. De Graaf, D.M. Ringnalda, Generalleutnant W. van Rijn und ein Sekretär ebenfalls anwesend waren.

19 HTK, *Brief van de minister-president, minister van Algemene Zaken, 22. Februar 1973. Rijksbegroting voor het dienstjaar 1973*, 12.000, Nr. 11.

war, dass mit ihr keine neue Gesetzgebung verbunden war, auch nicht, nachdem im Laufe der 1970er Jahre weitere tödliche Anschläge folgten. Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, konnten allesamt in die bereits bestehende Gesetzgebung eingefügt werden, insbesondere in das Polizeigesetz von 1957 und die Strafprozessordnung.<sup>20</sup> Damit gab der „Terrorbrief“ die Tonart für die niederländische Terrorismusbekämpfung in den nachfolgenden Jahren vor.

### Der „Terrorbrief“: Zurückhaltung und Geschlossenheit (1973–1975)

Bei der Untersuchung der niederländischen Politik zur Terrorabwehr in den 1970er Jahren fällt auf, dass die verantwortlichen Minister und Beamten ihre Aktivitäten so weit wie möglich vor der Öffentlichkeit und sogar vor der politischen Arena abschirmten. Die Presse wurde gemieden, und parlamentarische Anfragen waren ebenfalls nicht willkommen. Terrortaten sollten in erster Linie auf gewaltlose Weise bekämpft werden – mit Hilfe von Informations- und Sicherheitsdiensten, Verhaftungen oder Verhandlungen. Wenn es sein musste, schreckte die Regierung nicht vor dem Einsatz von Spezialeinheiten zurück: Molukker in Assen, Lunteren oder Capelle aan den IJssel wurden mit bewaffneten Einsätzen, Hausdurchsuchungen und gewalttätigen Räumungen konfrontiert. Lokale Polizeikommandanten, insbesondere Polizeipräsident Odekerken aus Eindhoven, scheuten sich zudem nicht, Polizeihunde gegen Demonstrationen der Roten Jugend einzusetzen. Solche Aktionen wurden allerdings so weit wie möglich begrenzt.

Sowohl das Parlament als auch die Medien berücksichtigten bei allen kritischen Bemerkungen in hohem Maße die Wünsche, die sich in diesem Zusammenhang aus den Sicherheitsbestimmungen der Regierung ergaben. Anfangs boten die Rundfunkanstalten VPRO, KRO und AVRO der Roten Jugend noch ein Podium.<sup>21</sup> Aktivisten der Gruppe hatten im Sommer 1971 einige Male die Gelegenheit, ihre Standpunkte über das Radio zu verkünden. „Wenn es nötig ist, Menschen zu vernichten oder zu liquidieren, dann wird die Rote Jugend nicht davor zurückschrecken, dies zu tun“, so ein Mitglied in einer Sendung des linksorientierten VPRO.<sup>22</sup> In der Sendung *Televizier* der weltanschaulich neutralen Rundfunkanstalt AVRO erschienen zudem die beiden „unkenntlich gemachten“ Schattenrisse der Anführer der Roten Jugend, Theo Engelen und Lucien van Hoesel, im Bild.<sup>23</sup> Justizminister Dries van Agt und die Staatsanwaltschaft berieten am 6. August 1971, wie sie die Rundfunkgesellschaften dazu bewegen könnten, in Zukunft dieser „terroristischen, geschulten Organisation“ weniger Auf-

---

20 Dritter Bericht der ASTA, 8. Juni 1976, RA 1972/001.

21 *Kopie van bandopname van uitzending in KRO-echo op woensdag 28 juli 1971*, Archiv Bezirksgericht 's-Hertogenbosch, 1970–1979 (2366) BHIC.

22 *Interview VPRO op 30 juli 1971*, Archiv Bezirksgericht 's-Hertogenbosch, 1970–1979 (2366) BHIC.

23 Vgl. DEKKERS/DIJKSMAN, *'n Hollandse stadsguerrilla*, S. 37.

merksamkeit zu schenken.<sup>24</sup> Danach war es tatsächlich mehr oder weniger vorbei mit den Radio- und Fernsehinterviews – obgleich *Vrij Nederland* am 7. August 1971 erneut eine harte Aussage aufzeichnete: „Jemanden um die Ecke zu bringen ist in unserer Ideologie völlig selbstverständlich.“<sup>25</sup> Ab 1972 musste sich die Rote Jugend dann allerdings in erster Linie mit den bescheidenen Publikationskanälen eigener Machart begnügen.<sup>26</sup> Auch in späteren Jahren behielt der Justizminister eine gewisse Kontrolle über die Medien. So gelang es dem Justizministerium, den Namen des neuen Generalstaatsanwalts, der 1974 mit der Terrorismusbekämpfung betraut wurde, R.A. Gonsalves, geheim zu halten. Zwar wurde der Name den Chefredakteuren aller Zeitungen und Rundfunksender in einem Brief mitgeteilt, sie wurden jedoch gebeten, seine Identität um seiner persönlichen Sicherheit willen nicht bekannt zu machen. Daran hielten sie sich auch.<sup>27</sup>

Die in den Niederlanden praktizierte Politik der Zurückhaltung und der intensiven Vernetzung hatte zur Folge, dass die Krisen- und Entscheidungszentren, die über den Einsatz der so genannten Antiterrorereinheiten bestimmten, mit zu vielen unterschiedlichen Befugnissen konfrontiert wurden. Das Innenministerium konkurrierte mit dem Justizministerium, die nationale Regierung mit den vor Ort befindlichen Entscheidungsträgern. Die Richtlinien und Rundschreiben waren nicht überall bekannt. Es gab keine formalen Regelungen zur Lösung eventueller Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Instanzen, und die hierarchischen Linien waren nicht immer verfassungskonform. Zuweilen behielten daher Bemühungen, die eigenen Kompetenzen zu schützen, die Oberhand. So weigerte sich der Amsterdamer Polizeipräsident Toorenaar im September 1975, die Ermittlungsarbeiten im Zusammenhang mit einer – nach einem Hinweis der Staatssicherheit – vereitelten Entführung des Warschau-Expresses durch Syrier palästinensischer Abstammung Generalstaatsanwalt Gonsalves zu übertragen und das überregionale *Landelijk Bijstandsteam Terreurbestrijding* zu der Angelegenheit hinzuzuziehen. Als im Dezember 1975 südmolukkische Jugendliche den indonesischen Generalkonsul in Amsterdam als Geisel genommen hatten, passierte in den ersten Stunden der Geiselnahme zunächst überhaupt nichts – Grund hierfür war ein Streit über die Frage, ob der Bürgermeister oder der Oberstaatsanwalt die Führung über das Entscheidungszentrum hat.<sup>28</sup> Die

24 *Verslag van bespreking ten departement op 6 augustus 1971, betreffende de Rode Jeugd te Eindhoven*, Archiv Bezirksgericht 's-Hertogenbosch, 1970–1979 (2366) BHIC.

25 D. VAN DE POL, *De Rode Jeugd van Eindhoven kondigt de stadsguerrilla aan. „Iemand om zeep helpen is in onze ideologie volkomen vanzelfsprekend“*, in: *Vrij Nederland* vom 7. August 1971.

26 Wie beispielsweise dem eigenen *Rode Jeugd katern*. Im Übrigen war die überregionale Organisation der Roten Jugend, insbesondere Henk Wubben, ebenfalls nicht besonders froh über die große Medienkampagne. Er fand das Risiko zu hoch und war der Ansicht, es sei tatsächlich besser, eigene Texte zu produzieren statt Interviews zu geben. Vgl. DEKKERS/DIJKSMAN, *'n Hollandse stadsguerrilla*, S. 37.

27 R.A. GONSALVES/G.J. VERHOOG, *Mr. Gonsalves. Memoires*, Utrecht 1999, S. 180.

28 Vgl. GONSALVES/VERHOOG, *Mr. Gonsalves*, S. 183–188.



Verhältnisse erweisen sich auch in anderen Fällen als überaus kompliziert: Während der molukkischen Geiselnahmen der Jahre 1975 und 1977 mussten die betroffenen Bürgermeister und Kommissare der Königin akzeptieren, dass sie dem Oberstaatsanwalt untergeordnet waren, während sie normalerweise autonom handeln konnten.<sup>29</sup>

Schließlich wurden diese Probleme „pragmatisch“ gelöst. Parteipolitische Gräben spielten bei den Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung kaum eine Rolle. Nicht die Politiker saßen am Verhandlungstisch, sondern die Beamten und die Sicherheitsexperten. Die auftretenden Konflikte entstanden nicht durch parteipolitische Friktionen, sondern durch Dissonanzen zwischen den zentralen Behörden auf der einen und den provinziellen und lokalen Autoritäten auf der anderen Seite, die genau im Auge behielten, ob ihre Interessen und ihre Autonomie auf dem Gebiet von Sicherheit und Ordnung keinen Schaden erlitten. Andere Spannungen wurden durch unterschiedliche Herangehensweisen der Sicherheits- und Polizeidienste verursacht.

Nach 1973 versuchte das progressive Kabinett unter dem Sozialdemokraten Joop den Uyl, dem allgemeinen Ruf der Gesellschaft nach mehr politischer Klarheit Rechnung zu tragen, was zu einer stärkeren Politisierung führte. Das gewachsene politische Interesse am Thema Terrorismus vereinfachte die Kontrolle, Koordination und Evaluation der Maßnahmen im Kampf gegen den Terror jedoch nicht und machte diese auch nicht transparenter. Die in diesem Bereich tätigen Akteure zogen sich einfach weiter in ihre regionalen und sektoralen Bastionen zurück. Was sie wollten, geschah. Ob dies mit harter Hand oder mit Umsicht passierte, hing sowohl von der Gewalttätigkeit der Terroristen als auch von den Ansichten des Polizeipräsidenten oder Bürgermeisters vor Ort ab. Dadurch blieben Politik und Diskurs – allen nationalen Richtlinien und Maßnahmen zum Trotz – bruchstückhaft. Es ist sogar fraglich, ob man in dieser Periode angesichts der geringen Intensität und Dauer sowie des geringen Umfangs der öffentlichen Debatte zu diesem Thema überhaupt von einem nationalen Terrorismusdiskurs sprechen kann.

### Eine Serie terroristischer Gewaltakte (1975–1977)

Am 2. Dezember 1975 hielten sieben molukkische Jugendliche den Nahverkehrszug von Groningen nach Zwolle auf der Höhe des in Drenthe liegenden Dorfes Wijster an. Sie forderten, dass sich die Niederlande bei der indonesischen Regierung für eine freie Republik der Südmolukken einsetzen sollten. Sie schossen den Lokführer, Hans Braam, nieder und exekutierten später, als die niederländische Regierung nicht schnell genug auf ihre Forderungen einging, noch zwei Passagiere, Leo Bulter und Bert Bierling. Am 4. Dezember besetzte eine andere Gruppe von Molukkern als flankierende Aktion das indonesische Konsulat in Amsterdam. Erst am 14. Dezember ergaben sich die Zugentführer – es hat-

---

29 Vgl. KLERKS, *Terreurbestrijding in Nederland, 1970–1988*, S. 41–43.

te begonnen zu frieren, was die Lage der Entführer und Passagiere im Zug immer unerträglicher machte. Überdies schien die indonesische Regierung mit Repressionen gegen Familienangehörige auf den Molukken zu drohen. Eine Delegation südmolukkischer Führungspersonen unter der Leitung des Exilpräsidenten Manusama konnte die Entführer schließlich zum Verlassen des Zuges überreden. Am 19. Dezember ergaben sich auch die Besetzer des Konsulats, nachdem ihnen ein Gespräch zwischen Manusama und der niederländischen Regierung zugesagt worden war. Die molukkischen Zulentführer wurden wegen zweifachen Mordes und Totschlags zu einer vierzehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die Konsulatsbesetzer erhielten jeweils eine Haftstrafe von sieben Jahren.<sup>30</sup>

Die Regierung befand sich während und nach der Entführung vom Dezember 1975 in einem Dilemma. Bis 1975 hatte das Kabinett nicht darüber nachgedacht, anlässlich terroristischer Taten den Notstand auszurufen. Selbst die 1972 vom Generalsekretär des Justizministeriums geäußerte Idee eines „Mini-Notstands“ war sogleich verworfen worden. Gleichwohl sprachen die Minister während der Zulentführung vom Dezember 1975 öffentlich über die Schaffung einer Institution für „erhöhte Wachsamkeit im Land.“<sup>31</sup> Auch die öffentliche Meinung war um diese Zeit herum empfänglicher für die terroristische Bedrohung geworden. In Rotterdam wurde am 5. Dezember spontan ein Aktionskomitee zur Förderung eines Antiterrorismusgesetzes gegründet. Noch am gleichen Tag sammelte dieses Komitee in der Rotterdamer Einkaufsstraße *Lijnbaan* 1.550 Unterschriften.<sup>32</sup> Nach Beendigung der Geiselnahme war die Aufregung dann allerdings auch rasch wieder vorüber. Im Gegensatz zu Westdeutschland, wo die zweite Generation der RAF-Terroristen die Bevölkerung noch jahrelang in Angst und Schrecken versetzte, kehrte die Ruhe in den Niederlanden somit rasch wieder zurück.

Es entstand in der Folgezeit in den Niederlanden in linken Kreisen sogar eine Art Gegenreaktion gegen das Verhalten der deutschen Sicherheitsorgane. Während des Stammheimprozesses der Jahre 1975 bis 1977 nahm die Besorgnis bezüglich der Entwicklung des deutschen Rechtsstaats zu – eine Besorgnis, die durch die damals in den Niederlanden weit verbreiteten Ressentiments gegen die ehemaligen Besetzer zusätzliche Nahrung erhielt. Aktivistengruppen und einige Anwälte gründeten in den Niederlanden ein Solidaritätsnetzwerk für die gefangenen RAF-Mitglieder und organisierten Demonstrationen gegen das vermeintliche Aufkommen eines Polizeistaats bei den Nachbarn im Osten. Nach dem Selbstmord der RAF-Gründerin Ulrike Meinhof am 9. Mai 1976 in dem schwer bewachten „Supergefängnis“, das speziell für die RAF-Mitglieder in Stuttgart-Stammheim eingerichtet worden war, erschien in niederländischen Tageszeitungen eine Art Todesanzeige, in der eine Gedenk- und Protestdemonstration ange-

30 Vgl. P. BOOTSMA, *De Molukse acties. Treinkapingen en gijzelingen 1970–1978*, Amsterdam 2000, S. 79–174.

31 Vgl. *Kabinet bespreekt instelling „verhoogde waakzaamheid“*, in: *NRC Handelsblad* vom 5. Dezember 1975. Zur Gründung dieser Institution kam es letztlich doch nicht.

32 Vgl. *Rotterdams actiecomité Anti-terroristenwet. Veel bijval ontvangen*, in: *NRC Handelsblad* vom 5. Dezember 1975. Siehe auch: *Terrorisme verheugt de roep om „bijzondere maatregelen“*, in: *NRC Handelsblad* vom 10. Dezember 1975.

kündigt wurde. Linke Publizisten fühlten sich an das Ende der Weimarer Republik erinnert und betrachteten die RAF in ihrem Widerstand gegen einen allmächtigen Staat als *underdog*.<sup>33</sup> Erst nachdem es in den Niederlanden 1977 Schießereien mit flüchtigen RAF-Mitgliedern gegeben hatte, bei denen der Polizist Arie Kranenburg ums Leben kam und einige andere Polizeibeamten (schwer) verwundet wurden, schmolz die Sympathie für die RAF dahin.<sup>34</sup> Der antiwestdeutsche Reflex verschwand jedoch nicht völlig (siehe unten) und beeinflusste weiterhin die Debatte über die Terrorismusbekämpfung.

Im Jahr 1977 sorgten auch die Molukker wieder für Aufregung. Einige Gruppen von Jugendlichen waren frustriert über die gewaltsame Räumung des molukkischen Viertels in Vaassen im Oktober 1976. Zudem waren die radikalen Jugendlichen der Meinung, dass die Regierungskommissionen, die 1975 und 1976 eingesetzt worden waren, um die Integrationspolitik für die Molukker anzukurbeln und ihnen mehr Mitsprache einzuräumen, lediglich ein Trostpflaster seien. Sie fanden, dass die Regierung und ihre eigene Führung lediglich damit beschäftigt seien, die molukkische Bevölkerung zu beschwichtigen.<sup>35</sup> Neun junge Molukker aus Bovensmilde und Assen nahmen daher am 23. Mai 1977 in Groningen die Insassen eines Zuges in Geiselhaft, während vier ihrer Freunde eine Schule in Bovensmilde besetzten und 105 Schulkinder und 5 Lehrkräfte festhielten. Drei Wochen später, am 11. Juni, bereiteten Spezialeinheiten beiden Aktionen ein Ende. Sechs Geiselnahmer und zwei Passagiere verloren während der Erstürmung des Zuges und der Schule ihr Leben.<sup>36</sup>

Nach dem Geiseldrama verhärtete sich das gesellschaftliche Klima. Im Juni 1977, also unmittelbar nach der Geiselnahme, hatte immer noch fast ein Drittel der niederländischen Bevölkerung Verständnis für die Molukker und ihr Schicksal.<sup>37</sup> Die molukkische Gemeinschaft wurde jedoch zunehmend mit Blick auf die Aktionen für schuldig gehalten – besonders, als 1978 erneut eine Geiselnahme stattfand: Drei molukkische Jugendliche besetzten das Gebäude der Provinzverwaltung in Assen und schossen zwei Geiseln nieder. Der Raumplaner Ko de Groot wurde vor ein Fenster gesetzt und kaltblütig ermordet. Der Abgeordnete J. Trip wurde während der Erstürmung des Gebäudes von den Geiselnahmern niedergeschossen und erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Dieses Mal

33 Vgl. hierzu den Beitrag von Jacco Pekelder in diesem Band. Siehe darüber hinaus: J. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland, 1970–1980*, Amsterdam 2007, S. 81–101 und S. 317–319; J.C. HESS/F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969–1980*, Den Haag 1982, S. 38; F. Wielenga, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000, S. 366 ff.

34 Am 1. November 1978 eröffneten zwei flüchtige RAF-Mitglieder zudem an der Grenze bei Kerkrade das Feuer auf die beiden Zöllner Johannes Goemans und Dionysius de Jong. Beide kamen ums Leben.

35 Vgl. H.M.A.G. SMEETS/F. STEIJLEN/I. KLINKERS, *In Nederland gebleven. De geschiedenis van Molukkers*, Amsterdam 2006, S. 252–254.

36 Vgl. BOOTSMA, *De Molukse acties*, S. 193–352.

37 Vgl. *NIPO Bericht*, Nr. 1852; A.P. SCHMID u.a., *Zuidmoluks terrorisme, de media en de publieke opinie*, Amsterdam 1982, S. 61.

sprach sich die molukkische Gemeinschaft klar gegen Gewalt aus, diese müsse nun ein Ende haben. Die Molukker hätten inzwischen kollektiv begriffen, dass weitere Aktionen sie ihrem Ideal nicht näher brächten und ihre Lage in den Niederlanden nur verschlechterten. Es habe genug Tote gegeben.<sup>38</sup> Die neue Regierung unter dem Christdemokraten Dries van Agt hatte überdies verdeutlicht, dass man in Zukunft hart vorgehen werde.<sup>39</sup> Um diese Zeit herum (1977/78) hatte die terroristische Gewalt in den Niederlanden jedoch ihren Höhepunkt schon wieder überschritten. Die faktische Umsetzung eines solchen „sehr harten Vorgehens“ konnte daher nicht mehr unter Beweis gestellt werden.

### Der „Dutch Approach“: ein „weicher“ Ansatz?

Die in den Niederlanden in den 1970er Jahren durchgeführte Politik zur Bekämpfung des Terrorismus kann insgesamt nicht als nachgiebig charakterisiert werden. Mit dem „offenen Charakter unserer Gesellschaft“, der nicht beschädigt werden dürfe, wie es im „Terrorbrief“ hieß, war nicht vorrangig gemeint, dass sich die Regierung liberal oder tolerant verhalten müsse. Diese „offene Gesellschaft“ wurde hier terroristischen Aktionen gegenübergestellt, die die öffentliche Ordnung störten und die Rechtsordnung verletzten. Terroristische Taten seien Straftaten, denen Polizei und Justiz mit erhöhter Anstrengung entgegentreten müssten. Van Agts Beamte und die Versammlung der Oberstaatsanwälte hatten sich dabei intern wiederholt für ein hartes und deutliches Auftreten ausgesprochen. Charakteristisch für die Präsentation der durchgeführten Maßnahmen war – und darauf beruht wahrscheinlich deren spätere Interpretation als nachgiebig – die Tatsache, dass die Bevölkerung nicht mobilisiert wurde. Es wurden keine Horrorszenarien ausgemalt, und es wurde auch keine politische Hexenjagd auf die betreffenden Organisationen, Bevölkerungsgruppen oder politischen Bewegungen eröffnet. Im Gegenteil: Die Vereitelung von Anschlägen wurde geheim gehalten, und Maßnahmen wurden so weit wie möglich innerhalb von Beratungskommissionen besprochen, die aus hohen Beamten der Staatsanwaltschaft, der Polizei und des Justizministeriums bestanden.<sup>40</sup> Der Parlamentarier Aad Kosto (PvdA) meinte nicht zu Unrecht einigermaßen empört, die gesamte Frage der neuen Antiterrorismus-Einheiten sei lediglich rein zufällig ans Licht gekommen.

Die Praxis, Maßnahmen gegen den Terror regierungsseitig nicht zu kommunizieren, wandelte sich ein wenig nach dem Amtsantritt des neuen, links-progressiven Kabinetts unter Joop den Uyl im Mai 1973. Zwar änderte sich in Bezug auf die Ausführung der Maßnahmen kaum etwas, aber den Uyl rückte das gewählte Vorgehen in der Außendarstellung in ein anderes Licht. Im Gegensatz

38 SCHMID u.a., *Zuidmoluks terrorisme, de media en de publieke opinie*, S. 353–376.

39 Vgl. BOOTSMA, *De Molukse acties*, S. 286–295.

40 Siehe beispielsweise die Ministerratsprotokolle vom 8. September 1972 (Nr. 5730, Nationaal Archief, Den Haag) und KLERKS, *Terreurbestrijding in Nederland, 1970–1988*, S. 50–53.

zu seinem Vorgänger, dem pragmatischen, ordnungsliebenden Biesheuvel, oder seinem Nachfolger, dem sich selbst als tatkräftig präsentierenden van Agt, war Premierminister den Uyl viel besorgter über das gewalttätige Image, das der Einsatz von Spezialeinheiten zur Folge haben könnte. Das bedeutete nicht, dass er nicht „hart“ auftreten konnte. Zwar ließ den Uyl die Spezialeinheiten nicht eingreifen, als drei Mitglieder der japanischen Roten Armee vom 13. bis einschließlich zum 17. September 1974 die französische Botschaft in Den Haag besetzten, wobei sie den Botschafter und zehn weitere Personen als Geiseln nahmen. Der Grund hierfür bestand jedoch darin, dass diplomatischer Druck Frankreichs und andere internationale Aspekte ein bewaffnetes Eingreifen heikel machten. Überdies hatten die Terroristen sich dermaßen verschanzt, dass ein Eingriff auch große physische Risiken mit sich gebracht hätte.<sup>41</sup> Die Geiselnahme endete dann auch mit weitreichenden Konzessionen gegenüber den Terroristen (Freilassung ihres Kollegen Yutaka Furuya durch Frankreich, freier Abzug mit einer französischen Boeing und 300.000 Dollar Lösegeld) und der Freilassung der Geiseln.<sup>42</sup>

Einen Monat später, am 26. Oktober 1974, zeigte den Uyl jedoch, dass er zu einem harten Vorgehen bereit war: Vier Inhaftierte, darunter der palästinensische Terrorist Adnam Achmad Nuri, der bei einer Flugzeugentführung im gleichen Jahr festgenommen war, und der algerische Räuber Mohammed Kadouche, der in Rotterdam verhaftet worden war, hatten in der Kapelle des Gefängnisses in Scheveningen die Mitglieder des Sonntagschors (22 Menschen) als Geiseln genommen. Nach vier Tagen stürmte eine Spezialeinheit der Marinesoldaten den Gebetsraum und befreite die Geiseln. Dabei gab es weder Tote noch Verwundete.<sup>43</sup> Diese Aktion vollzog sich jedoch so schnell und die Bewertungen waren so eindeutig („böse Gefangene wollen raus“), dass ein Eingreifen auf der Hand lag. Den Uyl brauchte sich hier nicht vor einer Imageschädigung in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu fürchten. Anders verhielt es sich wiederum, wenn Südmolukker beteiligt waren. Während der südmolukkischen Aktionen im Dezember 1975 ließ den Uyl die Spezialeinheiten ungeachtet der Tatsache, dass die Geiselnahme bereits zwei Passagiere exekutiert und auch den Lokführer erschossen hatten, nicht den Zug angreifen.<sup>44</sup> Der Ministerpräsident hatte seine

---

41 Vgl. *Bericht des Ministerpräsidenten Joop den Uyl an den Vorsitzenden der Zweiten Kammer, Den Haag am 20. September 1974*, im Haager Stadtarchiv – Gemeentebestuur 1953-1976, Nr. 2957. Siehe hierzu auch: F. VAN ES, „*Met het vizier op scherp*“. *Een onderzoek naar het optreden van de Haagse politie en de BVD bij drie gijzelingsacties in de beginjaren zeventig*, unveröffentlichte Masterarbeit, Universität Utrecht 2006.

42 Vgl. E. MULLER, *Gijzelingen, aanslagen en ontvoeringen in Nederland – Terrorisme en politieke verantwoordelijkheid*, Arnheim 1994, S. 168–173; EIKELENBOOM, *Niet bang om te sterven*, S. 98–106.

43 Vgl. *de Volkskrant* vom 27. Oktober 1974; MULLER, *Gijzelingen, aanslagen en ontvoeringen in Nederland – Terrorisme en politieke verantwoordelijkheid*, S. 196–202.

44 Ein dritter Passagier war ebenfalls niedergeschossen worden, konnte aber später entkommen, da er sich tot gestellt hatte. Zum Handeln den Uyls und des damaligen Jus-

Hoffnung auf Verhandlungen zwischen den Geiselnern und den südmolukischen Anführern gesetzt. Tatsächlich gelang es den Letztgenannten schließlich, die Aktivisten zum Verlassen des Zuges zu überreden.

Nach den Terroraktionen der Jahre 1974 und 1975 suchte den Uyl aktiver nach einer öffentlichen Basis für seine Politik des Verhandeln, in deren Rahmen ein gewaltsames Eingreifen nur allerletztes Mittel war, wobei er negative Hinweise auf den Nachbarn im Osten nicht scheute. So grenzte er die niederländische Politik von der Art und Weise ab, in der Terroristen in Westdeutschland eingesperrt, neue Gesetze gemacht und speziell gesicherte Gefängnisse („Superkerker“) gebaut wurden. Daraus sprach politisches Kalkül, aber auch eine niederländisch-chauvinistische Empörung über das Verhalten der Deutschen. Den Uyl wollte den Terrorismus zwar bekämpfen, aber nicht auf die „deutsche“ Art und Weise. Im Gegensatz zu manchen seiner Parteigenossen war er nicht der Ansicht, die Bundesrepublik entwickle sich in Richtung eines Polizeistaates, aber er machte noch im September 1977 (zwei Tage, nachdem das RAF-Mitglied Knut Folkerts in Utrecht den Polizeibeamten Arie Kranenburg erschossen hatte) in einem Fernsehinterview ernste Bemerkungen zur „massiven Machtdemonstration der Polizei“. Er äußerte bei dieser Gelegenheit: „Es ist die Frage, wie weit man für die Atmosphäre der Freiheit, Liberalität und auch Verletzbarkeit, die der Demokratie zu eigen ist, gehen kann und darf, ohne diese Atmosphäre preiszugeben.“<sup>45</sup> Unter den Uyl entstand demnach ein komplexeres Gefüge von Gegensätzen: Die eigene Identität, „der offene Charakter der Gesellschaft“, wurden im Rahmen der Terrorismusbekämpfung nicht nur von den Straftaten abgegrenzt, die die Terroristen verübten, sondern auch in Relation zur Herangehensweise der Nachbarn im Osten gesetzt. Während das Kabinett Biesheuvel noch auf die Schaffung von Scharfschützeneinheiten in Frankreich, Belgien und Westdeutschland als Vorbild hingewiesen hatte, distanzierte sich den Uyl nun gerade von solchen Maßnahmen. Der „Dutch Approach“ sei in erster Linie auf Verhandlungen und eine friedliche Beendigung terroristischer Taten ausgerichtet, und der Einsatz von Gewalt sei nur als *Ultima Ratio* gedacht. Der Rechtsstaat sollte ganz gewiss nicht angepasst werden.

Diese Meinung fand sich auch in vielen Kommentaren der linksliberalen Medien.<sup>46</sup> Nach Meinung des Historikers Jacco Pekelder spielte dabei um 1975 nicht nur die Angst vor einem Wiederaufleben „faschistischer“ Tendenzen eine Rolle, vielmehr habe es sich dabei auch um ein Unbehagen über die weitreichende staatliche Kontrolle der Gesellschaft mit Hilfe moderner und totalitärer

---

tizminister van Agt siehe auch die entsprechenden Passagen in: A. BLEICH, *Joop den Uyl 1919–1987. Dromer en doordouwer*, Amsterdam 2008.

45 C. LABEUR u.a., *Interview met minister-president Joop den Uyl*, in: *Hier en nu*, NCRV, 24. September 1977. Archief Beeld en Geluid Hilversum, Nr. M58499. Die Aussage wird zitiert in: MARTENS, „*Geen kans voor Baader Meinhof*“, S. 51–53.

46 Aber auch in der Tageszeitung *de Volkskrant* wurde auf die Einschränkung von Freiheitsrechten und die Gefahren der Antiterrormaßnahmen des westdeutschen Staates für die Demokratie hingewiesen. Vgl. HESS/WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem?*

Sicherheitssysteme gehandelt, wie sie in den kommunistischen Diktaturen zum Teil bereits verwirklicht gewesen sei.<sup>47</sup> Der Journalist Henk Hofland sprach in diesem Zusammenhang in der *Haagse Post* von einem „Loerdersstaat“ – einem Staat auf der Lauer, in dem die „Gesellschaft durch das gegenseitige Spionieren und die gegenseitige Kontrolle beherrscht wird, durch die gegenseitige Überprüfung auf geringste Symptome politisch abweichenden Verhaltens.“<sup>48</sup> Frank Kuitenbrouwer, Journalist des *NRC-Handelsblad*, fragte in diesem Kontext rhetorisch: „Was für eine Art von Gesellschaft wollen wir uns antun?“<sup>49</sup>

Erst nach dem Amtsantritt des neuen Kabinetts unter dem Christdemokraten Dries van Agt im Jahr 1977 begann dieses Bild sich zu verändern: Die Regierung berücksichtigte zunehmend den nach 1975 lauter zu hörenden Ruf nach härteren Maßnahmen und einer speziellen Gesetzgebung zur Terrorabwehr. Da neue Geiseldramen nach 1978 ausblieben, kam es – wie bereits erwähnt – nicht zu diesen neuen Maßnahmen. Das Thema Terrorismus verschwand in der Folgezeit wieder sowohl von der öffentlichen als auch von der politischen Tagesordnung. Dies trug dazu bei, dass der „Mythos“ vom wenig repressiven und liberalen „Dutch Approach“ auch nach 1978 weiterlebte.

### Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik: „Die Demokratie muss bewaffnet sein“

Bei einer Untersuchung der deutschen Entscheidungsfindungsprozesse im Kontext der Terrorismusbekämpfung fällt vor allem auf, dass erst relativ spät eine zentrale Strategie entwickelt wurde. Obgleich die erste Generation der Roten Armee Fraktion (RAF) schon zwischen 1970 und 1972 aktiv war und das Geiseldrama von München das Thema Terrorismus im September 1972 auf die Tagesordnung setzte, dauerte es nämlich bis nach der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz im Februar/März 1975, bis eine nationale Strategie zur Terrorismusbekämpfung formuliert wurde.<sup>50</sup> Vorher konzentrierte sich die Bekämpfung militanter Gruppierungen auf Städte wie Frankfurt am Main, München und (West-)Berlin, wobei die lokale Polizei und die Landeskriminalämter (LKA) die Initiative ergriffen. Im Visier hatte man dabei ausschließlich linksrevolutionäre terroristische Bewegungen – in erster Linie die RAF, daneben aber auch verwandte Gruppierungen, wie die Bewegung 2. Juni – sowie, in geringerem Umfang, den von Palästinenserkommandos verübten Terrorismus. Dabei bestimmten Propaganda, Medienhysterie und Ereignispolitik den Ton.

47 Vgl. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF*.

48 H.J.A. Hofland, *De loerdersstaat*, in: *HP* vom 1. Oktober 1977.

49 Die Aussage stammt aus einem Fernsehinterview, vgl. J. MARTENS, „*Geen kans voor Baader Meinhof*“. *De Rote Armee Fraktion op de Nederlandse radio en televisie, 1968–1979*, Diplomarbeit im Fach Geschichte, Universität Amsterdam 2004, S. 58.

50 Vgl. K. WEINHAEUER, *Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 225.

Bis 1975 versuchte die Regierung, das Thema „Terrorismus“ nicht allzu hoch auf die politische Tagesordnung zu setzen. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, der in der nach 1977 entstandenen Bildformung meist als tatkräftig dargestellt wurde, blieb in Wirklichkeit während der Krise eher zurückhaltend. Erst nachdem die Opposition dem Kabinett Unfähigkeit und Nachgiebigkeit gegenüber den Terroristen vorwarf, wurde die Regierung Schmidt aktiv. Das Bundeskriminalamt erhielt nun auch überregional im Bereich der Terrorabwehr die polizeilichen Befugnisse. Die Basis hierfür und für die Bekämpfung des revolutionären Terrorismus war breit: Ständig bedrängte die Opposition die Regierung, noch härtere Maßnahmen zu ergreifen und gröbere Geschütze aufzufahren.

Die große Unruhe, die in der Bevölkerung nach den Morden an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und dem Bankier Jürgen Ponto sowie der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer im Jahr 1977 ausbrach, verlieh den Diskussionen über die Politik zur Terrorismusbekämpfung eine eigene Dynamik, durch die sich die sozialliberale Regierung ständig gezwungen sah, in punkto Tatkraft, Wahrung der Ordnung sowie Unbeugsamkeit mit der Opposition Schritt zu halten. Diese *moral panic* in der Bundesrepublik ist eine Geschichte für sich.<sup>51</sup> Es waren nicht nur oder in erster Linie die regierenden Politiker, die für diese Dramatik verantwortlich waren. Auch wenn der lenkende Einfluss der Oppositionsparteien CDU und CSU nicht unterschätzt werden darf, reagierten auch sie zum Teil auf äußerst rabiate Stimmen aus der Bevölkerung, die in vielen Briefen und Petitionen laut wurden, in denen die Einführung verschiedener harter Maßnahmen verlangt wurde. Auch die Polizeigewerkschaften forderten größere Vollmachten und waren 1975 hartnäckig gegen die Verhandlungen mit den Lorenz-Entführern.

Zwischen dem 5. September und dem 19. Oktober 1977 versetzte die Entführung Schleyers die Bundesrepublik in höchsten Alarmzustand. Neben den Sondergesetzen zum Terrorismus, die schon seit 1974 eingeführt worden waren, kamen nun noch einmal zusätzliche Bestimmungen hinzu, die – mit den Worten Wolfgang Kraushaars – in einen zwar „nicht erklärte[n], aber in mancherlei Hinsicht praktizierte[n] Ausnahmezustand“<sup>52</sup> mündeten (Einschränkung von Freiheitsrechten und weitreichende Befugnisse für die ausführende Gewalt). Diese Entwicklung begann mit der Einführung eines Krisenrates, der faktisch wie eine verkappte Allparteienregierung auftrat. Am 29. September beschloss dieser Rat, ein Kontaktsperregesetz einzuführen – eine völlige Informations- und Kontakt-

51 Für eine ausführliche Untersuchung des Diskurses und der „moral panic“ im Jahr 1977 siehe: H. BALZ, *Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat: Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren*, Frankfurt a.M./New York 2008.

52 W. KRAUSHAAR, *Die Untoten der Bonner Republik. Vermächtnis der RAF*, in: *Spiegel Online*, 5. September 2007., online unter: <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,503966,00.html>, eingesehen am 2. September 2008. Vgl. auch ders., *Der nicht erklärte Ausnahmezustand. Staatliches Handeln während des sogenannten Deutschen Herbstes*, in: Ders. (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, S. 1.011–1.025.



blockade für die in Stammheim einsitzenden Gefangenen –, das bereits in Kraft war, bevor es nachträglich innerhalb weniger Stunden vom Bundestag angenommen wurde. Nach Aussage einiger Juristen, die daran beteiligt waren, war noch niemals ein Gesetz so schnell durch das Parlament getrieben worden.<sup>53</sup>

Vielen Politikern ging dies noch nicht weit genug. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß schlug sogar vor, als Vergeltungsmaßnahme für die Geiselnahmen „jede Stunde einen [der RAF-Häftlinge] zu exekutieren“ – ein Vorschlag, der womöglich seinen Ursprung in dem in jener Zeit oft gehörten Spruch „Buback, Ponto, Schleyer – der nächste ist ein Bayer“ hatte. Zudem war Strauß zum Zeitpunkt der Äußerung wahrscheinlich etwas angetrunken. Es gab jedoch auch andere, die solche Vorschläge machten, sogar Generalbundesanwalt Kurt Rebmann dachte über sie nach.<sup>54</sup> In einem Telefonat mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing am 13. September 1977 seufzte Bundeskanzler Schmidt vor diesem Hintergrund, die öffentliche Meinung befinde sich in Westdeutschland in einem „schrecklichen Zustand“: Von allen Seiten, sogar von Politikern, werde von ihm verlangt, Geislerschießungen an den inhaftierten Terroristen vorzunehmen. Er wolle aber keinerlei Zweifel daran lassen, dass er die Verfassung und die Rechtsordnung strikt einhalten werde. Er stünde aber unter starkem Druck überwiegend seitens der Opposition, aber auch aus dem eigenen Lager und aus weiten Kreisen parteipolitisch nicht gebundener Bürger.<sup>55</sup>

So war Schmidts Herangehensweise unter den vorgeschlagenen „Lösungen“ sogar noch die gemäßigtste. Er suchte die Basis für seinen Ansatz gerade in der „Gemeinsamkeit der Demokraten“. Damit verwies er auf das nach 1945 in der Bundesrepublik übernommene Konzept der „streitbaren Demokratie“. Dieses Konzept besagte, dass die Bundesrepublik eine konstitutionelle Demokratie sei, dass sie über die Macht verfüge, jede mögliche Bedrohung dieser demokratischen Ordnung abzuwehren, und dass sie entsprechende Maßnahmen auch anzuwenden habe.<sup>56</sup> Die Demokratie und der Rechtsstaat mussten geschützt werden – darum ging es Schmidt. Daher wies er auch alle Vorschläge, die nicht dem Grundgesetz entsprachen (neben der bereits erwähnten Todesstrafe machten auch andere Vorschläge für Vergeltungsmaßnahmen gegen RAF-Gefangene oder sogar Familienmitglieder die Runde), rigoros zurück. Solche Notmaßnahmen hätten seiner Meinung nach eine „moralische Spaltung des Volkes“ zur

---

53 Interview mit Joachim Lampe, Karlsruhe, 29. Juni 2006; Interview mit Gerd Harms, Abteilungsleiter des Staatsschutzreferats des Justizministeriums (1974–1978) und Staatsanwalt in Karlsruhe (1978–1987), Detmold, 24. März 2006.

54 Vgl. K. WIEGREFE, *Schrecklicher Zustand*, in: *Der Spiegel* vom 3. März 2008, S. 68. Für mehr Dokumente und Protokolle aus dieser Zeit siehe: INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE (Hrsg.), *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1977*, 2 Bde., München 2008.

55 Vgl. ebd.

56 Vgl. K. MANNHEIM, *Diagnosis of Our Time. Wartime Essays of a Sociologist*, London 1943; K. LOEWENSTEIN, *Militant Democracy and Fundamental Rights*, in: *American Political Science Review* (1937), S. 417–433 und S. 638–658.

Folge. Sein Kanzleramtschef Manfred Schüler äußerte sich zu derartigen Vorschlägen noch deutlicher, indem er sie als „Schnapsidee“ betitelte.<sup>57</sup>

Es ist allerdings bemerkenswert, dass Schmidts Skrupel in Bezug auf das Grundgesetz und sein demokratischer Eifer nicht erkannt wurden. Das Bild, das im In- und Ausland vom Auftreten der Regierung entstand, wurde doch in erster Linie durch die Fernsehaufnahmen der bewachten Festung Stammheim, von der gewaltsamen Befreiung der Geiseln, von der Preisgabe des Lebens von Hanns-Martin Schleyer und vom Selbstmord der RAF-Anführer bestimmt. Schmidt hatte in seinem Handeln seine Regierung und die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich – dies bedeutete jedoch nicht, dass nicht gehörige Zweifel an der deutschen Demokratie geäußert werden konnten.<sup>58</sup> Die RAF-Sympathisanten und -Helfer fachten diese Zweifel bewusst an, um neue Anschläge und Rekrutierungskampagnen zu untermauern und zu rechtfertigen. Die Tatsache, dass die Entscheidungen zur Bekämpfung des Terrorismus von der gesamten Regierung getragen wurden, wurde von linken Kritikern im In- und Ausland nicht als Zeichen für Demokratie gedeutet, sondern vielmehr als Bedrohung eben dieser Demokratie. Aber auch in den Parteien der Mitte gab es Sorge oder Unbehagen über den Zustand des Rechtsstaats in Deutschland.<sup>59</sup> Die Reformierte Kirche der Niederlande schickte beispielsweise sogar eine offizielle Delegation, um die Prozesse gegen die RAF einmal genauer in Augenschein zu nehmen.

In seiner Erforschung der politischen Reaktionen auf das Drama von München versucht der Historiker Dahlke, die öffentliche Unruhe in der Bundesrepublik mit der unter anderem von Charles S. Maier, Arnulf Baring und Karl Dietrich Bracher postulierten „Tendenzwende“ zwischen 1972 und 1974 zu erklären. Zu dieser habe auch gehört, dass die Bevölkerung den Glauben an Reformen verloren habe.<sup>60</sup> Verursacht durch wirtschaftliche Strukturkrisen, die internationalen Beziehungen und die Ankündigung ökologischer Katastrophen für die nahe Zukunft habe sich eine Abkehr von aktiven Reformen und eine Hinwendung zu einem reaktiven Krisenmanagement vollzogen. Vor diesem Hintergrund sei es wegen wirtschaftlicher Reformen, der neuen Ostpolitik und des Kurses der Bundesrepublik insgesamt zu einer scharfen Polarisierung zwischen „links“ und „rechts“ gekommen. Die Terroranschläge der RAF verstärkten Dahlke zufolge diese Polarisierung und die vorherrschende Krisenstimmung. Die Nervosität, mit

---

57 Vgl. G. BÖNISCH/K. WIEGREFE, *Massive Gegendrohung*, in: *Der Spiegel*, Nr. 37/2008, S. 48–53.

58 Vgl. R. WASSERMANN, *Sicherung oder Aushöhlung des Rechtsstaates?*, in: J. AUGSTEIN u.a. (Hrsg.), *Terrorismus contra Rechtsstaat*, Darmstadt/Neuwied 1976, S. 125–162.

59 Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, S. 391 ff.

60 Vgl. A. BARING, *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949–1999*, Stuttgart 1999, S. 234; K.-D. BRACHER, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre*, in: K.-D. BRACHER/W. JÄGER/W. LINK (Hrsg.), *Republik im Wandel, 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart 1986, S. 285; C. MAIER, *Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era*, in: *American History Review* (2000), Nr. 105, S. 807–831; DAHLKE, *Der Anschlag auf Olympia '72*, S. 98–99.

der in den 1970er Jahren auf Terroranschläge reagiert wurde, sowie der Ruf nach einem härteren Vorgehen müssen seiner Meinung nach dann auch als eine Folge jener strukturellen und moralischen Krisen betrachtet werden.<sup>61</sup>

Aber es ging um mehr als um derartige allgemeine Krisenerscheinungen des Westens. In der BRD klammerten sich die Bürger in unsicheren Zeiten besonders an die bewährte Sicherheit des Staates. Auch linksliberale Politiker und Wähler mäßigten während des Deutschen Herbstes ihre Kritik am Verhalten von Polizei und Justiz im Kampf gegen den Terrorismus – einerseits aus Angst, als „Terrorismus-Sympathisanten“ abgestempelt zu werden, andererseits aus einer authentischen Identifikation mit der Republik und der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ heraus. Alle Lager betrachteten den Staat als Garanten gegen ein Abgleiten in Unordnung und Chaos. Im Vergleich zu anderen damaligen Demokratien, wie den Niederlanden oder den Vereinigten Staaten, fallen vor allem die Unsicherheit im Hinblick auf die öffentliche Ordnung und die Identifikation mit dem Staat und dem politischen System auf. Im deutsch-niederländischen Vergleich waren die Herausforderungen in beiden Ländern deutlich unterschiedlich: Die RAF verübte einen viel frontaleren Angriff auf das politische System, als es die südmolukkischen Jugendlichen oder die Rote Jugend jemals beabsichtigten. Dennoch verursachten die südmolukkischen Zugentführungen der Jahre 1975 und 1977 in der Bevölkerung eine große Spannung. Die Exekution dreier Passagiere 1975 und die im Jahr 1977 parallel zur Zugentführung stattfindende Besetzung einer Grundschule mit 105 Kindern waren in der Nachkriegsgeschichte der Niederlande in ihrer politischen Gewalttätigkeit einzigartig. Gleichwohl spielte hier die Angst, in Chaos und Unordnung zu verfallen, eine viel geringere Rolle. In den Niederlanden können die 1970er Jahre daher auch nicht als ein „Jahrzehnt der ‚Inneren Sicherheit‘“ charakterisiert werden, wie es der Historiker Eckart Conze für die Bundesrepublik tat.<sup>62</sup>

Zur Erklärung der heftigen Reaktionen in den deutschen Medien und der deutschen Gesellschaft sowie der anfangs unsicheren Haltung der sozialliberalen Regierung gegenüber der Kritik der Opposition sind schon häufig die historischen Erfahrungen der Weimarer Republik und die dazugehörigen Schreckensbilder von Straßenkrawallen, Revolution und faschistischer „Machtergreifung“ herangezogen worden.<sup>63</sup> Tatsächlich tauchen derartige Assoziationen regelmäßig in den Spontanreaktionen besorgter Bürger auf. Dennoch ist zu bedenken, dass nicht so ohne Weiteres ein direkter Bezug von derartigen „Bauchgefühlen“ zu einer offiziellen Regierungspolitik hergestellt werden kann. Die vorhergehenden Ausführungen haben gezeigt, dass im Entscheidungsprozess verschiedene Schrit-

---

61 Vgl. DAHLKE, *Der Anschlag auf Olympia '72*, S. 98–101.

62 Vgl. E. CONZE, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* (2005), Nr. 3, S. 357–380.

63 Siehe beispielsweise den eher strukturellen Vergleich dreier Länder mit faschistischer Vergangenheit: D. HAUSER, *Deutschland, Italien und Japan. Die ehemaligen Achsenmächte und der Terrorismus der 1970er Jahre*, in: KRAUSHAAR (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, S. 1.272–1.298.

te notwendig waren, bevor eine konsistente Strategie zur Terrorismusbekämpfung vorhanden war. Autoritäre Vorstellungen über Ruhe und Ordnung einerseits und das Schreckensbild vom Abgleiten in Chaos und Gewalt andererseits kursierten schon lange bevor sich die Regierung Schmidt während der Schleyer-Entführung gezwungen sah, auf diese einzugehen. Selbst nach dem Geiseldrama von München im Jahr 1972, dem Mord an dem Berliner Richter Günter von Drenkmann im November 1974 und der Lorenz-Entführung im Februar 1975 war die sozialliberale Koalition in der Lage gewesen, die Bedeutung der Themen Terrorismus und innere Sicherheit auf der politischen Tagesordnung einzugrenzen. Erst nachdem es der CDU/CSU gelang, die Terrorismusangst mit der Gesamtdebatte über die sozialliberalen Reformen, der Frage nach den moralischen Kernwerten der Bundesrepublik und der Bundesbürger sowie der vermeintlichen „Schwäche“ von SPD/FDP zu verknüpfen, kam Bewegung in das Thema „Terrorismusbekämpfung“. Das Medienspektakel um flüchtige Terroristen, das von der Bild-Zeitung angefacht wurde, hielt alle Parteien im Griff. Die Schleyer-Entführung war der Höhe- oder, besser gesagt, der tragische Tiefpunkt dieses Dramas. Die Regierung Schmidt sah sich gezwungen, den Vorwurf der vermeintlichen Unfähigkeit zu widerlegen und mit Härte aufzutreten. Dabei griffen die Regierungsparteien den Diskurs über den „loyalen“ und staatsstreuen Bürger auf, den die Opposition dem moralisch verwahrlosten, sitten- und bindungslosen Terroristen gegenübergestellt hatte.

Nach der Krise zeigte sich gleichwohl, dass der Terrorismus die Bundesrepublik nicht in den Abgrund gestürzt hatte und dass die sozialliberale Koalition sehr wohl in der Lage gewesen war, die Ordnung wieder herzustellen. Zugleich hatte die Schleyer-Entführung auch gezeigt, wo die Grenzen des Staates und der Sicherheitstruppen lagen. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums waren durch die Tatsache, dass Schleyer trotz aller Machtdemonstrationen nicht rechtzeitig aufgefunden worden war, große Risse im „autoritär-etatistischen Massenkonsens“ entstanden, der unter dem „symbolischen Belagerungszustand“<sup>64</sup> zustande gekommen war. Auf der linken Seite war der Glaube an das emanzipatorische Reform-, Machbarkeits- und Planungsideal durch die ganzen Fahndungsfehler und juristischen Schnitzer ebenfalls ernsthaft beschädigt worden. Alles in allem führten der immense Einsatz von Sicherheitstruppen und neuen Maßnahmen sowie die Massenmobilisation in den Medien schließlich zum Gegenteil: einem Verlust an Vertrauen in den Staat und einer zunehmenden Skepsis gegenüber einem zu massiven staatlichen Eingreifen. Das unter der Terrorbedrohung und dem Notstand gewachsene „Wir-Gefühl“ zerfiel dann auch rasch wieder.

Nach 1977 schlug das Pendel im Diskurs über den „starken Staat“ und den pflichtbewussten Staatsbürger zur anderen Seite aus. Es zeigte sich nach dem Amtsantritt des Liberalen Gerhard Baum als Innenminister im Jahr 1978, dass die zuweilen empfundene Aushöhlung des Rechtsstaats nicht so schlimm war wie gedacht und dass es genug Raum für Kritik an den neuen Sicherheitsmaß-

---

64 WEINHAUER, *Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre*, S. 239.

nahmen gab.<sup>65</sup> Im Übrigen hatte es auch in den Jahren zuvor schon in der FDP und der SPD sehr wohl viel Kritik an der harten Reaktion des Staates und Warnungen in Bezug auf Verletzungen des liberalen Rechtsstaates gegeben. Außerhalb des Parlaments und der bestehenden Parteien begannen verschiedene Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen aufzublühen. Die Anwendung alter Sicherheitsmaßnahmen und die Implementierung neuer wurden viel kritischer verfolgt. Publizisten und Politiker warnten vor dem „Weg in den Überwachungsstaat“ und dem Aufkommen eines neuen „Sicherheitsstaats“.<sup>66</sup> *Der Spiegel* startete 1979 eine Reportage-Reihe, in der verschiedene elektronische Allmachts- und Kontrollphantasien der Sicherheitsbehörden an den Pranger gestellt wurden: „Das Stahlnetz stülpt sich über uns.“<sup>67</sup> Der Sammel- und Speicherwut des BKA wurden Zügel angelegt und im Jahr 1981 wurde die Ikone des Sicherheitsstaats und der groß angelegten Überwachungsmaßnahmen, BKA-Chef Horst Herold, entlassen.

## Schlussbetrachtung

Welche Ziele wurden im deutschen und niederländischen Kampf gegen den Terrorismus verfolgt? Welche Ergebnisse erzielte man? In den Niederlanden wollte die Regierung dieses Thema auf jeden Fall soweit wie möglich aus der öffentlichen Diskussion heraushalten und die Medien unterstützten diesen Kurs. Bis 1975 wurde der Terrorismus kaum als ein gesellschaftliches Problem angesehen – und das, obwohl wiederholt Tote und Verletzte zu beklagen waren. Die Folgen politischer Gewalt waren bis dahin ähnlich schwer wie in der Bundesrepublik: Bis 1975 waren in den Niederlanden fünf Todesopfer zu beklagen, und es kam zu mehreren Anschläge und Zwischenfällen, sogar eine Grundschule wurde besetzt. In der Bundesrepublik waren bis dahin (wenn man die drei Toten in Stockholm nicht mitzählt) vier Deutsche und drei Amerikaner dem Terrorismus der RAF zum Opfer gefallen. Diesbezüglich muss angemerkt werden, dass die Bundesrepublik zu dieser Zeit gut viermal so viele Einwohner wie die Niederlande hatte – die Einschätzung, dass der Terrorismus der RAF viel gefährlicher und tödlicher war als die Ereignisse im westlichen Nachbarland, ergibt sich somit aus dem dramatischen Verlauf der terroristischen Gewalt nach 1975, der im Deut-

---

65 In dem vom Bundesministerium des Innern herausgegebenen Sammelband *Hat sich die Republik verändert? Terrorismus im Spiegel der Presse* (Bonn 1978) sind verschiedene Zeitungsartikel aufgenommen worden, in denen gerade Verständnis für die Haltung der Regierung gefordert wird. Vgl. hierzu auch: WEINHAEUER, *Zwischen „Partisanenkampf“ und „Kommissar Computer“: Polizei und Linksterrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre*, S. 261–266.

66 Vgl. J. HIRSCH, *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt a.M. 1980; J. BÖLSCHKE, *Der Weg in den Überwachungsstaat Mit neuen Dokumenten und Stellungnahmen von Gerhart Baum*, Reinbek 1979; H.P. BULL, *Politik der „inneren Sicherheit“ vor einem misstrauisch gewordenen Publikum*, in: *Leviathan* (1984), Nr. 12, S. 155–175.

67 Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 18 bis 24/1979.

schen Herbst kulminierte und der mit rückwirkender Kraft die Bildformung der frühen 1970er Jahre prägt. Aus der Geschichte der 1970er Jahre selbst heraus betrachtet – und dies gilt auf jeden Fall für die erste Hälfte des Jahrzehnts –, war die Situation in den Niederlanden mit den erbarmungslosen Molukkern und den Aktivisten der Roten Jugend, die ebenfalls mit schlimmeren Aktionen drohten, praktisch ebenso düster.

Die Angst vor dem Terrorismus war in den Niederlanden dennoch deutlich schwächer. Das hatte mit der Wahrnehmung der Bedrohung, der Reaktion der Regierung und der ausbleibenden Politisierung der Frage zu tun. Natürlich führten einzelne terroristische Vorfälle (die Bombenanschläge, Geiselnahmen und „terroristischen“ Banküberfälle) kurzfristig sehr wohl zu Aufregung, aber sie wurden weder langfristig noch über einen Zeitraum von wenigen Monaten hinweg in der öffentlichen Wahrnehmung miteinander in Zusammenhang gebracht. Nachdem Aktivisten der Roten Jugend und Palästinenserkommandos im Jahr 1972 dem Land mit Bombenanschlägen doch erheblich zugesetzt hatten, erschien *De Telegraaf* noch im Juni 1973 mit der lakonischen Schlagzeile „Mann mit Bomben in Bahnhof verhaftet“. Auch wenn es sich um ein Mitglied der wohlbekannten Roten Jugend handelte, das Sprengmaterial für fünf Dynamitstangen bei sich hatte, waren die Medienreaktionen doch außerordentlich unaufgeregt, wenn nicht gleichgültig.<sup>68</sup> Der Begriff „Terrorist“ fand kaum Verwendung. Zwar hatte Terrorismus Nachrichtenwert, aber es entwickelte sich losgelöst von konkreten Vorfällen bezüglich der Bedrohung kein permanenter Diskurs. Die gelegentliche Empörung stand in scharfem Kontrast zu den Reaktionen in der Bundesrepublik, wo beispielsweise Ulrike Meinhof direkt im Jahr 1970 schon mit Fahndungsplakaten und einem „Kopfgeld“ zum Staatsfeind ausgerufen wurde – ohne dass bis dahin ein Bombenanschlag stattgefunden hatte.

Im Gegensatz zum Nachbarland im Osten gab es in den Niederlanden keinen politisch-historischen Kontext, in dem die Angst vor einem Rückfall in Straßenkrawalle – das Schreckensbild des Untergangs der Weimarer Republik – oder vor einer Unterwanderung des demokratischen Rechtsstaats durch eine kommunistische „fünfte Kolonne“ gedeihen konnte. Die politischen Verhältnisse waren stabil, die Demokratie stand nicht zur Diskussion. „Terror“ und ‚linkes Denken‘, wie wir es in den parlamentarischen Parteien kennen, haben in den Niederlanden niemals etwas miteinander zu tun gehabt, und nur wirklich Böswillige oder minderbemittelte Dummköpfe werden daher in der Lage sein, irgendeinen Zusammenhang zwischen der Erschießung eines Polizisten durch einen durchgedrehten Deutschen und dem niederländischen Sozialismus herzustellen“, so der Kolumnist H.J.A. Hofland.<sup>69</sup>

Dadurch, dass die hinter den Anschlägen und Aktionen steckenden Täter in den Niederlanden nicht nur in sozialrevolutionären Kreisen, sondern auch unter Südmolukkern und palästinensischen „Widerstandsbewegungen“ gesucht werden mussten, war es überdies schwierig, Terrorismus als ein Phänomen zu sehen,

68 *Man met bommen op NS-station gepakt*, in: *De Telegraaf* vom 22. Juni 1973.

69 Hofland, *De loedersstaat*, S. 9.

das durch die Ostblockstaaten geschürt wurde, um den Westen zu unterwandern – ein Schreckensbild, das in Westdeutschland, Italien und den Vereinigten Staaten durchaus angeführt wurde. Daher war „Terrorismus“ weniger leicht zu politisieren. Er knüpfte nicht an die Koordinaten des politischen und „versäulten“ Systems der Niederlande an, das auch in den 1970er Jahren immer noch durch einen Gegensatz zwischen Konfessionellen und Nicht-Konfessionellen und weniger durch eine Polarisierung zwischen links und rechts gekennzeichnet war.<sup>70</sup> Die einzelnen „Terrorataten“ wurden in den Niederlanden in der öffentlichen und politischen Bildformung nicht zu einer alles umfassenden, diffusen Bedrohung aneinander geschmiedet. Vor diesem Hintergrund war diese Problematik für Wahlkämpfe weniger interessant. Es gab keine Parteien, die ein Interesse daran hatten, die Diskussion in diese Richtung zu beeinflussen. Die Konsequenz hieraus war, dass das „Theater der Angst“ in den Niederlanden auf einige gelegentliche Dramen beschränkt blieb, während die terroristische Gewalt und die Maßnahmen des Staates in Deutschland zu einem permanenten Zustand moralischer Unruhe führten und zum Teil auch für die fortschreitende Radikalisierung in der außerparlamentarischen Bewegung verantwortlich waren. In diesem Licht betrachtet ist es erstaunlich, dass sich die Lage seit einigen Jahren in den zwei Staaten in die umgekehrte Richtung entwickelt hat. Das „Theater“ um Terrorismus, Immigration und den Islam hat sich in den Niederlanden zu einem Diskurs über die allgegenwärtige Bedrohung und Unterminierung des sozialen Zusammenhalts ausgewachsen, während die Debatten in Deutschland in diesem Fall viel zurückhaltender geführt werden und (noch) keine populistischen Parteien aufgekommen sind, die hieraus wie in den Niederlanden Profit zu schlagen versuchen.<sup>71</sup>

---

70 Vgl. beispielsweise H. DE LIAGRE BÖHL, *Nederlandse politiek. Hoofdlijnen in de politieke ontwikkeling van het moderne Nederland*, in: U. BECKER (Hrsg.), *Maatschappij, macht, Nederlandse politiek: een inleiding in de politieke wetenschap*, Amsterdam 1991, S. 127–133.

71 Vgl. hierzu: B. DE GRAAF, *Niet bang voor de Islam*, in: *Trouw* vom 6. Juni 2010.





Jacco Pekelder

## Das abschreckende „Modell Deutschland“ Niederländische Deutschlandbilder in den 1970er Jahren\*

Am 22. Februar 1979 wurde in Den Haag eine Fernsehdebatte zwischen Helmut Kohl, dem Vorsitzenden der CDU und Oppositionsführer im Bundestag, und einem niederländischen Studiopublikum aufgezeichnet. Im Rahmen der Sendereihe *Bürger fragen – Politiker antworten*, für die aufgrund der bevorstehenden Europawahlen – den ersten, bei denen das Europäische Parlament direkt von den europäischen Bürgern gewählt werden sollte – einige internationale Gesprächsrunden veranstaltet wurden, strahlte das ZDF diese Diskussion live aus. Kohl, der sich einen Gedankenaustausch über Europa vorgestellt hatte, wurde bitter enttäuscht. Die Mehrzahl der Anwesenden zeigte sich nicht an seinen Auffassungen über Europa interessiert, sondern war nur darauf aus, ihn wegen der Berufsverbote, des Umgangs mit der RAF und des Zögerns unter westdeutschen Politikern hinsichtlich der Aufhebung der Verjährung von Mord im deutschen Strafrecht, zu der 1979 (mit Blick auf die Verfolgung von Naziverbrechen) eine Entscheidung fallen sollte, abzukanzeln. Dass Kohl mit einem Sperrfeuer von Fragen über diese Themen konfrontiert wurde, sorgte für ein sehr angespanntes Gespräch und führte bei westdeutschen Zuschauern zu großer Betroffenheit.<sup>1</sup>

Wer sich heute, Jahre später, die Bilder noch einmal anschaut, kann die betroffenen Reaktionen nachvollziehen. Die niederländischen Studiogäste, nicht nur die Fragesteller aus dem Saal, sondern auch die speziell ausgesuchten Panel-Mitglieder, verhielten sich auffallend unverschämt und machten mehr als einmal Anstalten, es Kohl „einmal richtig zu zeigen“. Die erste Frage, die sich dem heutigen Betrachter aufdrängt, ist, wie diese Niederländer zu einer derart negativen Haltung gegenüber Helmut Kohl und vor allem auch gegenüber Westdeutschland gekommen waren – schließlich ist klar, dass sie den CDU-Chef in erster Linie als Vertreter seines Landes sahen und ihn in diesem Sinne nicht persönlich angriffen. Zum zweiten ist die Frage zu stellen, inwieweit die durch die Kritik des Haager Studiopublikums zum Ausdruck kommenden Gefühle und Gedanken über die Bundesrepublik auf breiterer Ebene unterstützt wurden. Aus damaliger Sicht lag es nahe, die negative Einstellung des Studiopublikums auf die in den 1970er Jahren in den Niederlanden herrschende allgemeine Bildformung über

---

\* Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann, M.A.

1 Vgl. F. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000, S. 397 ff.; M. BLEKENDAAL, „*De hele natie voelde zich geschoufferd*“. 25 jaar na de uitzending van *Bürger fragen – Politiker antworten*, in: *Historisch Nieuwsblad*, März 2004, S. 20–23. Die populäre niederländische Geschichtsendung *Andere Tijden* widmete im Mai 2009 den damaligen Geschehnissen eine Folge, die im Internet unter <http://www.geschiedenis24.nl/andere-tijden/afleveringen/2008-2009/Kohl.html> zu sehen ist.

Westdeutschland zu extrapolieren, und dies taten deutsche Beobachter in den ersten Reaktionen auf die Konfrontation dann auch. Es ist jedoch fraglich, wie repräsentativ die vom ZDF registrierten Meinungen nun eigentlich waren. Handelte es sich womöglich um nicht mehr als einen Zwischenfall, ein außergewöhnliches Aufflackern negativer Gefühle gegenüber den Nachbarn im Osten, oder war – was auch vorstellbar ist – im Haager Studio lediglich ein kleiner, nicht repräsentativer Teil der öffentlichen Meinung der Niederlande präsent?

Diesen Fragen nachzugehen, ist schon für sich gesehen interessant. Sie ermöglichen es aber zudem auch, aus einer anderen Perspektive über die niederländische und die deutsche politische Kultur in den 1970er Jahren nachzudenken – nämlich aus dem Blickwinkel der niederländischen Bildformung über Deutschland und die Deutschen. Die niederländische Wahrnehmung Deutschlands ist schließlich nicht nur Ausdruck der objektiven (geopolitischen) Faktoren, die das Zusammenleben von Niederländern und Deutschen im Nordwesten Europas bestimmen, oder des oftmals schwierigen Verhältnisses zwischen diesen Nachbarländern, die sich bei allen Ähnlichkeiten auch deutlich unterscheiden. Sie spiegelt vielmehr auch die niederländische politische Kultur jener Jahre wider. Die Untersuchung niederländischer Deutschlandbilder bietet, anders gesagt, die Möglichkeit, einen besseren Blick auf und Einblick in die gesellschaftlichen Grundwerte sowie die politischen Mentalitäten und Verhaltensweisen zu erhalten, die in den Niederlanden in der Periode zwischen den „unruhigen“ 1960er und den „sachlichen“ 1980er Jahren die politischen Debatten und Machtkonflikte prägten.<sup>2</sup> Ein fundiertes Wissen hierüber ist eine wichtige Voraussetzung für jeden sinnvollen Vergleich der politischen Kulturen in den Niederlanden und Deutschland in den 1970er Jahren.

Für den vorliegenden Beitrag wurde die Entscheidung getroffen, die 1970er Jahre als historische Epoche mit der fast dreizehn Jahre dauernden Regierungsperiode der sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP zusammenfallen zu lassen. Der Betrachtungszeitraum erstreckt sich somit vom Amtsantritt Willy Brandts, dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler, am 21. Oktober 1969 bis zur Abwahl seines Nachfolgers Helmut Schmidt am 1. Oktober 1982. Durch diese Entscheidung knüpft der Artikel eng an die jüngste deutsche Geschichtsschreibung über die 1970er Jahre an, in der die Epoche mehr als einmal als das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ charakterisiert wird.<sup>3</sup> Dabei lässt sie auch ge-

---

2 Siehe die von Thomas Mergel angestellten Überlegungen zur geschichtswissenschaftlichen Untersuchung von politischer Kultur: T. MERGEL, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002) 4, S. 574–606.

3 Siehe hierzu den Beitrag von Bernd Faulenbach zu diesem Sammelband sowie: Ders., *Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 1–37. Vgl. hierzu auch: J. PEKELDER, *Towards another concept of the state. Historiography of the 1970s in the USA and Western Europe*, in: C. BAUMANN/S. GEHRIG/N. BÜCHSE (Hrsg.), *Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg 2011, S. 61–83.

nügend Raum für die andere, häufig auftretende Deutung dieser Periode als das „rote“, das heißt linksradikale Jahrzehnt.<sup>4</sup>

Ziel dieser Analyse der niederländischen Bildformung über Deutschland in den 1970er Jahren ist es, zu rekonstruieren, wie die Niederländer, denen sich Kohl an jenem denkwürdigen Tag im Februar 1979 gegenüber sah, zu ihrer scharfen Kritik an Deutschland gelangt waren. Vor diesem Hintergrund werden zunächst vor allem kritische Stimmen Beachtung finden. In der Schlussbetrachtung wird dann die Frage nach der Repräsentativität der Kritik im Mittelpunkt stehen.

## Einflüsse auf die Bildformung

Es erscheint sinnvoll, an dieser Stelle zunächst einige spezielle Faktoren zu behandeln, die das niederländisch-deutsche Verhältnis zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Beginn der 1970er Jahre bestimmt haben. Hier müssen zunächst die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges genannt werden. Die öffentliche Erinnerung daran war zunächst durch die Notwendigkeit des Wiederaufbaus und der Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur einigermaßen abgeflaut. In den frühen 1960er Jahren wich diese Periode des relativ starken Konsenses und der Zusammenarbeit einer Phase der Neuorientierung und der Auseinandersetzung, in der die Erinnerung an die deutsche Besatzung wieder auflebte. Aufsehen erregende Prozesse gegen hochgestellte Nationalsozialisten im Ausland – allen voran der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem – sowie die groß angelegte und von Millionen gesehene Fernsehserie *De Bezetting (Die Besatzung)* des renommierten Historikers Loe de Jong spielten hierbei eine wichtige Rolle.<sup>5</sup> Ein früher politischer Ausdruck des neu aufflammenden historischen Bewusstseins war die gesellschaftliche und parlamentarische Aufregung um die Hochzeit von Kronprinzessin Beatrix mit dem deutschen Diplomaten Claus von Amsberg 1965/1966. Kurze Zeit später rief die Ernennung des deutschen Generals Johan Adolf Graf von Kielmansegg zum Kommandanten des NATO-Hauptquartiers in Zentraleuropa (AFCENT) eine ähnliche öffentliche Kontroverse in den Niederlanden hervor.<sup>6</sup>

Mitte der 1960er Jahre nahm demnach im öffentlichen Leben der Niederlande eine Serie antideutscher Vorfälle ihren Anfang, in deren Rahmen immer wieder Ereignisse in den unmittelbaren deutsch-niederländischen Beziehungen oder – was häufiger der Fall war – Entwicklungen in Deutschland selbst in den Niederlanden zu emotionalen Debatten führten. Es konnte dadurch der Eindruck entstehen, große Gruppen von Niederländern dächten negativ über die Nachbarn im

4 Vgl. G. KOENEN, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.

5 Vgl. F. WIELENGA, *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008, S. 170–177, 251–252, 262–288, 305–313. Die 21 Folgen der Serie wurden zwischen 1960 und 1965 ausgestrahlt.

6 Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, S. 323 ff.

Osten oder über deren Land. Wielenga hat jedoch mit Hilfe von Meinungsumfragen nachgewiesen, dass nur eine Minderheit unter den Niederländern erklärte, den Deutschen „unfreundlich“ gegenüberzustehen, während eine wachsende Mehrheit ihnen gegenüber gerade „sehr“ oder „ziemlich freundliche“ Gefühle hegte. Entscheidend für die niederländische Bildformung war jedoch, dass sich diese feindselige Minderheit zu dieser Zeit einer überproportional großen Aufmerksamkeit seitens der Medien und der Politik erfreuen durfte.<sup>7</sup> Es ist die Frage, ob dies auch für die 1970er Jahre galt.

Es wäre darüber hinaus falsch, eine dem Anschein nach antideutsche Haltung automatisch und ausschließlich als Äußerung tatsächlich empfundener antideutscher Ressentiments zu verstehen. Für die quasi-anarchistische Aktionsgruppe *Provo*, die sich mit ihren Flugschriften und Rauchbomben beim Widerstand gegen die Hochzeit von Prinzessin Beatrix am stärksten Geltung verschaffte, bot die königliche Hochzeit auch eine Menge Anknüpfungspunkte für ihre „spielerischen“ Protestaktionen gegen die Autoritäten, das „Establishment“ und den bürgerlichen Anstand.<sup>8</sup> Das gleiche galt für die von der Neuen Linken – der internen Oppositionsbewegung innerhalb der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* – betriebene Kampagne für die sofortige und bedingungslose Anerkennung der DDR. Natürlich basierte dieses Plädoyer für die Anerkennung zum Teil auf anti-deutschen Gefühlen. Es war auch ein Ausdruck des in der niederländischen Sozialdemokratie auf breiter Front vorherrschenden Wunsches nach Entspannung in den internationalen Beziehungen. Darüber hinaus stand jedoch auch die Absicht hinter diesem Antrag, die Parteiführung in eine unmögliche Lage zu bringen, da diese schon aus Loyalität gegenüber der NATO und der SPD niemals mit dem extrem DDR-freundlichen Standpunkt der Neuen Linken einverstanden sein konnte.<sup>9</sup>

Das wiedererwachte Interesse am Krieg und an den Gräueltaten des Dritten Reichs bot während der 1960er Jahre auch den Anlass zum Wechsel vom Antitotalitarismus (und so vom Antikommunismus) als Basisorientierung des politischen Lebens zum Antifaschismus – ein Phänomen, das im Übrigen überall in der westlichen Welt in mehr oder weniger großem Umfang auftrat.<sup>10</sup> Das ist in den 1970er Jahren der zweite spezielle Faktor für die niederländische Bildformung gegenüber Deutschland. Besonders für linke Kreise wurden die Haltungen hinsichtlich der Nazizeit und die damit assoziierten Themen wie Rassismus, Militarismus, Machtpolitik und (ökonomischer) Imperialismus zu einem neuen Maßstab für die politische Urteilsbildung. Auffälligerweise führte dies auch dazu, dass der Kommunismus, der als der ernsthafteste Feind des Faschismus be-

7 Vgl. ebd., S. 346–347.

8 Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, S. 346–347; N. PAS, *Imaazje! De verbeelding van Provo (1965–1967)*, Amsterdam 2003.

9 Vgl. J. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989*, Münster 2002, S. 360 ff.

10 Vgl. W. KRAUSHAAR, *Spuren eines Paradigmenwechsels. Von der Totalitarismus- zur Faschismustheorie (1994)*, in: ders. (Hrsg.), *Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke*, Frankfurt a.M. 2001, S. 109–130.

trachtet wurde, partiell rehabilitiert wurde und der Antikommunismus manchen nun suspekt erschien.

Ein dritter spezieller Faktor war das sich verändernde Denken über die Frage, was nach der deutschen Niederlage im Jahr 1945 mit den Deutschen und ihrem Staat in der Mitte Europas geschehen sollte. Anfangs betrachtete fast niemand, weder in Deutschland, den Niederlanden noch anderswo, die Teilung Deutschlands in zwei getrennte Staaten mit einem jeweils eigenen politischen System und die Integration dieser beiden Staaten in die sich im Kalten Krieg gegenüberstehenden Machtblöcke als eine haltbare Lösung. Allmählich entstand jedoch eine gewisse Gewöhnung an den Status quo, vor allem nach dem Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961, durch den sich der Blick auf beide deutsche Staaten veränderte. Die Niederländer sahen die Bundesrepublik zunehmend in einer Linie mit dem ehemaligen Deutschen Reich, und die DDR wurde in niederländischen Augen immer weniger zu einem Teil Deutschlands. Obwohl die Vereinigung Deutschlands in einem einzigen demokratischen Staatsverband von niederländischen Regierungen immer noch als politisches Ziel unterstützt wurde, gingen ab Mitte der 1960er Jahre immer mehr – vor allem linke – Politiker davon aus, dass es eine solche Vereinigung selbst mittelfristig nicht geben werde.<sup>11</sup>

Ein letzter besonderer Einfluss auf die Bildformung war die Veränderung in der politischen Kultur, die die Unruhe der 1960er Jahre mit sich brachte und die erst in den 1970er Jahren vollständig zur Geltung kommen sollte.<sup>12</sup> Unterstützt durch das Fernsehen und das Bildungswesen drang die „Kulturrevolution“ der 1960er Jahre, die doch vor allem auf ausgewählte Gruppen junger Erwachsener in Universitätsstädten beschränkt gewesen war, nun in alle Regionen des Landes und in die meisten Gesellschaftsschichten vor. Immer weniger Niederländer sahen die Autorität von Politikern, Regierenden und Beamten (wie Polizisten) noch als selbstverständlich an. Die Tendenz bestand darin, dass Autorität und das Vertrauen der Öffentlichkeit jeden Tag aufs Neue verdient werden mussten. Diese Haltung schlug sich im politischen Verhalten in der zunehmenden Emanzipation von immer mehr Niederländern nieder. Sie machten ihre politische Entscheidungen nicht mehr von sozioökonomischen oder religiösen Hintergründen abhängig, sondern ließen sich stärker durch „eigene“ Vorstellungen, die sie sich beispielsweise über die Medien angeeignet hatten, oder von einem recht eng verstandenen (sozioökonomischen) Eigeninteresse leiten. Das Ergebnis war eine abbröckelnde Unterstützung für die drei größeren konfessionellen Parteien (die *Katholieke Volkspartij* (KVP) sowie die beiden protestantischen Parteien, die *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) und die *Christelijk-Historische Unie* (CHU)) und eine Machtzunahme der linken Parteien, allen voran der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA). Diese Entwicklung kulminierte in der Bildung des von 1973 bis 1977 amtierenden Kabinetts unter dem Sozialdemokraten Joop den Uyl, das aus der PvdA, zwei kleineren linken Parteien sowie den kon-

---

11 Vgl. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*.

12 Vgl. D. HELLEMA, *Das Ende des Fortschritts. Die Niederlande und die siebziger Jahre*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 18 (2007), S. 85–101.

fessionellen Parteien KVP und ARP bestand, wobei die letztgenannten Gruppierungen nur eine widerwillige Unterstützung boten und einige Minister stellten. Bei seinem Amtsantritt Anfang 1973 rief dieses am stärksten links ausgerichtete Kabinett in der niederländischen Geschichte die Machbarkeit der Gesellschaft zum Leitfaden der Regierungspolitik aus.<sup>13</sup>

Der politische Stil jener Jahre war einer des Konflikts und der Konfrontation. Außerhalb der politischen Arena dominierte das (zumeist linke) Aktionswesen das (Straßen-)Bild – Plakataktionen, Demonstrationzüge, Besetzungen und militante Krawallmacherei waren an der Tagesordnung. Die PvdA stand dieser Aktionskultur und den dazugehörigen Aktivisten bemerkenswert offen gegenüber, und das war sowohl die Stärke als auch die Schwäche der Sozialdemokraten in jenen Jahren. Gegenüber den konfessionellen Parteien und besonders gegenüber der KVP setzte die Partei ab dem Ende der 1960er Jahre auf eine Polarisierungsstrategie, die darauf abzielte, deren Untergang weiter zu beschleunigen. Hierzu beschränkte man die Zusammenarbeit mit den konfessionellen Gruppierungen und die Konzessionen ihnen gegenüber auf ein Minimum – es handelte sich hierbei um eine Strategie, die letztlich die entgegengesetzte Wirkung haben sollte.<sup>14</sup> Die Offenheit gegenüber dem Aktionswesen und die polarisierende Haltung sollten in den 1970er Jahren in der niederländischen Sozialdemokratie auch die Bildformung mit Blick auf Deutschland stark beeinflussen.

## Von Brandt zu Schmidt

Die Wahl des Sozialdemokraten Willy Brandt zum Bundeskanzler bedeutete eine echte Zeitenwende in der niederländischen Haltung gegenüber Westdeutschland. Wie Wielenga schreibt, „beherrschten zum ersten Mal seit 1949 nicht Wachsamkeit, Skepsis oder Ambivalenz die niederländische Wahrnehmung, sondern das Bewußtsein, daß die Bundesrepublik dabei war, eine ‚normale‘ Demokratie zu werden.“ Die Absicht Brandts, „Mehr Demokratie [zu] wagen“, wie es in seiner Regierungserklärung hieß, wurde in den Niederlanden sehr positiv aufgenommen.<sup>15</sup> Überdies sprach seine Persönlichkeit für ihn: Als ehemaliger linker Sozialist, der während des Dritten Reichs als Aktivist des deutschen Widerstands im Exil nun wirklich keine persönliche Schuld auf sich geladen hatte, und der dennoch signalisierte, dass er sich als Bundeskanzler und als Mensch für die dunkelsten Kapitel der deutschen Vergangenheit verantwortlich fühle, machte er einen tiefen Eindruck auf die niederländische Öffentlichkeit. Einen ersten positiven Impuls erhielt die niederländische Bildformung über Deutschland be-

13 Vgl. zum Kabinett den Uyl den Beitrag von Frans Becker in diesem Sammelband sowie: P. BOOTSMA/W. BREEDVELD, *De verbeelding aan de macht. Het kabinet-den Uyl 1973–1977*, Den Haag 1999.

14 Vgl. F. BECKER, *De jaren 1970–1994*, in: M. BRINKMAN/M. DE KEIZER/M. VAN ROSSEM (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894–1994*, Amsterdam 1994, S. 245–247.

15 Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, S. 367–368.

reits kurz nach Brandts Amtsantritt durch den Besuch des deutschen Bundespräsidenten Gustav Heinemann im November 1969. Es handelte sich um die erste offizielle Reise eines westdeutschen Staatsoberhauptes in das westliche Nachbarland. Heinemann war in der Zeit des Nationalsozialismus Mitglied der Bekennenden Kirche gewesen, die Widerstand gegen die Hitler-Regierung geleistet hatte, und besaß aus jener Zeit gute Kontakte zu progressiven niederländischen Christen. Sein Besuch wurde in den niederländischen Medien sehr positiv aufgenommen.<sup>16</sup> Auch die im Rahmen von Brandts „neuer Ostpolitik“ umgesetzten Initiativen ernteten in den Niederlanden vornehmlich Applaus, weil diese Politik als die bereits viel zu lange aufgeschobene westdeutsche Anpassung an den internationalen Trend hin zu einer Entspannung in den Ost-West-Beziehungen betrachtet wurde. Während die Bundesrepublik lange Zeit als letzter Staat die alte Konfrontationspolitik des Kalten Krieges verteidigt hatte, fungierte die sozialliberale Koalition gerade als Antreiberin einer neuen Politik der Annäherung, was beispielsweise auch durch eine breite Mehrheit in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments ausdrücklich gutgeheißen wurde.<sup>17</sup> Es kamen aber in den Niederlanden in konservativen Kreisen auch Bedenken auf, weil man, trotz der seit 1949 von Westdeutschland demonstrierten Loyalität gegenüber dem Westen, einen erneuten Alleingang gegenüber der Sowjetunion im Stil von Rapallo (1922) befürchtete. Nicht nur in der konservativen Tageszeitung *De Telegraaf* wurde die anhaltende Ambivalenz gegenüber den Nachbarn im Osten kundgetan, sondern dies geschah auch hinter den Kulissen durch niederländische Diplomaten und Minister.<sup>18</sup>

Brandts unerwarteter Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers im Jahr 1974 markierte das Ende einer Hochphase in der niederländischen Bildformung über die Bundesrepublik. In der nachfolgenden Ära Schmidt bestimmten zunehmend negative Töne das Deutschlandbild. Dies lag zu einem Teil an der Inkongruenz der Entwicklungen in den Niederlanden und in Westdeutschland: Während in der Bundesrepublik nach den Wahlen vom November 1972 die „Reformeuphorie“ stark abnahm, trat in den Niederlanden zu dieser Zeit gerade eine Ministermannschaft an, die – vom Reformgeist erfüllt – begann, die Gesellschaft mit einschneidenden Plänen zu verändern. Auch war der Kontrast zwischen den Kabinettsführern sehr groß: Der ein wenig schlampige und suchend wirkende Moralist und Parteimann Joop den Uyl (PvdA), bei dem sich doch etwas von Brandts visionären Qualitäten wiederfand, war ziemlich weit entfernt von dem sehr beherrscht auftretenden, äußerst selbstsicheren, nahezu über den Parteien stehenden und streng rationalen Krisenmanager Helmut Schmidt, der Mitte 1974 die Kanzlerschaft von „Willy“ übernommen hatte.<sup>19</sup>

---

16 Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, S. 270–276.

17 Vgl. PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, S. 261 ff.

18 Vgl. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, S. 153–167.

19 Zu Eindrücken von diesen Persönlichkeiten siehe: A. BLEICH, *Joop den Uyl, 1919–1987. Dromer en doordouwer*, Amsterdam 2008; H. SOELL, *Helmuth Schmidt*, 2 Bde., München 2003 und 2008.

Stärker als Brandt reaktivierte Schmidt mit seinem selbstbewussten Auftreten eine gewisse niederländische Sensibilität hinsichtlich der seit den 1960er Jahren zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Macht Westdeutschlands. Im Zusammenspiel mit dem durch den Beitritt des Vereinigten Königreichs schwindenden Einfluss in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurmte dieser Aufschwung der Bundesrepublik, der als ein Wiederaufstieg Deutschlands gedeutet wurde, viele Niederländer doch ziemlich. Besonders bei links eingestellten Bürgern (aber gewiss nicht nur bei ihnen) bestätigte Schmidts recht autoritärer Führungsstil, der nach der eher offenen Haltung Brandts geradezu enttäuschte, die latenten Sorgen über die westdeutsche Demokratie – umso mehr, als im anderen politischen Lager der Bundesrepublik der erzkonservative und mindestens ebenso autoritäre bayrische CSU-Politiker Franz Josef Strauß mit einigen konservativen CDU-Vertretern den Ton in der christdemokratischen Opposition anzugeben schien. War die deutsche Demokratie nach vielen Jahren des Wachstums und der Stabilität dann doch noch nicht gegen die Gefahr des Extremismus immun geworden?

### „Berufsverbote“ und die RAF in den Niederlanden

Der Hauptanlass für solche Sorgen über die Demokratie in der Bundesrepublik war in jenen Jahren die Art und Weise, in der der deutsche Staat mit Linksradi-kalen im Allgemeinen und Linksterrorismus im Besonderen umging. Es ist hierbei auffallend, wie intensiv man in den Niederlanden die Konfrontation zwischen dem westdeutschen Staat und der Roten Armee Fraktion (und in viel geringerem Maße mit verwandten Gruppen wie der Bewegung 2. Juni) verfolgte. In niederländischen Tageszeitungen und Meinungsblättern wurde schon sehr früh damit begonnen, über die RAF zu schreiben. Die Berichterstattung war allerdings anfangs nicht sehr intensiv. Der Journalist Martin van Amerongen lieferte mit einer kritischen Betrachtung im Mai 1971 eine der seltenen ausführlichen Veröffentlichungen aus der Anfangszeit.<sup>20</sup> Dieser Artikel, der in der linken Wochenzeitschrift *Vrij Nederland* erschien, ist in vielerlei Hinsicht charakteristisch für die Haltung linker niederländischer Kommentatoren auch in den nachfolgenden Jahren. Einerseits wurde die Gewalt der RAF abgelehnt, aber andererseits gab es auch deutliche Kritik an der politisch-gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik und an den Reaktionen der deutschen Presse und Politik auf die Herausforderung durch den linken Terrorismus. So beschrieb van Amerongen die RAF-Mitglieder als „Revolutionäre mit mehr Gefühl für Romantik als für Realität.“ Sie seien nach der zerbrochenen Revolution von 1968 mit einem „kollektiven Kater“ zurückgeblieben und hätten daher das „Bedürfnis nach der einen, großen, mitreißenden, heroischen Tat“ bekommen, „die die Herzen erwärmt und die Gehirne erleuchtet.“ Die Kritik an der Gewalt wurde im weiteren Verlauf aus

---

20 M. VAN AMERONGEN, *De Tupamaros van de Bondsrepubliek*, in: *Vrij Nederland* vom 8. Mai 1971.



den Passagen deutlich, die van Amerongen Ulrike Meinhof widmete. Er rang spürbar mit der Frage, wie eine Journalistenkollegin so weit in Richtung Gewalt hatte abdriften können. „Wie kann jemand“, seufzte er, „die in ihrem Leben so viele ungewöhnlich vernünftige Dinge gesagt hat, so dumm sein, dass sie nicht sieht, dass sie und ihre Mitstreiter genau das Gegenteil von dem erreichen, was sie wollen: eine durch Staat und Einheitspartei alarmierte Arbeiterklasse, nicht nur gegen ihre ‚Rote Armee‘, sondern gegen alles, was sich in der Bundesrepublik links nennt?“ Davon könne doch nur die CDU/CSU, unterstützt durch die Hetzpresse des Springerkonzerns, profitieren! Dennoch klang auch ein gewisses Verständnis für die RAF durch, denn deren Angst, dass der Faschismus in Deutschland erneut die Macht ergreifen könne, war van Amerongen zufolge nicht unreal.<sup>21</sup>

Mehr Verständnis für die RAF und noch viel schärfere Kritik am Staat und den Massenmedien in Deutschland äußerte der Sozialdemokrat Wouter Gortzak in einem ausführlichen Artikel im linksintellektuellen Wochenblatt *De Groene Amsterdammer*. Die „Linksrevolutionäre“ der RAF, so erläuterte Gortzak, sähen sich selbst als „Verbündete der Freiheitskämpfer in Angola und Vietnam“, die – um diesen zu helfen – den Kapitalismus in Deutschland zu Fall bringen wollten. Politik, Justiz und ein Großteil der Massenmedien in der Bundesrepublik ignorierten absichtlich diesen ideologischen Hintergrund der RAF, diese werde stattdessen als gewöhnliche kriminelle Organisation bloßgestellt. Gleichzeitig greife die Polizei auf der Straße schneller ein, wobei zuweilen auch Unschuldige verhaftet würden, und die Regierung kündige eine endlose Reihe von Maßnahmen (wie beispielsweise verschiedene Strafrechtsverschärfungen) an, die sich, wie Gortzak schrieb, nicht nur gegen die RAF, sondern auch gegen „linke Demokraten“ richteten. Es sei nicht nur die CDU/CSU, die auf diesen Kurs dränge, sondern auch der rechte Flügel der regierenden SPD. Dies erinnerte Gortzak an die letzte Phase der Weimarer Republik.<sup>22</sup>

Auf der rechten Seite des Spektrums wurden ganz andere Töne laut, hier waren die Tages- und Wochenzeitungen eher auf Sensation aus. Ein gutes Beispiel hierfür ist der von G. Philip Mok für das *Elseviers Weekblad* verfasste Kommentar über die RAF, der unmittelbar nach der Anschlagsserie im Mai des Jahres 1972 und der darauf folgenden Verhaftungswelle veröffentlicht wurde.<sup>23</sup> Mok ging in seinem Text nahezu ausschließlich auf die gewalttätigen Aktionen der RAF ein, deren Vorgeschichte und die ideologischen Hintergründe ließ er hingegen fast vollständig außer Betracht. In den rechten Printmedien wie der Tageszeitung *De Telegraaf* oder *Elseviers Weekblad* (später umbenannt in *Elseviers Magazine*) tauchte, wenn man über Maßnahmen seitens des westdeutschen Staates gegen die politische Gewalt schrieb, auch weniger schnell das Gespenst der deutschen Vergangenheit auf.

---

21 Ebd.

22 W. GORTZAK, *Onder het schieten op Baader-Meinhof worden linkse democraten afgevoerd*, in: *De Groene Amsterdammer* vom 1. April 1972.

23 G.P. MOK, *Jacht op terroristen duurt voort. Het einde van de Baader-Meinhofbende*, in: *Elseviers Weekblad* vom 10. Juni 1972.

Nach der Verhaftungswelle vom Juni 1972, die auf die Bombenkampagne der RAF im Mai folgte und bei der die gesamte RAF-Spitze festgenommen wurde, erlebte die Berichterstattung in den Niederlanden einen enormen Aufschwung. Im Allgemeinen richteten niederländische Berichtersteller und Kommentatoren ihren Fokus nach 1972 weniger auf die Terroristen selbst, sondern viel stärker auf die Reaktionen des westdeutschen Establishments. Die Texte waren meistens kritisch, bis zum Schreckensbild, die Bundesrepublik entwickle sich hin zu einem Polizeistaat. Sie meldeten beispielsweise Bedenken gegen die Art und Weise an, in der der Staat mit der linksradikalen Strömung in der Politik umging. Des Weiteren schaute man mit kritischem Blick auf die Aufrüstung des Fahndungsapparats, die Anpassung des Strafrechts und die Behandlung der aus der RAF stammenden Inhaftierten.

Sehr weit verbreitet war die Sorge über die so genannten Berufsverbote, besser gesagt über den Radikalenerlass.<sup>24</sup> Hierbei handelte es sich um eine Anfang 1972 durchgeführte Präzisierung und Vereinheitlichung einer bestehenden Möglichkeit, um politische Extremisten, die dem Grundgesetz der Bundesrepublik feindlich gegenüberstanden, aus dem Beamtendienst fern zu halten.<sup>25</sup> Ab Mitte der 1970er Jahre erhielten aufrüttelnde Fälle im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Maßnahme in Deutschland und im Ausland immer mehr Aufmerksamkeit. Auch in den Niederlanden machten beispielsweise Geschichten über Lehrerinnen die Runde, denen nach einer befristeten Anstellung ein fester Vertrag verweigert wurde, weil sie als Studentinnen Mitglied einer kommunistischen Gruppierung gewesen waren. Im Jahr 1978 gab es in den Niederlanden nicht weniger als elf Komitees gegen Berufsverbote, und auch andere Einrichtungen, wie beispielsweise das niederländische PEN-Zentrum und die Anne Frank-Stiftung, verfolgten das Thema aufmerksam. Darüber hinaus wurden sogar in einigen politischen Parteien Aktionskomitees zu dieser Frage gegründet. Auffällig war besonders der Aktivismus in der PvdA gegen diese Maßnahme: Vertreter der Parteiführung und andere Parteigremien sorgten – unterstützt durch Presse-

---

24 Der Begriff „Berufsverbote“ ist ein polemischer und pejorativer Hinweis auf eine in etwa vergleichbare Praxis in der Zeit der Nationalsozialisten.

25 Zu Recht hat Edgar Wolfrum darauf hingewiesen, dass die Maßnahme an sich noch kein Problem darstellte, da jede Demokratie die Pflicht hat, sich selbst zu schützen. Problematisch ist die Praxis der „Regel-Anfrage“ gewesen, die sich schon bald entwickelte: Bei jedem Einstellungsverfahren wurde die politische Vergangenheit des Kandidaten erforscht. Unglücklicherweise zeigte der Staat damit, dass er allen jungen Bürgern a priori misstraute. Und obgleich die Zahl der tatsächlich abgewiesenen Kandidaten sehr gering war (sie schwankte von Bundesland zu Bundesland zwischen 0,05% und 2,4%), lag die Gesamtzahl der Regel-Anfragen zwischen 1972 und 1982 bei 1,4 Millionen, wodurch sich bei jungen Westdeutschen doch die Drohkulisse verfestigen konnte, der Staat versuche, ihnen eine konformistische Haltung aufzudrängen. Diese Praxis, von der die Bundesregierung und die SPD-geführten Bundesländer übrigens bereits 1976 wieder abgingen (die CDU folgte erst 1983), verstärkte die Vorstellung, die Bundesrepublik sei ein perfekter „Überwachungsstaat“. Vgl. E. WOLFRUM, *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006, S. 323.

organe wie *Vrij Nederland*, *De Groene Amsterdammer*, die linke Tageszeitung *de Volkskrant* sowie die linksradikale Zeitschrift *De Nieuwe Linie* – mehrfach dafür, dass ein lauter Protest an die Adresse der SPD gerichtet wurde – natürlich zum Ärger der in Bonn regierenden Schwesterpartei. Im Oktober 1976 gründete die PvdA schließlich sogar ein eigenes „Berufsverbote-Komitee“.<sup>26</sup>

Die sozialdemokratische Empörung über die Entwicklungen in der Bundesrepublik schien unglücklicherweise in ziemlichem Widerspruch zu den positiven Äußerungen von Mitgliedern der Parteiführung zu stehen, die ein Jahr zuvor (im September 1975) die DDR besucht hatten. Bei ihrer Rückkehr hatte einer von ihnen, Jan Nagel, die Berliner Mauer „historisch richtig und notwendig“ genannt, und der Parteivorsitzende Ien van den Heuvel hatte den Eindruck erweckt, diese Meinung zu teilen. Womöglich noch ernster war, dass die Delegation in ziemlich naiver Weise ein in kommunistischer Terminologie verfasstes, deutschsprachiges Kommuniqué über die zukünftige Zusammenarbeit mit der ostdeutschen Staatspartei, der SED, herausgegeben hatte. Insgesamt konnte in Anbetracht dieser Aspekte der Eindruck entstehen, die PvdA sei ausschließlich am Zustand des Rechtsstaats in westlichen Ländern interessiert und verschließe ihre Augen vor der permanenten Verletzung der Menschenrechte in kommunistischen Staaten. Das war dann auch der Grund dafür, dass den Uyl und andere PvdA-Führer die DDR-Reisenden sofort öffentlich rügten.<sup>27</sup>

Der Anlass für die Gründung des oben erwähnten PvdA-Komitees lag nicht nur in der Enttäuschung dieser radikalen Kräfte innerhalb der Partei über den gemäßigten Ton, den die Parteiführung gegenüber der SPD anschlug. Vielmehr fürchtete man sich – und dies ist der hinsichtlich der niederländischen Aufregung über die Berufsverbote interessanteste Aspekt – vor vergleichbaren Tendenzen politischer Diskriminierung in den Niederlanden selbst. An der Freien Universität in Amsterdam waren gerade in jener Zeit Versuche aufgedeckt worden, Studenten mit vermeintlich kommunistischen Sympathien aus Berufungskommissionen und Räten herauszuhalten.<sup>28</sup> Wie sich im Folgenden noch zeigen wird, war

---

26 Beispiele für die Aktivitäten von PvdA-Mitgliedern gegen die Berufsverbote finden sich in: H.J.G. BEUNDERS/H.H. SELIER, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945–1981*, Amsterdam 1983, S. 128–136; WIELENGA, *Vom Feind zum Partner*, S. 393–395. Siehe darüber hinaus: L.W. NAUTA, *Voorwoord bij het Derde Russell-Tribunaal. Waarom een Nederlandse vertaling van de Duitse tribunaaldocumenten*, in: DERDE INTERNATIONALE RUSSELL-TRIBUNAAL, *Over de mensenrechten in de Duitse Bondsrepubliek. Deel 1. Documenten, beraadslagingen, resultaten*, Baarn 1979, S. 9–11.

27 PEKELDER, *Die Niederlande und die DDR*, S. 311–316. Zum Verhältnis der beiden Schwesterparteien siehe auch: M. DRÖGEMÖLLER, *Zwei Schwestern in Europa. Deutsche und niederländische Sozialdemokratie 1945–1990*, Berlin 2008.

28 Vgl. D. HOEKSTRA, *Berufsverbote, een polemisch debat*, unveröffentlichte Bachelorarbeit im Fach Geschichte, Universität Utrecht 2009, S. 16–17. Hoekstra untersuchte das Archiv des PvdA-Komitees und die Archive der Anti-Berufsverbote-Komitees aus Haarlem und Alkmaar, die sich alle drei im *Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis* in Amsterdam befinden (für das PvdA-Komitee vgl. das Wielek-Archiv).

dies in den Augen mancher der erste Schritt zur Übernahme „des deutschen Modells“ in den Niederlanden.

Eine weitere Sorge galt der Entwicklung des Fahndungsapparats von Polizei und Justiz in der Bundesrepublik und der großen Machtdemonstration, mit der die Sicherung potentieller Ziele und der Gefängnisse, in denen inhaftierte RAF-Mitglieder einsaßen, einherging. Vor allem die äußeren Merkmale dieser Politik, wie schwer bewaffnete Polizisten und Panzerwagen an Absperrungen, aktivierten bei vielen die latente Angst vor dem Polizeistaat. Diese Angst wurde nicht nur von linken Rundfunk- und Fernsehanstalten geäußert, sondern war auch erkennbar in Sendungen von konfessionellen und eher liberalen Sendern wie NCRV, KRO, AVRO und TROS. So beendete der Berichterstatter Jan Kuiper in der im September 1974 im Fernsehen ausgestrahlte KRO-Sendung *Geen kans voor Baader Meinhof* (*Keine Chance für Baader Meinhof*) eine Sequenz über die Gegenmaßnahmen des westdeutschen Staates mit der Feststellung, die ängstliche Bundesrepublik „[gleiche] ab und zu [...] einem Polizeistaat.“ Natürlich ging er nicht so weit wie der linke Freidenker Anton Constandse, der drei Jahre später im progressiv-protestantischen Radiosender der VPRO in einer aufsehenerregenden Serie über den deutschen Terrorismus verkündete, das Aufrüsten der Polizeidienste laufe faktisch auf eine „präventive Kontrarevolution“ hinaus – die seiner Meinung nach „größte Gefahr, die Europa [bedrohte].“ Kuiper und andere Programmierer der genannten Sender wiesen – bei aller Kritik an der RAF und ihren Gewalttaten – immer wieder darauf hin, dass die Art und Weise, in der der westdeutsche Staat in der Vergangenheit auf politischen Protest reagiert habe (und immer noch reagiere), das Abgleiten einer Reihe von Gruppen in den Terrorismus mit verursacht habe. „Gewalt ruft Gewalt hervor“, erklärte in diesem Sinne das TV-Magazin *Aktua* des liberalen Senders TROS Anfang September 1977.<sup>29</sup>

Auch die speziellen Reformen des westdeutschen Strafrechts und des Strafprozessrechts, die mit Blick auf die Prozesse gegen linke Terroristen durchgeführt wurden, ernteten in den Jahren nach 1972 in den niederländischen Medien oftmals undifferenzierte Kritik. Dabei fungierten manche Blätter als Podium für die RAF-Anwälte. Diese konnten hemmungslos Kritik an den Gesetzesänderungen üben – vor allem an den Verfahrensmaßnahmen und an der aus ihrer Sicht regelrechten Verfolgung von Anwälten, durch die das Justizsystem die Verteidigung der Terrorverdächtigen nahezu unmöglich mache. So wurde dem Strafverteidiger Klaus Croissant bereits im Juli 1972 in der Tageszeitung *Vrij Nederland* Platz eingeräumt, um die westdeutsche Justiz zu beschuldigen, sie habe gemeinsam mit den Tageszeitungen des Springer-Konzerns mit einer Hetze gegen ihn

---

29 Vgl. J. MARTENS, „*Geen kans voor Baader Meinhof*“. *De Rote Armee Fraktion op de Nederlandse radio en televisie, 1968–1979*, Diplomarbeit im Fach Geschichte, Universität Amsterdam 2004. Haasbroek veröffentlichte über seine sechsteilige Radioserie im November 1977 die Broschüre: *R.A.F. Rote Armee Fraktion. Een geruchtmakende VPRO-radioserie van Nico Haasbroek over het West-Duitse terrorisme* (Hilversum 1977).

und die übrigen RAF-Anwälte begonnen.<sup>30</sup> Dass in der Vermutung des Staates, diese Anwälte würden sich nicht nur mit der Verteidigung der inhaftierten RAF-Mitglieder beschäftigen, sondern auch Hilfsdienste bei der Aufrechterhaltung dieser durch die jüngste Verhaftungswelle schwer angeschlagenen Gruppierung leisten, vielleicht ein Kern von Wahrheit steckte (was die Forschung inzwischen übrigens bewiesen hat), wollte der damals zuständige Journalist, Siegfried Tuinier, offensichtlich nicht wahrhaben.<sup>31</sup> Sein Kollege Johan van Minnen ging noch einen Schritt weiter, indem er ein Jahr später – ebenfalls in der Zeitung *Vrij Nederland* – anlässlich der strafrechtlichen Maßnahmen gegen den Terrorismus über die „düstere Methodik“ schrieb, „mit der der bundesrepublikanische Staat alles und jeden zu liquidieren [versuchte], das oder der etwas mit ‚Baader-Meinhof‘ [...] zu tun [hatte].“ Dabei verwies er auf merkwürdige Hinterlassenschaften aus der Nazizeit im westdeutschen Strafrecht, die nun gegen die RAF aktiviert würden. Vergleichbare Darlegungen erschienen in den Jahren danach noch regelmäßig, nicht nur in *Vrij Nederland*, sondern auch in dem linksliberalen Wochenblatt *HP* (der früheren *Haagsche Post*) und in *De Groene Amsterdammer*.

Diese negativen Töne in den Niederlanden fielen auch in Deutschland auf. In einer von der Tageszeitung *Die Welt* veröffentlichten Übersicht über die Kommentare in der westeuropäischen Presse bei Beginn des Prozesses gegen die Anführer der RAF wurde festgehalten, dass einige niederländische Tages- und Wochenzeitungen den europäischen Spitzenplatz in der agitatorisch-aggressiven Berichterstattung einnahmen. Die Analyse der ausländischen Berichterstattung beruhte dabei auf Recherchen des westdeutschen Außenministeriums. Die Schlussfolgerung des Ministeriums lautete, dass besonders die Berichterstattung in Frankreich, Italien, Schweden und den Niederlanden Anlass zu Sorgen bereite. Stärker noch als andere neigten niederländische Kommentatoren dazu, den Prozess in Stuttgart zum Anlass dafür zu nehmen, das Bild eines „unberechenbaren, zu Brutalität und Faschismus“ tendierenden deutschen Nachbarn aufzubauen. Solche Beispiele gab es tatsächlich. Vor allem der bereits zitierte van Minnen fiel gelegentlich durch groteske Vergleiche mit der Nazizeit und verbale Entgleisungen auf. So sprach er beispielsweise von einem „Urgeist des deutschen Volkes“ – eine Vorstellung, die nahe an das von ihm offensichtlich so verabscheute Gedankengut herankam.<sup>32</sup>

30 Vgl. S. TUINIER, *De regering-Brandt roept de noodtoestand uit. Hoe verdedigers van de Baader-Meinhof-Groep werken onmogelijk wordt gemaakt*, in: *Vrij Nederland* vom 15. Juli 1972.

31 Siehe zu diesem Thema: H. BRUNN/T. KIRN, *Rechtsanwälte, Linksanwälte. 1971–1981 – das Rote Jahrzehnt vor Gericht*, Frankfurt a.M. 2004.

32 Vgl. die von van Minnen unter den Titeln *Vreemde erfenissen in de Strafwet, De riemenconstructie als instrument van de Westduitse rechtsstaat* und *De extreme huichelarij* verfassten Artikel, die allesamt in der Zeitung *Vrij Nederland* (28. Juli 1973, 15. Februar 1973 und 8. März 1973) erschienen, sowie: *Ausländerberichte über den BM-Prozeß schüren ungute Gefühle gegen Deutsche*, in: *Die Welt* vom 14. Juni 1975.

Auch die Haftbedingungen und die kollektiven Hungerstreiks, mit denen die RAF auf diese hinwies, boten in den niederländischen Medien wiederholt Anlass für große Entrüstung. Der oben schon erwähnte Jan Kuiper erklärte im August 1973 in der Radiosendung *Echo* des katholischen Senders KRO, dass die Isolationshaft der RAF-Gefangenen auf „Psychoterror“ hinauslaufe. Er fragte sich, ob diese Isolation nicht eigentlich der perfekte Mord sei – eine Sichtweise, der inzwischen mehr Niederländer anhängen. Im VPRO-Radio meinte der Journalist Peter Flik im April 1974, dass die – er drückte sich vorsichtiger aus als Kuiper – „sehr schwierigen Bedingungen“ in den Gefängnissen faktisch auf eine „Verurteilung ohne Prozess“ hinausliefen. Obgleich sie vorerst nur Verdächtige seien, würden die RAF-Gefangenen durch die lange Dauer und die Härte der Untersuchungshaft bereits jetzt streng bestraft. Damit, so Flik, verletze die Bundesrepublik die normalen Rechtsvorschriften und demnach die Menschenrechte.<sup>33</sup>

Alle hier genannten niederländischen Programmierer übernahmen die von den RAF-Anwälten ständig geäußerten Folterbeschuldigung an die Adresse des westdeutschen Staates unbesehen, ohne selbst zu recherchieren. Nun sprach der Anschein auch gegen die Autoritäten in der Bundesrepublik, und diese taten wenig, um die Vorwürfe zu entkräften. Die deutschen Verantwortlichen wollten nämlich vor der Bühne von Politik und Medien in der Bundesrepublik nur zu gerne den Eindruck erwecken, sie hätten die RAF-Gefangenen in der Zange. Dass sie in Wirklichkeit, hinter den Gefängnismauern, vor allem nach dem dritten Hungerstreik immer mehr Konzessionen an die RAF machten und beispielsweise immer häufiger RAF-Gefangene in kleinen Gruppen zusammenlegten, wollten sie lieber nicht lauthals verkünden.<sup>34</sup>

Faktisch wurde die RAF in vielen niederländischen Reportagen und Kommentaren als *Underdog* betrachtet – als Opfer eines Staatsapparats, der sich gegenüber der terroristischen Herausforderung wenig souverän zeigte. Daneben ist in den Kommentaren ein Unterton zu hören, in dem die Behandlung der gefangenen RAF-Mitglieder als exemplarisch für den Umgang gesehen wurde, dem die Linksradikalen in Deutschland schon immer ausgesetzt gewesen seien. Dieses Bild von der RAF und der Linken als Opfer des deutschen Staates kam nach dem Tod Ulrike Meinhofs am 9. Mai 1976 am stärksten zur Geltung. Ebenso wie unzählige Beobachter in der Bundesrepublik und im Ausland zogen viele niederländische Journalisten die offizielle Lesart des Geschehenen in Zweifel. In verschiedenen Fernsehsendungen erhielten beispielsweise Meinhofs Schwester, Wienke Zitzlaff, sowie der Anwalt Croissant die Gelegenheit, ihre Sicht auf das Geschehen darzulegen, nach der von Selbstmord keine Rede sein könne. Die Programmierer versäumten es, diesen Darstellungen Stellungnahmen von Sei-

---

33 Vgl. J. KUIPER u.a., *Artsen in West-Duitsland nemen actie om te voorkomen dat Ulrike Meinhof onder dwang zal worden onderzocht*, in: *Echo*, KRO, 14. August 1973, 18:41; P. FLIK u.a., *Familieleden RAF houden hongerstaking uit protest tegen eenzame opsluiting en het lange voorarrest van de verdachten*, in: W. GORTZAK u.a., *VPRO-Vrijdag*, VPRO, 12. April 1974, NIBG, HA4159,1 und HAD11256.

34 Vgl. J. PEKELDER, *Dynamiken des Terrorismus in Deutschland und den Niederlanden*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 35 (2009) 3, S. 402–428.

ten der westdeutschen Justiz gegenüberzustellen.<sup>35</sup> In der schreibenden Presse fielen besonders die Kommentare von Nico Haasbroek in *HP* und Martin van Amerongen in *Vrij Nederland* auf. Haasbroek zeigte sich tief von Meinhofs Tod beeindruckt. „Als ich es hörte, musste ich kurz weinen“, schrieb er quasi tagebuchartig. „Ich sehe sie vor mir. Ein ausgemergeltes Rattenköpfchen mit einer Metallbrille und einer zu weit sitzenden Hose und grünem Pullover.“ Sowohl bei Haasbroek als auch bei seinem Kollegen von *Vrij Nederland* war der Kommentar mit dem Titel „der Selbstmord an Ulrike Meinhof“ überschrieben. Das macht auch sofort klar, wie sie die Frage „Mord oder Selbstmord“ beantwortet sehen wollten. Haasbroek schien nicht an die Mordthese zu glauben – allerdings glaubte er doch, dass der Staat den Zweifel an der offiziellen Version durch Unklarheiten bei der Freigabe der sterblichen Überreste für eine unabhängige Untersuchung selbst auf sich gezogen habe. Außerdem war er der Meinung, „dass richterlichen Instanzen grobe Nachlässigkeit angelastet werden [dürfe].“ Für van Amerongen war die Frage Mord oder Selbstmord eigentlich nicht einmal interessant: „Ob der Strick jetzt von Ulrike Meinhof selbst oder von Helmut Schmidt geknüpft worden ist, in beiden Fällen liegt das Geschehene in der vollen Verantwortung der westdeutschen Regierung.“ Auch er wies auf die Nachlässigkeit der Autoritäten hin, zudem äußerte er jedoch noch weiterreichende Anschuldigungen: „Man bekommt [...] den Eindruck, dass Ulrike Meinhof vor allem von den mit moffenhafter Bürokratie angewandten Paragraphen, vom Gefängnisreglement und vom Gesetzbuch für Strafprozessrecht erwürgt worden ist.“<sup>36</sup>

## Modell Deutschland

Vor dem Hintergrund dieser niederländischen Sorgen, die gerade 1976 einen Höhepunkt zu erreichen schienen, hätte die SPD für ihren Wahlkampf im gleichen Jahr keinen schlechteren Slogan wählen können als die Formel „Weiterarbeiten am Modell Deutschland“. Es muss diesbezüglich gesagt werden, dass Schmidt sich selbst der Imagorisiken, mit denen der Begriff „Modell Deutschland“ behaftet war, wohl bewusst war. Laut einer Anfang 1976 angefertigten Notiz fragte er sich damals besorgt, ob diese Bezeichnung, die damals noch vor allem durch ausländische Medien verwendet wurde, nicht den Vorwurf westdeutscher Überheblichkeit wecken könnte. Schließlich gaben jedoch die positiven Konnotationen des Begriffs – der bemerkenswerte soziale Frieden in der Bundesrepublik, ihr hohes Maß an politischer Stabilität, wirtschaftlichem Erfolg und Finanzkraft sowie die breite Streuung des Wohlstands – in Verbindung mit der

35 Vgl. *Ulrike Meinhof*, in: *Televizier Magazine*, VII/35, AVRO, 14. Mai 1976; W. FRÉQUIN u.a., *Begräfnis Ulrike Meinhof*, in: *Brandpunt*, KRO, 15. Mai 1976, NIBG, K56202 und M55403.

36 N. HAASBROEK, *De (zelf-)moord op Ulrike Meinhof*, in: *HP* vom 15. Mai 1976; M. VAN AMERONGEN, *De zelfmoord op Ulrike Meinhof. Duitsland is weer een land geworden om bang voor te zijn*, in: *Vrij Nederland* vom 15. Mai 1976.

Tatsache, dass der Slogan auch den Koalitionspartner FDP einschloss, letztlich den Ausschlag.<sup>37</sup>

In Übereinstimmung mit diesen positiven Konnotationen steht „Modell Deutschland“ heute zumeist nur noch für das deutsche (rheinische) politisch-ökonomische Modell, sowohl im lobenden als auch im kritischen Sinne.<sup>38</sup> Damals wurde der Begriff jedoch schon bald von linksradikalen Aktivisten und Publizisten innerhalb und außerhalb Deutschlands anektiert und in einen Kampfruf gegen die Bundesrepublik umgemünzt. Anknüpfungspunkte hierfür waren nicht nur die Arroganz, die dem Ausdruck, wie Schmidt bereits festgestellt hatte, anhaftete, sondern auch die Tatsache, dass er einigermaßen rückwärtsgewandt und konservativ wirkte – jedenfalls wenn man das „Weiterarbeiten am Modell Deutschland“ des offiziellen Slogans auf die letzten beiden Worte reduzierte. Mit dem Mangel an Zukunftsvisionen und dem einigermaßen gesättigt wirkenden Rückblick auf die Errungenschaften aus der bisherigen bundesrepublikanischen Geschichte konnte der Slogan auch ausgezeichnet als Ausdruck der damals in den Medien ausführlich beobachteten und diskutierten politisch-kulturellen Tendenzwende interpretiert werden. Die Vorstellung war, dass die deutsche Gesellschaft sich vom progressiven Machbarkeitsdenken abwende und zunehmend in den Griff einer konservativen Besessenheit von Sicherheit, Geborgenheit und Individualität gerate. Schmidt hatte sich dieser Tendenzwende auch öffentlich mit seinem Bekenntnis angeschlossen, dass auch er in vielerlei Hinsicht konservativ sei.<sup>39</sup>

Das „Modell Deutschland“ begann also schon bald als überwölbender Begriff für die bereits zuvor beschriebene Kritik an Demokratie und Rechtsstaat in der Bundesrepublik zu fungieren, die sich in den Protesten gegen die Berufsverbote und den Umgang mit der RAF äußerte.<sup>40</sup> Diese spezifischen Kritikpunkte wurden in der Wahrnehmung vieler linksradikaler Westdeutscher durch eine allgemeine Drohkulisse vom Staat als Maschinerie bestärkt, die darauf aus sei, endgültig mit jeglichem abweichenden Verhalten abzurechnen. Dieser Drohkulisse

37 Vgl. SOELL, *Helmut Schmidt*, S. 575–576.

38 Vgl. hierzu beispielsweise: A.S. MARKOVITS, *The political economy of West Germany: Modell Deutschland*, New York 1982; ANDERSEN CONSULTING, *Modell Deutschland 21: Wege in das nächste Jahrhundert*, Reinbek bei Hamburg 1998; R. DEEG, *The comeback of Modell Deutschland? The new German political economy in the EU*, in: *German Politics* 14 (2005), S. 1–22. Breiter angelegt ist: T. HERTFELDER/A. RÖDDER (Hrsg.), *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?*, Göttingen 2007. Zum Thema vgl. auch die 2003 gestartete Kampagne der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) mit dem Titel *Modell Deutschland ... zuerst der Mensch!* (<http://www.modell-deutschland.de/index.php>).

39 Vgl. A. SCHILDT, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten.“ *Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 449–478.

40 Siehe beispielsweise das humoristische Buch von Winfried Thomsen mit dem Titel *Modell Deutschland. Jahrbuch für vaterlandslose Geselligkeit. 666 Radikalauer* (Hamburg 1978) sowie: J. HIRSCH, *Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*, Frankfurt a.M. 1980.



wurde wiederum neue Nahrung gegeben: Aufbauend auf einer allgemeineren Demokratiekritik aus den 1960er Jahren, die durch den Politikwissenschaftler Johannes Agnoli und den Sozialpsychologen Peter Brückner popularisiert worden war (beide waren wiederum durch die Frankfurter Schule beeinflusst worden), herrschte unter vielen linksradikalen Westdeutschen die Vorstellung, es gebe in der westlichen Welt im Allgemeinen und in ihrem Land im Besonderen eine „präventive Konterrevolution“.<sup>41</sup> Nach dieser Vorstellung waren die Machthaber der bürgerlichen Gesellschaft (in allen westlichen Staaten) darauf aus, oppositionelle Töne schon zu unterdrücken, bevor diese sich wirklich entwickeln konnten. Dafür verwendeten sie am liebsten subtile Unterdrückungsmethoden: So werde beispielsweise die Bevölkerung durch das Bildungswesen und die Regulierung von Arbeit auf unauffällige Weise unter Kontrolle gehalten. Auch die Pressekampagnen gegen oppositionelle Töne und das unverhältnismäßig harte Auftreten von Polizei und Justiz gegen marginale linksradikale Gruppen gehörten zur Strategie der präventiven Konterrevolution. Das Ergebnis sei, dass dem Gros der Bürger die Einschränkungen ihrer Freiheiten gar nicht bewusst seien. Die Idee, sich gegen die Unterdrückung durch den Staat und durch das kapitalistische System zu erheben, entwickle sich in ihnen nicht mehr.<sup>42</sup>

Auch in den Niederlanden fand diese dystopische Sicht auf die Entwicklung der westlichen Gesellschaft in linken Kreisen viele Anhänger. So hatten einige linksradikale niederländische Akademiker bereits 1972 erklärt, dass sie jetzt, wo dies noch möglich sei, gegen die Behandlung der RAF-Gefangenen durch den westdeutschen Staat Protest einlegten. „Bevor“, wie sie schrieben, „wir selbst Gefangene sind.“<sup>43</sup> Wie sich bereits zuvor gezeigt hatte, erfüllte die Bundesrepublik in den niederländischen Angstträumen die Rolle eines negativen Modells – ebenso wie in Deutschland selbst kam dem Begriff „Modell Deutschland“ auch im Nachbarland eine immer zentralere Rolle zu, besonders ab dem Herbst des Jahres 1977.

Mitten im „Deutschen Herbst“ wurden die Niederlande von einer Reihe von Schießereien zwischen einigen deutschen RAF-Mitgliedern und niederländischen Polizisten aufgeschreckt. Ein Beamter wurde im Rahmen dieser Geschehnisse sogar getötet. Fast ein Jahr lang, bis Mitte Oktober 1978, waren danach in den Niederlanden Gefängnisse, Gerichte und gelegentlich auch öffentliche Räu-

---

41 Vgl. J. AGNOLI/P. BRÜCKNER, *Die Transformation der Demokratie*, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 1968 (1. Auflage 1967). Siehe auch: W. KRAUSHAAR, *Agnoli, die APO und der konstitutive Illiberalismus seiner Parlamentskritik*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 1, S. 160–179.

42 Mehr hierzu in: J. PEKELDER, *Die radikale Linke in Deutschland und die RAF: der Fall Peter Brückner*, in: H. JÜRGENS/J. PEKELDER/F. BRETSCHEIDER/K. BACHMANN (Hrsg.), *Eine Welt zu gewinnen! Formen und Folgen der 68er Bewegung in Ost- und Westeuropa*, Leipzig 2009, S. 100–117.

43 Vgl. J. PEKELDER, „Bevor wir selbst Gefangene sind“ – Ursprünge niederländischer Sympathie für die Rote Armee Fraktion in den siebziger Jahren, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 18 (2007), S. 103–116. Diese Formulierung entliehen sie übrigens aus einer einige Tage zuvor verbreiteten Hungerstreikerklärung der RAF-Gefangenen.

me Schauplatz einer Konfrontation zwischen den Autoritäten und den drei verhafteten RAF-Mitgliedern, die schon bald Unterstützung von Anwälten (darunter der bekannte RAF-Anwalt Pieter Herman Bakker Schut), Vertrauensärzten und linksradikalen Aktivisten erhielten.<sup>44</sup> Auch angespornt durch die Gefangenen selbst, die unter anderem in einer Hungerstreikserklärung in schrillen Tönen vor dem „Modell Deutschland“ warnten, kamen ihre niederländischen Sympathisanten immer wieder auf die Gefahren zurück, die von diesem Modell für das eigene Land und den Rest Westeuropas ausgingen. Eines der Bulletins, in dem die Sympathisanten die Art und Weise, in der der niederländische Staat mit den RAF-Gefangenen umging, kritisierten, hieß dann auch *Die Niederlande nach deutschem Modell*.<sup>45</sup>

Die radikalsten unter den niederländischen RAF-Sympathisanten, die Aktivisten der extremistischen *Rood Verzetsfront* (Rote Widerstandsfront, RVF), verkündeten, dass sich die Bundesrepublik unter der Führung der Sozialdemokraten als „Statthalter“ der Vereinigten Staaten in Europa entpuppt hätten. Mit Hilfe der von amerikanischer Seite initiierten internationalen Kooperation von Polizei- und Sicherheitsdiensten gegen Terrorismus, der amerikanisch dominierten NATO und dem westdeutschen Großkapital halte die Bundesregierung die übrigen Staaten in Westeuropa im Auftrag der Machthaber in Washington zunehmend unter Kontrolle – so die Argumentation. Auch die wirtschaftliche Integration Europas in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war in den Augen dieser linksradikalen Niederländer ein Instrument für den amerikanisch-deutschen Imperialismus. Aus diesem Grund betrachteten sie die ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament, die am 7. Juni 1979 stattfinden sollten, dann auch als einen großen Betrug. Ihrer Meinung nach dienten diese Wahlen ausschließlich dazu, den Bürgern der Mitgliedstaaten der EWG eine falsche Vorstellung von der Repräsentanz in der Führung Europas zu geben, sodass die tatsächlichen Machtstrukturen verschleiert bleiben konnten.<sup>46</sup> Bereits seit 1977 führte die RVF, damals noch gemeinsam mit dem 1975 von Bakker Schut gegründeten und mit RAF-Gefangenen sympathisierenden *Medisch-Juridisch Comité voor Politieke Gevangenen* (Medizinisch-Juristisches Komitee für politische Gefangene), Kampagnen gegen die internationale Terrorismusbekämpfung und gegen die Europawahlen. Mit Slogans wie „Deutschland besetzt Europa“ und „Gegen ein amerikanisch-deutsches Europa“ verschärfte die RVF Anfang 1979 den Protest noch weiter. Sie gründete eine Aktionsgruppe „Bewegung gegen den 7. Juni“, die ab März 1979 Stimmung gegen die Wahlen machte, indem sie Plakate anklebte, Flugschriften verbreitete und kleine, zielgerichtete Gewalttaten gegen

44 Zu diesem Thema erschien auf Niederländisch: J. PEKELDER, *Sympathie voor de RAF. De Rote Armee Fraktion in Nederland, 1970–1980*, Amsterdam 2007. Siehe hierzu auch: J. PEKELDER, *Herbst in Holland. Die RAF in den Niederlanden, 1970–1980*, in: N. COLIN U.A. (Hrsg.), *Der „Deutsche Herbst“ und die RAF in Politik, Medien und Kunst. Nationale und internationale Perspektiven*, Bielefeld 2008, S. 17–35.

45 *MJC-Informatiebulletin*, 12: *Nederland naar Duits model*.

46 Vgl. P. MOUSSAULT/J. LUST, *Rood Verzetsfront. Aanzetten tot stadsguerrilla in Nederland*, Breda 2009, S. 116–124.

Firmengebäude und Wohnhäuser beging, die sie mit dem europäischen Projekt assoziierte (von einigen Mercedes-Niederlassungen bis zur Wohnung des rechtsliberalen Europaparlamentariers Cornelis Berkhouwer).<sup>47</sup>

## Schluss

Noch kurz vor dem eigentlichen Beginn dieser Kampagne fand am 22. Februar 1979 das Ereignis statt, das den meisten Aufruhr verursachte: Die am Anfang dieses Beitrages bereits erwähnte ZDF-Debatte zwischen Helmut Kohl und einem niederländischen Studiopublikum in Den Haag. Die Tatsache, dass diese Sendung von der RVF gezielt zur Verbreitung der eigenen Sichtweisen genutzt wurde, verdeutlicht bereits, dass Zweifel an der Repräsentativität der dort zum Ausdruck kommenden Kritik an Deutschland angebracht sind. Im Fernsehstudio in Den Haag waren zwei Gruppen innerhalb der niederländischen Bildformung deutlich überrepräsentiert, andere Stimmen fehlten nahezu völlig. Stark vertreten war erstens die Gruppe echter Sympathisanten und Unterstützer der RAF, die sich in der RVF und ähnlichen Vereinigungen zusammengeschlossen hatten. Zweitens waren auffallend viele (vor allem liberal eingestellte) kritische Beobachter der deutschen Demokratie anwesend, die besonders durch die Berufsverbote, die unterstellte Laschheit gegenüber Alt-Nazis und den harten Umgang mit dem Linksterrorismus motiviert waren. Dass diese beiden Gruppen derart stark präsent sein konnten, war zum Teil der unzureichenden Überprüfung des 140-köpfigen Publikums zuzuschreiben. Obgleich dieses nach Meinung des ZDF ein Querschnitt durch die niederländische Bevölkerung hätte sein sollen, gelang es verschiedenen Aktionskomitees, Vertreter in das Publikum einzuschleusen. Letztendlich war die Sendung damit durchaus beispielhaft für die niederländische Bildformung über Deutschland: Erneut gab eine kleine, aber lautstarke und mit einem guten Kontakt zu den Medien ausgestattete Minderheit den Ton an.

Die Schärfe und kritische Ausrichtung der niederländischen Kommentare über „die deutschen Verhältnisse“<sup>48</sup> scheinen insgesamt nur für die in bestimmten linken und linksliberalen Wochenzeitungen, einigen Nachrichtensendungen im niederländischen Fernsehen (mit seiner Vielzahl ausdifferenzierter Rundfunkanstalten) und in einigen politischen Kreisen tonangebenden Deutschlandbilder repräsentativ zu sein. Wie eine eingehende Analyse der niederländischen Berichterstattung über die Bundesrepublik in drei großen überregionalen Tageszeitungen für die Jahre von 1969 bis 1980 zeigt, war der allgemeine Tenor der niederländischen Bildformung mit Blick auf Deutschland in jener Periode doch nuancierter. Bei aller Aufmerksamkeit für den deutschen Umgang mit Linksextremismus und linkem Terrorismus sowie aller Sorge um den deutschen Rechts-

---

47 Ebd.

48 Frei nach der *Grabrede für Ulrike Meinhof* vom linken Verleger Klaus Wagenbach, in: P. BRÜCKNER, *Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse*, Berlin 2001 (Neuausgabe), S. 197–199.

staat, die zwei dieser Zeitungen (*de Volkskrant* und *NRC/Handelsblad*) gelegentlich äußerten, blieb das Vertrauen in die Stabilität der Institutionen, die die westdeutsche Demokratie stützten, doch groß. Nach Meinung der dritten Zeitung, *De Telegraaf*, gab es sogar überhaupt keinen Grund für die Annahme, die Bundesrepublik habe die Grenzen des Rechtsstaates überschritten. Diese Zeitung beteiligte sich vielmehr sogar an der Kampagne gegen Linksintellektuelle (die die Demokratie „verraten“ hätten), die auf dem Höhepunkt der Konfrontation mit der RAF in der Bundesrepublik sogar aus CDU/CSU-Kreisen unterstützt wurde. Auch das sind niederländische Töne.<sup>49</sup>

Auch bei einigen Journalisten von *Volkskrant* und *NRC Handelsblad* kam es in den 1970er Jahren vor, dass sie zuweilen eine Bedrohung der Demokratie entdeckten – sie betrachteten dies jedoch nicht als eine Entwicklung, die nur die Bundesrepublik betraf. „Für sie ist dies jedoch eher ein transnationales als ein deutsches Problem, bei dem Faktoren wie soziale und wirtschaftliche Krise, Bürokratisierung, Technokratisierung [und Ähnliches] eine Rolle spielen“, so die bereits genannte Presseanalyse.<sup>50</sup> Bis zu einem gewissen Maße gibt es hier eine Parallele zu den linksradikalen Pessimisten, die in der vermeintlichen Entwicklung Deutschlands in Richtung auf einen Polizeistaat ein allgemeines westliches Muster entdeckten. Damit waren aber die Übereinstimmungen auch schon erschöpft. Für die niederländische Bildformung in den 1970er Jahren war die negative Sicht auf Deutschland doch weniger repräsentativ, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Kritik, mit der Kohl konfrontiert wurde, war damit eher die Folge einer nachlässigen Organisation der ZDF-Debatte als die eines in weiten Kreisen herrschenden antideutschen Klimas.

---

49 Vgl. J.C. HESS/F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem?*, Den Haag 1982, S. 36, 51.

50 Ebd., S. 117.

## Autorinnen und Autoren

**Drs. Frans Becker** ist stellvertretender Direktor der Wiardi Beckman Stiftung, dem wissenschaftlichen Institut der *Partij van de Arbeid* (PvdA).  
fbecker@wbs.nl

**Prof. Dr. Bernd Faulenbach** ist Historiker an der Ruhr-Universität in Bochum.  
faulenbach.bochum@t-online.de

**Prof. Dr. Beatrice de Graaf** lehrt das Fach Sicherheit und Konflikt in historischer Perspektive an der Fakultät Campus Den Haag der Universität Leiden.  
b.a.de.graaf@cdh.leidenuniv.nl

**Prof. Dr. Duco Hellema** ist Hochschullehrer für Geschichte der Internationalen Beziehungen am Institut für Geschichte und Kunstgeschichte der Universität Utrecht.  
d.a.hellema@uu.nl

**Dr. Paul Lucardie** ist Politologe am Dokumentationszentrum für niederländische politische Parteien an der Reichsuniversität Groningen.  
a.p.m.lucardie@rug.nl

**Prof. Dr. Kees van Paridon** ist Wirtschaftsprofessor an der Erasmus Universität Rotterdam.  
vanparidon@fsw.eur.nl

**Dr. Jacco Pekelder** lehrt Geschichte insbesondere der Internationalen Beziehungen an der Universität Utrecht.  
j.pekelder@uu.nl

**Drs. Maarten van Riel** ist Autor, Fotograf und arbeitet als Historiker bei Van den Herik-Sliedrecht.  
m.a.m.riel@live.nl

**Dr. Daniel Schmidt** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.  
daniel.schmidt@gelsenkirchen.de

**Prof. Dr. Gerrit Voerman** ist Direktor des Dokumentationszentrums für niederländische politische Parteien an der Reichsuniversität Groningen.  
g.voerman@rug.nl

**Prof. Dr. Friso Wielenga** ist Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.  
wielenga@uni-muenster.de

**Dr. Markus Wilp** arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Niederlande-Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.  
mwilp@uni-muenster.de